

6. Soziale Marktwirtschaft als hegemoniales Projekt

Mit den Ausführungen zur hegemonialen Strategie wurden die Überlegungen zu Diskurs und Sprache, zur Politizität von Diskursen und zur Hegemonie zusammengeführt. Dabei wurden neun Strategeme vorgestellt, die, so die These, die – unterschiedlich bedeutsamen – Bestandteile einer (offensiv-)hegemonialen Strategie konstituieren. Im folgenden möchte ich nun diese These zur hegemonialen Strategie diskursanalytisch plausibilisieren. Den Gegenstand der Diskursanalyse bildet der wirtschaftspolitische Diskurs, der sich in den Jahren vor und nach der Gründung der Bundesrepublik um den Signifikanten der „Sozialen Marktwirtschaft“ gruppierte. Dabei geht es mir *nicht* darum nachzuweisen, daß oder ab wann man von einer etablierten Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft sprechen kann, d.h. ab wann die „Soziale Marktwirtschaft“ tatsächlich in genügend hoher Verbreitung das ordnungs- und wirtschaftspolitische Selbstverständnis der Bundesrepublik prägte. Vielmehr besteht das Ziel darin zu zeigen, daß das diskursive Geschehen um die „Soziale Marktwirtschaft“ als hegemoniales Projekt verstanden werden muß, und zu rekonstruieren, wie solch ein Projekt funktioniert. Es geht also nicht um die Hegemonie der „Sozialen Marktwirtschaft“ – von der man wohl erst gegen Ende des Untersuchungszeitraums oder gar erst danach sprechen kann –, sondern um die „Soziale Marktwirtschaft“ als hegemoniales Projekt. Im folgenden werden zunächst einige grundlegende Überlegungen zur hiesigen Anwendung der Methode der Diskursanalyse und zur Auswahl des Textkorpus angestellt (6.1). Dann werden insgesamt fünf Texte aus diesem Korpus – *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* von Alfred Müller-Armack (1946/47), drei Reden Ludwig Erhards (1948) und die Düsseldorfer Leitsätze der CDU (1949) – ausführlich analysiert und auf die Rekon-

struierbarkeit der hegemonialen Strategeme überprüft (6.2). Auf diesen Schritt der ausführlichen Analyse einiger Texte aus der Anfangszeit des Betrachtungszeitraums folgt eine knappere Überblicksanalyse der Fortentwicklung des Diskurses um die „Soziale Marktwirtschaft“ in den 1950er Jahren, wobei nicht so sehr die historische Entwicklung im Vordergrund steht, sondern die Fortschreibung der hegemonialen Praxis auf der Ebene der hegemonialen Strategeme (6.3).

6.1 Anmerkungen zur Methode der Diskursanalyse

Im Verlauf dieser Abhandlung sind wir zwar immer wieder auf Fragen der diskursanalytischen Methode zu sprechen gekommen. Aber vor der folgenden diskursanalytischen Betrachtung des empirischen Materials sollen, der Übersichtlichkeit und Verständlichkeit halber, die verschiedenen Versatzstücke nochmals zusammengeführt und ergänzt werden. Dazu befassen wir uns nacheinander mit immer enger gesteckten Themen: der Integration von Diskurstheorie und Diskursanalyse, der Vielgestaltigkeit von Diskurstheorie und Diskursanalyse, der Interdependenz von Erkenntnisinteresse und Methode in der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse, der methodologischen Einordnung der hier verwendeten Methode, der Spezifizierung der Methode und schließlich der Frage nach der Gestaltung des hier verwendeten Textkorpus.

Diskurswissenschaft – Integration von Diskurstheorie und Diskursanalyse. Grundsätzlich wenden wir uns nun – innerhalb der Diskurswissenschaft – von der vornehmlich *diskurstheoretischen* Untersuchung zur vornehmlich *diskursanalytischen* Untersuchung, wobei die Einschränkung „vornehmlich“ unerlässlich ist, weil sich Diskurstheorie und Diskursanalyse letztlich nicht so fein säuberlich trennen lassen, wie vielleicht durch den hier vorgenommenen Kapiteleinschnitt suggeriert wird. Denn zum einen können Diskurstheorien schon aus theorieimmanenten Gründen nicht als irgendwann abgeschlossene und dann nur noch anzuwendende Theorien konzeptioniert werden – schließlich bilden die Unabgeschlossenheit und die Dynamik von Diskursen einen der Kernpunkte der Theorie. Und zum anderen zeigt sich in dieser Abhandlung immer wieder, daß Theorie und Analyse ineinander verwoben sind und sich gegenseitig in beständiger Bewegung halten: Wir mußten immer wieder der Analyse vorgreifen – z.B. bei den genealogischen Anmerkungen zum letztlich nicht auffindbaren Ursprung der „Sozialen Marktwirtschaft“ in Kapitel 2 –, um die Theorie voranzubringen. Und im Gegenzug wird die folgende, konzentrierte Analyse immer wieder auf die

Theorie zurückgreifen, diese spezifizieren, modifizieren und ergänzen müssen. Man muß also von einem integrierten Verhältnis von Diskurstheorie und Diskursanalyse ausgehen, wobei die Diskurstheorie eine mittlere Generalisierbarkeit einzelner Aussagen über das Geschehen in Diskursen anstrebt, während die Diskursanalyse diese Generalisierungen immer wieder überprüft, in Frage stellt, gegebenenfalls verneint und häufig ganz neue Wege der Theoretisierung nahelegt oder der Diskurstheorie neue Felder eröffnet.

Vielgestaltigkeit von Diskurstheorie und -analyse. Die eben angesprochene, von der Diskurstheorie angestrebte Generalisierung ihrer Aussagen zum Diskursgeschehen wurde in doppelter Weise eingeschränkt, indem von einer *mittleren* Generalisierbarkeit von *einzelnen* Aussagen gesprochen wurde. Von mittlerer Reichweite zu sprechen bedeutet dabei, daß es stets um bestimmte Diskursarten (politische, wissenschaftliche etc.) in bestimmten historischen und sozialen Kontexten geht. Von einzelnen Aussagen zu sprechen bedeutet, daß es zumeist – aufgrund der Unabschließbarkeit und Dynamik aller Diskurse – nicht darum gehen kann, die Kartographie eines Diskurses, seine Entwicklung und/oder sein Funktionieren in einer Art Gesamtschau als Ganzes zu untersuchen. Ziel ist es vielmehr, einzelne Bereiche zu rekonstruieren und über diese Teilbereiche – wie hier die Funktion der Hegemonie – verallgemeinernde Aussagen zu treffen. Beide Einschränkungen des Generalisierungsanspruches zollen der schieren Vielfalt und Ereignishaftigkeit des diskursiven Geschehens Tribut. Eine Verallgemeinerbarkeit im engen naturwissenschaftlichen Sinne wird dadurch ausgeschlossen. Da der Raum des Sozialen ebensowenig wie der Raum des Diskursiven abschließbar und daher stets in Bewegung ist, muß es sogar eher als unwahrscheinlich gelten, daß allgemeine Aussagen *fixiert* werden können.¹ Deshalb ist – statt einer einzigen großen Diskurstheorie, die als gemeinsamer Bezugspunkt aller Diskursanalysen zu denken wäre – eine Pluralität von Theorien, Theoremen und Analysemethoden nicht nur wahrscheinlich, sondern zur adäquaten Rekonstruktion und Erklärung diskursiver Prozesse durchaus sinnvoll. Je nach spezifischem Forschungsinteresse – hier die Strukturalität von hegemonialen Projekten und Hegemonien – und Forschungsgegenstand – hier ein ordnungs- und wirtschaftspolitischer Diskurs vor dem Hintergrund eines (entstehenden) liberal-

1 Das Allgemeine beschreibt also auch hier am ehesten einen Punkt außerhalb des Diskurses. Die Verallgemeinerbarkeit wenigstens mittlerer Reichweite trotz ihrer wahrscheinlichen Unerreichbarkeit anzustreben, bildet jedoch m.E. in ähnlicher Weise ein *Movens* der wissenschaftlicher Diskurse, wie die Verwirklichung eines spezifischen Allgemeinen – also eines Allgemeinen mittlerer Reichweite – ein *Movens* politischer Diskurse darstellt.

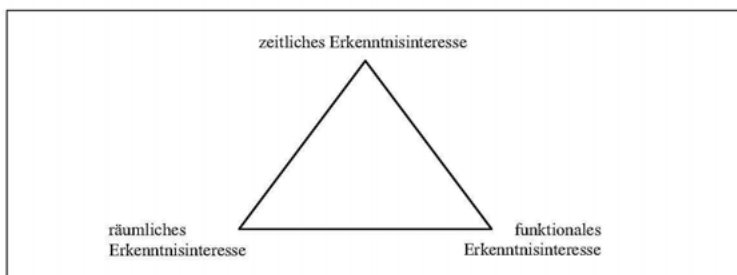
demokratischen Nationalstaats – werden in Diskurstheorien unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt und im Zuge der Diskursanalyse unterschiedliche Vorgehensweisen herangezogen. Sowohl die Vorstellung einer monolithischen Diskurstheorie als auch die Vorstellung, von einer solchen Theorie aus mit einer einheitlichen Methode das empirische Feld zu bearbeiten, muß daher zurückgewiesen werden, und so ist es kaum überraschend, daß Keller et al. (2003: 7) von einer „vielgestaltig[e] Praxis der Diskursforschung“ sprechen.

Insbesondere gruppiert sich unter dem Etikett der Diskursanalyse eine große Vielfalt verschiedener Methoden. Diese Vielfalt mag unter anderem damit zu tun haben, daß Michel Foucault, auf den sich die diskurswissenschaftliche Forschung häufig bezieht, explizit keine feststehende Methode konzipierte und konzipieren wollte (vgl. Bublitz et al. 1999: 15/16) – eine Verweigerung des Sprechens, die der eigenen Foucaultschen Diskurslogik zufolge geradezu nahelegte, daß es zu einer Explosion des Sprechens kommen würde. Und dann gibt es natürlich noch eine Vielzahl von Untersuchungen, die unter dem Etikett „Diskursanalyse“ operieren und sich nicht oder – wie hier – nur zum Teil auf Foucault berufen. In jedem Fall kann Reiner Keller (1997: 325, Herv. i.O.) mit Recht feststellen: „Die Analyse von Diskursen richtet sich auf sehr unterschiedliche Aspekte und bearbeitet diese in sehr unterschiedlicher Art und Weise. Mit anderen Worten: *Diskursanalyse formuliert zuallererst einen breiten Gegenstandsbereich, ein Untersuchungsprogramm, keine Methode.*“ Das Fehlen einer etablierten „Methode Diskursanalyse“ hat den Nachteil, daß es kein Muster gibt, nach dem man sich, ohne sich weiter „den methodologischen und methodischen Kopf zu zerbrechen“, „einfach“ richten könnte. Allerdings hat es auch den Vorteil, daß man die eigene methodische Vorgehensweise relativ frei dem jeweiligen Untersuchungsgegenstand und -design anpassen kann, ohne daß dies eine aufwendige Rechtfertigung erfordern würde.

Interdependenz von Erkenntnisinteresse und Methode in der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse. Innerhalb der beiden großen diskurswissenschaftlichen Richtungen, die in Kapitel 2.1.1 dargestellt wurden, ist die hier vorgenommene Untersuchung wie der Großteil der sozialwissenschaftlichen Diskursforschung der Richtung zuzuordnen, die sich mit großflächigen Sinnproduktionsprozessen und den durch sie generierten Formationen-Formierungen befaßt. Die eben angesprochene Methodenvielfalt ist nicht nur in Unterscheidung zur anderen großen Richtung der Diskursanalyse, die sich vornehmlich mit der Analyse unmittelbarer Kommunikationsprozesse befaßt, sondern auch *innerhalb* der sozialwissenschaftlichen Diskursforschung zu konstatieren. Eine gemeinsame Basis finden die verschiedenen sozialwissenschaftlich-dis-

kursanalytischen Ansätze zum einen in der Form ihres Gegenstandes – Sinninformationen jenseits des einzelnen Satzes oder Textes –, zum anderen in einer grundlegenden erkenntnistheoretischen Übereinstimmung – hinsichtlich des „performativen, weltkonstituierenden Charakter[s]“ (Keller et al. 2003: 10) von Diskursen – und schließlich treffen sie sich methodologisch auch darin, daß sie ihren Gegenstand rekonstruktiv-deskriptiv erfassen.² Jenseits dieser Gemeinsamkeiten unterscheidet sich beinahe jede diskursanalytische Untersuchung von jeder anderen, und zwar vor allem deshalb, weil jeder Untersuchung ein anderes Erkenntnisinteresse oder genauer eine je eigene Mischung verschiedener Arten von Erkenntnisinteresse zugrunde liegt. Auf einer obersten Ebene lassen sich dabei drei Arten von Erkenntnisinteresse unterscheiden: bestimmte

Abbildung 4: Das methodische Feld der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse, in Abhängigkeit vom Erkenntnisinteresse



Quelle: eigene Darstellung

- 2 Meines Erachtens gibt es damit einen grundlegenden Unterschied zum rekonstruktiv-verstehenden Vorgehen der Hermeneutik (vgl. 2.1.3). Der Unterschied besteht darin, daß die hermeneutische Methode als auslegende Methode darauf abzielt, Texte (oder auch Praktiken usw.) in ihrer Tiefe zu verstehen, also zum Kern der Bedeutung vorzudringen, während die Diskursanalyse die Oberfläche des Textes und die operierenden Beziehungen zu beschreiben sucht. Eine solche Differenzierung kann sich auch auf Foucault berufen, der sein Verständnis der Diskursanalyse ebenfalls strikt von der Hermeneutik zu unterscheiden sucht (Foucault 1997[1969]). Allerdings gibt es auch Untersuchungen, die unter dem Etikett „Diskursanalyse“ im wesentlichen hermeneutisch arbeiten. Dies gilt zum Beispiel für die – sich erstaunlicherweise unter anderem auf Foucault stützende – ideologiekritische „kritische Diskursanalyse“ Siegfried Jägers (vgl. Jäger 1993; Jäger 1994); auch im jüngst erschienenen *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse* wird die hermeneutische Methode als Teil der Diskursanalyse konzeptioniert (vgl. Keller et al. 2003: 11). Auch wenn insofern eine klare Trennlinie nicht gezogen werden kann, ist eine wenigstens grobe Unterscheidung der unterschiedslosen Subsumierung der Hermeneutik unter die Diskursanalyse gegenüber zu bevorzugen. Der Diskursanalytiker ist kein Hermes, der den Empfängern seiner Botschaft das Denken der Götter auslegt.

Diskurse abzubilden und zu analysieren (räumliches Erkenntnisinteresse), den Wandel von Diskursen zu analysieren (zeitliches Erkenntnisinteresse) und/oder bestimmte diskursive Funktionen zu analysieren (funktionales Erkenntnisinteresse). Diese drei Arten von Erkenntnisinteresse spannen das methodische Feld auf, in dem sich verschiedene sozialwissenschaftliche Diskursanalysen – in grober Weise – verorten lassen (vgl. Abbildung 4, Seite 245).

Dieses Feld erlaubt nur eine grobe Verortung, zum einen, weil sehr häufig verschiedene Arten des Erkenntnisinteresses in eine Untersuchung hinein spielen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß; zum anderen, weil die groben Bezeichnungen zahlreiche Untergliederungen möglich machen. So kann zum Beispiel, was meistens der Fall ist, das räumliche Erkenntnisinteresse durch ein Thema,³ durch bestimmte Diskursmedien⁴ oder dadurch, daß in einem Diskurs bestimmte Subjekte auftreten,⁵ spezifiziert werden. Das zeitliche Erkenntnisinteresse kann sich auf den Wandel eines Diskurses aufgrund eines bestimmten Ereignisses richten⁶ oder einem Wandel über eine bestimmte Zeitspanne nachspüren⁷. Und bezüglich des funktionalen Erkenntnisinteresses ist natürlich von entscheidender Bedeutung, welche Funktion von Diskursen ins Zentrum der Analyse gerückt wird.⁸

Methodologische Einordnung der hier verwendeten Methode. In der hier vorgenommenen Untersuchung spielen zweifellos Aspekte eines räumlichen und zeitlichen Erkenntnisinteresses – der spezifische Blick auf den deutschen wirtschaftspolitischen Diskurs zwischen 1946 und 1959 – eine Rolle. Doch im Vordergrund steht eindeutig ein mehrschichtiges funktionales Erkenntnisinteresse: Allen voran geht es um den diskursiven Mechanismus der Ausbildung hegemonialer Projekte und der Formierung von Hegemonien, hinzu kommt das Bemühen um

3 So z.B. bei der Analyse zum Diskurs über Müll von Reiner Keller (1998) oder bei der Analyse zum sauren Regen durch Maarten Hajer (1995; 2003).

4 So z.B. durch die Analyse von Schulbüchern durch Thomas Höhne (2003) oder von Qualitätszeitungen (vgl. Hurrelmann et al. 2005).

5 So z.B. bei der Konzentration auf das Subjekt des französischen Intellektuellen in Angermüller (2002).

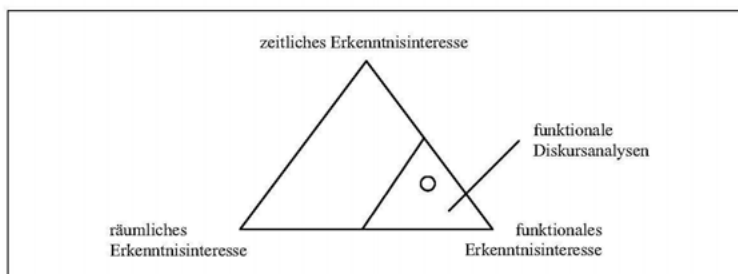
6 Das einzelne Ereignis spielt z.B. eine zentrale Rolle in der strukturalpragmatischen Diskursanalysemethode von Johannes Angermüller (2002).

7 Die Fixierung eines bestimmten Zeitraums fokussiert eigentlich immer das diskursanalytische Erkenntnisinteresse, so z.B. bei Michael Schwab-Trapp (2002). Grundsätzlich spielt der Zeitfaktor auch eine konstitutive Rolle bei der diskursgeschichtlichen Analyse (vgl. Jung 2001).

8 Also zum Beispiel, wie Gegenstände diskursiv produziert werden, wie Diskurse und Subjekte sich gegenseitig generieren, was eine bestimmte Diskursart (politisch, wissenschaftlich etc.) auszeichnet, oder wie bestimmte diskursive Mechanismen, z.B. Hegemonien, funktionieren.

die Rekonstruktion des Politischen im politischen Diskurs oder das Zusammenspiel von Diskursivität und Subjektivität im Zuge der Ausbildung von hegemonialen Projekten. Man könnte daher im hier vorliegenden Fall von einer funktionalen Diskursanalyse sprechen und sie im methodischen Feld folgendermaßen verorten (Abbildung 5):

Abbildung 5: Verortung der angewandten diskursanalytischen Methode im methodischen Feld



Quelle: eigene Darstellung

Der kleine Kreis soll die Verortung der hier angewandten Methode anzeigen. Er befindet sich in der Nähe der rechten unteren Ecke des methodischen Feldes, innerhalb der Methodenregion der funktionalen Diskursanalyse, wodurch veranschaulicht wird, daß es der Analyse vor allem um die Rekonstruktion der Mechanismen diskursiver Hegemonien geht, die hier als hegemoniale Strategien bzw. Strategeme theoretisch hergeleitet worden sind. Die relativ hohe Entfernung von der linken unteren Ecke (räumliches Erkenntnisinteresse) bringt zum Ausdruck, daß die Rekonstruktion des Diskurses der „Sozialen Marktwirtschaft“ eine dem funktionalen Erkenntnisinteresse gegenüber deutlich untergeordnete Rolle spielt. Es geht also nicht darum, den ordnungs- und wirtschaftspolitischen Diskurs der Nachkriegszeit und der frühen Bundesrepublik möglichst umfassend zu erfassen und zu kartographieren, sondern es sollen herausragende Diskursbeiträge dieses Diskurses mit gezieltem Blick auf die Rekonstruierbarkeit der hegemonialen Strategien/Strategeme analysiert werden. Die Entfernung zur oberen Ecke (zeitliches Erkenntnisinteresse) ist geringer als zur linken unteren, weil hegemoniale Prozesse als zeitlich voranschreitende Prozesse konzipiert werden müssen und weil man es bei Hegemonien mit Emergenzphänomenen, also eher Phänomenen des Werdens statt des Seins, zu tun hat (z.B. emergente Interpretationsoffenheit des leeren Signifikanten, performative Dimension der Hegemonie durch die Rekrutierung von Subjekten), wodurch der zeitlichen Dimension zwangsläufig

relativ viel Aufmerksamkeit im Rahmen der funktionalen Diskursanalyse zukommt.

Spezifizierung der Methode. Die im folgenden vorzunehmende Diskursanalyse ist in hohem Maße theoriegeleitet, d.h. sie ist eng mit den bisherigen theoretischen Überlegungen verwoben. Ziel dieser Überlegungen war es ja, theoretisch fundierte Hypothesen über eine bestimmte diskursive Funktion, nämlich die diskursive Formierung von Hegemonie, herzuleiten, um sie dann am empirischen Material zu überprüfen.⁹ Das entscheidende Ergebnis der theoretischen Herleitung war das im vorangegangenen Kapitel vorgestellte Konglomerat (offensiv-)hegemonialer Strategeme. Der Übersichtlichkeit halber seien diese insgesamt neun Strategeme nochmals genannt:

A. Kernstrategeme der offensiv-hegemonialen Strategie

- (I) Äquivalenzierung differenter, am Allgemeinen orientierter Forderungen
- (II) Antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums
- (III) Repräsentation

B. Grundlagenstrategem

- (IV) Grundlagenstrategem der superdifferenziellen Grenzziehung

C. Ergänzende hegemoniale Strategeme

- (V) emergente Interpretationsoffenheit des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen
- (VI) Einrichtung/Fortschreibung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte
- (VII) gezieltes und vereinzelt Durchbrechen der antagonistischen Grenze

9 Durch das hohe Gewicht, das der Theorie damit zukommt, setzt sich die vorliegende Untersuchung vielleicht dem Vorwurf eines diskursanalytischen „Studierstubenansatzes“ aus (vgl. Jung 2001: 29). Ich möchte diesen Vorwurf jedoch zurückweisen: Die meines Erachtens – mit all den Beschränkungen, die oben genannt wurden – erstrebenswerte Verallgemeinerbarkeit von Aussagen über das diskursive Geschehen, das ja nicht wenig komplex ist, ist ohne sorgfältige Theoriearbeit nicht zu leisten (vgl. auch Diaz-Bone 1999: 128). Es geht einer sinnvollen diskurswissenschaftlichen Theoriearbeit auch in keiner Weise darum, wie Jung (2001: 29) unterstellt, die Verarbeitung von „mehr oder neuere[r] Sekundärliteratur“ der Nachvollziehbarkeit ihrer Ergebnisse oder gar der „gesellschaftliche[n] Relevanz“ ihres Tuns vorzuziehen, sondern primär darum, einen spezifischen Beitrag zur Diskurswissenschaft zu leisten, der die empirischen Diskursanalysen sinnvoll ergänzen kann – ebenso wie sie von diesen Untersuchungen ergänzt wird und profitiert.

D. Sekundäre hegemoniale Strategeme

(VIII) Strategem des eigentlichen Verfechters

(IX) Strategem der eigentlichen Bedeutung

Das Ziel der folgenden Diskursanalyse besteht nun darin, die oben theoretisch hergeleiteten Strategeme am empirischen Material des Diskurses um die „Soziale Marktwirtschaft“ auf ihre Gültigkeit hin zu überprüfen bzw. sie im Material zu rekonstruieren. Allgemeiner gefaßt geht es um die vorläufige Verifikation des Strategem-Hypothesenkomplexes und damit auch um die Plausibilisierung der Diskurstheorie, aus der dieser Komplex hergeleitet wurde. Das eigentliche Vorgehen bei der Rekonstruktion ist strukturalistisch, oder vielleicht eher noch poststrukturalistisch inspiriert, was vor allem aus der Tatsache resultiert, daß die Strategeme als – bewegliche – Beziehungsgeflechte, mithin als zum Teil, aber nie völlig fixierte Strukturen konzeptioniert wurden. Insbesondere die vier ersten Strategeme (die drei Kernstrategeme und das Superdifferenzstrategem) lassen sich als spezifische Anordnungen aus den im zweiten Kapitel eingeführten vier Beziehungsarten – Differenz, Äquivalenz, Kontrarität, Superdifferenz – begreifen, und diesen Beziehungsarten sowie ihren spezifischen Anordnungsformen gilt es mit der Diskursanalyse auf den Grund zu gehen. Betrachtet man die hegemonialen Strategeme als das Skelett hegemonialer Formationen-Formierungen, so zielt die Analyse letztlich auf die Rekonstruktion einer typischen solchen Formation-Formierung, nämlich jener um den leeren Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“. Neben der Rekonstruktion der hegemonialen Strategeme geht es dabei insbesondere darum, die performative Dimension hegemonialer Projekte zu erfassen, das heißt, die Prozesse, in denen einerseits Subjekte emergieren, die durch eine hegemoniale Formation-Formierung verbunden sind, indem sie die von dieser Formation bereit gehaltenen Subjektpositionen einnehmen; wobei andererseits genau durch dieses Eintreten in den Diskurs auf den Subjektpositionen einer hegemonialen (oder emergent hegemonialen) Formation-Formierung diese hegemoniale Kontinuität gewinnt. Mit anderen Worten: Auch die Konstituierung der Diskurskoalition um die „Soziale Marktwirtschaft“ soll untersucht werden.

Die oben eingeführten neun Strategeme lassen sich auf drei Analyseebenen rekonstruieren: in Textpassagen, in Texten und in Textzusammenhängen bzw. im Diskurs. Allerdings läßt sich nicht jedes Strategem auf jeder Ebene rekonstruieren. Bei folgenden Strategemen erscheint es aus verschiedenen Gründen wahrscheinlich, daß sie sich gelegentlich oder häufig auf der niedrigsten Ebene, der der Textpassage, nachweisen lassen: das Strategem der Äquivalenzierung differenter, am Allgemeinen

orientierter Forderungen (Strategem I); das Grundlagenstrategem der superdifferenziellen Grenzziehung (Strategem IV); das Strategem der Einrichtung/Fortschreibung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte (Strategem VI); das Strategem des eigentlichen Verfechters (Strategem VIII) sowie das Strategem der eigentlichen Bedeutung (Strategem IX).¹⁰ Auf der Ebene eines ganzen Textes operieren die Strategeme der antagonistischen Zerteilung des diskursiven Raums (Strategem II), der Repräsentation (Strategem III) und des gezielten, vereinzelten Durchbrechens der antagonistischen Grenze (Strategem VII). Ausschließlich auf der Diskursebene schließlich findet sich das Strategem der emergenten Interpretationsoffenheit des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen (Strategem V). Dasselbe gilt naheliegenderweise für die Formierung von Diskurskoalitionen.

Da jede Diskursanalyse an einem einzelnen Punkt beginnen muß, von dem aus sie sich den Diskurs erschließt, und nachdem die Punkte im Diskurs verschiedene Diskursbeiträge bzw. in unserem Fall Texte sind, stehen im folgenden insgesamt fünf, durch das Ziel der Strategemrekonstruktion strukturierte Textanalysen am Anfang (6.2). Dabei gehe ich, nach einer kurzen Einleitung in den jeweiligen Text, stets in sechs Schritten vor: Die ersten drei Schritte dienen der Vorbereitung und sollen eine bessere Einordnung des Textes wie auch der Textanalyse ermöglichen: (a) Darstellung des historischen Kontexts – auf die Bedeutung der Text-Kontext-Verortung für die Diskursanalyse wurde mehrfach hingewiesen; (b) Rekonstruktion des diskursiven Ortes der Artikulation – das heißt die Rekonstruktion der Subjektposition, von der aus der jeweilige Sprecher spricht; (c) knappe Übersicht über den Inhalt des Textes. In den folgenden drei Analyseschritten erfolgt die angekündigte Überprüfung der Thesen zur (offensiv-)hegemonialen Strategie: (d) Rekonstruktion der hegemonialen Kernstrategeme sowie des Strategems VI; (e) Rekonstruktion weiterer Strategeme, sofern diese sich auf der Ebene des Textes oder seiner Passagen darstellen lassen; (f) Sonstiges. Im Anschluß an diese detaillierten Einzeltextanalysen werden die Ergebnisse dieser Analysen zunächst zusammengefaßt und dann exemplarisch untersucht, wie diese Strategeme im ordnungs- und wirtschaftspo-

10 Hinsichtlich der Strategeme VIII und IX sei bereits hier erwähnt, daß ihre Rekonstruierbarkeit am Beginn eines hegemonialen Projekts – mit einem solchen Beginn haben wir es beim hegemonialen Projekt der „Sozialen Marktwirtschaft“ bis weit in die 1950er Jahre hinein zu tun – eher nicht zu erwarten ist. Wie schon oben ausgeführt wurde, handelt es sich bei den sekundären hegemonialen Strategemen VIII und IX um Merkmale einer weitestgehend etablierten Hegemonie. Mit einer solchen haben wir es allerdings im Betrachtungszeitraum tendenziell noch nicht zu tun.

litischen Diskurs der Bundesrepublik in der 1950er Jahren fortgeschrieben wurden, um so das Operieren der hegemonialen Strategie in einem längeren Diskursabschnitt zu dokumentieren (6.3).

Korpus und Korpusauswahl. Wenn wir uns nun der Analyse zuwenden wollen, so wird damit ein Problem virulent, das bislang noch übergangen werden konnte: Was genau soll analysiert werden? Wie rekonstruieren wir den Diskurs, wo ziehen wir seine Grenzen? Denn letztlich muß ein Diskurs, wenn er als Analyseobjekt in Erscheinung tritt, als ein Korpus von Texten – bzw. allgemeiner von Texten, Bildern, Praktiken etc. – in Erscheinung treten, und in einen solchen konkreten Korpus werden zwangsläufig bestimmte Texte aufgenommen und andere nicht. Zwar mag es richtig sein, daß die Korpuskonstituierung nur „ein methodisch notwendiges Vorgeplänkel zu einer eigentlichen Untersuchung“ (Jung 2001: 33) darstellt – aber notwendig ist sie eben.

Einen ersten grundlegenden Hinweis auf den Umfang des zu wählenden Korpus können wir aus der eben vorgenommenen methodologischen Verortung gewinnen. So geht es hier primär weder darum, einen Diskurs – den Diskurs, in dessen Zentrum der leere Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ emergiert – *umfassend im räumlichen Sinne* abzubilden, ein angesichts der Grenzenlosigkeit von Diskursen ohnehin unmögliches Unterfangen, dem man nicht zu Unrecht Hybris vorhalten könnte. Noch geht es darum, ihn *in umfassender Weise zeitlich* zu rekonstruieren, also alle relevanten Texte aus einem Zeitraum in den Untersuchungskorpus aufzunehmen oder alle Ereignisse, die zu Ereignissen dieses Diskurses werden und dort als diskursive Ereignisse Wandel hervorrufen, zu rekonstruieren. Vielmehr geht es um die Plausibilisierung einer bestimmten Beschreibung des Funktionierens diskursiv-hegemonialer Prozesse. Um zu einer solchen Plausibilisierung zu kommen, kann der Textkorpus aus nur einigen Texten bestehen, die hinreichend repräsentativ sind, um das Sprechen von einem „Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft“ zu erlauben.

Wenn demnach also klar ist, daß der Textkorpus repräsentativ, aber nicht unbedingt umfassend sein muß, so stellen sich zwei Fragen: Was sind – erstens – die grundsätzlichen Kriterien, die einen Text eligibel machen? Die Beantwortung dieser Frage drängt zugleich auf die Errichtung einer – virtuellen – Grenze des Diskurses, die letztlich nicht zu ziehen ist, weil Diskurse eben nicht abschließbar sind. Daher folgt notwendigerweise die zweite Frage, anhand welcher Gründe für die Auswahl einzelner Texte – also einer endlichen Menge – aus der im ersten Schritt gewonnenen, grundsätzlich unendlichen Menge erfolgt? Um die Textmenge, die aus der Beantwortung der ersten Frage resultiert, von der Textmenge, die sich durch die Beantwortung der zweiten Frage er-

gibt, begrifflich deutlich abzuheben, hilft die von Dietrich Busse und Wolfgang Teubert (Busse/Teubert 1994: 14; Busse 2001: 53) eingeführte Unterscheidung zwischen dem virtuellen und dem konkreten Textkorpus:

Unter Diskursen im forschungspraktischen Sinn können virtuelle Textkorpora verstanden werden, deren Zusammensetzung durch im weitesten Sinne inhaltliche (bzw. semantische) Kriterien bestimmt wird. Zu einem Diskurs gehören alle Texte, die (a) sich mit einem als Forschungsgegenstand gewählten Gegenstand, Thema, Wissenskomplex oder Konzept befassen, untereinander semantische Beziehungen aufweisen und/oder in einem gemeinsamen Aussage-, Kommunikations-, Funktions- oder Zweckzusammenhang stehen, (b) den als Forschungsprogramm vorgegebenen Eingrenzungen im Hinblick auf Zeitraum/Zeitschnitte, Areal, Gesellschaftsausschnitt, Kommunikationsbereich, Texttypik und andere Parameter genügen, und (c) durch explizite oder implizite (text- oder kontextsemantisch erschließbare) Verweisungen aufeinander Bezug nehmen bzw. einen intertextuellen Zusammenhang bilden. Konkrete (d.h. einer diskursanalytischen Untersuchung zugrundeliegende) Textkorpora sind Teilmengen der jeweiligen Diskurse (Busse 2001: 53).

Der sich durch die hier vorgenommene Definition eines virtuellen Textkorpus ziehende rote Faden ist das „gemeinsame Thema“ (vgl. auch Jung 2001: 33), das sich, wie man ergänzen sollte, dadurch anzeigt, daß sich vergleichbare – wenn auch nicht identische im Sinne von genau deckungsgleichen Verknüpfungen von diskursiven Elementen – Artikulationen aneinanderreihen. Der virtuelle Korpus wird hier weiterhin dadurch eingeschränkt, daß es sich um die ein gemeinsames Thema aufnehmenden Texte eines bestimmten Zeitraums handelt. Mit der Beschreibung eines virtuellen Korpus anhand eines solchen thematischen Kriteriums wird zugleich eine – aus den bereits genannten Gründen ebenso „virtuelle“, d.h. unmögliche – Grenze eines Diskurses skizziert. Rainer Diaz-Bone weist zurecht auf das hier nicht zu lösende Problem hin, daß jede derartige diskursive Abgrenzung bereits auf einem „Vorwissen über den Diskurs“ beruhen muß (ebd.: 130/131). Aber auch für Diaz-Bone ist trotz dieses Problems die thematische Abgrenzung eines Diskurses ein gut gangbarer Weg: „Einfache Strategien für die Abgrenzung bzw. Identifikation können dabei Problematisierungen, Themen und Agenden sein“ (Diaz-Bone 1999: 131). Insofern scheint es gerechtfertigt, hier von einem virtuellen Textkorpus auszugehen, der alle jene Texte umfaßt, die sich zwischen 1946 und 1959 mit der deutschen bzw. der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik – und mit Einschränkungen auch der Sozialpolitik – befassen. Das explizite Erscheinen des Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“, der hier als leerer Signifikant des durch diesen virtuellen Textkorpus beschriebenen Diskurses bezeichnet

wurde, spielt demgegenüber keine entscheidende Rolle, vor allem weil es sich um einen emergenten leeren Signifikanten handelt, der somit zwangsläufig nicht in allen relevanten Texten zu finden sein kann.

Wie nun aber den „konkreten Textkorpus“ innerhalb eines thematisch eingegrenzten virtuellen Textkorpus bestimmen? Der Vielfalt der Methoden der Diskursanalyse entspricht die Vielfalt der Antworten auf diese Frage. Vorgeschlagen wird unter anderem eine Abgrenzung nach „Teildiskursen“ (also subthematisch), nach Textsorten, nach bestimmten Kommunikationsbereichen (z.B. politischen Gruppen, Fachgruppen etc.) oder nach spezifischen Kombinationen dieser Kriterien (vgl. Jung 2001: 33/34). Keines dieser Kriterien ist jedoch für die unternommene funktionale Diskursanalyse zur Untersuchung hegemonialer Mechanismen wirklich zielführend: die Kommunikationsbereiche nicht, weil es ja gerade um die Äquivalenzverknüpfung mehrerer solcher Kommunikationsbereiche geht; die Textsorten nicht, weil hegemoniale Prozesse durchaus in mehreren Textsorten parallel ablaufen (wie zu zeigen sein wird, z.B. in wissenschaftlichen Abhandlungen, Reden und Parteiprogrammen); die Teildiskurse nicht, weil sie einerseits keine wirkliche Klarstellung erlauben und weil es andererseits hegemonialen Projekten – das Argument wiederholt sich – unter anderem um die Verknüpfung von Teildiskursen (wenn man wirklich trennen will, z.B. Ordnungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik) geht.

Im Unterschied zu den genannten Kriterien möchte ich daher meinen konkreten Textkorpus, dem Ansatz einer funktionalen Diskursanalyse folgend, an meiner obigen Definition der Hegemonie und dabei insbesondere am Begriff der politisch-gesellschaftlichen Kräfte orientieren. Dies bedeutet, daß im folgenden Diskursbeiträge dem konkreten Textkorpus zugerechnet werden, mit denen Subjekte in den politischen Diskurs um die „Soziale Marktwirtschaft“ eintreten, die – auch außerhalb dieses Diskurses – diskursiv wahrnehmbar sind, die mithin das sind, was als politisch-gesellschaftliche Kraft eingeführt wurde. Es wird sich zeigen, daß das Auftreten solcher politisch-gesellschaftlicher Kräfte durch einen politischen Diskurs wie den um die „Soziale Marktwirtschaft“ genauso vorausgesetzt wie ermöglicht wird – eine nur scheinbar paradoxe Aussage, sobald man das kontinuierliche Fließen und Ineinanderübergehen von Diskursen bedenkt. Das genannte Auswahlkriterium ist unausweichlich eng mit dem Standpunkt des heutigen Beobachters verknüpft: Aufgenommen werden Texte, deren artikulierende Subjekte aus heutiger Sicht als maßgebliche Subjekte des ordnungs- und wirtschaftspolitischen Diskurses der Sozialen Marktwirtschaft gelten – insofern findet sich Diaz-Bones eben zitierte Aussage zum notwendigen „Vorab-Wissen“ bestätigt. Welche Texte, die von diesen diskursiven Subjekten artikuliert werden,

wiederum im einzelnen ausgewählt werden, ist eine Entscheidung innerhalb dieses Vorab-Wissens, die hinsichtlich der Relevanz und der Repräsentativität getroffen wird (und darauf angewiesen ist, daß sie als plausible Entscheidung gemäß dieser Kriterien vom Leser anerkannt wird).

Die Texte, ihre Autoren, das Jahr ihrer Publikation bzw. ihres Entstehens und, wo notwendig, eine knappe Benennung der Textsorte finden sich jeweils zu Beginn der Abschnitte, in denen sie analysiert werden, aufgelistet (6.2, 6.3.2, 6.3.3).

6.2 Einzelanalysen

In diesem Abschnitt werden entsprechend der eben skizzierten Methode folgende Texte detailliert analysiert:

- Alfred Müller-Armack (1946/47): *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, wissenschaftliche Monographie (Müller-Armack 1966[1946]) (Abschnitt 6.2.1)
- Ludwig Erhard (1948): Der Weg in die Zukunft, Rede vor dem Wirtschaftsrat am 21. April 1948 (Erhard 1992: 37-61)
- Ludwig Erhard (1948): Der Neue Kurs, Radioansprache vom 21. Juni 1948 (Erhard 1992: 62-68)
- Ludwig Erhard (1948): Marktwirtschaft im Streit der Meinungen, Rede vor dem 2. Parteikongress der CDU der britischen Zone am 28. August 1948 (Erhard 1992: 69-85) (alle drei Reden Erhards in Abschnitt 6.2.2)
- CDU (1949): Düsseldorf Leitsätze, Parteiprogramm vom 15. Juli 1949 (CDU 1963[1949]) (Abschnitt 6.2.3)

6.2.1 Alfred Müller-Armack: *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*

„Müller-Armack ist der Wegbereiter des Konzeptes und Schöpfer des Begriffs der Sozialen Marktwirtschaft. Die Verwirklichung einer freiheitlichen und menschenwürdigen Ordnung betrachtet er als gesellschaftspolitische Aufgabe, zu deren Verwirklichung die Wirtschaft beizutragen habe.“ Bereits eine knappe Charakterisierung wie diese, die Friedrun Quaa (2002: 50, i.O. kursiv) einem jüngeren Lexikonbeitrag zu Alfred Müller-Armack (1901-1978) voranstellt, vermag zu illustrieren, weshalb einer seiner Texte den Ausgangspunkt der folgenden Diskursanalyse bildet. Erstens bekräftigt sie die Bedeutsamkeit Müller-Armacks für den Diskurs der „Sozialen Marktwirtschaft“, indem sie ihn als „Wegbereiter des Konzeptes und Schöpfer des Begriffs der Sozialen

Marktwirtschaft“ verortet. Zweitens aber deutet sich auch an, daß Müller-Armacks Begriffsschöpfung in einem Zusammenhang (ent-)stand, in dem das, was hier als das Allgemeine bzw. als ein Allgemeines bezeichnet wird, zur Diskussion stand: Der Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ wird im Wirtschaftlichen die Stelle einnehmen, die sich mit der Lösung der „gesellschaftspolitischen Aufgabe“, der „Verwirklichung einer freiheitlichen und menschenwürdigen Ordnung verknüpft.“

Hinsichtlich der Ausführlichkeit der Darstellung wie auch der Erläuterung der einzelnen Analyseschritte rücke ich Müller-Armacks programmatischen Text *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*¹¹, der als Monographie im Winter 1946/47 erschienen ist, ins Zentrum der folgenden Diskursanalyse. Diese Schwerpunktsetzung bietet sich vor allem aus drei Gründen an: Erstens ist *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* ein Text, dem nach der Auffassung zahlreicher Autoren eine Schlüsselrolle für den ordnungspolitischen Diskurs der späten 1940er Jahre zukommt, nicht nur, weil der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ in diesem Text und aufgrund dieses Textes erstmals diskursive Resonanz fand, sondern auch, weil die Konzeption hier „erstmalig systematisch und prononciert vorgetragen“ (Rauch 2002: 313) und von ihren Alternativen abgegrenzt wurde. Zweitens handelt es sich um den Text, der von allen ausgewählten Texten als erster verfaßt und publiziert wurde (1946). In dieser frühen diskursiven Entwicklungsphase lassen sich viele Artikulationsmuster aufzeigen, die sich in anderen Diskursbeiträgen später ähnlich wiederholen. Drittens schließlich ist *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* auch mit Abstand der umfangreichste der hier analysierten Texte und erlaubt es so, den diskursiv-hegemonialen Entwicklungen an ausführlichem Material nachzuspüren.

(a) *Darstellung des historischen Kontexts.*¹² *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* erschien im Dezember 1946, also etwa eineinhalb Jahre nach der Niederlage des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg und zur Zeit der alliierten Besatzung. Die materielle Versorgungslage war zu diesem Zeitpunkt nach wie vor unbefriedigend. Für den einzelnen am

11 *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* ist bibliographisch auf das Jahr 1947 datiert, wird aber meist mit dem Erscheinungsjahr 1946 zitiert, weil es noch vor dem Jahreswechsel durch den Verlag ausgeliefert wurde (vgl. Rauch 2002: 313). Hier wird der 1966 erfolgte Wiederabdruck des Textes im Sammelband *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik* verwendet (Müller-Armack 1966[1946]), wo Müller-Armack selbst 1946 als Erscheinungsjahr angibt.

12 Zur politischen Entwicklung 1945-47 vgl. allgemein Eschenburg (1983: 21-136, 171-280), Benz (1983a: 375-402), Kleßmann (1991); zur genaueren Übersicht über die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 1945-1947 vgl. Abelshausen (1983: 13-46) und Eschenburg (1983: 265-269).

unmittelbarsten spürbar war der Mangel an Nahrungsmitteln, Konsumgütern und Kohle; aber auch die Eisen- und Stahlproduktion und das Transportwesen waren stark eingeschränkt. Zwar erholte sich die wirtschaftliche Lage im Verlauf des Jahres 1946 unerwartet rasch, doch wurden alle Zugewinne im „Katastrophenwinter“ 1946/47 zunichte gemacht, so daß die Industrieproduktion der Bizone im Februar 1947 wieder auf 29 % des Niveaus von 1936 abgesunken war, nachdem sie im November 1946 bereits bei 35,1 % (britische Zone) und 44 % (amerikanische Zone) gelegen hatte (Ambrosius 1977: 35; ähnliche Zahlen und ausführliche Erläuterung bei Abelshauser 1983: 32-37).

1946 war noch weitgehend offen, wie die Mangelwirtschaft beseitigt werden und die deutsche Wirtschaftsordnung grundsätzlich neugestaltet werden sollte. Die Alternative möglicher Wirtschaftsordnungen kam scheinbar in Müller-Armacks Titel *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* zum Ausdruck. Verschiedene Indikatoren wiesen zu diesem Zeitpunkt darauf hin, daß die deutsche Wirtschaft auf absehbare Zeit als Lenkungswirtschaft organisiert werden würde: Die Besatzungsmächte hatten das Bewirtschaftungssystem der nationalsozialistischen Lenkungswirtschaft weitestgehend übernommen. Mit Blick auf die Zukunft ließen allein die US-amerikanischen Administratoren gewisse Sympathien für eine marktwirtschaftliche Neuordnung erkennen,¹³ aber auch in ihren Augen war für eine lange Übergangszeit nur eine gelenkte Wirtschaft in der Lage, den Mangel, der in nahezu allen Warenbereichen herrschte, so gering wie möglich zu halten. Bei den bereits wiedergegründeten deutschen Parteien gab es eine Tendenz pro Lenkungswirtschaft, die von der einen großen Kraft, der SPD, eindeutig bevorzugt wurde, die aber auch in der CDU/CSU zahlreiche Fürsprecher hatte. Der vermeintlich chaotischen (nicht gelenkten) Marktwirtschaft wurde von vielen nicht zugetraut, den grassierenden Mangel zu beheben, und noch viel weniger, dies in gerechter Weise zu tun. Nur die verschiedenen liberalen Parteien bildeten hier eine pro-marktwirtschaftliche Ausnahme.

Gleichzeitig waren in der zweiten Jahreshälfte 1946 wichtige Entscheidungen hinsichtlich der politischen Struktur des besetzten Deutschland getroffen und umgesetzt worden. Die amerikanische und die britische Besatzungszone waren de facto ab September 1946 und de jure ab Januar 1947 zur Bizone zusammengelegt, was sich nicht nur in den alliierten Administrationsstrukturen manifestierte, sondern auch mit

13 Für die sowjetische Besatzungsmacht bildete eine marktwirtschaftliche Organisation ohnehin keine Option. Aber auch die französischen und britischen Administratoren gaben der Lenkungswirtschaft, die zu dieser Zeit zum Teil auch in ihren Heimatländern praktiziert wurde, den Vorzug.

der Schaffung deutscher administrativer Institutionen einhergehend, die erstmals wieder den Anspruch erheben konnten, für die Mehrheit der Deutschen (etwa 60 %) politisch-administrative Entscheidungen zu treffen. Von den fünf bizonalen Verwaltungseinrichtungen wurden insbesondere die Wirtschaftsverwaltung und deren Führungsposten schnell zum Objekt politischer Begierden und Auseinandersetzungen zwischen der SPD und den bürgerlichen Parteien, denn hier war – natürlich in Abstimmung mit den Alliierten – die Autorität für wirtschaftliche Weichenstellungen wie etwa die Neuordnung des Lohn- und Preissystems angesiedelt. Insgesamt läßt sich also der historische Kontext der Publikation von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* dergestalt zusammenfassen, daß in wirtschaftlich noch immer angespannter Zeit einerseits die grundsätzliche Ausrichtung der Neugestaltung der deutschen Wirtschaftsordnung noch unentschieden war, andererseits aber Schritt für Schritt die administrativ-politischen Institutionen entstanden, die wirksame Entscheidungen bezüglich dieser Neugestaltung zwar nicht sofort, aber doch mehr und mehr zu ermöglichen schienen. Mit *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* bezieht Müller-Armack also in einem Moment Position, in dem sich die Entscheidungssituation allmählich zuspitzte, und plädierte entschieden gegen die Lenkungswirtschaft und für eine Marktwirtschaft, in die der Staat zwar durchaus planend und steuernd eingreifen sollte, um soziale und ethische Ziele zu verteidigen; aber er sollte dies tun, ohne das Funktionieren des Marktmechanismus selbst zu gefährden. Für diese bewußt gestaltete Marktwirtschaft prägt Müller-Armack den Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“.

(b) *Rekonstruktion des diskursiven Ortes der Artikulation.* Von wo aus wurde diese Positionierung aber vorgenommen? Was war der diskursive Ort der Artikulation? Hiermit ist nicht der geographisch-politische Ort der Artikulation (Deutschland) gemeint, und auch nicht Verlagsort von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* (Hamburg). Gefragt ist vielmehr nach dem Ort, den der Artikulator einnimmt, nach der Subjektposition, von der aus gesprochen, die von der Artikulation vorausgesetzt und durch die Artikulation bekräftigt wird. Dies ist zwar im Lauf des Textes nicht immer ein und dieselbe Subjektposition, aber es herrscht doch die Position des objektiven wissenschaftlichen Analytikers vor, der „nüchterne Untersuchungen“ einklagt (Müller-Armack 1966 [1946]: 42) und sich die „Forderungen wissenschaftlicher Wahrhaftigkeit“ zu eigen macht (ebd.: 21). Überraschen kann das nicht, war doch Müller-Armack bis 1946 eine relativ ungebrochene wissenschaftliche Karriere beschieden (vgl. zur Biographie Müller-Armacks Quaas 2002; Rauch 2002). 1901 geboren, promovierte er nach einem staatswissenschaftlichen Studium bereits 1923 und habilitierte sich 1926. Den Schwer-

punkt seiner relativ breit ausgerichteten Forschungen bildete die Konjunkturpolitik (vgl. zum Frühwerk Müller-Armacks Schefold 2002). Nach wechselnden Beschäftigungsverhältnissen, u.a. als Privatdozent, außerordentlicher Professor und Vertretungsprofessor, wurde er schließlich 1940 zum ordentlichen Professor für Nationalökonomie und Kultursoziologie ernannt. Nachdem er den Nationalsozialismus 1933 zunächst überschwänglich begrüßt hatte (Müller-Armack 1933), scheint seine Begeisterung in der Folgezeit schnell abgenommen zu haben; jedenfalls wurde Müller-Armack im Entnazifizierungsverfahren entlastet.¹⁴ Seine Forschungstätigkeit in jenen Jahren galt der vergleichenden kultursoziologischen Erforschung der Entwicklung unterschiedlicher Wirtschaftsstile, mit dem Ziel, eine die verschiedenen menschlichen „Lebensgebiete“ – heute würden wir vielleicht von sozialen Systemen sprechen – integrierende „Erklärung der geistigen Ursprünge unserer wirtschaftlichen und politischen Kultur“ zu finden (Müller-Armack 1944: 5). Aufgrund seines solchermaßen eher soziologischen Verständnisses des Ökonomischen, in dem die Ökonomie nicht als reines „Lebensgebiet“ in Erscheinung trat, sondern stets in Verknüpfung mit anderen „Lebensgebieten“ – insbesondere den Religionen –, ließen sich für Müller-Armack Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik als miteinander Hand in Hand gehende Politiken begreifen. Für die Konzeptionierung der „Sozialen Marktwirtschaft“, die Müller-Armack in den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs vornahm, spielte dieser umfassende Blick auf das Ökonomische eine zentrale Rolle.

Müller-Armack war schon deshalb, weil er von der Position eines etablierten Professors der Nationalökonomie sprechen konnte, institutionell in den wissenschaftlich-ökonomischen Diskurs eng eingebunden. Daß er darüber hinaus in ständigem Dialog mit einer Vielzahl von Wissenschaftlern verschiedenster Provenienz stand, belebte diese institutionelle Einbindung. In engem Austausch stand Müller-Armack mit Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke, die seine ganzheitliche, religiös und/oder humanistisch fundierte Sichtweise auf die Ökonomie teilten.¹⁵ Aber auch die Vertreter der neoliberalen bzw. ordoliberalen Schule (etwa Franz Böhm und Walter Eucken) schätzte Müller-Armack als Diskussi-

14 Vgl. genauer Schefold (2002: 66-68); zur unterschiedlichen Einordnung von Müller-Armacks anfänglicher pro-nationalsozialistischer Begeisterung vgl. Rauch (2002: 311/12); zum Verhältnis der Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu nationalsozialistischen Wirtschaftsvorstellungen i.a. vgl. Reuter (1998).

15 Müller-Armack, Röpke und Rüstow gelten gemeinsam als Vertreter einer religiös und humanistisch begründeten Spielart des Neoliberalismus (vgl. Gutmann 1998: 58).

onspartner – wenngleich es hier auch Differenzen hinsichtlich der Gestaltung der Wirtschaftsordnung und der Rolle der Staats in der Wirtschaft gab (vgl. Schefold 2002: 76). Ludwig Erhard kannte Müller-Armack seit den frühen Kriegsjahren (1940 oder 1941, diesbezüglich finden sich verschiedene Angaben in der Literatur). Während alle bislang Genannten – wie Müller-Armack selbst – grundsätzlich Befürworter einer marktwirtschaftlichen Ordnung im Nachkriegsdeutschland waren (und gemeinsam zu den „Vätern der Sozialen Marktwirtschaft“ zählen), war Müller-Armack auch in Kontakt mit sozialdemokratischen oder christlich-sozialistischen Verfechtern einer mehr oder weniger stark ausgeprägten Wirtschaftslenkung (vgl. Abelshauer 1976). Insgesamt also konnte Müller-Armack von der Position des wissenschaftlich gut vernetzten Inhabers einer nationalökonomischen Professur aus sprechen, dem auch von denjenigen, die seine promarktwirtschaftlichen Auffassungen nicht teilten, großer Sachverstand zuerkannt wurde.

(c) *Knappe Übersicht über den Inhalt des Textes.* Gegenstand von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* ist die Gegenüberstellung dieser Formen von Wirtschaftsordnungen, die 1946 die beiden großen Alternativen zu bilden schienen. Der Text plädiert schließlich gegen die Wirtschaftslenkung und für eine „bewußt gestaltete Marktwirtschaft“, die dem Staat ein breite Palette von sozial und ethisch motivierten Eingriffen gestattet, solange diese die Marktordnung nicht gefährden. Die Ziele, Mittel und Möglichkeiten dieser bewußt gestalteten Marktwirtschaft werden unter der Überschrift „Soziale Marktwirtschaft“ dargestellt.

(d) *Rekonstruktion der hegemonialen Kernstrategie sowie des Strategems VI.* Im fünften Kapitel wurden drei (offensiv-)hegemoniale Kernstrategie erarbeitet: (I) Äquivalenzierung differenter, am Allgemeinen orientierter Forderungen; (II) antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums; (III) Repräsentation. Wie diese Strategeme in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* zum Tragen kommen und ineinander greifen, soll im folgenden Analyseschritt rekonstruiert werden. Weil hierbei auch die Untersuchung der Verteilung von Subjektpositionen eine wichtige Rolle spielt, wird mit der Rekonstruktion der drei Kernstrategie die Rekonstruktion des subjektpositionsspezifischen Strategems VI – Einrichtung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte – verbunden.

Fassen wir zunächst die Funktion der drei Kernstrategie und insbesondere die Gegenseitigkeitsbeziehung der Strategie I und II nochmals zusammen: Den Antrieb politischer Forderungen bildet das imaginäre Allgemeine. Im Raum des Symbolischen bzw. des Diskurses, in dem die Forderungen erhoben werden, läßt sich dieses imaginäre Allgemeine jedoch niemals einholen oder darstellen. Und so bringen die

Forderungen, von denen wir sagen, sie würden in bezug auf das Allgemeine gestellt, nicht das Allgemeine zum Ausdruck, sondern den Mangel an Allgemeinem – gefordert werden muß ja nur das, was nicht ist – und eine Art und Weise, wie dieser Mangel behoben werden sollte. Weil Diskurse aber grundsätzlich nicht abschließbar sind, weil kein Signifikant je hinreicht, und weil genau deshalb der Mangel im Symbolischen stets ein Mangel bleiben wird, reiht sich Forderung an Forderung, ohne daß das je Allgemeine „verwirklicht“ würde. Die drei Kernstrategeme sind nun für die (offensiv-)hegemoniale Strategie deshalb so wichtig, weil sie das zu erzwingen suchen, wogegen sich die offene, nicht abschließbare Diskursstruktur wehrt: Sie zielen darauf ab, den spezifisch politischen Riß im Diskurs gewaltsam zu „vernähen“, d.h. den Diskurs abzuschließen, indem sie dem imaginären Allgemeinen eine symbolische Präsenz verleihen. Für die letzten und nach außen am deutlichsten sichtbaren Stiche dieses „Nähwerks“ ist das Strategem III, die Repräsentation, verantwortlich. Die weitaus umfangreicheren „Nähvorgänge“ gehen dem im Zuge der Äquivalenzierung der am Allgemeinen orientierten Forderungen (Strategem I) und der antagonistischen Zweiteilung des diskursiven Raums (Strategem II) voraus. Die antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums läßt sich aufgrund des spezifischen Ineinandergreifens von diskursiven Äquivalenz- und Kontraritätsbeziehungen konstatieren, und zwar insofern als einerseits einzelne politische Forderungen und alles, was mit diesen Forderungen einhergeht (also diesen Forderungen im Sinne eines Grundes, einer Folge, eines Mittels etc. äquivalent ist), mit anderen, zunächst differenten politischen Forderungen und allem, was mit diesen einhergeht, äquivalent gesetzt werden (wir sprachen von einer Äquivalenzkette P); während zugleich alle diskursiven Elemente, die in Kontrarität zu diesen (einzelnen oder mehreren) äquivalent gesetzten Forderungen artikuliert werden, aufgrund dieser Kontrarität wiederum als eine Äquivalenzkette (Q) artikuliert werden. Das Strategem II zu rekonstruieren, heißt also zu zeigen, wie im Diskurs eine Grenze errichtet wird zwischen (a) Forderungen, die zugleich den Mangel an Allgemeinem zum Ausdruck bringen und für diesen Mangel Abhilfe – jedenfalls eine bestimmte Art der Abhilfe – versprechen, und (b) allem, was diesen Forderungen entgegengesetzt ist, also der Beseitigung des Mangels entgegen steht.

Bei der Analyse von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* (so wie bei allen anderen folgenden Texten) besteht die komplexeste Aufgabe darin, die Manifestation der Strategeme I und II nachzuzeichnen, nicht nur weil diese Strategeme miteinander äußerst eng verwoben sind, sondern vor allem, weil dabei stets der gesamte Text bedacht werden muß. Diese Aufgabe muß zuerst aufgenommen werden, weil so die

grundlegende Anordnung diskursiver Elemente dargestellt werden kann. Die Rekonstruktion des dritten Strategems der Repräsentation kann im Anschluß hieran erfolgen, und man kann auf die bis dorthin vorgenommene Textlektüre fallweise zurückgreifen.

Vorher stellt sich jedoch noch die Frage, wie sich zentrale, bislang theoretisch verwendete Begriffe und Beziehungsarten übersetzen lassen, um sie für die empirische Analyse nutzbar zu machen. Insbesondere müssen, wie aus der eben vorgenommenen, nochmaligen Zusammenfassung der Kernstrategeme deutlich geworden ist, die Begriffe der Forderung, des Allgemeinen bzw. des sich symbolisch manifestierenden Mangels desselben, der Äquivalenz und der Kontrarität so erläutert werden, daß klar wird, was darunter im empirischen Material jeweils zu verstehen ist. Diese Erläuterung ist nur unter Rückgriff auf Beispiele aus der Empirie des Textkorpus möglich, muß also induktiv, im Zusammenspiel von Text und Analysevorgang, eruiert werden.

Von Forderungen läßt sich sprechen, wenn solche explizit erhoben werden, etwa wenn von der „Forderung einer gesteuerten Marktwirtschaft“ (Müller-Armack 1966[1946]: 110)¹⁶ die Rede ist oder davon, „den Forderungen unserer Gegenwart [zu] genügen“ (127); oder auch wenn etwas als „erforderlich“ bezeichnet wird (160). Gleichmaßen als Forderungen wird die Feststellung von Notwendigkeiten in Bezug auf bestimmte Handlungsweisen eingeordnet: „[d]ie Notwendigkeit, die Marktwirtschaft durch aktive Steuerungsmaßnahmen zu ergänzen [...]“ (159, ähnlich z.B. auch 55, 95, 105, 124). Aber auch wenn ein bestimmter Mangel (an erstrebenswerten Dingen) festgestellt wird (27, 74, 76), wenn es eines Dings oder einer Handlung „bedarf“ (27, 76), wenn man etwas „nur wünschen kann“ (76), wenn „es gilt“, etwas zu tun (20), oder wenn etwas als Ideal dargestellt wird (127), kann man von Forderungen sprechen. Schließlich kann sich ein Forderung nicht nur aus einer einzelnen Passage ergeben, sondern erst im Zusammenhang mehrerer Sätze deutlich werden.

Das Allgemeine kann im Diskurs, im Raum des Symbolischen keinen rechten Ausdruck finden, und so läßt es sich schwerlich an einem Begriff oder an einer Formulierung festmachen. Es deutet sich jedoch im Netz einer Vielzahl von Artikulationen an, insofern es innerhalb bestimmter Forderungen als Mangel erscheint. Diese Forderungen haben üblicherweise zwei Kennzeichen: zum einen, daß sie letzte Ziele formu-

16 Im folgenden werden Passagen dieses Textes nur durch die Angabe der Seite(n) zitiert. Diese Zitierweise – beim ersten Mal vollständige Klammerzitierung, anschließend nur die Seitenangabe – wird auch bei den weiteren Textanalysen Verwendung finden.

lieren, und zum anderen, daß diese Ziele allgemeine Ziele sind. Diese Allgemeinheit kann sich mit Begriffen oder mit Begriffskombinationen verbinden, die unmittelbar auf das Überindividuelle verweisen, etwa Begriffskombinationen unter Einbeziehung von „ganz“, „gesamt“, „all“, „sozial“ oder auch – etwas spezifischer – „unser“ oder „wir“ unter Bezug auf eine Gesamtheit. So wird in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* beispielsweise betont, daß die eingeforderte Marktwirtschaft am „Gesamtinteresse“ ausgerichtet sei (29), daß die ihr entgegenstehende Lenkungswirtschaft die Freiheit der „Gesamtnation“ gefährde (85), sowie daß es letztlich um „soziale Gerechtigkeit“ (85), eine „harmonische Sozialordnung“ (128) bzw. eine „allseitig befriedigende soziale Lösung“ (131) gehe. Die Invokation des Allgemeinen wird dadurch bekräftigt, daß die Meinung des Anderen durch Formulierungen wie „darüber dürfte insgesamt Einhelligkeit bestehen“ vereinnahmt wird (85).

Die Bezugsgruppe, um deren mangelndes Allgemeines sich der Diskurs entwickelt, wird in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* als „unser Volk“, mithin das Volk der Deutschen, spezifiziert; so zum Beispiel, wenn die Marktwirtschaft als ein Mittel dargestellt wird, das dazu dient, „unsere geistige Freiheit [ein letztes Ziel, MN], die des einzelnen wie die unseres ganzen Volkes zu sichern“ (128). Diese Textpassage verdeutlicht zudem, daß die Allgemeinheit einer Forderung auch darin bestehen kann, zum Gegenstand der Erörterung nicht die besondere Freiheit „eines einzelnen“, sondern die allseitige Freiheit „des einzelnen“ – mithin aller einzelnen – zu machen. Ähnliches gilt dann, wenn im Text argumentiert wird, daß die in der Wirtschaftsordnungsdebatte vertretenen Positionen in unterschiedlicher Weise die „menschliche Freiheit“ und die „Menschenwürde“ berühren (81).

Viele der genannten diskursiven Elemente, die mit Blick auf das Allgemeine an die Stelle des Geforderten treten – „Gesamtinteresse“, „soziale Gerechtigkeit“, „menschliche Freiheit“, „Menschenwürde“ etc. –, sind relativ abstrakt und müssen in verschiedenen diskursiven Arenen spezifiziert, d.h. mit weiteren Elementen artikuliert werden. Dies geschieht zum einen hinsichtlich des betroffenen Personenkreises durch die eben erwähnte Verknüpfung mit dem Bezug zu Deutschland oder zu „unserem ganzen Volk“. Aber auch die Spezifizierung hinsichtlich eines „Sachgebiets“ gelingt in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* mit einem artikulatorischen Brückenschlag vom „allgemeinen Allgemeinen“ zum spezifischen Allgemeinen relativ flüssig:

Die Frage der Wirtschaftsordnung steht in unlösbarem Zusammenhange mit der politischen und Gesamtlebensordnung, die wir erstreben. Es gilt heute Klarheit darüber zu gewinnen, wie wenig es möglich ist, die Ideale menschli-

cher Freiheit und persönlicher Würde zu verwirklichen, sofern die wirtschaftliche Ordnung, die wir wählen, dem widerspricht (81).

An anderer Stelle schreibt Müller-Armack, daß eine Entscheidung zugunsten einer Wirtschaftsordnung nur möglich ist, „wenn wir [!] gewiß sein dürfen, die Ideale und Werte einer von uns [!] angestrebten Gesamtlebensordnung [!] durch sie verwirklicht zu sehen“ (126). Die Verknüpfung der Suche nach einer geeigneten Wirtschaftsordnung mit der Verfolgung der Ideale und Werte einer Gesamtlebensordnung – oder im vorangegangenen Zitat der Ideale der Freiheit und der Würde – veranschaulicht, daß es das spezifische Allgemeine der Wirtschaftsordnung bzw. das volkswirtschaftliche Allgemeine ist, dessen Ermangelung im Zentrum des politischen Diskurses, in den sich *Wirtschaftslenkung* und *Marktwirtschaft* einordnet, steht. Das eben dargestellte Netz von Forderungen, in denen sich das „allgemeine“ Allgemeine andeutet, wird dabei keineswegs durch Forderungen in bezug auf ein gänzlich anderes, spezifisches Allgemeines ersetzt. Vielmehr werden weitere diskursive Elemente in dieses Netz eingeflochten, um das, woran es fehlt, genauer zu bestimmen: etwa wenn die „Bedarfsdeckung“ als „das eigentliche Ziel der Wirtschaft“ artikuliert (95) oder die „wirtschaftliche Lebensmöglichkeit der [...] Bevölkerungsmassen“ (26) diskutiert wird. Nicht zuletzt werden auch „soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Wohlstand“ als unstrittige letzte Ziele formuliert (85). Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Allgemeine auf symbolischer Ebene mit zahlreichen Elementen erfaßt werden soll (was letztlich niemals gelingt), die darin eine ähnliche Struktur aufweisen, daß sie (a) letzte Ziele („Ideale und Werte“) für (b) die Gesamtheit einer „Wir alle“-Gruppe beschreiben. Das spezifische Allgemeine deutet sich hier vor allem durch die Verknüpfungen mit den Wirtschaftsordnungs-, Bedarfsdeckungs- und Wohlstandselementen an. Allerdings kann eben keines dieser diskursiven bzw. symbolischen Elemente das imaginäre Allgemeine wirklich erfassen; der das Symbolische durchdringende Mangel macht sich stets aufs Neue bemerkbar und erzwingt Hinzufügungen. Ich werde im weiteren Verlauf argumentieren, daß die Müller-Armacksche Lösung zur „Behebung“ dieses Mangels darin besteht, daß er gerade nicht – und im Gegensatz zu den oben formulierten Eigenschaften der Elemente des Allgemeinen – *ein letztes Ziel* zum symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen macht, sondern *ein Mittel*, das es erlauben soll, alle Ziele zu erreichen. Dieses Mittel, das zum symbolischen Äquivalent des Allgemeinen wird, ist die „Soziale Marktwirtschaft“.

Vorher aber noch zu den diskursiven Erscheinungsweisen der Äquivalenz und der Kontrarität: Die Äquivalenzrelation wurde im zweiten

Kapitel in allgemeiner Weise als „x ist anders als y, aber geht in Beziehung zu a mit y Hand in Hand“ beschrieben. Im Diskurs selbst und auch im Müller-Armackschen Text tauchen natürlich so gut wie nie Formulierungen auf, die dieser allgemeinen Schreibweise exakt entsprechen, aber es finden sich genügend funktionale Entsprechungen. Allerdings muß man hier in verschiedener Hinsicht differenzieren:

Erstens sind verschiedene *Sprachformen* von Äquivalenzen festzustellen. Die explizite Artikulation einer Äquivalenz findet sich am seltensten. Einen der wenigen Fälle bildet die folgende Kette von „letzten Zielen des öffentlichen Geistes“ (85):

Daß auch im Wirtschaftlichen die persönliche Freiheit und die Menschenwürde wiederhergestellt wird, daß alles zu tun ist, um einen schnellen und wirksamen Wiederaufbau des Zerstörten zu erreichen, daß soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Wohlstand erstrebt werden, darüber dürfte insgesamt Einhelligkeit bestehen (85).

Relativ häufig wird in verschiedenen Formulierungen auch die Äquivalenz von Marktwirtschaft und bestimmten steuernden oder korrigierenden Eingriffen des Staates in die Wirtschaft artikuliert. Dies kann direkt formuliert werden: „Die Notwendigkeit, die Marktwirtschaft durch aktive Steuerungsmaßnahmen zu ergänzen, wurde im Bereiche der Währungspolitik am frühesten begriffen“ (159); oder aber indirekt: „Die Annahme der Grundsätze der Marktwirtschaft setzt jedoch keineswegs den Verzicht auf wirtschaftspolitische Aktivität voraus“ (141). Entscheidend für die Konstatierung einer Äquivalenz ist, daß die Vereinbarkeit von differenten, häufig sogar scheinbar disparaten Forderungen – hier der Forderung nach Marktwirtschaft und der Forderung nach Regulierung – festgestellt wird.

Neben der expliziten Artikulation von Äquivalenzen findet sich weitaus häufiger die Äquivalenz qua Textzusammenhang. Hierunter ist zu verstehen, daß nicht in derselben, sondern in unterschiedlichen Textpassagen die Elemente x und y in dieselbe Beziehung zu a gesetzt werden. Das trifft besonders auf die zahlreichen Fälle zu, in denen an verschiedenen Stellen des Textes und ohne unmittelbaren Zusammenhang (a) Forderungen erhoben werden, oder (b) Ziele von Wirtschaftsordnungen im allgemeinen, (c) Eigenschaften der Marktwirtschaft (bzw. Forderungen, die von der Forderung nach Marktwirtschaft mit abgedeckt werden) sowie (d) Eigenschaften und Konsequenzen der Wirtschaftslenkung beschrieben werden. Besonders auffällig ist auch die Aufzählung und Erläuterung verschiedener Einzelpolitiken (Wettbewerbspolitik, Preispolitik, Sozialpolitik etc.) unter der Hauptüberschrift „Soziale Marktwirtschaft“ (Hauptteil II), durch die diese Politiken – in

einer bestimmten Form – als unter dem Dach der Sozialen Marktwirtschaft vereinbar beschrieben werden, also über den Bezug zur Sozialen Marktwirtschaft als Äquivalente auftreten. Auch wenn sich in vielen Fällen keine durchgehenden Textbelege für die artikulierten Äquivalenzen in bezug auf die Ziele von Wirtschaftsordnungen, die Marktwirtschaft oder die Wirtschaftslenkung beibringen lassen, werden diese mittelbaren, aus dem Textzusammenhang hervorgehenden Äquivalenzen als vollwertige Äquivalenzen gewertet.

Zweitens lassen sich mit konstatierenden und postulierenden Äquivalenzartikulationen zwei *Modi der Äquivalenz* voneinander unterscheiden. Eine konstatierende Äquivalenzartikulation stellt fest, daß zwei Elemente gleichbedeutend sind oder Hand in Hand gehen, z.B.: „Die Marktwirtschaft ist so identisch mit der Bereitschaft, die wechselnden Nachfrage und Knappheitsintensitäten in der Preisbildung zur Geltung zu bringen“ (113). Eine postulierende Äquivalenzartikulation hingegen stellt fest, daß diese Elemente Hand in Hand gehen können und – insofern es sich um Forderungen handelt – sollen:

Der im vergangenen Jahrhundert der Marktwirtschaft beigegebene Fundus kultureller Gesinnungen muß nach deren Verlust ihr in bewußter Gestaltung als tragendes Fundament eingefügt werden. Nur eine derart von überragenden Werten her gestaltete und gesteuerte Marktwirtschaft vermag den Forderungen unserer Gegenwart zu genügen (127).

Entscheidend ist bei einer postulierenden Äquivalenzartikulation, daß sie feststellt, daß differente Elemente miteinander vereinbart werden *können*, da dieses Können von jedem Postulat vorausgesetzt wird. In postulierenden Äquivalenzartikulationen werden immer wieder Elemente in Bezug zu einem Dritten zusammengefügt, die im größeren Kontext dieser Artikulation zunächst als nicht so recht zusammenpassend verstanden werden, so zum Beispiel, wenn in bezug auf die Überwindung des Mangels am volkswirtschaftlichen Allgemeinen „Marktwirtschaft“, „größte wirtschaftspolitische Aktivität“ und „Sozialpolitik“ als Äquivalente artikuliert werden. Doch diese vermeintlich fehlende Passung widerspricht dem Kern des Äquivalenzgedankens in keiner Weise, sondern macht ihn geradezu aus: Äquivalenzen spannen Differentes, und teils eben auch Disparates zusammen – genau deshalb spielen sie für hegemoniale Ordnungen eine solch wichtige Rolle. Eine postulierende Äquivalenzartikulation ist daher aus hegemonietheoretischer Sicht keineswegs gegenüber einer konstatierenden Äquivalenzartikulation in irgendeiner Weise „minderwertig“, nur weil das als äquivalent Artikulierte im diskursiven Kontext nicht als äquivalent gilt. Vielmehr sind beide Modi

von Äquivalenzartikulationen hinsichtlich ihres hegemonialen Effekts als gleichwertig zu behandeln.

Drittens schließlich lassen sich im folgenden Äquivalenzen auf verschiedenen *Ebenen* unterscheiden. Im Zusammenhang mit der Rekonstruktion des ersten Strategems interessieren uns hier vor allem Äquivalenzen, die zwischen politischen Forderungen artikuliert werden, d.h. Äquivalenzen, deren Bezugspunkt a die Überwindung des Mangels an Allgemeinem ist. Hier lassen sich Zielforderungen (wie oben erwähnt, z.B. nach „Freiheit“, „wirtschaftlichem Wohlstand“ und „sozialer Gerechtigkeit“) von Mittelforderungen (z.B. nach „Marktwirtschaft“ oder „Sozialer Marktwirtschaft“) unterscheiden. Diese Unterscheidung wird nicht zum Zwecke einer Hierarchisierung von Forderungen getroffen; sie dient vor allem dazu (siehe oben), sich dem spezifischen Allgemeinen, das sich im Netz der Zielforderungen andeutet, zu nähern. Auf einer zweiten Ebene gibt es jedoch darüber hinaus auch zahlreiche Äquivalenzen in bezug auf eine bestimmte Forderung (die damit selbst die Stelle von a einnimmt), d.h. von verschiedenen diskursiven Elementen, die als Aspekte einer Forderung artikuliert werden. Einige dieser Aspekte lassen sich als Teilforderungen begreifen, etwa wenn die „ökonomische Gewaltenteilung“ als wichtiger Aspekt der „Marktwirtschaft“ und zugleich als erstrebenswert artikuliert wird (27, 82/83). Andere Aspekte hingegen dienen vornehmlich zur näheren Beschreibung dessen, was mit einer bestimmten Forderung einhergeht (Voraussetzungen, Begleiterscheinungen, Konsequenzen), ohne daß sie selbst als Teilforderungen verstanden werden können. Dies gilt insbesondere für Äquivalenzen in der Äquivalenzkette Q, beispielsweise dann, wenn Äquivalenzen zwischen „Wirtschaftslenkung“ und „Krise“ und „Lethargie“ hergestellt werden (20). Die zweite Äquivalenzebene spielt in dreifacher Hinsicht eine wichtige Rolle: erstens, weil die Forderungen und ihre Gegenelemente hier konkretisiert werden und Begründungen erhalten; zweitens, weil Kontraritäten auch mit Hilfe von Elementen der zweiten Ebene artikuliert werden und somit der hegemoniale Antagonismus maßgeblich an dieser Stelle mitbegründet wird; und drittens, weil auch die Verschiebung von diskursiven Elementen „in der zweiten Reihe“ weitreichende Auswirkungen haben kann, so etwa, wenn – wie in marxistischen Diskursen – das Element der fortgesetzten „Krise“ in Äquivalenz zur „kapitalistischen Marktwirtschaft“ artikuliert wird.

Schließlich läßt sich auch die Kontraritätsrelation, die im zweiten Kapitel mit der allgemeinen Formel „x ist anders als y, und steht in bezug auf a in Kontrarität zu y“ beschrieben wurde, in dieser Idealform in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* nicht finden. Auch hier finden sich jedoch zahlreiche funktionale Entsprechungen. Dies läßt sich schön

an einer zentralen Kontrarität des Textes zeigen, nämlich an der zwischen „Wirtschaftslenkung“ und „Marktwirtschaft“. Es finden sich Artikulationen der Kontrarität in knappen Formeln, so zum Beispiel, wenn vom „Prozeß Marktwirtschaft kontra Lenkungssystem“ geschrieben wird (76); oder auch in ganzen Sätzen: „So wird allgemein die Wirtschaftslenkung von einer der marktwirtschaftlichen Ordnung entgegengesetzten Logik bestimmt“ (31). Um die allgemeine Formel der Kontrarität inklusive der Beziehung zu *a* wiederzufinden, muß man freilich über den einzelnen Satz hinausgehen und weitere diskursive Beziehungen hinzunehmen. Die Variable *a* steht dabei in hegemonial geprägten Diskursen – grob formuliert – für die Beseitigung des Mangels am Allgemeinen, d.h. es geht um Kontraritäten zwischen diskursiven Elementen, die als Teil der Beseitigung des Mangels am Allgemeinen artikuliert werden, und Elementen, die dem entgegenstehen. Im Diskurs von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* manifestiert sich das solchermaßen, daß einerseits, wie oben beschrieben, die Marktwirtschaft als Mittel zur Erfüllung zahlreicher Forderungen, die den Mangel an Allgemeinem lindern sollen, artikuliert wird, und daß andererseits die Wirtschaftslenkung durch „die Ausschaltung des marktwirtschaftlichen Prozesses“ charakterisiert wird (30, im Original kursiv).

Vor dem Hintergrund der nun vorgenommenen Begriffspräzisierungen werde ich nun erstens die sich in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* ausbildende Äquivalenzkette von Forderungen (die Äquivalenzkette *P*) rekonstruieren. Zweitens zeige ich, wie sich diese Äquivalenzkette durch die antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums stabilisiert und damit das ermöglicht wird, worauf ich drittens eingehe: die – zwangsläufig instabile und stets vom Scheitern bedrohte – symbolische/diskursive Repräsentation des Allgemeinen.¹⁷

Den Ausgangspunkt des Müller-Armackschen Diskurses bildet, wie in jedem hegemonialen Diskurs, ein Mangel. Dabei läßt sich dieser Mangel durchaus in doppelter Weise begreifen: Zum einen bildet – wie oben dargestellt – allgegenwärtiger, erfahrener Mangel den Kontext von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, und zwar keineswegs nur materieller Mangel, also weitreichende Zerstörung und „Güterknappheit“ (74), sondern auch Mangel an Freiheit, Teilhabemöglichkeiten, Flexibilität und sozialer Harmonie. Zum anderen manifestiert sich im Diskurs

17 Die auf *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* Bezug nehmenden Begriffsklärungen haben naturgemäß Teile der folgenden Analyse vorweggenommen. Da es sich um die zentrale Beispielanalyse handelt, die en bloc vollständig sein soll, läßt sich somit eine Wiederholung einzelner Argumente und Textverweise nicht vermeiden.

der Mangel jeder Diskursivität: Sie kann nie zum Ende kommen, sie fordert immer aufs Neue das nächste Wort, das nächste diskursive Element ein. Insbesondere können keine Artikulation und kein diskursives Element je hinreichen, um den Zustand des vollständig und endgültig behobenen Mangels, im Raum des Politischen also der Verwirklichung eines spezifischen Allgemeinen, zu signifizieren.

Gleichwohl – und auch deswegen – reiht sich Forderung an Forderung, um zum Ausdruck zu bringen, was alles gewährleistet sein muß, wenn der Mangel als behoben gelten soll. Im wesentlichen lassen sich Zielforderungen von Mittelforderungen unterscheiden. Die Zielforderungen wiederum treten als formale und als substantielle Zielforderungen auf. Formale Forderungen, die grundsätzlich durch verschiedene Inhalte ergänzt werden könnten, werden in die Äquivalenzkette P dadurch eingefügt, daß der Text verdeutlicht, daß sich der Mangel (im erstgenannten Sinn) nur dann beseitigen läßt, wenn „die Frage nach der unserer Gegenwart angemessenen Wirtschaftsordnung“ korrekt beantwortet wird (85), so daß es gelingt, „den Forderungen unserer Gegenwart [zu] genügen“ (127), mit einer „vernünftige[n] Wirtschaftspolitik“ (52) zu einem „vernünftigen Ergebnis“ (77) zu kommen und „eine falsche Entscheidung für die Nachkriegspolitik abzuwenden“ (73). Dieses Skelett formaler Forderungen nach Angemessenheit, Vernünftigkeit und richtigen Entscheidungen hinsichtlich der künftigen Wirtschaftsordnung muß nun mit substantiellen Elementen äquivalent gesetzt werden, denn letztlich hängt die Behebung des Mangels davon ab, eine Wirtschaftsordnung in Kraft zu setzen, die „die Ideale und Werte einer von uns angestrebten Gesamtlebensordnung“ verwirklicht (126). Die Müller-Armack-sche Kette der „letzten Ziele des öffentlichen Geistes“ (85) wurde bereits oben wiedergegeben:

Daß auch im Wirtschaftlichen die persönliche Freiheit und die Menschenwürde wiederhergestellt wird, daß alles zu tun ist, um einen schnellen und wirk-samen Wiederaufbau des Zerstörten zu erreichen, daß soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Wohlstand erstrebt werden, darüber dürfte insgesamt Einhelligkeit bestehen (85).

Die Freiheit wird als Ziel besonders betont – sie findet sich nicht nur, wie im Zitat, als „persönliche Freiheit“, sondern auch als „menschliche Freiheit“ (z.B. 81), „geistige Freiheit“ (z.B. 81, 128) – und zwar „die des einzelnen wie die unseres ganzen Volkes“ (128) – oder als „Freiheit des Konsumenten“ (37). Man kann wohl mit Fug und Recht davon sprechen, daß Freiheit in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* als das höchste Ziel artikuliert wird. Hierfür spricht die Häufigkeit des Bezugs auf die-

ses Ziel, aber auch, daß die Freiheit der ökonomischen Leistungsfähigkeit einer Wirtschaftsordnung explizit übergeordnet wird: „Unter dem Gesichtspunkte der Freiheit“, schreibt Müller-Armack, „dürfte die Marktwirtschaft auch dann noch vorzuziehen sein, wenn ihre ökonomischen Leistungen geringer wären als die der Wirtschaftslenkung“ (84).¹⁸ Neben den Forderungen nach „Freiheit“, „Menschenwürde“ (siehe z.B. auch 107), „Wiederaufbau“, „sozialer Gerechtigkeit“ (siehe z.B. auch 106) und „wirtschaftlichem Wohlstand“,¹⁹ die im obigen Zitat aneinander gereiht werden, finden sich zahlreiche weitere Forderungen: „die Knappheitserscheinungen schnellstens zu überwinden“ (74) und damit „das eigentliche Ziel der Wirtschaft, die Bedarfsdeckung,“ (95) zu erreichen; die „Umstellung der Kriegswirtschaft auf Friedensaufgaben“ (74); die „ökonomische Gewaltenteilung“ (27) zur Verhinderung wirtschaftlicher Machtkonzentration (vgl. auch 82/83); eine möglichst hohe Beschäftigung (52, 164) bzw. „die Sicherung eines gewissen Industrialisierungs- und Beschäftigungsgrades“ (158); sowie nicht zuletzt eine „harmonische Sozialordnung“ (128) und eine „allseitig befriedigende soziale Lösung“ (131). Naheliegenderweise finden sich auch die Leitziele des „Gesamtinteresses“ (29) und des „Gemeinwohls“ (76) in die Äquivalenzkette eingebunden; dabei gilt es, „den Blick aufs Ganze“ (119, ähnlich auch 105) zu haben, aber auch „einer Ordnung den Vorzug [zu] geben, die den einzelnen gegen die Übermacht kollektiver Kräfte sichert“ (84).

In diese Äquivalenzkette von Zielforderungen reihen sich nun einige zentrale Mittelforderungen ein, das heißt Forderungen nach Mitteln, die dazu beitragen, die Zielforderungen zu erfüllen. Dabei wird im Gesamtzusammenhang von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* deutlich, daß diese Mittel nur im Bereich der Wirtschaftsordnungspolitik zu finden sind, zum Beispiel dann, wenn Müller-Armack „die Frage nach der unserer Gegenwart angemessenen Wirtschaftsordnung als das Grundproblem der heutigen Wirtschaftspolitik“ bezeichnet (85). Das diskursive Element, das zweifelsohne am häufigsten und am prominentesten als Mittel zur Erfüllung der eben aufgeführten Forderungen hervorgehoben wird, ist die „Marktwirtschaft“.²⁰ Folgende Beispiele mögen genügen,

18 Daß Freiheit in Müller-Armacks Text das höchste Ziel seiner Forderungen zu sein scheint, ist *keinesfalls* damit gleichzusetzen, daß dieses Element im Sinne des Strategems III zum Repräsentanten der gesamten Äquivalenzkette P taugt. Siehe hierzu weiter unten.

19 Hier und im folgenden wird bei der Zitierung von Einzelbegriffen oder sehr kurzen Passagen mitunter die Grammatik angepaßt, ohne daß dies eigens durch eckige Klammern hervorgehoben wird.

20 Daß die Marktwirtschaft als ein Mittel, nicht als ein Ziel zu verstehen ist, wird im Text mehrfach betont, so z.B.: „Die Marktwirtschaft ist ein In-

um die zentrale Stellung der Marktwirtschaft im Müller-Armackschen Diskurs zu belegen:

[W]ir glauben in ihr [der Marktwirtschaft, MN] ein Mittel erblicken zu dürfen, bestimmte Ideale menschlicher Kulturgestaltung, wie insbesondere soziale Reformen, besonders realistisch und wirkungsvoll durchzusetzen (127).

Wir glauben [...], daß eine Rückkehr zur Marktwirtschaft notwendig ist, um das eigentliche Ziel der Wirtschaft, die Bedarfsdeckung, erneut zu ihrem Rechte kommen zu lassen (95).

[Die Marktwirtschaft erscheint uns] als der einzige Weg, das wirtschaftliche Leben von Massenkulturen zu organisieren, ohne diesem Ziel den Rest unserer Menschenwürde zu opfern (107).

Durch zahlreiche Äquivalenzen der zweiten Ebene wird das diskursive Element „Marktwirtschaft“ präzisiert: „Die Marktwirtschaft ist [...] identisch mit der Bereitschaft, die wechselnden Nachfrage und Knappheitsintensitäten in der Preisbildung zur Geltung zu bringen“ (113). „Ihr Kennzeichen ist die Ausgestaltung einer beweglichen Preis- und Wertrechnung, durch die dem Konsum und der Produktion die Dringlichkeit der volkswirtschaftlichen Verwendungsbegehren auf der einen Seite und der Knappheitsgrad der Erzeugungsmittel auf der anderen Seite signalisiert wird“ (112, i.O. kursiv). Der freie Preismechanismus kann, wenigstens vorübergehend, mit „Arbeitslosigkeit und Überkapazität“ einhergehen (51), und er würde auch (gegenüber der 1946 vorherrschenden gelenkten Wohnraumbewirtschaftung) eine „Erhöhung der Mieten“ mit sich bringen (139). Diese vermeintlich negativen Konsequenzen sind jedoch eine Folge der „Rationalität“ der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsrechnung (91), ja das marktwirtschaftliche Prinzip kann als „die Rechnungsform der Wirtschaft schlechthin“ gelten (112, Herv. i.O.). Die Marktwirtschaft zersplittert wirtschaftliche Machtpositionen, „um im Wirtschaftlichen das Entstehen politischer Macht zu verhindern“ (89). Sie geht Hand in Hand mit der Bereitschaft „große[r] Bevölkerungsmassen zu einer freiwilligen Zusammenarbeit“ (93), mit „Leistungswilligkeit“ (93) und „Orientierung am Konsumenten“ (27, ähnlich 91-94). Auch verbürgt sie „sozialpolitischen Gewinn“ durch „den Anstieg der

strument, ein Organisationsmittel, nicht ein Selbstzweck und daher noch nicht Träger bestimmter Werte“ (126). Zwar ist sie nicht Träger dieser Werte, kann sie aber gleichwohl „verwirklichen“ und „sichern“ (vgl. 126/128). Aus Gründen der Vereinfachung wird im folgenden zwischen „Marktwirtschaft“ und semantisch sehr nahestehenden Elementen wie „marktwirtschaftliche Ordnung“ nicht unterschieden.

Reallöhne der Arbeiter“ (101, ähnlich 131) und den „entfesselte[n] Güterstrom“ (131). Insgesamt kann die Forderung nach der „Marktwirtschaft“ wohl als zentrale Mittelforderung gelten, denn „[d]ie Marktwirtschaft ist gleichsam der gruppierende Ordnungsgedanke, um den sich höchst aktive Maßnahmen zusammenschließen müssen“ (161).

Womit jedoch zugleich erkennbar wird, daß sie in bezug auf die Beseitigung des Mangels an Allgemeinem mit diesen „höchst aktive[n] Maßnahmen“ in eine Äquivalenzkette gestellt wird. Schon gleich in der kurzen Einleitung zu *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* werden Marktwirtschaft und „eine aktive und konstruktive Wirtschaftspolitik“ bzw. „eine aktive und unseren sozialen und ethischen Überzeugungen entsprechende Wirtschaftspolitik“ (beide 20) als Äquivalente artikuliert. Diese Verknüpfung zieht sich durch den gesamten Text, entsprechend der Aufgabe, die sich Müller-Armack stellt, nämlich „die marktwirtschaftliche Ordnung auf ihre Vereinbarkeit mit jenen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Zielen zu überprüfen, die wir heute zum Grundbestand unserer staatlichen Gesinnung rechnen“ (80). Um diese erwähnten (und oben rekonstruierten) Ziele zu erreichen, besteht die Notwendigkeit „erheblicher sozialer, politischer, raumplanerischer und konjunkturpolitischer Sicherungen“ (107), d.h. es ist erforderlich, „die marktwirtschaftliche Ordnung zu einer bewußt gestalteten Form zu machen“ (105). Die Forderung nach „Marktwirtschaft“ und nach „einer aktiven und konstruktiven Wirtschaftspolitik“ verbinden sich so zur „Forderung einer gesteuerten Marktwirtschaft“ (110), die als „eine neue dritte Form“ eine Art Synthese zwischen Marktwirtschaft und Wirtschaftslenkung darstellen soll (109).²¹ Im größten Teil des Textes wird zur Bezeichnung dieser Synthese der Signifikant „gesteuerte Marktwirtschaft“ verwendet. Der Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ wird als Äquivalent der „gesteuerten Marktwirtschaft“ verwendet (vgl. v.a. 109/10), aber nur an insgesamt vier Stellen

21 Während im gesamten Text, wie ich weiter unten noch zeigen werde, grundsätzlich die „Wirtschaftslenkung“ als maßgebliches Element der Äquivalenzkette Q artikuliert wird, also als Teil der Kette jener diskursiven Elemente, die mit dem Mangel identifiziert werden (oder genauer: die in Kontrarität zu den Forderungen stehen, welche auf die Beseitigung des Mangels an Allgemeinem abzielen), wird sie hier (109) für kurze Zeit in eine postulierende Äquivalenz mit der „Marktwirtschaft“ gestellt. Freilich wird das schnell dadurch relativiert, daß nur „marktkonforme“ steuernde oder lenkende Eingriffe mit der Marktwirtschaft als äquivalent artikuliert werden. Dieses Lavieren verdeutlicht, daß die antagonistische Grenze die angestrebte Stabilität letztlich nicht erreichen kann, weil sie zur Verortung einzelner Elemente immer wieder in strategischer Absicht geöffnet oder verschoben wird. Ich werde weiter unten noch auf einige weitere Beispiele verweisen, die auf diese Art und Weise das siebte Strategem belegen.

des gut 150-seitigen Textes (20, 78, zweimal 109). Obwohl er so selten auftaucht, wird in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* sehr deutlich, daß „Soziale Marktwirtschaft“ – und nicht „gesteuerte Marktwirtschaft“ – zur Bezeichnung der Wirtschaftsordnung, von der sich Müller-Armack die Behebung des Mangels in seinen vielen Erscheinungsformen erhofft, verwendet wird. Zum einen wird der Signifikant an drei der vier Stellen (20, zweimal 109) in Anführungszeichen gesetzt, was ihn als bewußte Neueinführung hervorhebt. Zum anderen wird „Soziale Marktwirtschaft“ der dritten Wirtschaftsform dezidiert äquivalent gesetzt:

Wir sprechen von „Sozialer Marktwirtschaft“, um diese dritte wirtschaftliche Form zu kennzeichnen. Es bedeutet dies [...], daß uns die Marktwirtschaft notwendig als das tragende Gerüst der künftigen Wirtschaftsordnung erscheint, nur daß dies eben keine sich selbst überlassene, liberale Marktwirtschaft, sondern eine bewußt gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft sein soll (109).

Vor allem aber wird dem gesamten zweiten Teil von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, in dem Müller-Armack seine Idealvorstellung einer Wirtschaftsordnung skizziert, die Überschrift „Soziale Marktwirtschaft“ (78, hier ohne Anführungszeichen) vorangestellt, so daß man das in diesem Abschnitt Ausgeführte als in einer Äquivalenzrelation mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ stehend bewerten kann.

Welche Äquivalenzen zu den „Forderungen einer gesteuerten Marktwirtschaft“ werden nun aber auf der zweiten Ebene (Aspekte, Teilforderungen etc.) artikuliert? Hier finden sich zahlreiche Äquivalenzierungen unter Bezug auf Politikfelder, die der Steuerung bedürfen. Diese Politikfelder und die einzelnen Maßnahmen seien im Überblick genannt:

Wettbewerbspolitik (116-120): Die „Gestaltung des Wettbewerbs“ (116) bildet das „Kernstück“ einer bewußt gestalteten Marktwirtschaft (118). Erforderlich sind seitens der Legislative die „Wettbewerbsgesetzgebung“ (118), insbesondere die „energische Gesetzgebung gegen alle Arten von Wettbewerbsbindung“ (119), sowie auf exekutiver Seite „Verwaltungseingriffe gegen faktische Wettbewerbsbindungen“ (119).

Preispolitik (120-126): Obwohl die Preisfreiheit als entscheidender Aspekt der „Marktwirtschaft“ eingeführt wurde, wird mit der gesteuerten Marktwirtschaft auch die Notwendigkeit äquivalent gesetzt, „im Bereiche des Preismechanismus selbst gewisse konstruktive Verbesserungen anzubringen“ (120),²² insbesondere im Agrarbereich die „Notwen-

22 Mit Blick auf den 1946 vorherrschenden Kaufkraftüberhang wird die „völlige Preisfreiheit“ sogar abgelehnt und mit „sozialem Chaos“ äquivalenziert (126). Dies ist ein Beispiel dafür, daß diskursive Elemente in ver-

digkeit, gewisse Sicherungen gegen funktionslose Preisschwankungen einzuschalten“ (124). Bei Wirtschaftszweigen, die mit ständiger Kostendegression kämpfen, sind u.U. sogar „ständige preispolitische Eingriffe“ (121) erforderlich.

Sozialpolitik (129-134): Neben der bereits oben dargestellten Müller-Armackschen Äquivalenzartikulation von „marktwirtschaftlicher Ordnung“ und „einigen sozialpolitischen Vorteilen“ – höhere Reallöhne und „entfesselter Güterstrom“ (131) – tritt nun die Äquivalenz von „gesteuerter Marktwirtschaft“ und „Sozialpolitik“. So läßt sich mit Müller-Armack beispielsweise die „Marktwirtschaft“ als äquivalent artikulieren mit einer „staatlichen Mindestlohnhöhe“ und mit einem „direkten Einkommensausgleich zwischen hohen und niedrigen Einkommen durch eine unmittelbare Einkommensumleitung“, also einer progressiven Einkommensbesteuerung bei gleichzeitiger Verteilung direkter Transfers „etwa in Form von Kinderbeihilfen, Mietzuschüssen, Wohnungsbauzuschüssen“ (alle 132). Und außerdem bleiben in „eine marktwirtschaftliche Sozialpolitik [...] weiterhin selbstverständlich einfügbar alle sozialpolitische Rechtsgestaltung und das soziale Versicherungswesen, sofern nicht, was nur in wenigen Punkten zutreffen würde, ein Widerspruch mit der Marktwirtschaft vorliegt“ (133).

Ordnung der Wohnungs- und Bauwirtschaft (134-145); *Beeinflussung der Betriebsstruktur* (145-154); *Außenhandelspolitik* (154-158): Auch bezüglich dieser Wirtschaftsbereiche artikuliert *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* Marktwirtschaft in Verbindung mit staatlicher Steuerung: Zum Beispiel gehen mit der gesteuerten Marktwirtschaft wohnungsbezogene „Zuschüsse für Minderbemittelte“ (143) und „eine Planungspolitik, die für eine entsprechende Baugestaltung in ästhetischer, wirtschaftlicher, sozialer und hygienischer Hinsicht sorgt“ (143), Hand in Hand. Es zeigt sich auch, daß die „wichtigsten Anliegen einer vernünftigen Außenhandelspolitik, die Sicherung eines gewissen Industrialisierungs- und Beschäftigungsgrades [...] in eine marktwirtschaftliche Gesamtordnung“ einfügbar sind (158), und zwar anhand „einer gewissen Industrieerziehung²³ und autonomen Konjunkturpolitik“ (156).

Geld-, Kredit- und Konjunkturpolitik (159-167): Die Bedeutung aktiver Steuerung hebt *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* insbeson-

schiedenen Kontexten schlicht und ergreifend zu beweglich sind, als daß sie an einem Ort dauerhaft fixiert werden könnten, so daß die hegemonial erforderliche antagonistische Grenze immer wieder in Frage gestellt erscheinen muß.

23 Müller-Armack hält sogenannte „Erziehungszölle“, die im Gegensatz zu Schutzzöllen nur dem Aufbau, nicht aber dem Erhalt von Industrien dienen, für mit der Marktwirtschaft vereinbar (156).

dere in der Geld- bzw. Währungspolitik hervor. Die funktionierende „Marktwirtschaft“ wird aufs Engste mit einem „wertstabile[n] Geld von effektiver Kaufkraft“ verknüpft (160): „Eine gesteuerte Marktwirtschaft setzt daher heute entschieden eine Aktivität im Bereiche des Währungswesens voraus“ (161), die wiederum mit dem Ziel einer „sanierten Währung“ (95) verknüpft ist. Notwendig ist aber auch das Nebeneinander von „Marktwirtschaft“ und „Konjunkturpolitik“, weil die „Sorge für eine annähernde Vollbeschäftigung [...] zu den elementaren Notwendigkeiten jeglicher Wirtschaftspolitik“ gehört (162). Müller-Armack artikuliert in diesem Zusammenhang insbesondere eine Äquivalenz von „Marktwirtschaft“ und „eine durch Offen-Markt-Politik geförderte Politik des billigen Geldes“, „Steuernachlaß oder direkte Prämien“ (beide 165) als Investitionsanreize und auch die richtig dosierte und „vorübergehende staatliche Führung der Konjunktur“ „vermittels staatlicher Investitionen“ (beide 166), zeitweilig sogar über Kredite (solange kein Kaufkraftüberhang entsteht).

Diese politikfeldbezogenen Erläuterungen dessen, was zur „gesteuerten Marktwirtschaft“ bzw. zur „Sozialen Marktwirtschaft“ gehört, verdeutlichen in verschiedener Hinsicht, daß zwar „Marktwirtschaft“ und die „aktive und konstruktive Wirtschaftspolitik“ grundsätzlich in einer Äquivalenzbeziehung zueinander artikuliert werden, daß sie sich dadurch aber auch gegenseitig begrenzen bzw. ihre Bedeutung verändern: Die „Marktwirtschaft“ tritt infolge der diskursiven Verknüpfungen als in mannigfaltiger Weise gezügelte und kanalisierte „Marktwirtschaft“ auf; die „aktive und konstruktive Wirtschaftspolitik“ wiederum wird auf „konforme“ (111), d.h. „marktgerechte“ (115) Maßnahmen beschränkt:

Der instrumentale Charakter der Marktwirtschaft weist bereits klar auf ihre Ergänzungsbedürftigkeit durch ein Rahmengenfüge einer marktgerechten Wirtschaftspolitik hin. Es ist eine dringende Aufgabe unserer konstruktiven wirtschaftspolitischen Forschung, ein umfassendes System wirtschaftspolitischer Mittel zu entwickeln, deren Anwendung mit den Spielregeln des Marktes verträglich ist. *Wir können als marktgerecht alle jene wirtschaftspolitischen Maßnahmen bezeichnen, die die Funktion einer variabel gehandhabten Wirtschaftsrechnung nicht gefährden* (115, Herv. i.O.).

Wir können die nun auch in ihren Details dargestellte Kette von als äquivalent artikulierten Forderungen, deren Erfüllung zur Beseitigung des Mangels am Allgemeinen beitragen soll, zusammenfassen: In die Äquivalenzkette P eingebaut finden sich *erstens* die von Müller-Armack so bezeichneten „Ideale und Werte“, die der Verwirklichung des „allgemeinen Allgemeinen“ zugeordnet werden können, z.B.: „Freiheit“ –

„Menschenwürde“ – „soziale Gerechtigkeit“ – „Gemeinwohl“ – „Gesamtinteresse“ – „harmonische Sozialordnung“ – „allseitig befriedigende soziale Lösung“ – ... Ergänzt wird die Kette *zweitens* um Signifikanten, die auf ökonomische Idealvorstellungen verweisen und so das mangelnde Allgemeine, um das sich der Müller-Armacksche Diskursbeitrag dreht, spezifizieren, z.B.: ... – „Wiederaufbau“ – „Bedarfsdeckung“ – „wirtschaftlicher Wohlstand“ – „ökonomische Gewaltenteilung“ – „vernünftige Wirtschaftspolitik“ ... *Drittens* werden Mittelforderungen eingebaut, und zwar vor allem: ... – „Marktwirtschaft“ – „aktive und konstruktive Wirtschaftspolitik“ – „gesteuerte Marktwirtschaft“ – „Soziale Marktwirtschaft“ – ... *Viertens* schließlich werden, teils in Verknüpfung mit den Mittelforderungen, eine Vielzahl von konkreteren wirtschaftspolitischen Forderungen artikuliert, z.B.: ... – „Anstieg der Reallöhne der Arbeiter“ – „entfesselter Güterstrom“ – „Orientierung am Konsumenten“ – „freie Preise“ – „sanierte Währung“ – „Wettbewerb“ – „Wettbewerbsgesetzgebung“ – „staatliche Mindestlohnhöhe“ – „Einkommensumleitung“ – „progressive Besteuerung“²⁴ – „Kinderbeihilfen, Mietzuschüsse, Wohnungsbauzuschüsse“ – „autonome Konjunkturpolitik“ – „vorübergehende staatliche Führung der Konjunktur“.

Über diese vier bereits dargestellten Arten diskursiver Elemente hinaus werden *fünftens* verschiedene Subjektpositionen in die Äquivalenzkette P eingebunden. Im allgemeinen werden Subjektpositionen, so wie die allermeisten diskursiven Elemente, nicht neu „geschaffen“; sie werden im Feld der Diskursivität vorausgesetzt und fortgeschrieben, zum Teil jedoch in bestimmten Verknüpfungen artikuliert und so in ihrer Funktion, zum Beispiel in ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Äquivalenzkette, jeweils neu spezifiziert.

Die Anschauung eines komplexen Textes wie *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* und vielmehr noch die eines größeren diskursiven Korpus erbringt zwangsläufig eine große Vielzahl von Subjektpositionen von sehr unterschiedlicher Reichweite. Diese Vielzahl läßt sich leichter überschauen, wenn man die Subjektpositionen einigen wenigen Ebenen zuordnet. Dabei scheint es aufgrund der Textevidenz ausreichend, von insgesamt fünf Ebenen auszugehen. Auf der ersten Ebene werden Subjektpositionen für jedermann oder, genauer, für die Bürger des betroffenen Gemeinwesens zur Verfügung gestellt. Diese Subjektpositionen zeichnen sich für gewöhnlich durch allgemeine Attribute aus. In Müller-Armacks Text lassen sich innerhalb der Äquivalenzkette P dieser

24 Dieser Signifikant findet sich nicht wortwörtlich. Es wird aus dem Textzusammenhang jedoch deutlich, daß er mit „gesteuerter Marktwirtschaft“ äquivalent ist (132).

ersten Ebene wenigstens folgende Subjektpositionen zuordnen: die Position desjenigen, der die Freiheit liebt (vgl. 83), die des Realisten (vgl. 89), des Konsumenten und des Unternehmers (47), sowie Positionen für „alle Kräfte, die soziale und staatliche Überzeugungen vertr[e]ten“ (106) und nicht zuletzt „selbständige menschliche Positionen“ (128).

Auf der zweiten Ebene werden Subjektpositionen für Personen mit spezifischer – spezifisch im Sinne des im jeweiligen Diskurs verhandelten spezifischen Allgemeinen – Kompetenz offeriert, hier für Personen mit ökonomischem Wissen und Sachverstand bzw. für „die sachlichsten und exaktesten Forscher unseres [ökonomischen, MN] Gebietes“ (98). Die Subjektposition des Wissenschaftlers, der das Tatsächliche nüchtern analysiert (vgl. z.B. 32, 42), der nicht idealisiert (97), der schließlich auch mehr weiß als noch seine Vorgänger der klassischen Nationalökonomie (vgl. z.B. 81, 84), findet sich in verschiedenen Schattierungen als die prominenteste Subjektposition im gesamten Text immer wieder in enger Verknüpfung mit den Forderungen der Äquivalenzkette P. Diese Subjektposition ist es auch, die Müller-Armack qua Artikulation von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* für sich selbst reklamiert.

Auf der dritten Ebene werden Subjektpositionen im Raum des mehr oder weniger organisierten Interesses und damit vornehmlich Gruppen-subjektpositionen bereit gehalten. Auf der vierten Ebene finden sich Subjektpositionen des politischen Systems im engeren Sinne. Interessanterweise werden die Subjektpositionen dieser beiden Ebenen durch Müller-Armack nicht oder nur in Andeutungen in die Äquivalenzkette P eingebunden. Wie ich in Kürze noch zeigen werde, wird gerade die Position des für die Wirtschaftspolitik zuständigen Bürokraten in den „Wirtschafts- und Staatsverwaltungen“ (81) in die Kette der Gründe für den Mangel an volkswirtschaftlichem Allgemeinen eingereiht und damit auf die andere Seite der antagonistischen Grenze gestellt. Zugleich wird hinsichtlich der Subjektposition des (Partei-)Politikers der Versuch unternommen, sie diskursiv zu verbannen, d.h. sie mittels Superdifferenz zwischen wissenschaftlich fundierter Ökonomie und weltanschaulich bestimmter (Partei-)Politik aus dem ordnungspolitischen Diskurs fernzuhalten (86, 89) – ein aber nicht konsequent genug durchgeführter und letztlich scheiternder Versuch.²⁵

25 Daß in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* auf der dritten und der vierten Ebene keine Subjektpositionen innerhalb der Äquivalenzkette P artikuliert werden, erschwert den Versuch, eine allgemeine Karte der „Subjektregionen“ in politischen Diskursen zu skizzieren. Dieser Versuch wird daher erst im Zuge der Analyse der Erhard-Reden (6.2.2) unternommen. Allerdings: Daß der Versuch einer Skizzierung an dieser Stelle *nicht* erfolgreich vorgenommen werden kann, zeigt vielleicht auch, daß eine

Schließlich lassen sich auf einer fünften Ebene die Subjektpositionen derjenigen sammeln, die von der Politik im Sinne des hegemonialen Projekts oder der Hegemonie – hier im besonderen von der Wirtschaftspolitik im Sinne der „Sozialen Marktwirtschaft“ – profitieren sollen. Grundsätzlich ist es natürlich in höchstem Maße vom Kontext eines politischen Diskurses abhängig, welche Subjektpositionen hier eingebunden werden. Es kann jedoch nicht überraschen, daß in einem politischen Diskurs wie dem hier analysierten, dessen Kontext zum einen die Nationalstaatlichkeit und zum anderen die als idealtypische Regierungsform verstandene Demokratie bildet, die Subjektposition „unser ganzes Volk“ (128) eine wichtige Rolle spielt.

Der erste Schritt der Rekonstruktion der drei Kernstrategeme, die Rekonstruktion der Äquivalenzierung von differenten, am Allgemeinen orientierten Forderungen (und den dazugehörigen Subjektpositionen), ist somit getan. Wie der eben vorgenommene kurze Blick auf die Verteilung der Subjektpositionen zeigt, darf die Tatsache, daß dieser erste Schritt analytisch separiert wurde, den Blick darauf nicht verstellen, daß diese Äquivalenzierung aufs engste mit dem zweiten (offensiv-)hegemonialen Strategem, der antagonistischen Zweiteilung des diskursiven Raums, verflochten ist. Der Untersuchung der Manifestation dieses Strategems in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* wenden wir uns nun im zweiten Analyseschritt dieses Abschnitts zu.

Wie im fünften Kapitel herausgearbeitet, kann die Äquivalenzartikulation von zahlreichen differenten (und zum Teil auch disparaten) Forderungen, nur gelingen, weil diese Forderungen in der Überwindung des Mangels an Allgemeinem – und damit letztlich im Mangel selbst – einen gemeinsamen Bezugspunkt finden, der ihre Konstituierung als Äquivalente gestattet. Um diskursiv als solcher Bezugspunkt in Erscheinung treten zu können, muß der Mangel jedoch eine positive symbolische Präsenz erhalten, und zwar eine möglichst einheitliche Präsenz, denn die Äquivalenzkette P benötigt ja zu ihrer Stabilisierung ein einheitliches Gegenüber. Die Positivierung des Mangels in einem einheitlichen Bezugspunkt vollzieht sich durch das Ineinandergreifen von bestimmten Kontraritäts- und Äquivalenzartikulationen, und zwar dann, wenn die Gegenteile desjenigen, was gefordert wird, und die Widerstände gegen die Umsetzung des Geforderten ihrerseits in einer Äquivalenzkette (Q) artikuliert werden, wodurch es zur besagten Zweiteilung des symbolischen Raums zwischen den Äquivalenzketten P und Q kommt.

solche allgemeine Kartierung letztlich unmöglich ist, weil Diskurse in Bewegung sind und Grenzen des Sinns und des Sozialen kontinuierlich aufs Neue verhandeln.

Dabei zeigt die Betrachtung von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*, daß die Äquivalenz der Äquivalenzkette Q nicht zuvorderst und unmittelbar darauf beruht, daß sich die als äquivalent artikulierten Elemente alle als *Gegenteil des Geforderten* bzw. als Aspekt des Mangels an Allgemeinem artikulieren lassen.²⁶ Vielmehr rührt die Äquivalenz in Q primär daher, daß die Elemente als *Widerstand gegen die Forderung* und damit sowohl als Ursache für den Mangel (oder verschiedene seiner Aspekte) als auch als Grund für die Nichtbehebung des Mangels (oder verschiedene seiner Aspekte) artikuliert werden. Dabei tritt in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* ein widerständiges diskursives Element Q1 vor allem in drei Formen auf: als Widerstand gegen die Erreichung eines Ziels (Q1 verhindert die Erreichung des Ziels, negiert also das Ziel), als Widerstand gegen den erfolgreichen Einsatz eines geforderten Mittels (Q1 verhindert also entweder grundsätzlich den Einsatz des Mittels oder führt dazu, daß es unwirksam bleibt) sowie als widerständige Subjektposition.

Am zahlreichsten und am auffälligsten wird zweifelsohne ein diskursives Element in Kontrarität zu Elementen der Äquivalenzkette P gestellt: „Wirtschaftslenkung“²⁷. Die herausragendste dieser Kontraritätsrelationen ist gewiß die von „Marktwirtschaft“ und „Wirtschaftslenkung“, auf die schon der Titel von Müller-Armacks Buch anspielt. Es seien nur einige markante Beispiele für entsprechende Kontraritätsartikulationen genannt:

Die Wirtschaftslenkung ist, historisch gesehen, als Antithese zur liberalen Marktwirtschaft entstanden, und dieser Ursprung gibt ihr auch heute noch das Gepräge (29).

[Der] Weg der Wirtschaftslenkung ist allgemein charakterisiert durch die Ausschaltung des marktwirtschaftlichen Prozesses (30, i.O. kursiv).

Wir stehen gegenwärtig vor der Alternative: Lenkungswirtschaft oder Marktwirtschaft (78).

Die Positionierung der „Wirtschaftslenkung“ in der Äquivalenzkette Q wird allerdings nicht nur dadurch instituiert, daß sie der Forderung nach

26 Etwa von der Art „Unfreiheit“ (⇔ „Freiheit“) – „Güterknappheit“ (⇔ „entfesselter Güterstrom“) – „Individualinteresse“ (⇔ „Gesamtinteresse“) – „Ungerechtigkeit“ (⇔ „soziale Gerechtigkeit“) – „niedriges Lohnniveau“ (⇔ „hohe Reallöhne“) usw.

27 Aus Gründen der Vereinfachung wird im folgenden zwischen „Wirtschaftslenkung“ und semantisch sehr nahe stehenden Elementen wie „Lenkungswirtschaft“, „Lenkungssystem“ oder „lenkungswirtschaftliche Ordnung“ nicht unterschieden.

„Marktwirtschaft“ in ihrer Gänze entgegensteht. Auch einzelne Aspekte der „Marktwirtschaft“ werden in Kontrarität zur „Wirtschaftslenkung“ artikuliert, darunter insbesondere eine unmittelbare Kontrarität von „Wirtschaftslenkung“ und des „variablen Preis- und Wertrechnungssystems“ (89, vgl. auch 42, 44, 112). Darüber hinaus jedoch wird die „Wirtschaftslenkung“ in ein eigenes Netz von Äquivalenzrelationen mit diskursiven Elementen eingebunden, die wiederum das Gegenteil von Äquivalenten der „Marktwirtschaft“ signifizieren: Dem „Anstieg der Reallöhne der Arbeiter“ (101) in der „Marktwirtschaft“ wird beispielsweise ein „zu niedrig bemessenes Lohnniveau“ (49) in der „Wirtschaftslenkung“ gegenüber gestellt, oder der marktwirtschaftlichen Ermöglichung von „sozialen Reformen“ der „soziale Rückschritt“ in der „Wirtschaftslenkung“ (127). Und nicht zuletzt verbinden sich dort, wo die „Marktwirtschaft“ in Äquivalenz zur „Überwindung des Mangels durch vermehrte Produktion“ (114) artikuliert wird, „Wirtschaftslenkung“ und „das Umsichgreifen von Mangelerscheinungen“ (79).

Die hohe Bedeutung der „Wirtschaftslenkung“ für die Äquivalenzkette Q wird jedoch nicht nur durch die allpräsenste Kontrarität von „Wirtschaftslenkung“ und „Marktwirtschaft“, sondern auch durch weitere Kontraritäten zu Forderungen der Äquivalenzkette P bekräftigt. Vor allem wird die „Wirtschaftslenkung“ in Kontrarität zur Zielforderung nach „Freiheit“ bzw. in Äquivalenz zur Negation von Freiheit, also zur Unfreiheit, artikuliert, wenn z.B. ein „Zusammenhang von Wirtschaftslenkung und geistiger und politischer Unfreiheit“ (83) konstatiert wird oder wenn festgestellt wird, daß „[d]ie Wirtschaftslenkung [...] mit einer Freiheit des Konsumenten nicht zu vereinbaren“ (37) sei. Letztlich bewirkt „Wirtschaftslenkung“ sogar „totale Unfreiheit“ (82). Müller-Armack verknüpft weitere Kontraritäten mit der Kontrarität von „Wirtschaftslenkung“ und „Freiheit“, etwa wenn er konstatiert, daß die Lenkungswirtschaft ein Instrument sei, „Unfreiheit zu verbreiten und den Lebensstandard breiter Schichten herabzudrücken“ (128); oder wenn er schreibt:

Wer die Geschichte der Wirtschaftslenkung in den letzten Jahrzehnten verfolgt, sieht, wie unaufhaltsam sich nicht nur das Netz wirtschaftlichen Zwangs zusammenschloß, sondern auch politische Grundrechte aufgehoben und der individuellen Freiheit der Garaus gemacht wurde (82).

Insgesamt steht also die „Wirtschaftslenkung“ zahlreichen Forderungen zur Behebung des Mangels am Allgemeinen entgegen, allen voran einer der maßgeblichen Mittelforderungen, der „Marktwirtschaft“. Doch auch wenn die „Wirtschaftslenkung“ als Knotenpunkt für zahlreiche Äquivalenzen in Q qua Kontrarität zu diskursiven Elementen in P dient, besteht

hierin nur der erste Schritt der hegemonialen Arbeit. Zwar deutet sich an, daß die antagonistische Grenze auch zwischen „Wirtschaftslenkung“ auf der einen Seite und „Marktwirtschaft“ (und ihren zahlreichen Äquivalenten zweiter Ebene) sowie einigen der genannten Zielforderungen auf der anderen Seite läuft. Es ist auch klar geworden, daß im weiteren Verlauf die „aktive und konstruktive Wirtschaftspolitik“ sich auf derselben Seite der antagonistischen Grenze wie die „Marktwirtschaft“ befindet, die somit wiederum mit „gesteuerter Marktwirtschaft“/„Sozialer Marktwirtschaft“ äquivalenziert wird. Solange nun aber der Widerstand gegen die Realisierung des Allgemeinen allein durch die „Wirtschaftslenkung“ (und ihre Aspekte) symbolisiert würde, und dieser Widerstand mit der Aufhebung der „Marktwirtschaft“ durch die „Wirtschaftslenkung“ begründet wird, bliebe unklar, weshalb *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* „Marktwirtschaft“ überhaupt mit „aktiver und konstruktiver Wirtschaftspolitik“ äquivalent setzt.

Daß diese vermeintliche Unklarheit keine ist, liegt darin begründet, daß sich ein Mangel an volkswirtschaftlichem Allgemeinen nach Müller-Armack keineswegs nur aufgrund von „Wirtschaftslenkung“ einstellt. Vielmehr gibt es einen weiteren wichtigen Verursacher des Mangels: den „Liberalismus“²⁸. „Liberalismus“ und „liberale Marktwirtschaft“ stehen in einem Kontraritätsverhältnis zu zahlreichen der politischen Forderungen, so zum Beispiel zur „öffentlichen Sicherung des Wettbewerbs“ (105), sowie insgesamt zur Forderung einer politischen und wirtschaftspolitischen Sicherung“ der Wirtschaftsordnung:

Wenn wir die Marktwirtschaft als eine organisatorisch beachtliche Konstruktion betrachten, so wird damit keineswegs eine Rückkehr zum alten Liberalismus empfohlen. Wir sehen heute klarer, wie sehr der wirtschaftspolitische Liberalismus irrte, wenn er den freien Markt als Automatismus auffaßte.

Wir wissen heute, daß der Liberalismus die Frage der politischen und wirtschaftspolitischen Sicherung seiner Ordnung geradezu sträflich vernachlässigte und sich auch darin irrte, daß er den Preismechanismus als eine völlig in sich funktionierende Maschinerie betrachtete. Wie jede, auch die beste Maschine einer sinnvollen menschlichen Steuerung bedarf, so auch hier (76).

Diese Textpassage verdeutlicht, daß die Verortung des „Liberalismus“ innerhalb der Kette von Widerständen gegen die Behebung des Allgemeinen keine leicht und unmittelbar zu lösende Aufgabe darstellt, weil

28 Aus Gründen der Vereinfachung wird im folgenden zwischen „Liberalismus“ und im Text semantisch sehr nahe stehenden Elementen wie „alter Liberalismus“, „wirtschaftlicher Liberalismus“ oder „liberale Marktwirtschaft“ nicht unterschieden.

im diskursiven Kontext der Publikation von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* „Marktwirtschaft“ und „Liberalismus“ tendenziell in einer Äquivalenzrelation artikuliert wurden. Diese Äquivalenzrelation muß jedoch gelöst werden, wenn die „Marktwirtschaft“ einerseits als wichtiges Mittel zur Behebung des Mangels, der „Liberalismus“ aber andererseits als Widerstand auf dem Weg zur Behebung dieses Mangels artikuliert werden soll. Um diese Loslösung zu erreichen, geht Müller-Armack zwar nicht so weit, eine Kontrarität von „Marktwirtschaft“ und „Liberalismus“ zu artikulieren. Aber die Beziehung zwischen beiden Elementen wird doch wiederholt und deutlich als Differenz gekennzeichnet, so zum Beispiel im ersten Satz des obigen Zitats, aber nicht nur hier, denn auch anderweitig stellt Müller-Armack fest, „daß das Wesen der Marktwirtschaft nicht mit ihrer Gestalt zur Zeit des wirtschaftlichen Liberalismus identisch ist“ (90), bzw. daß die „Marktwirtschaft [...] ein über die liberale Marktwirtschaft weit hinausreichendes Prinzip [ist], und [daß] nichts [...] zu der Annahme [zwingt], es seien die letzten Gestaltungsmöglichkeiten bereits im wirtschaftlichen Liberalismus ausgeschöpft“ (100). Diese Verbannung des „Liberalismus“ aus der Äquivalenz mit der „Marktwirtschaft“ ist die Grundlage dafür, daß er als Teil der Äquivalenzkette Q artikuliert werden kann, und zwar nicht aufgrund einer Kontrarität zur „Marktwirtschaft“ selbst, sondern zu Elementen, die der „Marktwirtschaft“ äquivalenziert werden, nämlich der „aktiven und konstruktiven Wirtschaftspolitik“²⁹, oder, wie im obigen langen Zitat, der „politischen und wirtschaftlichen Sicherung“ und der „sinnvollen menschlichen Steuerung“ (76). Es ist dabei insbesondere die dem Liberalismus eigene „Unklarheit, Unbestimmtheit und Passivität in bezug auf die Wirtschaftsordnung als Ganzes“ (104), die überwunden werden muß. Kurz: Der „Liberalismus“ steht der Behebung des Mangels am Allgemeinen im Weg und muß überwunden werden, nicht weil er in Kontrarität zur „Marktwirtschaft“ als singuläres diskursives Element stünde, sondern weil er in Kontrarität zur Äquivalenz von „Marktwirtschaft“ und „sinnvoller menschlicher Steuerung“ bzw. zur „gesteuerten Marktwirtschaft“ steht.

Dieser Zusammenhang macht deutlich, daß keineswegs *jedes* Element einer Äquivalenzkette P *allen* Elementen einer Äquivalenzkette Q qua Kontraritätsrelation unmittelbar verbunden sein muß. Richtig ist hingegen erstens, daß dann, wenn ein Element P1 einer Äquivalenzkette P in Kontrarität zu einem Element Q1 steht, die gesamten Forderungen

29 Die Kontrarität zur „aktiven und konstruktiven Wirtschaftspolitik“ besteht um so mehr, als der „Liberalismus“ auch explizit in Äquivalenz zu „einer Passivität, die uns heute unverträglich erscheint,“ artikuliert wird (107).

der Äquivalenzkette P nur erfüllt, also der Mangel am Allgemeinen nur beseitigt werden kann, wenn der Widerstand von Q1 überwunden wird, weshalb sich mittelbare Kontraritäten von P2, P3 usw. zu Q1 qua Äquivalenz in P konstituieren. Damit diese mittelbaren Kontraritäten aber überhaupt möglich sind, darf zweitens zwischen P-Elementen und Q-Elementen an keiner Stelle eine Äquivalenzrelation bestehen, denn diese würde die gesamte antagonistische Grenze in Frage stellen; bestehende störende Äquivalenzen werden daher in hegemonialen Projekten als Differenzen reartikuliert (so wie zwischen „Marktwirtschaft“ und „Liberalismus“). Drittens dürfen, dies sei zum bisher Ausgeführten noch hinzugefügt, *innerhalb* einer Äquivalenzkette keine ihrerseits störenden Kontraritäten bestehen bleiben, weshalb Müller-Armack auch die Kontrarität von „Wirtschaftslenkung“ und „liberaler Marktwirtschaft“ für obsolet erklären muß: „Die beiden Alternativen, zwischen denen die Wirtschaftspolitik sich bisher bewegte, die rein liberale Marktwirtschaft und die Wirtschaftslenkung[,] sind innerlich verbraucht, und es kann sich für uns nur darum handeln, eine neue dritte Form zu entwickeln, die sich [...] als eine aus den vollen Einsichtsmöglichkeiten unserer Gegenwart gewonnene Synthese darstellt“ (109).

Müller-Armack bündelt seine Liberalismuskritik schließlich in einigen Artikulationen, die verdeutlichen, daß der „Liberalismus“ in Kontrarität zum Allgemeinen selbst steht. So schreibt er etwa, daß der „Liberalismus [...] es [...] unterlassen [hat], Maßnahmen zu treffen, die das Ganze seiner Lebensordnung zum Gegenstande hatten“ (105). Auch fehlt dem „Liberalismus“ der Blick für „die vollständige Natur des Menschen“ (107), denn er nimmt fehlerhaft an, „im Wirtschaftlichen schon einen den Menschen ausfüllenden Lebensbereich gefunden zu haben“ (106). Insgesamt lassen sich damit also so zahlreiche „Fehler und Wesensgrenzen der liberalen Marktwirtschaft“ (104) ausmachen, daß offensichtlich wird, weshalb der „Liberalismus“ der „Wirtschaftslenkung“ in bezug auf die Verhinderung der Behebung des Mangels am Allgemeinen äquivalent gesetzt wird. Doch diese Äquivalenzierung wird auch explizit in Abgrenzung von der „gesteuerten Marktwirtschaft“ vollzogen, denn eine „solche gesteuerte Marktwirtschaft“, schreibt Müller-Armack, „ist etwas *toto coelo* Verschiedenes gegenüber der liberalen Marktwirtschaft wie gegenüber der Wirtschaftslenkung“ (77).³⁰

30 Man könnte zu Recht einwenden, daß in dieser Passage die Äquivalenz von „Wirtschaftslenkung“ und „liberaler Marktwirtschaft“ nur in Differenz (etwas Verschiedenes), nicht aber in Kontrarität zur „gesteuerten Marktwirtschaft“ artikuliert wird. Allerdings sei nochmals daran erinnert, daß eine Diskursanalyse die Sinnkonstituierung über den einzelnen Satz hinaus in den Blick nimmt. Im Zusammenhang mit den bislang rekon-

Wir haben damit auch die Äquivalenzkette Q weitestgehend rekonstruiert: Die entscheidende, in Kontrarität zu verschiedenen Elementen der Äquivalenzkette P begründete Äquivalenzartikulation ist die von „Wirtschaftslenkung“ und „Liberalismus“, wobei mit diesen beiden diskursiven Elementen zahlreiche weitere Elemente in die Kette eingebunden werden – genannt wurden beispielsweise „sozialer Rückschritt“ (127) und „das Umsichgreifen von Mangelerscheinungen“ (79), „Passivität“ (104) und „Verfehlung des Ganzen“³¹ (105-07).

Ergänzt wird die Äquivalenzkette Q nun noch durch verschiedene Subjektpositionen, die einerseits den oben genannten P-Subjektpositionen, aber andererseits auch immer wieder bestimmten Forderungen entgegengestellt werden. Erneut lassen sich die Subjektpositionen den oben eingeführten Ebenen zuordnen, allerdings mit der Einschränkung, daß sich auf der fünften Ebene, der Ebene der Profiteure der Politik im Sinne des hegemonialen Projekts, erwartungsgemäß keine Subjektpositionen rekonstruieren lassen, die der Äquivalenzkette Q zuzuordnen wären. Wir haben es hier also nur mit den ersten vier Ebenen zu tun. Es sei noch gesondert hervorgehoben, daß diese Ebenen, die aus dem heuristischen Grund der besseren Übersichtlichkeit eingeführt wurden, nicht als Kontraritätsebenen mißverstanden werden dürfen: Kontraritäten werden keineswegs nur innerhalb einer Subjektpositionsebene artikuliert, sondern durchaus auch zwischen Positionen auf verschiedenen Ebenen.

Dies zeigt sich gleich auf der ersten Ebene, der „Bürgerebene“, in die sich z.B. die Subjektposition des knechtischen Subjekts, das sich durch „das Fehlen eines ursprünglichen Freiheitsbedürfnisses“ auszeichnet (83), einordnen läßt. Diese Subjektposition des knechtischen Subjekts, auf der Müller-Armack den Großteil der Deutschen zur Zeit der Publikation von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* verortet (vgl. 83), steht in Kontrarität sowohl zur politischen Forderung nach Freiheit als auch zur Position des freiheitsliebenden Bürgers (also auf Ebene I). Aber es finden sich innerhalb der Äquivalenzkette Q auf Ebene I vor allem Subjektpositionen, die in Kontrarität zur Subjektposition des ratio-

struierten Anordnungen von diskursiven Elementen in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* ist es jedoch einleuchtend, die zitierte Passage, die eine bestimmte Äquivalenz von „Wirtschaftslenkung“ und „liberaler Marktwirtschaft“ deutlich zum Ausdruck bringt, in Beziehung zu den jeweiligen Kontraritätsrelationen zu setzen und die beiden Elemente als Teil einer Äquivalenzkette qua Kontrarität zu Elementen der Äquivalenzkette P zu begreifen.

31 Dieser Signifikant findet sich nicht wortwörtlich. Es wird, wie eben dargestellt, aus dem Textzusammenhang jedoch deutlich, daß er mit „Liberalismus“ äquivalent ist (132).

nenal Wissenschaftlers – also zu einer P-Subjektposition auf Ebene II – artikuliert werden, so z.B. die Position der Gutgläubigen und leicht Getäuschten (163; vgl. auch zur getäuschten öffentlichen Meinung 79). In Kontrarität sowohl zum rationalen Wissenschaftler wie auch zum Ziel, den Aufgaben der Gegenwart gerecht zu werden, wird schließlich auch die Position des genügsamen Spinners artikuliert (80).

Als die vielleicht wichtigste P-Subjektposition war die des nüchtern analysierenden Wissenschaftlers genannt worden, die auf der zweiten Subjektpositionsebene, der „Expertenebene“, zum Tragen kommt. *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* nimmt nun ein diskursiv regelmäßig zirkulierendes Muster auf und schreibt dieses in spezifischer Weise fort, indem es dieser Position des „Wissenden“ verschiedene Subjektpositionen gegenüberstellt, die alle mehr oder weniger als Position des „Unwissenden“ bezeichnet werden können (also eine Kontrarität innerhalb der Ebene II konstituieren): Ideologen (31), Lügner (41, 79), schlechte Wissenschaftler (41). Hinzu kommen Kontraritätsbeziehungen zu Positionen auf Ebene I (siehe oben) und Ebene IV (siehe unten).

Auf der dritten Ebene, der Ebene des organisierten Interesses, findet sich vor allem die Position der politischen Partei der Äquivalenzkette Q zugeordnet, während die des Verbandes kaum eine Rolle spielt (weder für P noch für Q). Und auch bezüglich der Parteien scheint es zunächst so, als ob sie nur ins Spiel gebracht würden, um sie sofort wieder aus dem Spiel zu nehmen, und zwar weil die Frage der Wirtschaftsordnung „gar nicht vor das Forum der Parteien gehört“:

Die Frage der Wirtschaftsordnung ist daher gegenwärtig kein Problem einer weltanschaulichen Option für letzte Ziele: Sie ist in ihrem Kern eine fachwissenschaftliche Frage, die gar nicht vor das Forum der Parteien gehört, handelt es sich doch lediglich um die nüchterne Feststellung, ob die Lenkungswirtschaft oder die Marktwirtschaft besser geeignet ist, die uns allgemein verbindlichen Ziele zu erreichen (86, Herv. i.O.).

Hiermit scheint das Strategem VI – Einrichtung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte – in Frage gestellt, weil Subjektpositionen für die politisch-gesellschaftlichen Kräfte der Parteien anscheinend nicht nur nicht eingerichtet, sondern glattweg bestritten werden. Doch hier trägt der Schein. Müller-Armack hebt die Bedeutung der Parteien – dasselbe gilt auf Ebene IV für die Administration – als eine maßgebliche Instanz für die Durchsetzung ordnungspolitischer Vorstellungen ja gerade dadurch hervor, daß er sie als widerspenstige Kräfte (und damit als Teil der Äquivalenzkette Q) artikuliert. Daß Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte eingerichtet und daß Parteien als Inhaber dieser

Positionen angerufen werden, wird ganz besonders dann deutlich, wenn Müller-Armack die von ihm so perzipierte Hegemonie des Wirtschaftslenkungsregimes mit der nahezu vollkommenen Zustimmung der „Parteigruppen“ – der Rekrutierung der Parteien durch das hegemoniale Projekt der Wirtschaftslenkung – äquivalent setzt: „Gewiß, die Lenkungsideologie hat einen fast totalen Sieg errungen insofern, als fast alle Parteigruppen sich verpflichtet fühlen, für Lenkung einzutreten“ (99). Auch wenn sie auf der diskursiven Oberfläche von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* insgesamt nicht sehr häufig in Erscheinung treten, so verdeutlichen diese wenigen Passagen doch, daß die Äquivalenzkette P dauerhaft nur hegemonialen Erfolg haben kann, wenn es gelingt, Parteien und andere gesellschaftliche Kräfte als Subjekte zu rekrutieren.

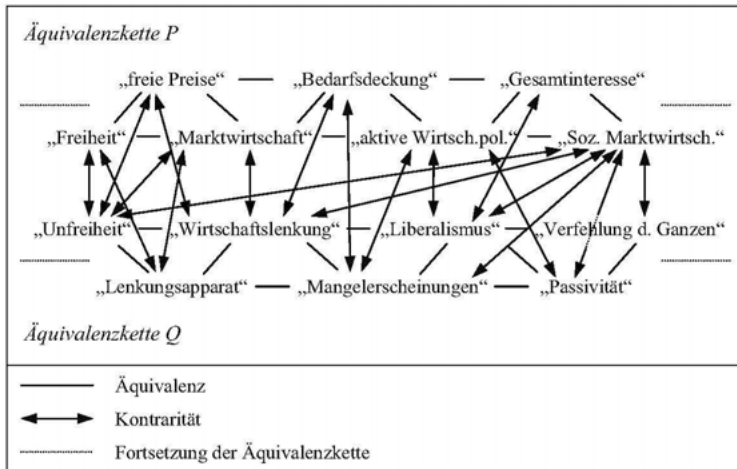
Ähnlich wie die Subjektpositionen der dritten Ebene werden auch die der vierten Ebene in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* scheinbar ausschließlich der Äquivalenzkette Q zugeordnet. So wird zum Beispiel die Gewinnung der „Freiheit“ auch in Kontrarität gesetzt zur „die Freiheit bedrohende[n] Logik des Lenkungsapparats“ (82; ähnlich 84/85) und damit zur Subjektposition des Bürokraten in „Wirtschafts- und Staatsverwaltungen“ (81). Gerade letztere wird nicht nur in Kontrarität zur „Freiheit“, sondern auch in Kontrarität zur Subjektposition des Wissenschaftlers artikuliert:

Freilich scheint der Weg, den die wissenschaftliche Forschung gegenwärtig eingeschlagen hat, in andere Bahnen zu führen, als die Wirtschafts- und Staatsverwaltungen aus ihrer Lenkungsstradition zu gehen bereit sind. Dem in der Wissenschaft vorhandenen Willen, die grundsätzlichen Notwendigkeiten der gegenwärtigen Lage in ihren Konsequenzen voll zu durchdenken, steht in der Praxis leider meist keine gleiche Bereitschaft gegenüber, die Fortschritte der wissenschaftlichen Erkenntnis geistig aufzunehmen und ihnen in der wirtschaftspolitischen Gestaltung gerecht zu werden (81).

Diese Passage zeigt dreierlei: Erstens wird die Subjektposition der Vertreter der Praxis in den Wirtschafts- und Staatsverwaltungen als bedeutende Subjektposition artikuliert, denn von ihr aus ist „wirtschaftspolitische Gestaltung“, also die Überwindung des Mangels am volkswirtschaftlichen Allgemeinen, möglich. Zweitens ist diese Subjektposition jedoch äquivalent mit „Widerständen und passivem Nichtmitgehen“ gegen erhobenen Forderungen, also Teil der Äquivalenzkette Q. Drittens schließlich deutet sich aber auch an, daß sich diese Subjektposition verschieben läßt, denn es herrscht bei den Inhabern dieser Subjektposition nur „meist“ und nicht „immer“ oder „grundsätzlich“ keine Bereitschaft, die wissenschaftlichen Erkenntnisse wahrzunehmen.

Wir können nun, da wir uns einen ausführlichen Überblick über das Ineinandergreifen des ersten und des zweiten (offensiv-)hegemonalen Strategems in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* verschafft haben, dieses Ineinandergreifen vereinfachend in einem Schaubild zusammenfassen. Der Übersichtlichkeit halber werden hierfür nur einige wenige der aufgeführten „diskursiven Elemente“ verwendet und es werden auch unter diesen wenigen Elementen nicht alle Beziehungen eingetragen.

Abbildung 6: *Rekonstruktion der Strategeme I und II in „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ im Überblick*



Quelle: eigene Darstellung

Man sieht also, wie mit zahlreichen Artikulationen der diskursive Raum anhand der Gleichzeitigkeit bestimmter Äquivalenz- und Kontraritätsrelationen zweigeteilt wird. Zwei Punkte sind diesbezüglich nochmals besonders hervorzuheben: Erstens geht von den beiden Strategemen I und II, auch wenn sie hier – der Zwangsläufigkeit eines erzählenden Textes folgend – in diachroner Weise rekonstruiert wurden, keines dem anderen voraus. Beide Strategeme konstituieren sich zeitgleich und in kontinuierlichem gegenseitigen Bezug. Zweitens ist es wichtig, erneut zu betonen, daß die Äquivalenzbeziehungen, in denen die diskursiven Elemente artikuliert werden, keine „absoluten“ Äquivalenzbeziehungen sind: Es sind Äquivalenzbeziehungen in Beziehung auf den Mangel an einem spezifischen, volkswirtschaftlichen Allgemeinen, wobei die Äquivalenz in P darauf beruht, daß alle zu P gehörenden Elemente zur Behebung des Mangels beitragen, während die in Q daher rührt, daß die Q-Elemente in Kontrarität zu P-Elementen und damit zur Behebung des Mangels an

Allgemeinem stehen. Nicht in jeder Beziehung, sondern nur in bezug auf diese Kontrantität zur Behebung des Mangels an Allgemeinem sind alle Q-Elemente miteinander äquivalent. Es wird also keineswegs behauptet, *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* würde z.B. „Wirtschaftslenkung“ und „Liberalismus“ als Elemente durchweg gleicher Bedeutung artikulieren – natürlich passiert genau das nicht! Die Äquivalenz ist eben nur eine in bezug auf ein bestimmtes Drittes, aber dabei handelt es sich um die für den hegemonialen Prozeß entscheidende Äquivalenz.

Beenden wir nun unsere Untersuchung der drei Kernstrategeme mit einer Rekonstruktion des dritten Strategems, dem Strategem der Repräsentation. Mehrere mögliche Kandidaten für einen Repräsentanten der Äquivalenzkette P haben sich im Lauf der bisherigen Analyse angedeutet: Denkbar wäre vielleicht, die „Bedarfsdeckung“ als Repräsentanten zu begreifen, weil sie als „das eigentliche Ziel der Wirtschaft“ (95) artikuliert wird, mithin das spezifische Allgemeine symbolisch verkörpern könnte. Zudem scheint es vor allem der ökonomische Erfolg zu sein, anhand dessen Müller-Armack die antagonistische Zweiteilung des symbolischen Raums begründet: „Auf jeden Fall kann, wenn wir die Überzeugung von der produktiven Unterlegenheit einer Ordnung gewinnen, unser Urteil nicht unentschieden lauten“ (170). Doch genauso wurde ausgeführt, daß letztlich die „Freiheit“ als wichtigstes Ziel gegenüber dem ökonomischen Erfolg Vorrang genießt, so daß also keineswegs gesagt ist, daß mit „Bedarfsdeckung“ oder „produktiver Überlegenheit“ auch automatisch „Freiheit“ einherginge, weshalb eine Repräsentation der letzteren durch erstere fraglich werden muß. Man benötigt ein diskursives Element, das beide umfassen und alle Aspekte des Mangels (nicht nur „Unfreiheit“ oder materielle „Mangelerscheinungen“) überwinden kann, und dabei liegt es am nächsten, nicht auf eines von differnten Zielen, sondern auf ein Mittel zu rekurrieren, welches zur Erreichung aller Ziele dienen kann. Es kann nicht überraschen, daß im Text Müller-Armacks, in dem „die Frage nach der unserer Gegenwart angemessenen Wirtschaftsordnung als das Grundproblem der heutigen Wirtschaftspolitik bezeichne[t]“ wird (85), nur der Signifikant einer solchen Wirtschaftsordnung an die Stelle des Allheilmittels, des symbolischen Repräsentanten aller Forderungen und damit des Allgemeinen gestellt werden kann. Zunächst könnte es so erscheinen, als ob die „Marktwirtschaft“ diese Funktion übernehmen könnte, weil mit ihr so viele Ziele erreicht werden können. Doch hier zeigt sich etwas vielleicht Überraschendes: Die hegemoniale Repräsentationsfunktion rührt nicht allein daher, daß ein diskursives Element mit allen „seiner“ Äquivalenzkette äquivalent ist – sonst könnte eine Äquivalenzkette ja von jedem ihrer Elemente repräsentiert werden. Die Repräsentationsfunktion beruht

vielmehr darauf, daß ein diskursives Element, das Teil der Äquivalenzkette P ist, zu *allen einzelnen* Elementen der Äquivalenzkette Q in Kontrarität steht, weil nur dieses diskursive Element somit die vollständige Behebung des Mangels und all seiner Ursachen, also die Gegenwart des verwirklichten Allgemeinen signifizieren kann. Diese totale Kontraritätsbeziehung zum Mangel hat die „Marktwirtschaft“ jedoch nicht, vor allem, weil sie, wie ausgeführt, zum „Liberalismus“ nicht in Kontrarität, sondern in Differenz artikuliert wird. Aus genau diesem Grund muß Müller-Armack einen anderen Signifikanten einführen, und er tut das mit „gesteuerter Marktwirtschaft“ und mit „Sozialer Marktwirtschaft“ sogar doppelt. Ich habe oben ausgeführt, daß trotz der häufigeren Bezeichnung „gesteuerte Marktwirtschaft“ der von Müller-Armack deziert als Neuprägung eingeführte Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ in einer zentralen diskursiven Position artikuliert wird. Zwar ist *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* nur ein erster Diskursbeitrag, so daß „Soziale Marktwirtschaft“ noch nicht als symbolische Repräsentantin des Allgemeinen im deutschen wirtschaftspolitischen Diskurs gelten kann. Aber der Text führt sie als Kandidatin für diese Position ein und legt ihre „Wahl“ nahe. Die Grundlage für ein hegemoniales Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ innerhalb des wirtschaftspolitischen Diskurses ist also gelegt.

(e) *Rekonstruktion weiterer Strategeme.* Das im fünften Kapitel als Strategem IV eingeführte Grundlagenstrategem der superdifferenziellen Grenzziehung spielt in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* keine zentrale Rolle. Allein das Bemühen, der Politik die Kompetenz für Wirtschaftsordnungsfragen abzusprechen (86), deutet das Bemühen um die Etablierung einer superdifferenziellen Grenze – zwischen Politik und Wirtschafts(ordnungs)kompetenz – an. Andererseits klingt immer wieder das Ziel an, die Politik stärker mit entsprechender Kompetenz auszustatten (z.B. 81), so daß die Festigkeit einer superdifferenziellen Grenze letztlich nicht erreicht wird.

Um eine hegemoniale Äquivalenzkette P zu etablieren und vor allem, um sie zu erweitern, ist es notwendig, Äquivalenzen zu diskursiven Elementen herzustellen, die im bislang etablierten Diskurs eher in die Äquivalenzkette Q eingeordnet werden. Dieses oben als Strategem VII eingeführte Strategem ist ein zweiseitiges Schwert, weil es einerseits die Reichweite einer Hegemonie erhöhen helfen kann, weil es aber andererseits die für die hegemoniale Mobilisierung so notwendige, antagonistische Grenze brüchig werden läßt, so daß diese nur mit beträchtlichem diskursiven Aufwand wieder stabilisiert werden kann. Diese Problematik kommt in starkem Maße dann zum Tragen, wenn bislang „gegnerische“ Subjektpositionen in eine bereits etablierte Äquivalenz-

kette eingefügt werden; mit Blick auf den Diskurs um die „Soziale Marktwirtschaft“ zeigt sich das vor allem in der zunehmenden diskursiven Einbindung der SPD in diesen Diskurs bis hin zum Godesberger Programm 1959 (vgl. Abschnitte 6.3.2 und v.a. 6.3.3). Zu Beginn des Diskurses in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* spielen diskursive Verschiebungen von Subjektpositionen jedoch keine dominante Rolle, oder höchstens in defensiv-hegemonialer Funktion (siehe hierzu (f)). Hier geht es eher darum, durch die Neugruppierung diskursiver Elemente aus dem Raum des wirtschaftspolitischen Diskurses hegemoniales Momentum zu gewinnen. Doch auch hierzu ist es förderlich, etablierte Kontraritätsrelationen in Frage zu stellen, wie sich am Beispiel der „öffentlichen Wirtschaftsbetätigung“ in Müller-Armacks Text schön zeigen läßt. Müller-Armack schreibt:

In der wirtschaftspolitischen Diskussion der vergangenen hundert Jahre schien die Alternative, öffentlicher oder privater Betrieb, gleichbedeutend zu sein mit dem Eintreten für oder gegen die Wirtschaftslenkung. Wenn wir jedoch, wie es heute angezeigt erscheint, die Frage der öffentlichen Unternehmungsform ohne die allgemeine weltanschauliche Belastung diskutieren [...], dürfte es heute durchaus möglich sein, einen gewissen Bereich öffentlicher Wirtschaftsbetätigung mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung in Einklang zu bringen. [...] Wenn seitens der Vertreter der freien Wirtschaft die öffentliche Unternehmungsführung schlechthin als Gegensatz zur Marktwirtschaft angesehen wurde, so trifft dies keineswegs zu. [...] Für die Produktivitätssicherung unserer Wirtschaft hängt Entscheidendes davon ab, daß auch die Vertreter einer Teilverstaatlichung die Möglichkeit begreifen, die öffentliche Regie in den Spielregeln der Marktwirtschaft sich vollziehen zu lassen, um der öffentlichen Wirtschaftsform die Vorteile der marktwirtschaftlichen Rationalität zu sichern (148/149).

Es findet also eine diskursive Verschiebung der „öffentlichen Wirtschaftsbetätigung“ von Q nach P – hinein in die Ordnung der „Sozialen Marktwirtschaft“ – statt, wengleich diese Verschiebung gleich wieder eingeschränkt wird, denn „[s]elbstverständlich widerstreitet jede Vollverstaatlichung der Produktionsmittel der von uns geforderten Wirtschaftsordnung“ (150). Immer wieder hebt Müller-Armack denn auch die Komplexität und die Notwendigkeit graduellen Denkens und Handelns hervor, etwa wenn er mit Blick auf die Reglementierung der Außenhandelspolitik feststellt: „Entscheidend ist hier durchaus der Grad der Intervention“ (158). Durch die Komplexität des Graduellen wird dabei offensichtlich, daß die hegemoniale Äquivalenzierung die differenzielle Logik des Diskurses niemals in letzter Konsequenz aufheben kann. Man könnte vielleicht sogar gegen die hier vorgetragene Rekonstruktion des hegemonialen Antagonismus einwenden, daß es Müller-Armack ge-

rade nicht um die vereinfachende Zweiteilung des diskursiven Raums, sondern um Differenzierung und um das Graduelle ging. Dabei könnte man auf Textpassagen wie die folgende verweisen:

Wem die hier gebotene Lösung zu differenziert, zu wenig eindeutig erscheint, möge bedenken, daß Primitivität und Einseitigkeit nicht notwendig das Zeichen des Wahren sind. Gerade wer die entscheidenden Fragen der Wirtschaftspolitik heute noch in der Alternative von freier Marktwirtschaft und Wirtschaftslenkung sieht, beweist damit, wie sehr er noch jener antithetischen Denkform verhaftet ist, welche das 19. Jahrhundert schuf (167/68).

Allerdings wendet sich Müller-Armack eben nur gegen den seiner Ansicht nach veralteten Antagonismus von „freier Marktwirtschaft“ – ein Alternativsignifikant für „liberale Marktwirtschaft“ oder „Liberalismus“ – und „Wirtschaftslenkung“, während er gleichzeitig einen Antagonismus zwischen der freiheitlichen und menschenwürdigen Wirtschaftsordnung der „Sozialen Marktwirtschaft“ und den beiden veralteten, das Allgemeine verfehlenden Wirtschaftsordnungen artikuliert und diesen Antagonismus darüber hinaus, wie in der eben zitierten Passage nochmals deutlich wird, mit der Kontrarität zwischen dem Raum des Wahren und dem des Falschen verknüpft. Insgesamt wird aber deutlich – vor allem in jenen Passagen, in denen das Strategem VII der Verschiebung diskursiver Elemente über antagonistische Grenzen hinweg zum Tragen kommt –, daß die Äquivalenzen, auf die jedes hegemoniale Unternehmen aufbaut, die diskursive Grundbedingtheit der Differenz eben nur überformen und nie völlig verdrängen oder ersetzen können: Die Differenz, die Komplexität, die Gradualität machen sich immer wieder bemerkbar und erlauben so die Entstehung wie das Vergehen immer neuer hegemonialer Projekte und Hegemonien.

Daß die Strategeme V, VIII und IX hier nicht angesprochen werden, hat zwei verschiedene Gründe: Strategem V (emergente Interpretationsoffenheit des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen) ist der Parafall eines nur im Zusammenhang mehrerer Texte funktionierenden Strategems. Ich komme auf dieses Strategem im Zuge der folgenden Überblicksanalyse in Abschnitt 6.3 zurück. Die Strategeme VIII und IX (eigentlicher Verfechter und eigentliche Bedeutung des symbolischen Äquivalenten des Allgemeinen) können ihrerseits auch nur im Verlauf eines Diskurses zum Tragen kommen, und zwar erst dann, wenn man bereits von einer etablierten Hegemonie sprechen kann und infolgedessen Deutungskonflikte auftreten. Diese beiden Strategeme lassen sich im gesamten hier verwendeten Diskursmaterial, das im wesentlichen zwischen 1946 und 1959 publiziert wurde, nur andeutungsweise rekonstru-

ieren (siehe Analyse der Düsseldorfer Leitsätze der CDU), wodurch sich andeutet, daß die „Soziale Marktwirtschaft“ in diesen unmittelbaren Prä- und Postjahren der Gründung der Bundesrepublik noch keine ausgereifte Hegemonie, sondern ein offensives hegemoniales Projekt bildete.

(f) *Sonstiges*. In diesem letzten analytischen Schritt sollen jeweils interessante Aspekte der analysierten Texte angesprochen werden, die nicht unmittelbar mit der Rekonstruktion der Strategeme einer offensiv-hegemonialen Strategie zu tun haben. Mit Blick auf *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* sind dies die dort – natürlich nicht unter Verwendung der hiesigen Analysesemantik – vorgenommene Reflexion der Diskursivität und des diskursiv-hegemonialen Geschehens sowie die Ansätze einer spezifischen anti-hegemonialen Strategie, die sich mit der offensiv-hegemonialen verbinden.

Ein grundsätzlich diskursives Verständnis der Welt offenbart Müller-Armack, indem er sich gegen die Auffassung stellt, es gebe eine für alle Zeiten und Orte beste Wirtschaftsordnung. Vielmehr handelt es sich bei Wirtschaftsordnungen um Sinnkonstellationen, deren Angemessenheit sich nur in bestimmten historischen wie räumlichen Kontexten konstituiert. Wie bereits oben erwähnt, besteht denn auch einer der Hauptkritikpunkte an der liberalen Marktwirtschaft darin, daß sie im Gegensatz zu den „heutigen Überzeugungen“ steht: „Sie erwies sich zu sehr verbunden mit den weltanschaulichen Positionen des späten 18. und 19. Jahrhunderts, von denen wir uns heute geistig lösen, und präsentierte das Organisationsmittel der Marktwirtschaft in einer geschichtlich bedingten Form. Die Geschichte liebt ohnehin keine Wiederholungen“ (108/09). Neben dieser grundsätzlichen Anerkennung der diskursiven Bedingtheit von Wirtschaftsordnungen findet sich auch ein Verständnis bezüglich der Etablierung von Hegemonien im Raum des Wirtschaftsordnungsdiskurses, das dem hier vertretenen insofern in Grundzügen ähnelt, als auch Müller-Armack die Zweiteilung des diskursiven Raums als Kennzeichen des hegemonialen Geschehens ausmacht, wengleich er diese unter Ideologieverdacht³² stellt: „So entstand die Ideologie der Wirtschaftslenkung, die alle Werte des Guten bei dieser Ordnung vereinigte und der marktwirtschaftlichen Ordnung nur Schlechtes nachsagte“ (31). Von Müller-Armacks Position aus betrachtet ist die Hegemonie der „Wirtschaftslenkung“ einerseits etabliert, doch andererseits ist ihr Ende schon

32 Man kann von *Ideologieverdacht* sprechen, weil Müller-Armack keinen neutralen, sondern einen negativ konnotierten Ideologiebegriff verwendet. Als Ideologie werden ausnahmslos jene – der Wirtschaftslenkung nahestehenden – Denkungsarten bezeichnet, die Müller-Armack ablehnt; von einer „Ideologie der Marktwirtschaft“ ist zum Beispiel nicht die Rede.

absehbar. Zwar besteht eine „ideologische Situation [...], die der heutigen Wirtschaftslenkung in der öffentlichen Meinung schlechthin die Vorherrschaft sichert“ (55); zwar sind auch die meisten gesellschaftlichen Gruppen für die „Wirtschaftslenkung“ (vgl. 98). Aber die ökonomische Wissensavantgarde steht eben mehrheitlich in Kontrarität zur „Wirtschaftslenkung“ und deren Argumenten kann man letztlich nicht ausweichen (vgl. ebd.). Vielmehr scheint es so, daß die Verfechter der „Wirtschaftslenkung“ trotz ihrer Dominanz bereits im Zurückweichen begriffen sind, und diese Änderung der hegemonialen Ordnung besteht, insoweit deckt sich die hier vorgenommene mit Müller-Armacks Analyse, in der allmählichen Umgruppierung einzelner Elemente:

Hier ist zweifellos gegenüber den Argumenten der wenigen Vertreter der Marktwirtschaft die gesamte Lenkungsideologie ausgesprochen in der Defensive, und man hat gelegentlich den Eindruck, daß hier insgesamt nur noch Rückzugsgeplänkel in einer großen strategischen Umgruppierung geführt werden. Daß die marktwirtschaftliche Konzeption vordringt und die Lenkungswirtschaft Boden preisgeben muß, steht wohl fest (99).

Angesichts dieser Lesart der hegemonialen „Großwetterlage“ kann es nicht überraschen, daß die offensiv-hegemoniale Diskursstrategie um das Projekt der „gesteuerten Marktwirtschaft“ bzw. der „Sozialen Marktwirtschaft“ begleitet wird von der Disartikulation der Hegemonie der „Wirtschaftslenkung“, also von dem, was in Kapitel 5 als spezifische anti-hegemoniale Strategie bezeichnet wurde. Dies äußert sich darin, daß Äquivalenzen der „Wirtschaftslenkung“ als Differenzen reartikuliert werden. Solche Differenzartikulationen finden sich in bezug auf „Wirtschaftslenkung“ und bestimmte wirtschaftspolitische Ziele, also z.B. „der gemeinnützigen Ausrichtung, des sozialen Ausgleichs, der Vollbeschäftigung, der Nahrungssicherung“ (29). Müller-Armack artikuliert nicht durchgehend eine Kontrarität zwischen „Wirtschaftslenkung“ und diesen Zielen, wohl aber eine Differenz, indem er feststellt, daß es keine spezifische Äquivalenz von „Wirtschaftslenkung“ und diesen Zielen gebe. Das Spezifische der „Wirtschaftslenkung“ sind die eingesetzten Mittel (vgl. 86), und aufgrund dieser Mittel besteht die Kontrarität zur „Sozialen Marktwirtschaft“. Auch unternimmt Müller-Armack einige Anstrengungen, um die Äquivalenz der „Wirtschaftslenkung“ mit verschiedenen Subjektpositionen differenziell zu reartikulieren: Gedient ist mit der „Wirtschaftslenkung“ weder den Konsumenten (vgl. 34-39) noch den Betrieben und Unternehmern (39-47), und auch „ihre überlegene Fähigkeit, die wirtschaftliche Lage des Arbeiters objektiv zu verbessern[, hat die Wirtschaftslenkung] noch nicht bewiesen“ (51). Inge-

samt tritt also neben das Bemühen, im Rahmen des hegemonialen Projekts der „Sozialen Marktwirtschaft“ eine spezifische Zweiteilung des diskursiven Raums zu artikulieren, das Bemühen, eine spezifische andere Zweiteilung des diskursiven Raums, nämlich jene, die sich mit der wahrgenommenen Hegemonie um die „Wirtschaftslenkung“ verknüpft, mit Hilfe von Differenzartikulationen zu disartikulieren.

6.2.2 Ludwig Erhard: Drei Reden

„Im Juni 1948 hat *Ludwig Erhard* der Sozialen Marktwirtschaft den Weg bereitet“ (Lenel et al. 1997: V). Sätze wie dieser, der den ORDO-Band 48 zu fünfzig Jahren Soziale Marktwirtschaft eröffnet, sind eines der prägenden Elemente der Forschung zur deutschen Wirtschaftspolitik. Sie verdeutlichen die zentrale Stellung, die Ludwig Erhard (1897-1977) für die politische Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft zugeschrieben wird. Erhard gilt als die Vaterfigur der Sozialen Marktwirtschaft schlechthin, da er nicht nur in der entscheidenden Zeit vor und nach der Gründung der Bundesrepublik an wichtigen wirtschafts- und ordnungspolitischen Schalthebeln (vor allem als Wirtschaftsdirektor der Bizone und als Bundeswirtschaftsminister) saß, sondern weil er sie in entscheidener Weise so bediente, daß die marktwirtschaftliche Ausrichtung des jungen deutschen Staates gefördert wurde. Die unter Erhards Führung umgesetzte Währungs- und Wirtschaftsreform sowie die kontinuierliche und schnelle Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Deutschland ab 1952 verhalfen Erhard und „seiner“ Sozialen Marktwirtschaft zu großer Popularität. Erhards zentrale institutionelle Stellung sowie seine diskursive Positionierung als „Vater der Sozialen Marktwirtschaft“ rechtfertigen zweifelsohne die Aufnahme von Erhard-Texten in den hier zu analysierenden Korpus. Es wurden zwei Reden und eine Radioansprache Erhards ausgewählt, die jenen Juni 1948 zeitlich einrahmen, in dem er nach obigem Zitat der Sozialen Marktwirtschaft – durch die Währungsreform am 20. Juni und die in den Folgetagen eingeleitete Wirtschaftsreform – den Weg ebnete. Von den beiden im folgenden betrachteten Reden wurde eine vor dem bizonalen Wirtschaftsrat gehalten (am 21. April 1948, vgl. Erhard 1992: 37-61) und eine vor dem Parteikongreß der CDU der britischen Zone (am 28. August 1948, vgl. Erhard 1992: 69-85); ergänzt werden sie um die Radioansprache Erhards vom 21. Juni 1948, dem Tag nach der Währungsreform (vgl. Erhard 1992: 62-68).³³

³³ Als Quelle für alle Reden dient der erstmals 1962 erschienene und 1992 wieder aufgelegte Band *Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft* (Erhard 1992).

(a) *Darstellung des historischen Kontexts.* Bis zum Zeitpunkt der Währungsreform hatte sich die wirtschaftliche Lage in der Bizone, verglichen mit dem Winter 1946/47, bereits stark verbessert – bemerkenswerterweise nicht durch marktwirtschaftliche Reformen, sondern durch Reformen innerhalb des Lenkungssystems: Insgesamt stieg die industrielle Produktion von 34 % des Niveaus von 1936 im ersten Quartal 1947 auf 57 % im zweiten Quartal 1948 (Abelshäuser 1983: 34). Daß der befürchtete Einbruch der Produktion im Winter 1947/48 ausblieb, war insbesondere der gesteigerten Aufmerksamkeit zu verdanken, die die Verwaltung für Wirtschaft im Lauf des Jahres 1947 der Sanierung des Transportwesens, insbesondere des Eisenbahnwesens, zukommen ließ. Auf diese Art und Weise wurden Verteilungshemmnisse und damit unnötige Einschränkungen der Produktion beseitigt. Hinzu kam, daß die Kohleversorgung dank des nun besser funktionierenden Verkehrssystems im Winter gesichert war. Schließlich hatte auch die Ernährungsverwaltung die Effizienz ihrer Bewirtschaftung verbessern und die Versorgung mit Nahrungsmitteln beträchtlich steigern können (vgl. Abelshäuser 1983: 40-44). Trotz der Verbesserungen blieb die industrielle Produktion jedoch noch weit unter dem Vorkriegsniveau und war als solche nicht befriedigend. Hinzu kam, daß sich für die Normalverbraucher kaum Vorteile einstellten, weil die nun in größerer Menge produzierten Konsumgüter in Erwartung der immer wieder angekündigten Währungsreform zum großen Teil gehortet wurden: ein Trend, der der deutschen Wirtschaftsverwaltung unter Ludwig Erhard durchaus nicht unwillkommen war, hoffte man dort doch, daß nach einer Währungsreform ein genügend großes Warenangebot vorhanden sei, damit die neue Währung nicht sofort unter inflatorischen Druck geriete (vgl. ebd.: 46).

Ludwig Erhard war seit dem 2. März 1948 Direktor der bizonalen Verwaltung für Wirtschaft. Nach einigen Reformen der deutschen politischen Institutionen im Lauf des Jahres 1947 und den ersten beiden Monaten des Jahres 1948 hatte sich im Februar 1948 auf der bizonalen Ebene eine institutionelle Struktur herausgebildet, die bis zur Gründung der Bundesrepublik Bestand haben sollte, und innerhalb derer von deutscher Seite aus die maßgeblichen Entscheidungen für die Währungsreform und für die künftige Wirtschaftsordnung getroffen wurden (vgl. für das Folgende Benz 1983a: 384-396, 406-412; Kleßmann 1991: 185-188; Hentschel 1998: 61-64). Innerhalb dieser Struktur fungierte als deutsche Quasi-Regierung der Bizone ein Verwaltungsrat, der aus den Direktoren

len Marktwirtschaft, in dem viele zentrale Texte von Ludwig Erhard versammelt sind (Erhard 1992). Die im folgenden zur Kurzzitierung verwendeten Seitenangaben verweisen alle auf diesen Band.

der fünf Fachverwaltungen (Wirtschaft, Ernährung, Finanzen, Verkehr, Post, später ergänzt um ein Amt für Arbeit) sowie einem Oberdirektor bestand. Die Direktoren wurden vom Wirtschaftsrat gewählt, dem quasi-parlamentarischen Gremium. Die 104 Mitglieder des Wirtschaftsrates wurden von den acht Landtagen der Bizone gewählt; von diesen entsandte die CDU/CSU 40, die Deutsche Partei vier und die Liberalen acht. Obwohl dieser Koalition eine Stimme zur absoluten Mehrheit fehlte, erlaubten die 52 Sitze die Dominierung des Wirtschaftsrates, da die anderen Parteien – darunter vor allem die SPD mit 40 und die KPD mit 6 Sitzen – keine vereinte Gegenmacht bildeten. Obwohl die beiden großen Parteien, CDU/CSU und SPD, zunächst eine Kooperation im Wirtschaftsrat nicht ausgeschlossen hatten, entschied die SPD bereits im Juli 1947, in die Opposition zu gehen, nachdem klar geworden war, daß sie sich mit ihrem Kandidaten für die Besetzung des Direktorenpostens für Wirtschaft nicht würde durchsetzen können. Obwohl sie sich informell und vor allem auf Länderebene immer wieder in die politische Entscheidungsfindung einbrachte, blieb die SPD bis zur Gründung der Bundesrepublik auf bizonaler Ebene in dieser formalen Oppositionsrolle.

Daß sich der Konflikt zwischen CDU/CSU und SPD an der Besetzung des Amtes des Wirtschaftsdirektors entzündete, weist bereits darauf hin, daß sich die Parteien von diesem Posten die größten Einflußmöglichkeiten auf die politische Gestaltung versprochen. Nach einigen Turbulenzen um das Amt wählte der Wirtschaftsrat Ludwig Erhard am 2. März 1948, allerdings mit nur 47 von 104 Stimmen. Erhard hat also nicht alle Stimmen des bürgerlichen Lagers erhalten; von der FDP nominiert, versagten ihm vermutlich ein Dutzend CDU/CSU-Abgeordnete die Stimmen. Daß die Wahl dennoch Erfolg hatte, lag daran, daß die SPD-Abgeordneten keine Nein-Stimmen abgaben, sondern leere Zettel, die als Stimmenthaltungen gewertet wurden (vgl. Hentschel 1998: 64).

Als Erhards bedeutendste Tat als Wirtschaftsdirektor gilt die Umsetzung der Währungsreform im Juni 1948 in Kombination mit der Freigabe der Preise bzw. der Aufhebung der staatlichen Bewirtschaftung bei einem Teil der bis dahin bewirtschafteten Güter.³⁴ Die Währungsreform wird von der historischen Forschung meist nicht als Erhards eigener Beitrag zur Entwicklung eingeordnet: Zu sehr waren sich alle beteiligten Kräfte – Alliierte wie Deutsche über die Parteigrenzen hinweg – schon

34 Oft werden Währungsreform und die Aufhebung einiger der Bewirtschaftungsvorschriften auch als „Geburtsstunde“ der Sozialen Marktwirtschaft interpretiert (so z.B. von Hauff/Sauer 2004). In diesem Sinne spricht etwa Otto Schlecht davon, daß am Tag der Währungs- und Wirtschaftsreform der „konkrete Startschuß zur Realisierung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland“ gefallen sei (Schlecht 1998: 37).

ab 1945 einig, „daß die während des Krieges eingetretene ungeheure Geldmengenvermehrung in keinem Verhältnis zum verfügbaren Warenangebot stand und auch die Höhe der inneren Staatsschuld einen baldigen Währungsschnitt erforderlich machte“ (Abelshauer 1983: 46). Zudem waren die Planungen und Vorbereitungen der Währungsreform weitgehend in alliierter Hand, wobei die Deutschen, Erhard eingeschlossen, zwar an den Beratungen beteiligt waren, aber keine Entscheidungskompetenz hatten und letztlich sogar erst fünf Tage vor der Umsetzung der Reform über den exakten Termin und die genauen Modalitäten informiert wurden (vgl. Abelshauer 1983: 47-51; Hentschel 1998: 78-82). Während also Erhards Einfluß auf die Währungsreform selbst eher gering einzuschätzen ist, beruht die mit der Währungsreform einhergehende Teilaufhebung der staatlichen Bewirtschaftung in ihrer legislativen Grundlegung wie auch in ihrer administrativen Umsetzung maßgeblich auf Erhards Wirken. Unterstützt von einem promarktwirtschaftlichen Gutachten des im Januar 1948 eingesetzten Wissenschaftlichen Beirats der Verwaltung für Wirtschaft (vgl. Lenel 1997: 88) ließ Erhard kurz nach seiner Amtsübernahme sein Amt mit der Ausarbeitung des später so genannten Leitsatzgesetzes beginnen, das nach einer Währungsreform die Freigabe verschiedener Preise ermöglichen und die Entscheidung über die Freigabe im Einzelfall dem Direktor für Wirtschaft überlassen sollte. Das Gesetz wurde Anfang Juni 1948 vom Verwaltungsrat abgesegnet und an den Wirtschaftsrat weitergeleitet, der es am 16. Juni 1948 in leicht geänderter Form verabschiedete. Grundsätzlich wurde im Gesetz der Entlassung der meisten Güter aus der Bewirtschaftung der Vorzug eingeräumt, allerdings wurde für einige grundlegende Gütergruppen die Bewirtschaftung explizit aufrecht erhalten, so etwa für Nahrungsmittel und industrielle Grundstoffe, Kleider, Schuhe, Wohnungen, Gas und Strom (vgl. Hentschel 1998: 84; der Gesetzestext findet sich in Auszügen bei Kleßmann 1991: 456-458). Ohne die alliierte Genehmigung für das Leitsatzgesetz in der Tasche zu haben, ließ Erhard seinen Pressesprecher dann noch am Tag der Ausgabe der neuen Währung die Beseitigung zahlreicher Bewirtschaftungsmaßnahmen und Preisbindungen ankündigen. Obwohl die amerikanisch-britische Verwaltung über dieses *Fait accompli* und vor allem darüber, von Erhard übergangen worden zu sein, nur wenig begeistert war, legte sie weder gegen das Leitsatzgesetz noch gegen dessen zügige und weitreichende administrative Umsetzung durch Erhard ihr Veto ein.

Die Währungsreform trat am 20./21. Juni 1948 in Kraft, am 25. Juni wurden für eine Vielzahl von Gütern die Preise freigegeben, und am 1. Juli schließlich wurden diese Güter auch aus der Bewirtschaftung herausgenommen. Die Folgen dieser einschneidenden Reformschritte wa-

ren zunächst zwiespältig, insgesamt schwankte der Kurs der deutschen Wirtschaft bis April 1950 „zwischen inflationärem Boom und relativer Stagnation“ (Abelshauer 1983: 53). Beeindruckend war der direkt nach der Währungsreform eintretende „Schaufenstereffekt“, das heißt die plötzliche Fülle des Warenangebots, die dadurch zustande kam, daß die gehorteten Lagerbestände nun in Umlauf gebracht wurden. Insgesamt ging die deutsche Wirtschaftsleistung weiter kontinuierlich nach oben (bis auf 79 % des Niveaus von 1936 im vierten Quartal 1948), allerdings kann man von einer außergewöhnlichen Beschleunigung des Aufschwungs durch die Währungsreform wohl nicht sprechen (vgl. Abelshauer 1983: 51). Obwohl von Erhard für völlig unmöglich gehalten, litt die neu eingeführte Deutsche Mark zunächst unter stark inflationären Entwicklungen (14 % in vier Monaten), die sich jedoch zum Jahreswechsel 1948/49 beruhigten. Als sehr viel hartnäckigeres Problem stellte sich demgegenüber die zunehmende Arbeitslosigkeit heraus, die bis zum Februar 1950 kontinuierlich auf zuletzt ca. zwei Millionen (12 %) anstieg. Erhard setzte angesichts dieser Entwicklung 1948/49 ausschließlich auf die Marshallplanhilfe und die Selbstheilungskräfte des Marktes und erwog auch später, bis zum Einsetzen des Koreabooms, nur unter Druck der Alliierten staatliche Programme zur Beschäftigungsförderung (vgl. Hentschel 1998: 87-97; Abelshauer 1983: 53/54, 63-67).

(b) *Rekonstruktion des diskursiven Ortes der Artikulation.* Es ist auffällig, daß Erhard in allen drei herangezogenen Texten immer wieder die Position des „Fachmanns“ oder des „Sachverständigen“ voraussetzt, artikulatorisch fortschreibt und besetzt (z.B. 50, 62). Dieser „Fachmann“ ist insofern eine andere Subjektposition als diejenige des Müller-Armackschen Wissenschaftlers, als er zwar auch durch wissenschaftliche Qualifikation legitimiert wird, aber entweder durch seine beratende Funktion oder durch seine unmittelbare Verwaltungstätigkeit eine größere „Politiknähe“ aufweist (vgl. 39), sich dabei allerdings zugleich von „Staatsmännern und Politikern“ abzugrenzen sucht (62). Erhards wissenschaftliche Karriere war durchwachsen verlaufen:³⁵ 1925 zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert, war er von 1928 bis 1942 Assistent an der Nürnberger Handelshochschule, anschließend bis 1945 Leiter des von ihm selbst gegründeten und von der Reichsgruppe Industrie alimentierten Instituts für Industrieforschung.³⁶ In dieser letzten Funkti-

35 Biographische Darstellungen zu Ludwig Erhard gibt es zuhauf: eher ehrerbietige (z.B. Hohmann 1988[1984]) ebenso wie eher kritische (z.B. Hentschel 1998). Für einen Kurzüberblick vgl. Klump (2002).

36 Wobei die Funktion des „Leiters“ dadurch relativiert wird, daß es am Institut für Industrieforschung neben einer Sekretärin keine weiteren Mitarbeiter gab (vgl. Hentschel 1998: 29).

on verfaßte er die Denkschrift „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“, die er im März 1944 fertig stellte. Inhalt dieser Schrift waren unter anderem Überlegungen für die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit, doch als Leitfaden für Erhards spätere Politik der Sozialen Marktwirtschaft kann sie nicht gelten (vgl. zu den Inhalten der Denkschrift und zur Einordnung derselben Eschenburg 1983: 422/23; Hentschel 1998: 28-41). Eine zu Beginn der 1930er Jahre angestrebte Habilitation kam nicht zustande, allerdings wurde Erhard im November 1947 zum Honorarprofessor an der Universität München ernannt, nachdem er dort einige Semester als Lehrbeauftragter gewirkt hatte. Insgesamt kann man trotz dieser außerordentlichen Professur wohl konstatieren, daß Erhard eher in der Peripherie der Wissenschaft wirkte und keine wegweisenden wissenschaftlichen Schriften verfaßte. Gleichwohl war er mit dem volkswirtschaftlichen Schrifttum vertraut, insbesondere mit dem des Neo- und des Ordoliberalismus. Auch kannte er persönlich zahlreiche namhafte Wirtschaftswissenschaftler, darunter auch Müller-Armack (vgl. Eschenburg 1983: 426). Leonhard Miksch, ein Schüler Walter Euckens, war einer der engsten Mitarbeiter Erhards in der Wirtschaftsverwaltung und unter anderem verantwortlich für das Leitsatzgesetz. Eucken selbst gehörte – ebenso wie u.a. Müller-Armack, Miksch, der spätere SPD-Wirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller und der führende Vertreter der katholischen Soziallehre Oswald Nell-Breuning – zum wissenschaftlichen Beirat der Verwaltung für Wirtschaft, der im Januar 1948 eingesetzt worden war (vgl. ebd.: 427).

Erhards Qualifikation als „Fachmann“ beruhte aber vor allem auf seiner vielfältigen Erfahrung als Administrator an unterschiedlichen Stellen der Nachkriegsverwaltung. Kurz nach Kriegsende wurde er von der amerikanischen Kreismilitärregierung als wirtschaftlicher Berater für seine Heimatstadt Fürth engagiert, und stieg dann bereits im Oktober 1945 zum bayerischen Wirtschaftsminister auf. Nach Unregelmäßigkeiten in seinem Ministerium wurde er jedoch schon im Dezember 1946 wieder entlassen (vgl. Hentschel 1998: 44-50). Im Frühjahr 1947 setzte der Wirtschaftsrat eine „Sonderstelle Geld und Kredit“ bei der in Bad Homburg residierenden Verwaltung für Finanzen ein, die ein deutsches Konzept für die anstehende Währungsreform entwerfen sollte. Erhard wurde als eines ihrer Mitglieder berufen und im Oktober 1947 zu ihrem hauptamtlichen Vorsitzenden gewählt. Unter seinem Vorsitz wurde der sogenannte Homburger Plan für eine Währungsreform ausgearbeitet, den die Alliierten jedoch größtenteils verwarfen, so daß er nur in Teilen die tatsächlich vorgenommene Reform beeinflusste (vgl. ebd.: 50-61). Es folgte schließlich am 2. März 1948 die Wahl Erhards zum Direktor für Wirtschaft der Bizone.

Erhards Positionierung als „Fachmann“ schreibt sich also in ein Geflecht von Subjektpositionen ein und bekräftigt dieses damit. Neben die Subjektposition des rationalen Wissenschaftlers und die des klugen Administrators tritt aber noch eine dritte, auch wenn diese nicht explizit in Erhards Artikulationen zum Ausdruck kommt: Erhard verortet sich nämlich auch auf der – vielleicht spezifisch deutschen – Subjektposition des Sachwalters, der, über allen Parteien stehend, allein das Gesamtwohl des Volkes im Auge hat. Erhard grenzt sich dabei von jeder Art der Interessenpolitik ebenso ab (60) wie von der Parteipolitik (68), ja er differenziert letzten Endes sogar seine Tätigkeit als Fachmann gegenüber jeder Art einer politischen Tätigkeit (62). Neben diesen sprachlich-diskursiven Akten innerhalb der hier behandelten Texte ist es in diesem Zusammenhang auch bedeutend, auf die nicht-sprachliche oder nicht-nur-sprachliche Artikulation der langjährigen Verweigerung einer Parteimitgliedschaft hinzuweisen. Zwar war Erhard, sowohl als Wirtschaftsdirektor als auch später als Bundeswirtschaftsminister, auf die Parteien – insbesondere auf die FDP und die CDU – angewiesen und positionierte sich insofern immer auch im parteipolitischen Spiel; ich werde bei der Betrachtung der „Düsseldorfer Leitsätze“ der CDU hierauf zurückkommen. Doch zum Mitglied der CDU, für die er über viele Jahre im Bundestag und im Kabinett saß und von der er schließlich zum Bundeskanzler gewählt wurde, wurde er erst im März 1966.³⁷ Erhards Positionierung als über den Parteien stehender Fachmann war in der Öffentlichkeit offensichtlich so erfolgreich (vgl. Löffler 2002: 260), daß seine versuchte Abgrenzung gegenüber der Politik als ganzer, die aufgrund seiner offensichtlichen politischen Involviertheit scheitern mußte, nicht mehr ins Gewicht fiel: So wurde in einer Emnid-Umfrage im Juni 1949 neben dem Sozialdemokraten Schumacher der Name Erhard – noch vor Adenauer – am häufigsten unter jenen genannt, die die Befragten als *Politiker* „in der Regierung des künftigen Bundesstaates“ sehen wollten (vgl. Hohmann 1988[1984]: 567).

(c) *Knappe Übersicht über den Inhalt der Texte.* Der chronologisch erste Text, der im folgenden betrachtet wird, ist die Rede, die Ludwig Erhard am 21. März 1948, also knapp drei Wochen nach seiner Wahl zum Wirtschaftsdirektor, unter dem Titel „Der Weg in die Zukunft“ im

37 Es mag erstaunlich klingen, doch Ludwig Erhard wurde tatsächlich erst am 16. März 1966, eine Woche bevor er Parteivorsitzender der CDU wurde, Parteimitglied. Allerdings wurde diese Mitgliedschaft dann auf drei Jahre rückdatiert, so daß als offizielles Eintrittsdatum der 16. März 1963 gilt. Fakt ist aber dennoch, daß Erhard als Wirtschaftsdirektor, Bundeswirtschaftsminister und auch bei seiner Wahl zum Bundeskanzler parteilos war (vgl. Haase 2002).

Wirtschaftsrat gehalten hat (37-61). Es handelt sich um eine Art wirtschaftspolitisches „Regierungsprogramm“, in dem Erhard als Ziele vor allem die Überwindung der „preisgestoppten Inflation“³⁸ und der Konsumgüterknappheit verkündet. Als Mittel zur Erreichung dieser Ziele propagiert er eine „sorgfältig abgewogene Währungsreform“ und die „Aktivierung des Marshallplans“ (38), wobei vor allem die Währungsreform als alles entscheidender Schritt zur Besserung gekennzeichnet wird (z.B. 42), verbunden mit der allmählichen Einführung marktwirtschaftlicher Elemente (z.B. 53). Der zweite Text, eine Radioansprache vom 21. Juni 1948 (62-68), ist im wesentlichen ein doppeltes Plädoyer: erstens dafür, der neuen Währung Vertrauen zu schenken, sowie zweitens für „die entschiedene Abkehr vom Prinzip der staatlichen Zwangswirtschaft“ (62) zugunsten von „Marktwirtschaft“ und „Freiheit“. Im dritten Text, einer am 28. August 1948 vor der CDU gehaltenen Rede (69-85), bekräftigt Erhard die Alternative zwischen Zwangs- und Marktwirtschaft, spricht aber gleichzeitig – in öffentlicher Rede erstmals – davon, daß die von ihm angestrebte Marktwirtschaft eine „sozial verpflichtete Marktwirtschaft“ sei (70). Zugleich fordert er die CDU auf, mit ihm zusammen für dieses Ziel in gemeinsamer Verantwortung zu streiten, um dem deutschen Volk „den Zustand der Sklaverei“ zu ersparen (83).

(d) *Rekonstruktion der hegemonialen Kernstrategeme sowie des Strategems VI.* Die drei Erhardschen Texte sind in ihrer hegemonialen Artikulationsstruktur ähnlich, aber nicht exakt deckungsgleich. Sie dennoch im Zusammenhang zu analysieren, erlaubt es unter anderem, ereignisbedingte Verschiebungen im Diskurs nachzuvollziehen und so besser zu veranschaulichen, daß man es niemals mit fixen Strukturen in einem strikt strukturalistischen Sinn zu tun hat, sondern daß sich die Strukturen in kontinuierlicher Bewegung befinden. Ich gehe innerhalb dieses Abschnittes in drei Schritten vor: Zuerst werden die von den Erhard-Texten vorgenommenen Annäherungen an das Allgemeine und die Zielforderungen rekonstruiert; beide sind relativ stabil. Zweitens wird, in jedem Text einzeln, das Zusammenspiel der Strategeme I, II und III rekonstruiert und dabei insbesondere die Bewegung bei der Suche nach einem symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen nachgezeichnet. Im Gegensatz zur Analyse des Müller-Armack-Textes, wo ich relativ strikt die drei Kernstrategeme eines nach dem anderen nachgezeichnet

38 Mit „preisgestoppter Inflation“ ist ein Kaufkraftüberhang gemeint, der sich jedoch – aufgrund des lenkungswirtschaftlich verordneten Lohn- und Preisstopps – nicht im Steigen von Preisen äußert, sondern darin, daß die verwendete Währung ohne echten Kaufnutzen ist: Viele Güter werden über Bezugsscheine rationiert, andere zirkulieren nur auf Schwarzmärkten zu horrenden Preisen in Alternativwährungen (Devisen oder Tauschgüter).

habe, werde ich hier bei jeder der drei Reden die eng ineinander greifenden Strategeme I und II in unmittelbarem gegenseitigen Bezug und dann jeweils im Anschluß Strategem III rekonstruieren. Drittens gehe ich noch eigens auf das bis dahin ausgeblendete Arrangement von Subjektpositionen ein.

Hinsichtlich des spezifischen Allgemeinen läßt sich kaum eine Veränderung konstatieren; dieses deutet sich stets in ähnlicher Weise an: In der Aprilrede vor dem Wirtschaftsrat spricht Erhard beispielsweise davon, „der Wohlfahrt des ganzen Volkes dienen“ zu wollen, und daß es ihm dabei insbesondere um die „materielle Sicherung“ ginge (60); ganz allgemein ist das Ziel eine „bessere Zukunft“ (54). In der Juniansprache werden „unsere [deutsche] wirtschaftliche Gesundheit“ (62) und das „Gemeinwohl“ (68) herausgestellt. Ganz ähnlich heißt es in der Augustrede vor der CDU, daß die „Zielsetzung eines maximalen Lebensstandards für unser ganzes Volk in jedem Fall“ (75) erreicht werden kann, und zwar innerhalb einer Wirtschaftsordnung, die „in einer sinnvoll organischen Weise zum Ganzen strebt“ (69).³⁹ Wie gerade die in den beiden letzten Zitaten verwendeten Begriffe der Zielsetzung und des Strebens belegen, ist es letztlich wiederum nicht das Allgemeine selbst, das das Movens der Erhardschen Diskursbeiträge bildet, sondern der – als behebbar artikulierte – Mangel an Allgemeinem. Dieser überwindbare Mangel äußert sich in „Armut“, aus der Erhard das deutsche Volk herausführen will (vgl. 73), und in „Not“, aus der es erlöst werden wird (vgl. 61); aber zu ihm gehört auch die „Intoleranz, die über die geistige Unfreiheit zur Tyrannei und zum Totalitarismus führt“, eine Intoleranz, der jedoch, wie Erhard auf der Augustrede vor dem CDU-Parteitag betont (69), mit der Währungs- und Wirtschaftsreform abgeschworen wurde.

Weil aber das Abschwören alleine noch nicht ausreicht, veranschaulicht eine Vielzahl von Forderungen sowohl den prospektiven Zustand des beseitigten Mangels als auch die Aktivitäten, die zu dieser Beseitigung führen. In Kontrarität zu den Forderungen werden jedoch zahlreiche widerständige diskursive Elemente artikuliert, die es zu überwinden gilt. Auch Erhards Reden artikulieren also eine Äquivalenzkette P von Forderungen in bezug auf den Mangel an Allgemeinem, die in Kontrarität zu einer Äquivalenzkette Q von Ursachen und Kennzeichen des Mangels sowie von Widerständen bei seiner Beseitigung steht. In der Äquivalenzkette P verbinden sich erneut Zielforderungen mit Mittelfor-

39 Das Angestrebte ist aber auch insofern ein Allgemeines, als es sich durch normative Vollkommenheit auszeichnet, wie etwa in der Märzrede vor dem Wirtschaftsrat deutlich wird, wo Erhard von der „Lauterkeit unserer Ziele und der Reinheit unseres Wollens“ spricht (38).

derungen. Interessant ist nun aber, daß der Kern der Zielforderungen über das halbe Jahr von Frühjahr bis Herbst 1948 hinweg aufrecht erhalten wird, wohingegen sich sowohl bei den Mittelforderungen als auch bei der Repräsentation des symbolischen Allgemeinen Veränderungen konstatieren lassen, die sich im Bezug von Ereignis – insbesondere den Reformen im Juni 1948 – und Diskurs entwickeln.

Doch der Reihe nach: Betrachten wir zunächst die – relativ stabil bleibenden – Zielforderungen der Erhardschen Reden. Neben die bereits erwähnten allgemeinen Zielbeschreibungen (wie die „materielle Sicherung“, die „wirtschaftliche Gesundung“ und den „maximalen Lebensstandard“) treten in der Aprilrede vor dem Wirtschaftsrat Konkretisierungen, so z.B. die „Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit Verbrauchsgütern und ausreichender Ernährung“ (39)⁴⁰, eine allgemeine Geordnetheit der wirtschaftlichen Verhältnisse (vgl. 42), die verantwortungsvolle „Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Wirtschaft und damit [die] Befriedung des wirtschaftlichen Lebens“ (44), gerechte Ergebnisse von Wirtschaftsreformen (vgl. 45), die „gerechte Verteilung eines mählich wachsenden Wohlstandes“ (45), „die Unterbringung aller freien Kräfte in der gewerblichen Wirtschaft und hier wieder besonders in der gütererzeugenden Sphäre“ (47) und die Gleichzeitigkeit von „Freiheit und Bindung“ (52). Auch die Radioansprache am Tag nach der Währungsreform stellt die „wirtschaftliche Gesundung“ (62), die „Steigerung der Leistungsergiebigkeit unserer Volkswirtschaft“ und die „Freiheit der Entscheidung“ (66) in Wirtschaftsdingen heraus und ergänzt sie um das in kontextspezifischer Weise hervorgehobene Ziel des Gelingens der Währungsreform und der „Stabilität des neuen Geldes“ (64). Die Überwindung der „geistigen Unfreiheit“ (69) sowie „der organische Staat, gegründet auf der Freiheit des Individuums, zusammenstrebend zu einem höheren Ganzen“ (70), werden auch in der Augustrede vor der CDU als Ziele artikuliert, ebenso wie die Steigerung der Konsummöglichkeiten (vgl. 71) und die ausreichende Versorgung mit Verbrauchsgütern (83); diese Ziele gelten als wenigstens teilweise, aber eben noch nicht in befriedigender Weise erreicht (vgl. 71, 76); eine teilweise Zielerreichung konstatiert Erhard ebenso für das Ziel der kontinuierlichen Steigerung der allgemeinen wirtschaftlichen Leistung (vgl. z.B. 73, 75, 78), allerdings „können und müssen die Leistungen noch erhöh[t]“ werden (79). Insgesamt läßt sich eine fortgesetzte Äquivalenzartikulation der Ziele „Leistungssteigerung“, „Erhöhung des Konsums“ und „Freiheit“ feststellen, die einen stabilen „Zielknoten“ konstituieren;

40 Den Verbrauch hebt Erhard besonders als den „letzte[n] Zweck allen Wirtschaftens“ hervor (40).

hinzu treten kontextspezifische Ziele wie das „Gelingen der Währungsreform“. Das Ziel der Gerechtigkeit der Wirtschaftsordnung artikuliert Erhard nur im ersten der drei Texte in auffälliger Weise, so daß die (soziale) Gerechtigkeit – anders als bei Müller-Armack – nicht als zentrale Zielforderung eingeordnet werden kann.⁴¹

Die relative Stabilität des Zielforderungskomplexes steht im Kontrast zur höheren Flexibilität bei den Mittelforderungen und bei der Repräsentation der sich bildenden Äquivalenzkette P. Um dies aufzuzeigen, werden die drei Texte nun knapp hinsichtlich Mittelforderungen, Zweiteilung des symbolischen Raums (Strategem II) und Repräsentation (Strategem III) einzeln analysiert.

In der Aprilrede „Der Weg in die Zukunft“ (37-61) hebt Erhard besonders hervor, „daß unsere Wirtschaftspolitik heute unter dem Zeichen der Währungsreform und der Marshallplanhilfe zu betrachten wäre“ (42). Als weitere Mittel zur Überwindung des Mangels werden in Äquivalenz zur ubiquitären Forderung nach einer „sorgfältig abgewogenen Währungsreform“ und der „Aktivierung des Marshallplans“ (beide 38) vor allem die Elemente „freiere marktwirtschaftliche Formen“ (52), „Wettbewerbswirtschaft“ (53) bzw. „Leistungswettbewerb“ (52) und „freie Preisbildung genannt“ (54). Verbunden wird mit diesen Mittelforderungen auch die Forderung nach staatlichem Eingreifen auf „der Ebene der Wirtschafts-, Sozial-, und Finanzpolitik“ (55); dieses Eingreifen wird in verschiedener Weise konkretisiert, z.B. dadurch, daß „für nicht arbeits- oder einsatzfähige Menschen die notwendigen sozialen Hilfen“ vorgesehen sind (46), aber auch durch eine „planvolle Förderung der Verbrauchsgütererzeugung“ (39), durch staatliche Beschäftigungsmaßnahmen im Falle von Arbeitslosigkeit infolge einer Währungsreform („Unterbringungsprogramme“, 47) oder durch den Fortbestand einiger Preisbindungen für eine Übergangszeit (vgl. 54). Ähnlich wie bei Müller-Armack findet sich also in der Erhardschen Aprilrede eine grundlegende Äquivalenzierung von marktwirtschaftlichen Elementen mit Elementen einer aktiven Wirtschaftspolitik (wozu sich auch die „Aktivierung des Marshallplans“ zählen läßt), aber diese Äquivalenzierung wird um das zentrale Element „Währungsreform“ ergänzt (bei Müller-Armack war sie nur ein Punkt unter vielen). Bereits die Ergänzung durch das diskursive Element „Marshallplan“ und die intensivere Einbindung

41 In einer weiteren, im September 1948 erneut vor dem Wirtschaftsrat gehaltenen Rede wird deutlich, daß Erhard mit der relational verstandenen sozialen Gerechtigkeit nicht viel anzufangen weiß – wichtig ist demgegenüber die absolute Steigerung der wirtschaftlichen Produktion (vgl. 89/90). Allerdings taucht in derselben Rede auch „das volkswirtschaftlich gerechte Maß“ in bezug auf die Preise der freigegebenen Güter auf (91).

des diskursiven Elements „Währungsreform“ zeigen, wie bestimmte Entwicklungen im diskursiven Kontext, die diskursiv zum Ereignis werden (etwa das Hilfsversprechen des Marshallplans), wiederum die Dynamik von Diskursen motivieren.

Die Äquivalenzierung verschiedener Forderungen in einer Äquivalenzkette P beruht erneut darauf, daß all diese Elemente in Kontrarität zu bestimmten anderen Elementen stehen, die in Äquivalenz zum Mangel an Allgemeinem oder zur Verhinderung der Beseitigung dieses Mangels stehen. Allen voran wird die „Währungsreform“ in Kontrarität zu den diskursiven Elementen „preisgestoppte Inflation“ (z.B. 41), „fortdauerndes Währungschaos“ (42) und „Tauschwirtschaft“ (42) artikuliert. Der „Wettbewerbswirtschaft“ wird die „Staatswirtschaft“ entgegengestellt (53) und den „freieren marktwirtschaftlichen Formen“ sogar der „absolute Totalitarismus“ (52), aber als Begriffe für die Wirtschaftsordnung des Mangels finden sich auch das „System der totalen behördlichen Zwangswirtschaft“ (43, vgl. auch 52) oder die „staatliche Befehlswirtschaft“ (52).⁴² Die „freie Preisbildung“ wiederum wird in Kontrarität zu ihrem naheliegenden semantischen Gegenpol, dem „Preisstop“, artikuliert, darüber hinaus auch in Kontrarität zu „bewußt ins Chaos treibende[r] Staatspolitik“, zur „Ausbeutung aller arbeitenden Menschen“ und zur „staatliche[n] Zwangswirtschaft, die die politische Atmosphäre vergiftet“ (alle 54). Eine weitere markante Kontrarität wird zwischen den leistungsbedingten Einkommensunterschieden und der „persönlichkeits-tötenden Gleichmacherei“ artikuliert. Letztere steht der Verwirklichung des Allgemeinen nach Erhard unmittelbar entgegen: „Weil wir aber mit aller Kraft aus [der] Not herausstreben, wäre die persönlichkeitsstötende Gleichmacherei ein falsch verstandenes soziales Ethos, das niemandem helfen, dem ganzen Volke aber schaden und uns den *Weg in eine bessere Zukunft verbauen* würde“ (54, Hervorhebung MN).

Besonders interessant an dieser letzten Passage ist auch die Äquivalenzierung der Kontrarität von politischer (Um-)Verteilung („Gleichmacherei“) und marktwirtschaftlicher Verteilung mit der Kontrarität von falsch verstandenem sozialen Ethos und – implizit – richtigem sozialen Ethos (welches man nur als die Befürwortung von größeren Einkom-

42 Von besonderem Interesse – gerade auch in Blick auf die antagonistische Verteilung der Subjektpositionen, auf die ich weiter unten noch zu sprechen kommen werde – ist die Tatsache, daß als Protagonist der Wirtschaftsordnung des Mangels zwar nicht explizit, aber doch deutlich genug das nationalsozialistische Regime ausgemacht wird: „Wir werden auch dann erst [nach einer Währungsreform, MN] zu ermessen vermögen, welche krankhaften Verzerrungen unsere Wirtschaft durch die artfremde Ausbeutung und die asoziale Zielsetzung eines totalitären Regimes erfahren hat“ (46).

mensunterschieden in Kombination mit Sozialleistungen „für die nicht arbeits- oder einsatzfähigen Menschen“ lesen kann). Doch die so vorgenommene spezifische Äquivalenzierung von Kontraritäten der ökonomischen Sphäre mit Kontraritäten der Sozialethik wird noch weiter auf die politische und auch auf die anthropologische Ebene ausgedehnt:

Wenn auch nicht im Ziele völlig einig, so ist doch die Richtung klar, die wir einzuschlagen haben⁴³ – die Befreiung von der staatlichen Befehlswirtschaft, die alle Menschen in das Joch einer alles Leben überwuchernden Bürokratie zwingt, die jedes Verantwortungs- und Pflichtgefühl, aber auch jeden Leistungswillen abtöten und darum zuletzt den frömmsten Staatsbürger zum Rebell machen muß.

Es sind aber weder die Anarchie noch der Termitenstaat als menschliche Lebensformen geeignet. Nur wo Freiheit und Bindung zum verpflichtenden Gesetz werden, findet der Staat die sittliche Rechtfertigung, im Namen des Volkes zu sprechen und zu handeln (52).

Erhard verbindet hier das ökonomische Übel – die staatliche Befehlswirtschaft – mit dem ethischen Übel – dem abgetöteten Verantwortungs- und Pflichtgefühl ebenso wie dem abgetöteten Leistungswillen – und mit dem politischen bzw. politisch-anthropologischen Übel – der überwuchernden Bürokratie, der Rebellion sowie den für den Menschen ungeeigneten Lebensformen der Anarchie und des Termitenstaats. Zugleich wird die materielle Blüte in eine Reihe mit einem erfüllten, individuellen wie sozialen Menschsein gestellt und so das spezifische Allgemeine mit dem „allgemeinen Allgemeinen“ verknüpft. Die Zweiteilung des symbolischen Raums, das heißt das zweite Kernstrategem der (offensiv-)hegemonialen Strategie, läßt sich also in diesem Text sowohl im engeren wirtschaftspolitischen Diskurs als auch darüber hinaus rekonstruieren.

Ist man nun bemüht, das dritte Kernstrategem, die Repräsentation, in Erhards Aprilrede zu rekonstruieren, so läge es vielleicht nahe, auf einen der Gegenbegriffe der „staatlichen Befehlswirtschaft“, die als Knotenpunkt des Übels artikuliert wird, zurückzugreifen, also z.B. auf die „Wettbewerbswirtschaft“. Allerdings verbindet sich das Heilsversprechen des symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen in ganz eindeutiger Weise mit einem anderen diskursiven Element: der „Währungsreform“ bzw. der „Wiederherstellung geordneter Geldverhältnisse“ (42).

43 Diese Textstelle reproduziert den Prototyp einer hegemonialen Artikulation, insofern als sie von einem spezifischen Artikulationsort aus den Willen eines „Wir“ in bezug auf die Erreichung des Allgemeinen artikuliert; und das, obwohl sie im gleichen Moment zum Ausdruck bringt, daß hinsichtlich des Zieles keine „völlige“ Einigkeit besteht.

„Nur durch dieses Mittel allein“, so Erhard, „ist wieder eine wirtschaftliche Ordnung sicherzustellen“ (42), und selbst die „Unterhöhung der Moral“ und die „Untergrabung der Staatsautorität“ können, „wie alle sozialen Gefahren, heute wirksam nur noch durch eine baldige Währungsreform überwunden werden“ (43). Das organische Ganze von Finanz-, Wirtschafts- und Sozialordnung, das gesamte „gesellschaftswirtschaftliche Leben“ wird durch die Währungsreform gesunden:

Daß eine Währungsreform mehr sein muß als nur eine finanzwirtschaftliche oder gar nur finanztechnische Operation, daß sie den wirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen in gleicher Weise Rechnung zu tragen hat, ist gerade auch von Seiten des Wirtschaftsrates oft und unmißverständlich betont und gefordert worden. Ich bin der Meinung, nein, ich bin der Überzeugung, daß diese drei Elemente der Aktion nicht in Widerspruch miteinander stehen und mit verkrampften Konstruktionen zusammengehalten werden müßten, sondern daß sie ein organisches Ganzes bilden, das nicht zu zerstören allen am Herzen liegen muß, die um der Zukunft unseres Volkes willen eine wirkliche Gesundung unseres gesellschaftswirtschaftlichen Lebens wollen (45).

Alles, was auf die Überwindung des Mangels an Allgemeinem hinzielt, wird also in der Währungsreform gebündelt, weshalb sie als Repräsentant der Äquivalenzkette P gelten kann. Bekräftigt wird das nochmals durch die negative Feststellung, daß nach dem „Leidensweg unseres Volkes und den unsäglichen Entbehrungen [...] die Katastrophe einer mißlungenen Währungsreform seinen letzten Lebenswillen gar vollends brechen“ würde (51).

Betrachten wir nun die Radioansprache vom 21. Juni 1948, die unter dem Titel „Der neue Kurs“ gedruckt wurde (62-68). Erneut werden verschiedene ökonomisch inspirierte Forderungen miteinander insofern als Äquivalente artikuliert, als sie dazu dienen, den spezifischen Mangel an Allgemeinem zu beheben, und zu bestimmten Elementen dieses Mangels in Kontrarität stehen. Wenig überraschend angesichts des Kontexts ist die Forderung nach einer „Stabilität des neuen Geldes“, die in Kontrarität zu einer (nach Erhard völlig ausgeschlossenen), „generellen Preissteigerung“ und zu (bekämpfbaren) „partiellen Preiserhöhungen“ artikuliert wird (64). Hinzu kommen Forderungen nach dem „Leistungsprinzip“ (65) in Kontrarität vor allem zu „Armut“ und Mißgunst, nach „Marktwirtschaft [...] im Gegensatz zu allen Formen der Staatswirtschaft“ (65), nach „Freiheit“ in Kontrarität zur „staatlichen Bevormundung“ (67), aber auch nach völliger administrativer Entscheidungsfreiheit bei der Freigabe von Preisen in Kontrarität zur Lähmung der Verwaltung – Kontext hier ist das Leitsatzgesetz und dessen verbreitete öffentliche Beurteilung als ein weiteres „Ermächtigungsgesetz“ (vgl. 63).

Interessanterweise artikuliert Erhard gerade diese völlige Entscheidungsfreiheit der Administration als Hand-in-Hand-gehend mit der Achtung der „demokratischen Rechte unseres Volkes“, solange der Entscheider, also er selbst, nur regelmäßig dem Volk berichtet (vgl. 63). Doch nicht nur hiermit wird die „Demokratie“ in die Äquivalenzkette P eingebunden, sie taucht auch an anderer Stelle als Forderung auf, die in Kontrarität zu den Mangel-Elementen „Bewirtschaftung“, „staatliche Bevormundung“ und auch zur allgegenwärtigen Bürokratie artikuliert wird:

Die Verwaltung für Wirtschaft hat bereits am gestrigen Tage von dieser Stelle aus Freigaben von verschiedenen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern aus der Bewirtschaftung verkündet, und es sind alle Vorbereitungen getroffen, die Zügel der Bewirtschaftung noch lockerer zu gestalten. Die Resonanz, die dieser Übergang zu freieren Formen der Wirtschaft in unserem Volke gefunden hat, beweist nur, wie gründlich satt es dieser staatlichen Bevormundung ist und wie befreiend unser Volk die ihm zurückgegebene Möglichkeit der selbstverantwortlichen Gestaltung seines Schicksals empfindet. Wir waren auf dem besten Wege, die Demokratie zu Tode zu kommandieren und die demokratischen Grundrechte unseres Volkes zu einer Schimäre werden zu lassen. Erst wenn diese Rechte wieder Ausdruck finden in einer freien Berufswahl, in der freien Wahl des Arbeitsplatzes und vor allem in der Freiheit des Konsums, können wir erwarten, daß das deutsche Volk an der politischen Gestaltung seines Schicksals wieder aktiven Anteil nimmt. [...] Der deutsche Staatsbürger wird erst dann wieder zu seiner Würde zurückfinden und sich aus innerem Erleben zur Demokratie bekennen können, wenn er in keiner Amtsstube mehr den Rücken zu krümmen braucht (67).

Diese gesamte Passage ist sehr interessant, nicht nur weil sie die Verortung und das diskursive Gewicht des Elements „Demokratie“ erkennen läßt, sondern weil sie gut verdeutlicht, wie zwei sich konfrontierende Äquivalenzketten entstehen, mithin eine Zweiteilung des symbolischen Raums in bezug auf das ökonomische und politische Allgemeine des „deutschen Volkes“ vorgenommen wird. Auf der einen Seite befinden sich die „Freigaben [...] aus der Bewirtschaftung“, die „freieren Formen der Wirtschaft“, die „selbstverantwortliche Gestaltung“, die „Demokratie“ und die „demokratischen Grundrechte“, die verschiedenen ökonomischen Freiheiten, vor allem die „Freiheit des Konsums“, die aktive Gestaltung des politischen Schicksals und die staatsbürgerliche „Würde“; auf der anderen Seite die „Bewirtschaftung“, die „staatliche Bevormundung“, der Tod der Demokratie und die erniedrigende Bürokratie. Aus diskurstheoretischer Perspektive ist nun das Entscheidende an einer solchen Anordnung – wie an jeder antagonistischen Grenzziehung –, daß sie zwar möglich und von vielen Positionen aus betrachtet sogar ein-

leuchtend ist, nicht aber notwendig. Sie produziert einen bestimmten Sinn, dabei ist sie jedoch nicht unter allen Umständen und vor allem nicht nur in dieser spezifischen Form sinnvoll. Zahlreiche andere, von einer anderen diskursiven Position aus vorgenommene Artikulationen können denselben Anspruch auf Richtigkeit erheben, erwähnt sei nur die Äquivalenz von „Wirtschaftsordnung“ und „Demokratie“ im Sinne einer demokratischen Kontrolle der Wirtschaft, wie sie zum Beispiel noch einige Jahre später im SPD-Wahlprogramm von 1953 eingefordert wurde (SPD 1963[1953]: 126/27).

Betrachtet man die hegemonialen Kernstrategeme der Juniansprache nun im Vergleich zur Rekonstruktion in der Aprilrede, so ist noch eine markante Verschiebung festzuhalten: Der vormalige symbolische Repräsentant des Allgemeinen, die „Währungsreform“, taucht in dieser Funktion nicht mehr auf. Er kann diese Funktion nicht mehr übernehmen, weil er – hier wird erneut deutlich, wie wichtig der Kontext für die Texte eines Diskurskorpus ist – vom zukunftsweisenden Signifikanten zum Signifikanten eines vergangenen Ereignisses geworden ist. Hier zeigt sich, daß diskursive Elemente, die Punkte auf einer Zeitachse bzw. konkrete Ereignisse (gleichgültig, ob dies eine bestimmte Aktion ist, das Eintreffen einer bestimmten Person oder das Eintreten einer bestimmten Sternkonstellation) bezeichnen, als leere Signifikanten die Schwäche haben, daß sie nach diesem Zeitpunkt von der Artikulation eines Versprechens zur Artikulation eines historischen Moments werden, der in seiner Partikularität das Allgemeine nicht länger signifizieren kann. Gibt es aber nun einen anderen symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen? Nun, *einen* nicht, sondern es bleibt bei einem Konglomerat von Forderungen, vor allem bestehend aus „Stabilität der Währung“, „Leistungsprinzip“, „Marktwirtschaft“, „Freiheit“ und „Demokratie“, von denen keine eine Repräsentationsfunktion übernimmt. Am ehesten funktioniert noch die uneingeschränkte Kontrolle des „Fachmanns“ und Wirtschaftsdirektors Erhard und der von ihm geleiteten Wirtschaftsverwaltung über die wirtschaftspolitischen Entscheidungen als Repräsentant des Allgemeinen: Dem Wirtschaftsdirektor wurden im Leitsatzgesetz Vollmachten erteilt, die die Erreichung des Ziels der „wirtschaftlichen Gesundung [...] sicher[...]stellen“ (62). Die Freigabe einer Vielzahl von Preisen durch die von ihm geführte Wirtschaftsverwaltung steht in der obigen längeren Passage am Beginn des Weges zu Freiheit und Demokratie. Und schließlich scheint der Wirtschaftsdirektor in bezug auf die Preisentwicklung nahezu allwissend und allmächtig zu sein: „Ich werde alle geeigneten Institutionen einschalten, um über die diesbezüglichen Vorgänge unterrichtet zu sein und notfalls sofort Abhilfe schaffen zu können“, teilt Erhard seinem Radiopublikum mit (67). Allerdings fehlt

im Text ein Signifikant, der die Stelle eines der Erhardschen Wirtschaftsregierung entsprechenden symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen in schlagkräftiger Weise übernehmen könnte; zugleich ist der Text aber auch nicht in der Weise auf die uneingeschränkten Erhardschen Vollmachten zugeschnitten wie etwa Müller-Armacks Text auf die „gesteuerte Marktwirtschaft“ bzw. die „Soziale Marktwirtschaft“. Insofern lassen sich in der Juniansprache wichtige hegemoniale Strategeme, nicht aber alle drei Kernstrategeme einer offensiv-hegemonialen Strategie rekonstruieren. Obwohl ein Diskursbeitrag wie dieser Forderungen als äquivalente Forderungen in bezug auf einen Mangel zum Ausdruck bringt, fehlt ihm letztlich ein identifikatorischer Kern, um den herum sich ein hegemoniales Projekt entwickeln kann.

In der Rede, die Erhard am 28. August 1948 vor dem Parteikongress der CDU der britischen Zone gehalten hat (69-85), gibt es wieder einen Kern, einen anderen als vorher, aber einen, der Erhards Diskursbeiträge für lange Zeit prägt: die „Marktwirtschaft“. Doch ehe ich auf die Repräsentationsfunktion der „Marktwirtschaft“ zu sprechen komme, sollen zunächst die Strategeme I und II auch in diesem Text rekonstruiert werden. Der Text unterscheidet sich von den beiden anderen in markanter Weise, weil Erhard seinen Blick nun nicht mehr vorwiegend nach vorne wendet (auch in der Juniansprache war die Währungsreform zwar bereits geschehen, aber die Preisfreigaben und die Auswirkungen der Währungs- und Wirtschaftsreform waren noch zukünftig), sondern in etwa gleichwertig in die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft: in die Vergangenheit, um die Reformen zu preisen und sie angesichts der von der Öffentlichkeit negativ bewerteten, zum Teil beträchtlichen Preissteigerungen zu verteidigen; in die Gegenwart, die zwar von Besserung gekennzeichnet ist, in der der Mangel aber keineswegs behoben ist; und in die Zukunft, die – dank der über die „Zwangswirtschaft“ triumphierenden „Marktwirtschaft“ – weitere Erfolge mit sich bringen wird und alle noch offenen Forderungen zu erfüllen verspricht.

Die früher eingeforderten Mittel der Währungs- und Wirtschaftsreform wurden also eingesetzt und werden nun als *erfolgreiche* Mittel verteidigt, auch wenn sie einige Störungen mit sich brachten. „Gemessen an dem,“ schreibt Erhard (83), „was die Währungs- und Wirtschaftsreform bereits Gutes gebracht hat, was sie uns an Sicherheit für die Zukunft bietet und was sie an Positivem erwarten läßt, ist das, was sie an Störungen mit sich gebracht hat, so minimal, daß eine ehrliche Kritik davor verstummen müßte.“ Man habe die Menschen „endlich aus diesem Chaos befreit und ihnen ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht“ (79), dem deutschen Volk mithin „endlich wieder etwas von der Lebensfreude und der Lebenssicherheit zurückgegeben, auf die es durch viele

Jahre hindurch verzichten mußte“ (80). Doch all diese Erfolge lassen sich mit Erhard nur als Teilerfolge, als Schritte auf dem richtigen Weg, ohne daß das Endziel wirklich erreicht wäre, beschreiben. Er hält zum Beispiel fest: „Die reale Lage unserer Volkswirtschaft ist zweifellos die, daß sie sich gegenüber einem früheren Standard oder gemessen an der Situation reicherer Volkswirtschaften in einer sehr unglücklichen Position befindet“ (73). Auch ist das Erreichte prekär und wird weiterhin aufs Schärfste in Kontrarität zum Mangel artikuliert:

In diesen Wochen seit der Währungsreform bis dahin, da wir auch staatsrechtlich wieder eine stärkere Fundierung finden, entscheidet sich zuletzt das Schicksal des deutschen Volkes. Entweder wir verlieren die Nerven und geben dieser gehässigen demagogischen Kritik nach –, dann sinken wir zurück in den Zustand der Sklaverei. Ich kann diesen Zustand nicht anders nennen, denn dann verliert der Mensch die Freiheit aufs neue, die wir ihm jetzt glücklich zurückgegeben haben. Dann verlieren wir wieder die freie Konsumwahl, die freie Berufswahl und alle Errungenschaften einer wahrhaft demokratischen Ordnung. Dann kommen wir wieder zurück in die Planwirtschaft, die stufenweise aber sicher zur Zwangswirtschaft, zur Behördenwirtschaft bis hin zum Totalitarismus führt (83).

Die Erfolge der Freiheit und der wahrhaft demokratischen Ordnung – äquivalent mit der Währungsreform und den marktwirtschaftlichen Reformen – sind demnach weiter in Gefahr, ihnen droht die Aufhebung durch „den Zustand der Sklaverei“ bzw. durch die „Planwirtschaft, die stufenweise aber sicher zur Zwangswirtschaft, zur Behördenwirtschaft bis hin zum Totalitarismus führt“. Auch wenn demnach Fortschritte konstatiert werden, so ist doch das Allgemeine – wenig überraschend, denn das ist seine Existenzbedingung – auf dem Rückzug vor dem Fortschritt. Gerade das erlaubt aber das fortgesetzte Versprechen der Verwirklichung des Allgemeinen, ergo das Weiterarbeiten am hegemonialen Projekt.

Aufgrund dieser empirischen Evidenz können wir eine wichtige Ergänzung zur oben erarbeiteten Theorie vornehmen. Mittelforderungen werden nicht nur als zukunftsbezogene Mittelforderungen in die Äquivalenzkette eingebaut, sondern in bestimmten Kontexten als – jedenfalls zum Teil – erfüllte und erfolgreiche Mittelforderungen, die wiederum mit zukunftsorientierten Mittelforderungen in Äquivalenz verknüpft werden, wodurch letztere durch den Bezug zum Erfolg selbst als erfolgsversprechend artikuliert werden.⁴⁴ Zugleich erlaubt nur die Tatsa-

44 Im August 1948 war der Erfolg der Wirtschafts- und Währungsreform gewiß sehr umstritten. Es kann daher erneut nicht deutlich genug betont werden: Der an einer Stelle im Diskurs – hier durch Erhard – artikuliert

che, daß der Erfolg nie ein völliger und stets ein prekärer Erfolg ist, die Fortschreibung des hegemonialen Projekts.

Die Äquivalenzierung von – zum Teil – erfüllten und erfolgreichen mit weiter bestehenden offenen Forderungen, aber auch ganz allgemein das Ineinandergreifen der hegemonialen Strategeme I und II kommen in der Eingangspassage der Erhardschen Augustrede besonders eindrucksvoll zum Ausdruck. Sie soll daher ausführlich zitiert werden:

Mit der wirtschaftspolitischen Wendung von der Zwangswirtschaft hin zur Marktwirtschaft haben wir mehr getan, als nur eine engere wirtschaftliche Maßnahme in die Wege geleitet; wir haben damit unser gesellschaftswirtschaftliches und soziales Leben auf eine neue Grundlage und vor einen neuen Anfang gestellt. Wir mußten abschwören der Intoleranz, die über die geistige Unfreiheit zur Tyrannei und zum Totalitarismus führt. Wir mußten hin zu einer Ordnung, die durch freiwillige Einordnung, durch Verantwortungsbewußtsein in einer sinnvoll organischen Weise zum Ganzen strebt. Anstelle eines seelenlosen Kollektivismus, der unser Volk in die Not und in das Elend der Vermassung brachte, mußten wir hin zu einem organisch verantwortungsbewußten Staatsdenken.

Diese Freiheit bedeutet nicht Freibeutertum, und sie bedeutet nicht Verantwortungslosigkeit, sondern sie bedeutet immer verpflichtende Hingabe an das Ganze. Nicht der sinn- und seelenlose Termitenstaat mit seiner Entpersönlichung des Menschen, sondern der organische Staat, gegründet auf die Freiheit des Individuums, zusammenstrebend zu einem höheren Ganzen, das ist die geistige Grundlage, auf der wir eine neue Wirtschaft, eine neue gesellschaftliche Ordnung aufbauen wollen. Die Dinge liegen nicht so einfach, daß durch den scheinbaren Dualismus hier Planwirtschaft, dort Marktwirtschaft tatsächlich die ganze Problematik umrissen wäre. Die Planwirtschaft führt nach allen historischen Erfahrungen und nach allen logischen Überlegungen über gewisse Zwischenstadien mit Sicherheit zuletzt immer zur Zwangswirtschaft, während die Marktwirtschaft völlig falsch ausgedeutet wäre, wenn man ihr etwa Planlosigkeit vorwerfen würde. Ich glaube, in diesen letzten acht oder zehn Wochen seit der Währungsreform ist mehr geplant, das heißt mehr planende Vorsorge und mehr planende Vorausschau geleistet worden, als in den zurückliegenden Jahren der Planwirtschaft.

Die Planwirtschaft mündet immer darin, daß das einzelne Individuum als Erzeuger und als Verbraucher unter die Knute des Staates – nein, vielmehr noch

Erfolg eines Mittels zur Annäherung ans Allgemeine ist *nicht* dasselbe wie der „tatsächliche Erfolg“, von dem sich erst dann sprechen läßt, wenn er nach uneingeschränkt oder doch wenigstens sehr breit vorherrschender diskursiver Auffassung als solcher artikuliert wird. Die diskursive Strategie der Äquivalenzierung von vormals erfüllten und erfolgreichen Forderungen mit zukunftsorientierten Forderungen ist deshalb im formalen Sinne auch nicht von einem „tatsächlichen Erfolg“ abhängig.

unter die Knute einer seelenlosen Bürokratie – gezwungen wird. Der einzelne Staatsbürger wird entwürdigt und gedemütigt. Er fühlt immer nur die Kandare im Maule, sie mußte abgelöst werden durch eine Marktwirtschaft, die nichts zu tun hat mit den Schlagworten, die ihr angeheftet werden und die aus der Rumpelkammer des Liberalismus stammen. Nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums einer vergangenen Aera, auch nicht das „freie Spiel der Kräfte“ und dergleichen Phrasen, mit denen man hausieren geht, sondern die sozial verpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum wieder zur Geltung kommen läßt, die den Wert der Persönlichkeit oben an stellt und der Leistung dann aber auch den verdienten Ertrag zugute kommen läßt, das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung (69/70).

In einer Art und Weise, wie sie deutlicher kaum sein kann, läßt sich anhand dieser Passage die Zweiteilung des symbolischen Raums (Strategem II), Hand in Hand gehend mit der Äquivalenzierung differenter Forderungen (Strategem I), nachvollziehen: Wir finden auf der einen Seite Forderungen, die verschiedene Facetten des Allgemeinen sowie Wege zur Verwirklichung des Allgemeinen in eine Äquivalenzkette P einreihen: Das gesellschaftswirtschaftliche und soziale Leben – mithin die gesamte öffentliche Sphäre – muß auf neuer Grundlage in einem „organischen Staat“ neu anfangen, bei gleichzeitiger „Freiheit des Individuums“ und „verpflichtender Hingabe an das Ganze“, getragen durch „Leistung“, „freiwillige Einordnung“ und „Verantwortungsbewußtsein“, ermöglicht und gefördert durch die „Marktwirtschaft“, oder genauer, durch die „sozial verpflichtete Marktwirtschaft“. In scharfer Abgrenzung hierzu steht die „Zwangswirtschaft“, von der man sich zur „Marktwirtschaft“ gewendet und damit mehr getan hat, „als nur eine engere wirtschaftliche Maßnahme in die Wege“ zu leiten, denn damit ging auch – ein geradezu paradigmatisches Beispiel von Äquivalenzartikulation – die Abwendung von „Intoleranz“, „geistiger Unfreiheit“, „Tyrannei“, „Totalitarismus“ und „seelenlosem Kollektivismus, der unser Volk in die Not und in das Elend der Vermassung brachte“, einher. An anderer Stelle wiederum wird als – einziges – Beispiel für eine solche „staatlich gelenkte Kollektivwirtschaft“ der „Bolschewismus“ angeführt und dessen schlechte Behandlung des Lohnarbeiters der besseren in der „Marktwirtschaft“ gegenübergestellt (78). Die „Zwangswirtschaft“, die aus der „Planwirtschaft“⁴⁵ letztlich immer entsteht, bildet in der obigen längeren Passage mit ihrer „Knute des Staates“ bzw. der „Knute einer

45 Eine einfache Kontrarität von „Planwirtschaft“ und „Marktwirtschaft“ stellt der Text natürlich in Frage, um das diskursive Element der Planung für die „eigene“ Äquivalenzkette P rekrutieren zu können. Ich komme auf dieses Beispiel für das Strategem VII im folgenden Abschnitt (d) zurück.

seelenlosen Bürokratie“ nicht nur den Gegensatz der „Freiheit“, sondern auch der staatsbürgerlichen Würde. Die entsprechende staatstheoretische Kontraritätsartikulation ist die zwischen „sinn- und seelenlosem Termitenstaat“ und „organischem Staat“. Doch nicht nur gegenüber „Zwangs“- bzw. „Planwirtschaft“, auch gegenüber dem „liberalistischen Freibeutertum“ und seiner „Verantwortungslosigkeit“ stehen „(sozial verpflichtete) Marktwirtschaft“ und „Verantwortungsbewußtsein“ in Kontrarität. Diese Abgrenzung gegenüber der „Rumpelkammer des Liberalismus“ spielt zwar quantitativ für Erhards Rede keine tragende Rolle – sie taucht nur in dieser Passage auf;⁴⁶ gleichwohl ist sie strukturell eine wesentliche Artikulation, die erst die Forcierung des marktwirtschaftlichen Projekts als hegemoniales Projekt erlaubt, weil sie bestimmte Qualitäten des Mangels – das verantwortungslose und geradezu antiorganische „Freibeutertum“ – als zu überwindende Qualitäten mit artikuliert. So wird insgesamt in dieser Passage die mit hegemonialen Projekten stets einhergehende Zweiteilung des symbolischen Raumes gut sichtbar.

Die Passage verdeutlicht mit Blick auf das Strategem III auch, daß es die „Marktwirtschaft“ ist, die für Erhard nun die Rolle des symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen übernimmt. Es ist die Wendung zur „Marktwirtschaft“, die für das Individuum, für die gesamte Gesellschaft und für den Staat eine allseitige – und nicht nur ökonomische – Wende zum Besseren mit sich bringt. Zwar wird diese Marktwirtschaft hier erstmals als „sozial verpflichtete Marktwirtschaft“ artikuliert; doch gerade mit Blick auf das ökonomische Allgemeine wird deutlich, daß die Marktwirtschaft, wenn man ihr genug Zeit gibt (hier kann man die Verknüpfung von Vergangenheits- und Zukunftsbezug schön erkennen), auch alleine für die Verwirklichung des Allgemeinen bürgen kann, also ohne die Ergänzung durch „Appelle an die Moral oder an das soziale Gewissen“ und offensichtlich auch ohne sozial- oder verteilungspolitische Maßnahmen (weder das eine noch das andere wird von Erhard in dieser Rede erwähnt):

46 An anderer Stelle, im Rahmen einer programmatischen Sitzung der CDU im Februar 1949, ist Erhard in seiner Abgrenzung zum klassischen Liberalismus deutlicher: „Und wenn Sie mich fragen“, antwortet er dem nordrhein-westfälischen Vertreter der Sozialausschüsse, Johannes Albers, „wie ich zum Liberalismus stehe, den Sie mir vielleicht unterschieben, ich lehne ihn ab!“ (zitiert nach Hentschel 1998: 103). Betrachtet man Erhards Texte im Überblick, und vor allem die hier analysierten Texte, kann man trotz dieser Abgrenzung jedoch nicht von einer durchgehenden Artikulation des „Liberalismus“ innerhalb der Äquivalenzkette Q sprechen. Durchgängig wird nur deutlich, daß es einen Unterschied zwischen dem Regime der Marktwirtschaft und dem Liberalismus gibt (Differenz). Vgl. hierzu Abschnitt (f).

Der Markt [...] konnte in acht Wochen noch nicht in der Lage sein, den einzelnen – mit oder, wenn es nottut, auch gegen seine Einsicht – dazu zu zwingen, sich im Rahmen einer sozialen Ordnung in diese Gesellschaft einzufügen und sich entsprechend zu bescheiden.

So sehr es angebracht erscheint, mit Appellen an die Moral und an das soziale Gewissen zu operieren, so deutlich möchte ich es aussprechen, daß die marktwirtschaftliche Ordnung, zu der wir zurückgekehrt sind, doch nicht auf so schwachen Füßen steht, daß sie mit der Vernachlässigung oder Nichtbeachtung dieses kategorischen Imperativs etwa zusammenbrechen müßte. Nein, vielmehr bin ich überzeugt, daß wir dieses Ziel einer reibungslos funktionierenden Marktwirtschaft mit der Zielsetzung eines maximalen Lebensstandards für unser ganzes Volk in jedem Fall erreichen werden, und zwar deshalb, weil diese Wirtschaft allein zur höchsten Leistung zwingt (75/76).

Es ist also in Erhards Augustrede die „Marktwirtschaft“, die die Funktion des symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen übernimmt. Daraus läßt sich zweierlei ablesen: Erstens ist die sich verändernde Besetzung der Position des symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen das herausstechendste Merkmal für die Dynamik diskursiver und hegemonialer Prozesse. Wenn wir hier also davon ausgehen, daß sich innerhalb von hegemonialen Projekten bestimmte hegemoniale Strategeme immer wieder rekonstruieren lassen, so ist das keineswegs gleichbedeutend mit der Aussage, daß wir es mit rigiden Strukturen zu tun hätten. Denn wie die hegemonialen Strategeme ineinandergreifen und wie sie im einzelnen ausgefüllt werden, steht in Abhängigkeit von zahlreichen, nicht verallgemeinerbaren Variablen, etwa vom diskursiven Ort des Sprechers und vom diskursiven Kontext, zu dem vor allem diskursive Ereignisse gehören. Daß das Allgemeine zunächst durch die „Währungsreform“, nach der Währungsreform durch die „Marktwirtschaft“, und im Moment der Währungsreform durch keinen spezifischen Signifikanten symbolisch erfaßt werden soll, kann als beispielhafter Beleg für diesen Zusammenhang von Ereignis und diskursiver Dynamik dienen.⁴⁷ Darüber hinaus haben wir gesehen, daß sich vor allem bei den Mittelforderungen neben einigen Konstanten auch Verschiebungen und Qualitätsänderungen (das Hinzufügen von Erfolgen in die Äquivalenzkette) ergeben. Diese ver-

47 Ergänzend sei nochmals darauf hingewiesen, daß auch von Müller-Armack die „Marktwirtschaft“ als eine zentrale Forderung herausgearbeitet wurde, daß sie aber nicht als Repräsentant in Erscheinung treten konnte, weil sie nicht zu allen Elementen der Äquivalenzkette Q in Opposition stand, insbesondere nicht zum Liberalismus. Der Liberalismus taucht jedoch bei Erhard nicht als Element in der Äquivalenzkette Q auf (siehe hierzu Abschnitt f), wodurch die „Beförderung“ der „Marktwirtschaft“ zur Repräsentantin möglich wird.

schiedenen Spielarten der Dynamik zeigen, daß hegemoniale Projekte auf Diskursebene – also vor allem über die Grenzen von einzelnen Texten hinweg – weder die Äquivalenzartikulationen der Ketten P und Q noch die antagonistische Zweiteilung des symbolischen Raums stets in der exakt gleichen Weise vornehmen müssen. Dies wäre auch aufgrund der unüberschaubaren Kombinationsvielfalt diskursiver Elemente schier unmöglich. Entscheidend ist statt dessen vielmehr, daß im Diskurszusammenhang eines hegemonialen Projektes die Arbeit der Artikulation von Äquivalenzketten und der Zweiteilung von verschiedenen Positionen aus in sich ergänzender Weise aufgenommen wird, wozu es zwar gemeinsamer Bezugspunkte, aber keineswegs völliger Deckungsgleichheit der Artikulationssequenzen bedarf. Diese Bezugspunkte können in ähnlicher Weise wiederkehrende Artikulationen sein, etwa die von „Marktwirtschaft“, „Leistung“ und „Wohlstand“; der wichtigste gemeinsame Bezugspunkt ist aber sicherlich der leere Signifikant eines hegemonialen Projekts bzw. sein symbolischer Repräsentant des Allgemeinen.

Gerade hinsichtlich dieses Punktes müssen wir allerdings – zweitens – feststellen, daß sich ein solchermaßen verbindender leerer Signifikant aufgrund der Lektüre der Texte von Müller-Armack und von Erhard noch nicht rekonstruieren läßt. Wir haben zwar bisher davon gesprochen, daß sich Strategem III in einzelnen Texten rekonstruieren, sich also die Artikulation eines symbolischen Repräsentanten feststellen läßt. Genau genommen – oder vielmehr in genauerem Bezug zum hegemonialen Projekt auf Diskursebene – handelt es sich jedoch bislang um nichts anderes als um „Kandidaten“ für den Posten des Repräsentanten. Das Ineinandergreifen verschiedener Diskursbeiträge innerhalb eines Diskurses führt dazu, daß man weder von Beginn an sagen kann, dieser oder jener Signifikant sei der leere Signifikant eines hegemonialen Projekts, noch daß man davon ausgehen kann, daß ein einmal etablierter leerer Signifikant diese Funktion innerhalb des Diskurses dauerhaft übernehmen kann. Beides stünde im Gegensatz zur Dynamik, die dem gesamten unabschließbaren Raum der Diskursivität eigen ist. Daß bestimmte Signifikanten das Allgemeine repräsentieren, ist immer ein Werden, niemals ein Sein. Auch der Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“, von dem hier vorgeschlagen wird, er übernehme letztlich die Funktion eines leeren Signifikanten, ist stets ein solch werdender, ein emergenter leerer Signifikant. In Erhards Texten taucht er noch nicht auf (nur die ähnliche Form der „sozial verpflichteten Marktwirtschaft“); statt dessen verdrängt der Kandidat „Marktwirtschaft“ den Kandidaten „Währungsreform“. Zwar können Erhards Texte durchaus als Teil desselben hegemonialen Projekts wie Müller-Armacks *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* gelten, weil es eine hohe Anzahl vergleichbarer

Artikulationen gibt. Aber nur vom Ort der heutigen Betrachtung aus kann, unter geistiger Hinzufügung der weiteren diskursiven Entwicklung, daraus bereits das hegemoniale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ werden. Im Sommer 1948 hätte es durchaus auch das Projekt einer adjektivlosen „Marktwirtschaft“ werden können, zumal diese auch bei Müller-Armack (wie bei vielen anderen neo-/ordoliberalen Denkern) einen wichtigen Knotenpunkt in der Äquivalenzkette P bildet. Wenn also WirtschaftshistorikerInnen oder ÖkonomInnen den Beginn der Sozialen Marktwirtschaft immer wieder auf den 20. Juni 1948 datieren, so kann man das aus diskurs- und hegemonietheoretischer Sicht durchaus bezweifeln: Die „Soziale Marktwirtschaft“ als diskursiv präsent, hegemoniales Projekt oder gar als Hegemonie wäre hier zu früh angesetzt.

Kehren wir von diesen grundsätzlichen Erwägungen aber nochmals zurück zu einem Aspekt der Rekonstruktion der Strategeme I und II, der bislang weitestgehend ausgeblendet wurde, nämlich der (Re-)Artikulation von Subjektpositionen. Hiermit verbinden sich einige Anmerkungen zur Rolle des Strategems VI, mithin zur Bereithaltung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte. In der Analyse des Müller-Armack-Textes wurden erste Schritte unternommen, um eine Heuristik zur systematischen Rekonstruktion der Verteilung von Subjektpositionen im Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft zu gewinnen. Neben der Zuordnung zu den Äquivalenzketten P und Q wurde mit Hilfe von fünf Ebenen eine zweite Dimension zur differenzierteren Verortung eingeführt. Die Betrachtung des Müller-Armackschen Textes hat eine vollständige Erarbeitung dieser Heuristik jedoch noch nicht erlaubt, weil einigen Bereichen innerhalb der so entstehenden zweidimensionalen Matrix keine Subjektpositionen zugeordnet werden konnten. Dieses Manko besteht bei der Analyse der Erhard-Texte nicht, und so kann hier eine – skizzenhafte und eben als Heuristik zu begreifende – Kartierung des Raumes der Subjektpositionen, wie er mit hegemonialen Projekten in liberalen Demokratien einhergeht, vorgenommen werden.⁴⁸ Wie alle

48 Beide Einschränkungen sind von Bedeutung. Zum einen handelt es sich um eine Raumeinteilung, die eng mit dem Kontext repräsentativer und liberaler Demokratien verbunden ist, also z.B. aufgrund der Prominenz der Subjektpositionen des (formal) organisierten Interesses nicht unbedingt in andere politische Kontexte zu übertragen ist. Zum anderen handelt es sich um eine skizzenhafte Annäherung aus heuristischen Zwecken, die im Bewußtsein gelesen werden muß, daß keine solche Skizze den gesamten gesellschaftlichen Raum erfassen kann, daß es Subjektpositionen gibt, die durch sie gar nicht erfaßt werden, oder solche, die keiner der Kategorien eindeutig zuzuordnen sind. Nur weil zwangsläufig über die Skizze hinaus solche Unklarheiten bestehen, sind radikale Veränderungen oder völlig andere Anordnungen vorstell- und erklärbar.

Skizzen dient auch die hier vorzunehmende eher dazu, eine grobe und vereinfachende Vorstellung eines Raumes zu vermitteln, zumal die Unabgeschlossenheit und die Dynamik von Diskursen eine exakte Kartierung ohnehin verunmöglichen. Die entscheidende Vereinfachung besteht darin, die zweidimensionale Matrix als ein Muster von Subjektregionen zu begreifen, wobei erstens eine Subjektregion mehrere verschiedene Subjektpositionen versammeln kann und zweitens eine spezifische Subjektposition im diskursiven Prozeß auch in Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Subjektregionen artikuliert werden kann (keine Subjektposition läßt sich einer Subjektregion fix zuordnen). In der horizontalen Dimension einer solchen Matrix von Subjektregionen wird die Zweiteilung des symbolischen Raums, mithin die Äquivalenzketten P und Q, abgebildet. In der vertikalen Dimension greifen wir auf die genannten fünf Ebenen zurück. Diese Ebenen lassen sich dadurch unterscheiden, daß auf ihnen jeweils bestimmte, für den Erfolg hegemonialer Projekte maßgebliche Orte versammelt und auf diese oder jene Seite der antagonistischen Grenze verteilt werden. Das Ergebnis der Zuordnung zu Äquivalenzketten und Subjektpositionsebenen bildet Abbildung 7 (Seite 319), die sich nun anhand der Untersuchung der Erhardschen Texte erläutern und in Beziehung zu konkreten Subjektpositionen setzen läßt.

Die Erhardschen Diskursbeiträge offerieren eine Vielzahl von Subjektpositionen, über die ein Individuum oder – wie in Kapitel 4 ausgeführt – auch eine Gruppe in sein Währungsreform- bzw. Marktwirtschaftsprojekt eintreten, es sich zu eigen machen und sich dort „wohl-fühlen“ kann. Rekonstruiert man diese Subjektpositionen, dann fällt auf, daß sie sich als Protagonisten (eingebunden in die Äquivalenzkette P) über die vier ersten Subjektpositionsebenen, die bereits bei der Analyse des Müller-Armack-Textes eingeführt wurden und die nun in Abbildung 7 wieder aufgenommen wurden, verteilen. Dabei werden sie von anderen Subjektpositionen abgegrenzt, die sich entweder auf derselben Ebene oder mitunter auch auf einer anderen Ebene befinden, die aber allesamt Subjektpositionen beschreiben, von denen aus Widerstand gegen das Erhard umgebende hegemoniale Projekt erwartet werden kann, ein Widerstand, den es zu überwinden gilt.

Die erste Ebene, die man als Ebene der Bürger⁴⁹ bezeichnen kann, unterteilt sich in die Subjektregion des Citoyen bzw. des Staatsbürgers (Subjektregion I/SR₁) einerseits und die Subjektregion des Idiotes, des

49 Es geht hierbei um aktive Bürger in dem Sinne, daß eine bestimmte staatsbürgerliche Qualität gefragt ist. Es geht nicht um Bürger im Sinne eines Objekts von Politik, deren merkwürdige Subjekt-/Objektpositionen auf Ebene V versammelt sind.

Untertans oder des Egoisten⁵⁰ (SR_{.1}) andererseits. Dabei versammelt SR₁ verschiedene Subjektpositionen, die, meist über attributive Zuschreibungen, als Orte des Bürgersinns qualifizieren, während sich die Subjektpositionen in SR_{.1} dadurch auszeichnen, daß es ihnen an genau diesem Bürgersinn in seinen verschiedensten Dimensionen mangelt. Die bei Erhard angebotene Subjektposition der Einsichtigen (70) läßt sich beispielsweise als Position innerhalb von SR₁ beschreiben, während die der geistigen Sklaven (74) oder der Utopisten (71) SR_{.1} zugeordnet werden kann.

Auf der zweiten Ebene, die hier als Ebene der Facheliten firmiert, lassen sich die Subjektregionen des Experten (SR₂) und des Ignoranten oder Ideologen (SR_{.2}) ausmachen. Auf die Subjektposition des Fachmanns (62) bzw. des Menschen mit „praktischer Erfahrung und wissenschaftlicher Erkenntnis“ (39), die die Kernposition innerhalb der SR₂ ausmacht, bin ich bereits weiter oben ausführlich eingegangen: Es ist die Position, über die Erhard selbst in den Diskurs eintritt.⁵¹ Innerhalb der zweiten Ebene bilden als Teil der SR_{.2} unterschiedliche Subjektpositionen den Gegenpol des Fachmanns oder Wissenschaftlers, so z.B. die des verantwortungslosen Demagogen (79) oder des Lügners (82). Auch die Subjektposition des Utopisten, die gerade SR_{.1} zugeordnet wurde, kann in Abhängigkeit vom Kontext auf der Ebene der Facheliten und mithin in SR_{.2} angesiedelt sein.

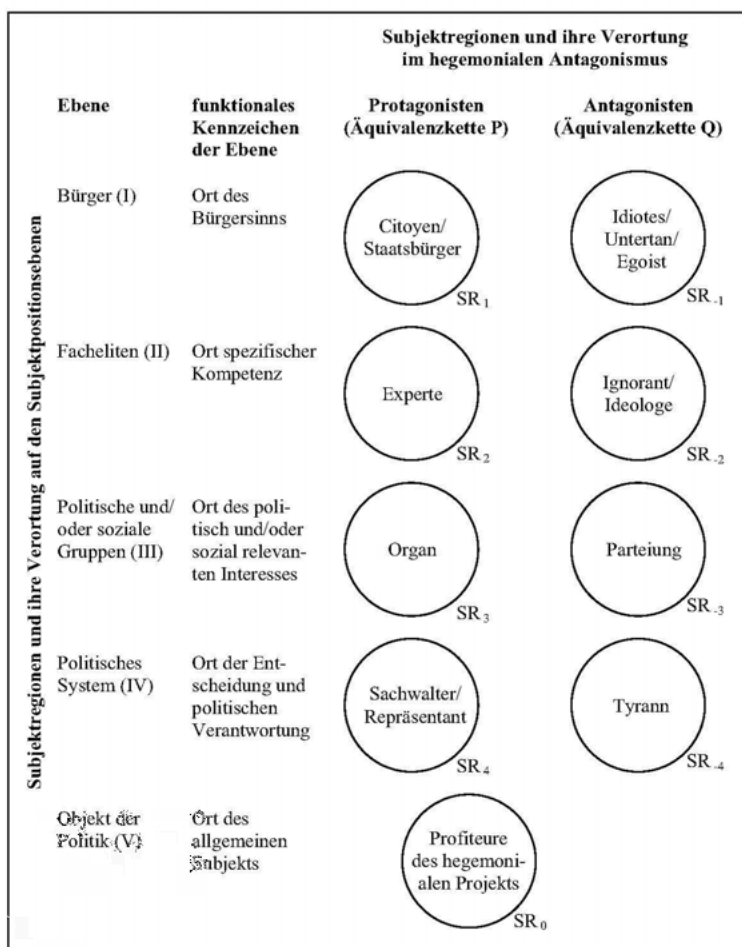
Die dritte Ebene wird hier als Ebene der politischen und/oder sozialen Gruppen bezeichnet. Dabei muß es sich nicht um formal institutionalisierte Gruppen handeln, gemeint sind auch Gruppen, die sich durch ein bestimmtes Attribut, das der sozialen Welt zugeordnet werden kann, auszeichnen (also nicht nur die Gruppe im Sinne einer Gewerkschaft, sondern auch die Gruppe der Arbeiter). Diese Ebene kann auch beschrieben werden als der Raum des politisch und sozial relevanten, partikularen Interesses. Aufgrund dieser Eigenschaft könnte man vermuten, daß sich innerhalb der Äquivalenzkette P, die doch dem Allgemeinen

50 Mit dieser Dreifachbenennung werden verschiedene Dimensionen des Gegenpols des aktiven Staatsbürgers bezeichnet: Während der (dem Griechischen entlehnte) *Idiotes* der an öffentlichen Dingen nicht interessierte und aus freien Stücken öffentlich untätige Privatmann ist, steht dem Untertan kein Anspruch auf Teilhabe an den öffentlichen Dingen zu, sei es, weil er kujoniert wird, sei es, weil er sich mit einem patriarchalischen Modell arrangiert hat. Der Egoist schließlich ist zwar als Bürger aktiv, ohne aber das Allgemeinwohl im Auge zu haben.

51 Es verhält sich natürlich nicht so, wie man vielleicht mißverstehen könnte, daß sich Erhard seine eigene Subjektposition selbst „schafft“. Wenn die genannte Subjektposition in Erhards Reden eine zentrale Rolle spielt, so ist dies gewiß keine „Kreation“, sondern eine spezifische Fortschreibung und Verortung einer Position, die im diskursiven Raum bereits zirkuliert.

zugewandt ist, gar keine Subjektpositionen dieser Ebene und somit auch keine Subjektregion ausmachen lassen. Bei Müller-Armack war es ja genau diese Region, die eine der Nichtregionen blieb, weil sich für sie keine Subjektpositionen finden ließen. Insbesondere die politischen Parteien galten Müller-Armack als Antagonisten der ökonomischen Vernunft. Auch Ludwig Erhard ordnet die Parteipolitiker eher dem Raum des Widerständigen zu, einer Subjektregion, die man als die Subjektregion der Parteilungen (SR₋₃) bezeichnen kann, also der eigensinnigen,

Abbildung 7: Heuristik der Subjektpositionsebenen und Subjektregionen der hegemonial-diskursiven Praxis in repräsentativen und liberalen Demokratien



Quelle: eigene Darstellung

ausschließlich das eigene Wollen im Kopf habenden Gruppen (68). Ähnliches gilt für die Subjektposition der durch Ideologie verblendeten politischen Gruppe, die nicht das Ganze im Blick hat (die also als Subjektposition im Schnittbereich der Subjektregionen -2 und -3 liegt); diese Subjektposition wird von Erhard sowohl mit den Bolschewisten (vgl. 78) als auch mit den Nationalsozialisten besetzt, wobei der Nationalsozialismus im Gegensatz zum Bolschewismus nicht wörtlich als Gegner genannt wird, sondern nur in Formulierungen wie der folgenden auftaucht: „Wir werden [erst nach der Währungsreform mit all ihren Härten und Stukturumschichtungen] zu ermessen vermögen, welche krankhaften Verzerrungen unsere Wirtschaft durch die artfremde Ausbeutung und die asoziale Zielsetzung eines totalitären Regimes erfahren hat“ (46). Doch nicht nur politischen Gruppen sind der Region der Parteiungen zuzuordnen, sondern zum Beispiel auch die „Staatsrentner“, also jene große Zahl von Unternehmern, die durch die garantierten Preise und Absatzzahlen von der staatlich gelenkten Planwirtschaft am meisten profitieren (65). Allerdings ist nach Erhards Artikulationen nicht jede Gruppierung aufgrund ihrer Partikularität zwangsläufig eine Antagonistin der Behebung des Mangels an Allgemeinem. Vielmehr läßt sich hier auch eine Subjektregion beschreiben, die sich als die Region der Organe (SR₃) beschreiben läßt, also von Einheiten, die zwar partikulare Aufgaben und Interessen haben, dabei jedoch stets verantwortungsbewußt dem Gesamtkörper dienen. Dies gilt zum Beispiel für den Handel und das Handwerk, dem jeweils eine „bedeutsame Funktion“ attestiert wird. Auch spricht Erhard davon, er sei bemüht, die „Vertretungen sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer“ kooperativ und paritätisch einzubinden. Auch die Subjektposition des „tüchtigen Unternehmers“ (65) – in Kontrarität zum „Staatsrentner“ – wie die der Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft, Kammern und Verbände (68) werden als Teil von SR₃ artikuliert. Und schließlich zeigt sich auch, daß die politischen Parteien nicht zwangsläufig der Subjektregion der Parteiung, sondern durchaus auch der des Organs zugeordnet werden können. So spricht Erhard von der „enge[n] und vertrauensvolle[n] Zusammenarbeit mit den Vertretern aller Parteien“ (63). Entscheidend ist für die Verschiebung der Subjektposition der politischen Partei, daß in ihrem Handeln nicht nur ihr spezifisches Interesse und ihre besondere Macht zum Ausdruck kommen, sondern ihre allgemeine Verantwortung. „Wenn Sie sich der Stärke Ihrer Position bewußt und bereit sind, für diese Politik einzutreten, dann seien Sie sich aber auch Ihrer Verantwortung bewußt!“, ruft Erhard den Delegierten des CDU-Parteikongresses zu (83). Greift man auf eine vierte Erhardsche Rede zurück, die am 28. September 1948 erneut vor dem Wirtschaftsrat gehalten wurde (86-95), so wird zudem

deutlich, daß auch Oppositionsparteien (also Kräfte des Widerstands) nicht auf Dauer der Äquivalenzkette Q bzw. der Region der Parteitung zugeordnet bleiben müssen. Hier geht Erhard nämlich direkt auf die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SPD ein:

Ich habe den Eindruck, daß Sie sich in der Kritik gegen mich und meine Wirtschaftspolitik immer wunderbar einig sind. Nach außen sind Sie sich ja bekanntlich auf Grund Ihrer Geschlossenheit immer einig. Aber ich habe auch Ihre Ausführungen auf dem Parteitag über Wirtschaftspolitik gelesen und da möchte ich fragen: Welches ist denn eigentlich die Wirtschaftspolitik der SPD? [...] Ich habe allmählich den Eindruck: Wenn ich das Wort Marktwirtschaft in den Mund nehme, dann wird es ausgelegt als Bekenntnis zum Freibeutertum. Wenn Sie dagegen das Wort Marktwirtschaft aussprechen, wird es gehehligt und gesalbt durch das Öl der sozialen Gesinnung.

[...] Ist Ihre Politik marktwirtschaftlich oder planwirtschaftlich? Und wenn sie planwirtschaftlich ist, frage ich Sie: Was verstehen Sie unter Planwirtschaft? Zu den Ausführungen von Herrn Minister Dr. Zorn [SPD, MN], der die Marktwirtschaft ja gedeutet hat, kann ich – von Nuancen abgesehen – hundertprozentig Ja sagen. Wir können da sehr viel erreichen, wenn wir gemeinsam vorgehen würden, wenigstens in der Zielsetzung. Wenn Sie die Planwirtschaft, meine Damen und Herren, so verstehen, daß die Behörden alle Mittel und Wege in Anwendung bringen, um die Wirtschaft im Sinne einer bewußten Zielsetzung zu lenken, sei es steuerpolitisch, geldpolitisch, kreditpolitisch, sozialpolitisch und, weiß Gott, was alles, dann bejahe ich die Planwirtschaft vollkommen, denn selbstverständlich sind dies alles Teile der Wirtschaftspolitik im ganzen. Und hier liegt selbstverständlich die Notwendigkeit einer bewußten Planung vor. Wird die Planung so verstanden und fassen Sie die Marktwirtschaft so auf, wie sie bei Ihnen von Herrn Minister Dr. Zorn ausgelegt worden ist, so sind wir uns einig (92/93).

Hier, aber auch in den anderen genannten Passagen zur dritten Subjektpositionsebene zeigt sich, daß in der Tat in politischen Diskursen bevorzugt Subjektpositionen für Gruppen bzw. für politisch-gesellschaftliche Kräfte offeriert werden (Strategem VI). Es zeigt sich aber auch, daß gerade in bezug auf Subjektpositionen und auf Subjekte die antagonistische Grenze nicht dauerhaft fixiert werden kann. Deutlich wird nämlich Erhards Bemühen, die Oppositionspartei SPD als Teil der eigenen Äquivalenzkette P zu artikulieren – mit der vielleicht idealtypischen Äquivalenzartikulation „so sind wir uns einig“.

Die vierte Ebene kann als Ebene des politischen Systems bezeichnet werden (im Sinne eines engeren Begriffs des politischen Systems, der im wesentlichen die politischen Institutionen und die sie vertretenden Personen umfaßt). Sie versammelt die diskursiven Orte der Entschei-

dung und der politischen Verantwortung und läßt sich in die beiden Subjektregionen des Sachwalters bzw. Repräsentanten (SR_4) einerseits und des Tyrannen (SR_{-4}) andererseits untergliedern. In Anlehnung an die aristotelische Unterscheidung zwischen guten und schlechten Verfassungsformen können die Subjektregionen auch unterschieden werden als eine, die diejenigen Subjektpositionen und letztlich auch die Subjekte umfaßt, welche in ihrem politischen Wirken dem Allgemeinen dienen (darum werden sie als Teil der Äquivalenzkette P bzw. in SR_4 artikuliert), und eine, welche die Subjektpositionen und Subjekte umfaßt, von denen aus bzw. durch die die Verwirklichung des Allgemeinen durch Böswilligkeit oder Passivität behindert wird (SR_{-4}).

Ähnlich wie schon bei Müller-Armack wird der tyrannischen Subjektregion vor allem die Subjektposition der Verwaltung und dabei insbesondere der Wirtschaftsverwaltung zugeordnet. Bürokraten firmieren als Schmarotzer (75), die Wirtschaftsverwaltungen in der Bizone und in den Ländern als aufgeblähte (44) und zu reduzierende Einrichtungen (49). Allerdings kann eine Wirtschaftsverwaltung im richtigen Ausmaß und vor allem unter der richtigen – der Erhardschen – Führung auch zum verantwortungsbewußten Sachwalter werden (67). Je mehr sich z.B. die Position des Administrators mit der des Fachmanns im Gleichklang befindet, wie bei Erhard selbst, desto eher kann sie der Region des Sachwalters zugeordnet werden. Grundsätzlich ist Erhard bemüht, allen politischen Institutionen eine Subjektposition als Protagonisten seines Projekts anzubieten und sie in der Region des Sachwalters/des Repräsentanten des Allgemeinen zu verorten. Dies gilt für die Alliierten/das Bipartite Control Office (43) genauso wie für die Deutschen mit politischer Verantwortung (45), für die Administration (die „richtig“ geführte) ebenso wie für die Legislative bzw. den Wirtschaftsrat (63).

Die fünfte Subjektpositionsebene, die hier als Ebene des Objekts der Politik bezeichnet wird, unterscheidet sich von den vier anderen in zwei Hinsichten. Erstens besteht sie nur aus einer Subjektregion, die alle diejenigen Subjektpositionen versammelt, die Subjekte als die Profiteure der Politik im Sinne eines hegemonialen Projekts auftreten lassen. Es handelt sich, mit anderen Worten, um die Subjektregion derjenigen, deren Forderungen erfüllt werden; in diesem Sinne ist sie auch eher der Äquivalenzkette P zuzuordnen. Allerdings ist diese Zuordnung nicht eindeutig. Denn zweitens rekrutiert diese Subjektregion im Unterschied zu den anderen vier Subjektregionen der Äquivalenzkette P (SR_{1-4}), in denen Subjektpositionen angeboten werden, deren Einnahme eine *aktive* Einbindung in ein hegemoniales Projekt oder eine Hegemonie als Protagonisten ermöglicht, Subjekte meistens in einer beinahe paradoxen Bewegung als Objekte bzw. als passive Subjekte, die jedoch in ihrer Passi-

vität dem Allgemeinen ähneln und wie dieses überhaupt erst die Ausbildung einer äquivalenziellen Verkettung von Subjektpositionen, die sich aktiv einbinden lassen, ermöglichen. Man kann aufgrund der Ähnlichkeit zum Allgemeinen auch davon sprechen, daß auf dieser Ebene und in dieser Region die Orte des allgemeinen Subjekts (denn nur dieses kann ja als „wirklicher“ Profiteur eine Hegemonie motivieren) versammelt sind. Wie das Allgemeine selbst befindet sich diese Region somit in einer seltsamen Position zwischen dem Innen und dem Außen der Äquivalenzkette, weshalb sie als Subjektposition 0 bezeichnet wird. Entsprechend sind die hier zu verortenden Subjektpositionen entweder (a) als Einzelpositionen in verschiedener Weise umfassend: einerseits „individuell umfassend“, d.h. individuelle Subjektpositionen, die sehr viele oder nahezu alle einzelnen Individuen subjektivieren können, wie z.B. „der deutsche Normalverbraucher“ (71); oder kollektiv umfassend, wie das „ganze Volk“. Oder sie sind (b) komplementär umfassend wie „Arbeitgeber und Arbeitnehmer“. Die beiden letzten Kategorien verbindet Erhard u.a. folgendermaßen:

[Ich] fühle mich dafür verantwortlich, daß die von mir verfolgten Ziele nicht im Sinne einer Interessenpolitik nur einzelnen Schichten zugute kommen, sondern der Wohlfahrt des ganzen Volkes dienen. Aus diesem Grunde erstrebe ich auch die engste Zusammenarbeit mit den Vertretungen sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer, und ich bin immer bemüht, diese in Entscheidungen meines Amtes paritätisch einzuschalten (60).

Zum Abschluß der Betrachtung der Verteilung der Subjektpositionen auf die neun Subjektregionen sei nochmals daran erinnert, daß die Subjektregionen -1 bis -4 sich in einer Hinsicht von den Subjektregionen 0 bis 4 grundlegend unterscheiden: Wie schon in Abschnitt 5.2.2 ausgeführt, muß es auf den Subjektpositionen in den Subjektregionen der Äquivalenzkette Q nicht unbedingt zur Rekrutierung von Subjekten kommen bzw. es müssen nicht unbedingt Subjekte über diese Positionen in den Diskurs eintreten. Vielmehr werden Individuen oder Gruppen als Inhaberinnen dieser Positionen „von außen“ artikuliert, d.h. man hat es mit einer Zuschreibung an den Anderen zu tun, die auch dazu dient, einen kohärenten Gegenpol zu generieren, der dann wiederum eine kohärente Äquivalenzkette P im Subjektpositionsbereich ermöglicht. Die Subjektregionen -1 bis -4 umfassen also Subjektpositionen, die einem Anderen zugeschrieben werden, sie gleichen weniger – wie die Subjektregionen 1 bis 4, aber auch 0 – einem Subjektivierungsangebot, über die man in den hegemonialen Diskurs als Sprecher eintreten kann, als einer spezifischen (vom diskursiven Standort abhängigen) Subjektivierungsnotigung.

(e) *Rekonstruktion weiterer Strategeme.* Nachdem nun die Strategeme I-III und VI in den Erhard-Texten rekonstruiert und die Strategeme V, VIII und IX bereits bei der Analyse des Müller-Armack-Textes aus den Einzeltextanalysen ausgegliedert wurden, bleiben nur noch die Strategeme IV (Superdifferenz) und VII (gezieltes Durchbrechen der antagonistischen Grenze) zu rekonstruieren. Allerdings läßt sich mit Ausnahme der oben erwähnten Passage, in der zwischen Illusion und Wirklichkeit scharf getrennt wird, für Strategem IV in den Erhard-Texten kein überzeugender Beleg finden, so daß die empirische Text-evidenz für dieses Grundlagenstrategem vorerst schwach bleiben muß (auch der Müller-Armack-Text hatte ja kaum Hinweise geliefert).

Bedenkt man, daß zum Zeitpunkt der Erhard-Reden der Großteil der im Wirtschaftsrat oppositionellen SPD *gegen* die Freigabe der Preise und *für* eine weitgehende Planwirtschaft eintrat, so kann das eben ausgeführte Angebot, die SPD doch innerhalb des hegemonialen marktwirtschaftlichen Projekts zu verorten, gewiß als markantes Beispiel für Strategem VII gelten. Doch nicht nur in bezug auf Subjektpositionen, auch mit Blick auf andere diskursive Elemente finden sich Verschiebungen, die eine Erweiterung des hegemonialen Projekts erlauben. Ein Beispiel hierfür ist die Artikulation der „Hortung“ sowohl als Verhinderungsgrund für die Realisierung des Allgemeinen (insofern sie die Versorgung einschränkt oder gefährdet) wie auch als Bedingung der gelingenden Realisierung des Allgemeinen (insofern sie die Güterdeckung der Kaufkraft nach der Währungsreform ermöglicht) (vgl. 50, 71/72). Das vielleicht deutlichste Beispiel für Strategem VII ist aber die Einbeziehung der „Planung“ in die Äquivalenzkette P, während gleichzeitig die „Planwirtschaft“ weitestgehend als zu überwindendes diskursives Element in die Äquivalenzkette Q einsortiert wird. Besonders deutlich wird dies in folgender, bereits oben zitierter Passage (vgl. aber auch 80/81):

Die Planwirtschaft führt nach allen historischen Erfahrungen und nach allen logischen Überlegungen über gewisse Zwischenstadien mit Sicherheit zuletzt immer zur Zwangswirtschaft, während die Marktwirtschaft völlig falsch ausgedeutet wäre, wenn man ihr etwa Planlosigkeit vorwerfen würde. Ich glaube, in diesen letzten acht oder zehn Wochen seit der Währungsreform ist mehr geplant, das heißt mehr planende Vorsorge und mehr planende Vorausschau geleistet worden, als in den zurückliegenden Jahren der Planwirtschaft (70).

(f) *Sonstiges.* Abschließend sei noch auf zwei besondere Merkmale der Erhardschen Diskursbeiträge hingewiesen. Erstens wird in Erhards Arrangement der „Liberalismus“ nicht so deutlich wie bei Müller-Armack in die Kette des Widerstands gegen der Realisierung des Allgemeinen

eingereicht. Während das staatliche Bewirtschaftungssystem ganz eindeutig beseitigt werden muß, werden zum Liberalismus keine eindeutigen Kontraritäten artikuliert. Zwar gibt es Abgrenzungen, aber zum einen werden diese Abgrenzungen meistens nicht explizit gegenüber dem „Liberalismus“ per se vollzogen, sondern gegenüber Verzerrungen wie dem „liberalistischen Freibeutertum“ (s.o.) oder den „liberalistischen [– nicht den liberalen! –] Wirtschaftsformen“. Und zum anderen haben diese Abgrenzungen häufig eher den Charakter einer Differenz als den einer Kontrarität, wie in folgender Passage:

Jede Regelung, die uns [...] zwingen würde, die bisherige Form der Bewirtschaftung einschließlich des Preisstops als das auch künftige Wirtschaftssystem beizubehalten, jede Regelung, die dem Spuk der preisgestoppten Inflation nicht ein jähes Ende setzt, sondern aufs neue den Prozeß der Bildung überschüssiger Kaufkraft anstieße, würde entweder noch weitere Währungsaktionen notwendig machen oder wäre sogar geeignet, das Unheil zu verewigen. [...] Mit der entschiedenen Ablehnung dieses Wirtschaftsprinzips [der Bewirtschaftung] predige ich durchaus nicht die Rückkehr zu den liberalistischen Wirtschaftsformen historischer Prägung und einem verantwortungslosen Freibeutertum einer vergangenen Zeit (51).

Interessant ist, daß dieses Verbleiben des „Liberalismus“ in der Differenzrelation mit der schließlichen Repräsentation der Äquivalenzkette durch die „Marktwirtschaft“, und eben nicht der „Sozialen Marktwirtschaft“ einhergeht, womit ein doppelter Unterschied zu Müller-Armack besteht. Geht man in einem hermeneutischen Schritt über die hier gelesenen Texte und ihren unmittelbaren Kontext hinaus, und hält man sich Erhards spätere, oft kritische Haltung zu sozialpolitischen Maßnahmen, z.B. zur Rentenreform 1957, und auch seine spätere Meinungsverschiedenheit mit Müller-Armack über die staatlichen Aufgaben im Rahmen der Gestaltung der „Sozialen Marktwirtschaft“ vor Augen, dann könnte man mutmaßen, daß die bloß differenzielle Abgrenzung gegenüber dem Liberalismus und die Repräsentationsfunktion der adjektivlosen „Marktwirtschaft“ Indizien für eine vornehmlich strategische Abgrenzung Erhards zum Liberalismus sind. Nicht umsonst waren es ja auch die Liberalen, die Erhards Kandidatur zum Wirtschaftsdirektor befördert hatten.

Zweitens möchte ich darauf hinweisen, daß sich neben der nun rekonstruierten offensiv-hegemonialen Strategie auch Elemente einer defensiv-hegemonialen Strategie finden lassen.⁵² Als zentrales Element de-

52 Im Gegensatz zum eineinhalb Jahre älteren Müller-Armack-Beitrag wird hier keine Hegemonie der Wirtschaftslenkung bzw. der Planwirtschaft mehr konstatiert, was man angesichts der Erhardschen Position und der

fensiv-hegemonialer Strategien wurde in Kapitel 5 die Betonung der Differenz dort, wo andere hegemoniale Projekte Äquivalenzen artikulieren, ausgemacht. Zwar verteidigt Erhard seine Wirtschaftspolitik nicht gegen ein bestimmtes anderes hegemoniales Projekt. Aber er ist dennoch bemüht, bestimmte Äquivalenzierungen, die oppositionellen hegemonialen Projekten als Ansatzpunkt für das Schmieden von Äquivalenzketten dienen könnten, zu Differenzen zu zerstreuen. In der zweiten Jahreshälfte 1948, als nach der Währungs- und Wirtschaftsreform zahlreiche Preise und mit ihnen in weiten Kreisen der Gesellschaft, v.a. in der Arbeitnehmerschaft, Enttäuschung und Zorn stiegen, mußte insbesondere die Äquivalenz von „Preissteigerung“ und „Marktwirtschaft“ eine Gefahr für das Erhardsche hegemoniale Projekt darstellen. Dieser möglichen Äquivalenzierung tritt Erhard wie folgt entgegen:

Sie wissen, daß [...] viele industrielle Rohstoffe, und gerade die in sozialer Hinsicht entscheidenden, im Preise eine Verdreifachung erfahren haben. Und alles das ist nun über Nacht wirksam geworden in einer psychologischen Situation, in der unter dem Eindruck einer scheinbar unbegrenzten Kaufkraftfülle [vor der Währungsreform, MN] die Reaktionen dann nicht immer marktgerecht sein konnten. Diese Verteuerung durch die unterlassene Preisangleichung und die Verteuerung durch die Erhöhung der Importpreise bedeutet in Wahrheit gar keine echte Preissteigerung, sondern stellt den Ausgleich von entfallenen Subventionen in Höhe von vielen Milliarden Mark dar. Wer da glaubt, daß diese Milliarden vom Himmel gefallen wären und nicht auch wieder von der ganzen Masse unseres Volkes hätten getragen werden müssen, dessen Kenntnisse von der Volkswirtschaft sind so primitiv, daß mit ihm darüber zu diskutieren sich überhaupt nicht lohnt. Aber dieser Zustand kennzeichnet die Entwicklung der letzten acht Wochen.

Daß da auch gesündigt worden ist, und daß allenthalben über das Ziel hinausgeschossen wurde, daß sogar groteske Mißstände zutage getreten sind, das alles – sei es aus Dummheit oder aus bösem Willen – ist nicht zu leugnen und soll auch nicht beschönigt werden. Aber es ist eine völlige Illusion, zu glauben, daß solche Erscheinungen Bestand haben könnten, daß das etwa ein Kennzeichen einer marktwirtschaftlichen Politik wäre oder daß gar die für die Marktwirtschaft verantwortlichen Männer kalten Herzens eine solche Politik herbeisehnen oder ihr den Boden bereiten wollten. Das ist so entsetzlich dumm, daß nur Gemeinheit aus dieser Wurzel Kritik erheben kann (77).

von ihm mit durchgesetzten Reformen auch nicht erwarten konnte. Dieser fehlende hegemoniale Gegenpol führt dazu, daß sich bei Erhard im Gegensatz zu Müller-Armack keine spezifische anti-hegemoniale Strategie findet, wohl aber Elemente einer defensiven Strategie gegen mögliche hegemoniale Offensiven.

Aus hegemonietheoretischer Perspektive wenig überraschend kommt es also zu einer „differenzierteren Betrachtung“ der Preissteigerung – bei gleichzeitiger Verortung der Kritiker in der Subjektregion der Ignoranten und Ideologen: Die Preissteigerung war „in Wahrheit gar keine echte Preissteigerung“ und wer anderes behauptet, hat nur primitive Kenntnisse, ist dumm, böswillig und gemein. Dies ist nur ein Beispiel für Elemente einer defensiv-hegemonialen Strategie, aber die Auffindbarkeit solcher Elemente auf der Oberfläche des Diskurses belegt, daß wir es bei dem Erhardschen Diskursbeitrag bereits mit einem Beitrag zu tun haben, der nicht mehr nur hegemonial attackiert, sondern auch schon verteidigt, was nichts anderes bedeutet, als daß schon einiges, was als verteidigungswert erachtet wird, erreicht wurde.

6.2.3 CDU: Düsseldorfer Leitsätze

Wenn er auch im August 1948 von der „sozial verpflichteten Marktwirtschaft“ gesprochen hatte, so hatte Ludwig Erhard den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ als solchen in den drei soeben analysierten Reden noch nicht verwendet. Zur Aufnahme in das Erhardsche Begriffsrepertoire ist es in den Folgemonaten gekommen (vgl. Hentschel 1998: 102). In derselben Zeitspanne zwischen August 1948 und Februar 1949 zeichnete sich zunehmend ab, daß Erhard für die CDU – wenn auch nicht als CDU-Mitglied – Politik betreiben würde. Erhards Rede vor der CDU im August 1948 war von der Partei gut aufgenommen worden (vgl. Stoltenberg 1996: 88/89), und vor allem Adenauer lag daran, den durch die von ihm verantworteten Reformen zwar umstrittenen, aber zugleich auch populären Erhard in die Arbeit der CDU einzubinden. Gleichzeitig mit seiner Parteinahme für die CDU eignete sich Erhard den Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ nicht nur an, sondern regte auch an, ihn für die CDU zu nutzen, eine Anregung, die im Januar 1949 aufgenommen wurde, als die CDU-Führung auf Vorschlag Erhards die im „Vereinigten Wirtschaftsgebiet eingeschlagene Politik der sozialen Marktwirtschaft“ billigte (vgl. Löffler 2002: 467).

Daß die CDU, die sich bekanntermaßen noch im Ahlener Programm vom Februar 1947 wirtschaftspolitisch zu einem christlich motivierten Sozialismus bekannt hatte (vgl. CDU 1963[1947]), den Kurs der Sozialen Marktwirtschaft einschlug, geht somit sicherlich wenigstens zum Teil auf Erhards Einfluß zurück (vgl. auch Schlecht 1998: 38). Gleichwohl waren auch schon vor Erhards Einbindung an der wirtschaftspolitischen Programmarbeit mehrheitlich marktwirtschaftlich orientierte Männer beteiligt, vor allem Franz Etzel als Leiter der Programmarbeit, aber z.B. auch der ordoliberalen Ökonom Franz Böhm. Das herausragende Ergebnis die-

ser Arbeit war das wirtschafts- und sozialpolitische Programm, mit dem die CDU in den Wahlkampf 1949 zog: die am 15. Juli 1949 bekanntgegebenen Düsseldorfer Leitsätze, die im folgenden analysiert werden (CDU 1963[1949])⁵³. Erhards unmittelbarer Einfluß in der Programmkommission und insbesondere auf die Formulierung der Düsseldorfer Leitsätze ist umstritten. Während Bernhard Löffler von einer engen Einbindung Erhards spricht (vgl. Löffler 2002: 468) und Otto Schlecht sogar berichtet, „der wirtschaftspolitische Teil der Düsseldorfer Leitsätze zur Bundestagswahl 1949 [stamme] aus der Feder von Ludwig Erhard“ (Schlecht 1998: 38/39), stellt Volker Hentschel in seiner umfangreichen – und eher kritischen – Erhard-Biographie lapidar fest: „Die Kommission ging zu Werke. Erhard war an dem Werk kaum beteiligt. Er hatte anderes zu tun. Das Ergebnis war zwar mit seinem Signum versehen, aber es trug nicht seine geistige Handschrift“ (Hentschel 1998: 103).

Von besonderem Interesse sind die Düsseldorfer Leitsätze der CDU ohnehin nicht aufgrund der Mitwirkung eines bestimmten Autors, sondern weil sich mit ihnen eine große Partei, die sich bereits auf dem Weg zur Volkspartei befand, die „Soziale Marktwirtschaft“ anverwandelte. Die CDU trat in den Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft ein – Subjektpositionen für politische Gruppen hielt dieser Diskurs ja, wie gezeigt, durchaus bereit – und schrieb ihn künftig in maßgeblicher Weise fort, wurde aber auch von ihm geprägt, indem sie zur „Partei der Sozialen Marktwirtschaft“ (Stoltenberg 1996) avancierte. Die Karriere der „Sozialen Marktwirtschaft“ auf der Subjektebene der institutionalisierten Gruppensubjekte ist also mit dem nun zu analysierenden Text eng verbunden.

(a) *Darstellung des historischen Kontexts.* Die Düsseldorfer Leitsätze wurden am 15. Juli 1949 bekanntgegeben. In den Monaten vor und nach diesem Datum nahm die Verfassung der künftigen Bundesrepublik Deutschland bekanntermaßen allmählich Form an. Am 23. Mai war das Grundgesetz verkündet worden, am 14. August sollte der erste Bundestag gewählt werden. Damit kam dem CDU-Programm für die Wirtschafts- und Sozialpolitik auch der Charakter einer Wahlkampfschrift zu.

Die von der Union im Wirtschaftsrat gestützte, marktwirtschaftliche Politik Erhards hatte bis zum Sommer 1949 zwiespältige Ergebnisse mit sich gebracht. Zwar erhöhte sich innerhalb nur eines halben Jahres die Industrieproduktion von 65 % des Wertes von 1936 im dritten Quartal

53 Der Abdruck der Düsseldorfer Leitsätze wird dem ersten Teil des zweiten Bandes der Flechtheimschen Quellensammlung zur Parteipolitik der frühen Bundesrepublik entnommen (dort Seiten 58-76). Alle folgenden Belege in diesem Unterkapitel, die in Klammern nur auf Seiten verweisen, beziehen sich auf diesen Abdruck.

1948 auf 83 % im ersten Quartal 1949, doch dann verlangsamte sich das Wachstum beträchtlich, so daß nach einem weiteren halben Jahr im dritten Quartal 1949 90 % erreicht waren (vgl. Abelshauser 1983: 64). Allerdings wurde das Wachstum von mehreren negativen Effekten begleitet: Die Inflation der zweiten Jahreshälfte 1948 (14 %), die bereits erwähnt wurde, wurde durch die extrem restriktive Geldpolitik der Notenbank (Erhöhung der Mindestreserve, Kreditplafondierung) zwar unter Kontrolle gebracht. Doch es kam nicht zur gewünschten stabilen Konsolidierung. Vielmehr trat die westdeutsche Wirtschaft ein in „eine fünfzehnmonatige deflationistische Phase mit zuweilen depressiver Grundstimmung. Das Wachstumstempo halbierte sich, die Preise fielen, und die Arbeitslosigkeit [...] nahm nun dramatische Formen an“ (Abelshauser 1983: 63/64).

Vor dem Hintergrund dieser ambivalenten wirtschaftlichen Lage sollte nun der erste deutsche Bundestag gewählt werden. Angesichts des für diese Wahl – aufgrund der Wahlergebnisse in den vorangegangenen Landtagswahlen⁵⁴ – erwarteten knappen Ergebnisses zwischen dem von der SPD geführten sozialistischen und dem von der CDU geführten bürgerlichen Lager wurde in den Sommermonaten des Jahres 1949 ein heftiger Wahlkampf geführt, in dessen Zentrum die Frage der künftigen Wirtschaftspolitik rückte (vgl. Benz 1983b: 534/35; Niehuss/Lindner 1998: 150). Aufgrund der ambivalenten ökonomischen Entwicklung, aber auch angesichts anhaltend hoher Sympathien eines Großteils der Bevölkerung für die Idee der Wirtschaftslenkung (die z.B. im Generalstreik gegen Erhards Politik im November 1948 zum Ausdruck kam), kann nicht davon gesprochen werden, daß die offensive Bezugnahme auf die Politik des Wirtschaftsdirektors unter dem Schlagwort „Soziale Marktwirtschaft“ für die CDU – quasi als Selbstläufer – zum Wahlsieg führen mußte. Auch die von Kurt Schumacher geführte SPD war grundsätzlich guter Hoffnung, mit ihren Konzeptionen zur Wirtschaftslenkung und zur konsequenten Sozialisierung großer Industriebetriebe den Wahlerfolg einzufahren (vgl. SPD 1949). Allerdings gelang es den Sozialdemokraten mehr schlecht als recht, dem hegemonialen Projekt des bürgerlichen Lagers, zu dem es unter anderem ja gehörte, die Wirtschaftslenkung mit dem negativen Etikett der „Zwangswirtschaft“ zu versehen, erfolgreich zu begegnen.⁵⁵ Im Endergebnis der Wahl jeden-

54 Die Zusammensetzung der verschiedenen Landtage hatte dazu geführt, daß CDU/CSU und SPD sowohl im Wirtschaftsrat als auch im Parlamentarischen Rat, in dem die Grundgesetzberatungen stattfanden, jeweils mit genau gleicher Mandatszahl vertreten waren.

55 Die Gefahr dieser Äquivalenzierung der SPD mit einem ökonomischen Zwangssystem war vielen Sozialdemokraten durchaus bewußt (vgl. Benz

falls unterlag die SPD mit 29,2 % knapp der CDU/CSU, die auf 31,0 % kam, mit Hilfe von FDP und DP die erste bundesdeutsche Regierung unter Adenauer stellte und mit dem Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard die marktwirtschaftliche Politik fortsetzte.

(b) *Rekonstruktion des diskursiven Ortes der Artikulation.* An Texten wie den Düsseldorfer Leitsätzen zeigt sich besonders deutlich, daß das Autorensujet der Artikulation nicht vorangeht, sondern sich mit der Artikulation, mit einem spezifischen Eintritt in den Raum der Diskursivität immer neu konstituiert. Natürlich gilt das hier nicht für jeden Aspekt der Subjektivität des Gruppensubjekts CDU. Allen voran wird die CDU für die Subjektposition einer politischen Partei nicht qua Artikulation der Düsseldorfer Leitsätze – und wohl überhaupt nicht im Rahmen eines wirtschafts- oder sozialpolitischen Diskurses – rekrutiert (vgl. zur frühen Parteigeschichte der CDU bis zur Formierung der ersten Bundesregierung Bösch 2001: 21-96; Konrad-Adenauer-Stiftung 1995: 19-52). Aber die Subjektposition der politischen Partei wird in den wirtschaftspolitischen Diskurs auf spezifische Weise eingebunden und so fortgeschrieben. Als Folge dieser diskursiven Dynamik kann eine Subjektposition „Partei der Sozialen Marktwirtschaft“ entstehen – auf der die CDU infolgedessen als wirtschaftspolitisches Gruppensujet auftritt.⁵⁶

Von Interesse für die hegemoniale Formation-Formierung ist aber nicht nur, daß die CDU als politische Partei in ihr auftritt; es geht auch um die Einnahme einer spezifisch hegemonialen Subjektposition. Wenn der Mangel an Allgemeinem und der Konflikt um die Art und Weise seiner (letztlich unmöglichen) Beseitigung das Movers politischer Diskurse ausmachen, dann kann es nicht überraschen, wenn Gruppen, die sich, wie politische Parteien, eigens zum Zweck der Behebung dieses Mangels zusammenfinden, in jeder historischen Situation im wesentli-

1983b: 534). Im Wahlaufuf von 1949 findet sich entsprechend auch eine Kontraritätsartikulation von „Planung“ und „Zwangswirtschaft“: „Planung ist notwendig. Sie ist das Gegenteil der Zwangswirtschaft des Dritten Reiches. Beides gleichsetzen heisst [sic] das Volk bewusst [sic] betrügen“ (SPD 1949: 2).

- 56 Daß es sich hierbei um eine Subjektposition und nicht nur um eine Art Alleinstellungsmerkmal der CDU handelt, erkennt man z.B. daran, daß sich in den 1990er Jahren auch die SPD die „Soziale Marktwirtschaft“ zu eigen machte und gegen die CDU zu verteidigen suchte. So heißt es im Wahlprogramm von 1998: „Wir werden die Soziale Marktwirtschaft erneuern: Wir setzen auf die Kräfte des Marktes und die Leistungsbereitschaft der Menschen. Und wir bauen auf soziale Partnerschaft und soziale Stabilität. Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft ist der Garant für Wohlstand und Erfolg, für soziale Sicherheit und demokratische Stabilität. Wir werden es nicht zulassen, daß der gesellschaftliche Konsens in unserem Land [durch die Kohl-Regierung, MN] weiter beschädigt wird“ (SPD 1998: 11).

chen auf zwei Subjektpositionen in diese politischen Diskurse eintreten können: auf der Position des Kritikers oder Gegners einer bislang das Allgemeine verfehlenden Politik oder auf der Position des Verfechters oder Verteidigers einer den Mangel an Allgemeinem schon jetzt erfolgreich bekämpfenden Politik.⁵⁷ Innerhalb der Architektur hegemonialer Subjektregionen gehören beide Subjektpositionen zur Subjektregion der Organe (SR₃), insofern als die jeweilige Gruppe als Protagonistin der Behebung des Mangels an Allgemeinem auftritt.

Die spezifische Positionierung der CDU kommt dadurch zustande, daß sie sich erstens die bisherige Politik des Wirtschaftsdirektors programmatisch zu eigen macht und als ihre Politik artikuliert (58), daß sie also als Verteidigerin der bisherigen Verfolgung des wirtschaftspolitischen Allgemeinen in den Diskurs eintritt; daß sie zweitens diese Politik wirtschafts- und sozialpolitisch als programmatische Wahlkampfposition zur Erfüllung aller Forderungen in bezug auf das Allgemeine, also zur Erreichung „der Wohlfahrt und der Bedarfsdeckung des ganzen Volkes“ (61) ausbuchstabiert und damit auch als Kämpferin für die künftige Realisierung des Allgemeinen in den Diskurs eintritt; und daß sie drittens als Mittel zur Erfüllung all dieser Forderungen die „Soziale Marktwirtschaft“ artikuliert (passim, v.a. 58-61), wodurch es in unzweideutiger Weise zur Symbolisierung des ökonomischen Allgemeinen durch eben diese „Soziale Marktwirtschaft“ kommt. Somit wird die CDU mit den Düsseldorfer Leitsätzen nicht einfach nur als „Partei der Sozialen Marktwirtschaft“ subjektiviert, sondern zugleich auch als Protagonistin des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“.

(c) *knappe Übersicht über den Inhalt des Textes.* Die Düsseldorfer Leitsätze sind im wesentlichen ein Parteiprogramm zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sie lassen sich in fünf Abschnitte gliedern: Am Beginn steht eine Einleitung, in der der wirtschaftliche Mangel der Nachkriegszeit dem Aufschwung nach der Währungs- und Wirtschaftsreform gegenübergestellt wird, die CDU die Verantwortung für die Aufschwungspolitik übernimmt, diese mit dem Etikett der „Sozialen Marktwirtschaft“ versieht und ihre Überlegenheit – z.B. gegenüber der Politik der „Ostzone“ – verteidigt. Den zweiten Teil, der der mit Abstand umfangreichste Teil ist, bildet unter der Überschrift „Was versteht die CDU unter sozialer Marktwirtschaft?“ eine grundlegende Erläuterung dieser Wirtschaftsordnung und der mit ihr verbundenen politischen Forderungen. Im kurzen dritten Teil wird speziell auf die Landwirtschaftspolitik Be-

57 Es sei erneut daran erinnert, daß „erfolgreich“ und „verfehlt“ hierbei nicht als objektive Größen, sondern als Einordnung aus einer hegemonialen Perspektive zu verstehen sind.

zug genommen. Den wieder umfangreicheren vierten Teil bilden die „sozialpolitischen Leitsätze der CDU“, aus denen als fünfter Teil ein eigener Abschnitt zur Wohnungsbaupolitik ausgegliedert wird.

(d) *Rekonstruktion der hegemonialen Kernstrategeme sowie des Strategems VI im Text.* Im wesentlichen wird durch die Düsseldorfer Leitsätze die hegemoniale Formation-Formierung, wie wir sie bei Müller-Armack und Erhard rekonstruiert haben, fortgeschrieben – allerdings findet sie sich in komprimierter und pointierter Form wieder und sie erhält natürlich dadurch eine veränderte Qualität, daß sie von einem anderen diskursiven Ort aus artikuliert wird. Beginnen wir diesmal, der großen Eindeutigkeit halber, mit Strategem III, also mit der Rekonstruktion des diskursiven Elements, das die Überwindung des Mangels repräsentiert. Gleich der Auftakt des CDU-Programms macht mehr als deutlich, daß diese Heilsfunktion von der „Sozialen Marktwirtschaft“ übernommen wird (und daß die CDU der politische Garant dieser Funktion ist):

Das wirtschaftliche und soziale Leben des deutschen Volkes ging nach dem Kriege immer mehr einem Zustand völliger Auflösung entgegen.

In der ersten Hälfte des Jahres 1948 war der Tiefpunkt erreicht. Produktion und Arbeitsmoral waren auf ein Minimum abgesunken. Der Kampf um die Ware, der ein Kampf gegen den Hunger war, führte zu rücksichtslosem Egoismus. Die Korruption griff in erschreckendem Maße um sich. Die niedrigsten Instinkte wurden geweckt. Die allgemeine Demoralisierung drang sogar bis in die Kreise der Jugend vor.

Der 20. Juni 1948 brachte den Umschwung.

Die von der CDU vertretene Wirtschaftspolitik führte zu einer wirtschaftspolitischen Wende. Die menschliche Arbeit erhielt wieder einen Sinn. Die Arbeitsleistung der Menschen aller Schichten erfuhr eine bedeutende Erhöhung. Die industrielle Produktion stieg rasch und steil an und erreichte in wenigen Monaten eine Verdopplung. Die Aufhebung der Bezugsscheinwirtschaft gab dem Verbraucher wieder die Freiheit zurück. Nach langen Jahren bitterster Erfahrung konnte erstmalig wieder dringendster Bedarf gedeckt werden. Die Läden füllten sich, Mut, Kraft und Energie wurden entfacht und das ganze Volk aus dem Zustand der Lethargie gerissen.

Die Währungsreform allein hat diesen Umschwung nicht herbeigeführt. Sie schaffte die technischen Voraussetzungen. Der wesentlichste Impuls aber kam aus der Inkraftsetzung marktwirtschaftlicher Grundsätze. Diese marktwirtschaftlichen Grundsätze wurden durch die von der CDU vertretene „soziale Marktwirtschaft“ am 20. Juni 1948 zur Grundlage der deutschen Wirtschaftspolitik gemacht (58, zentrierte Passage wie im Original).

Wir erkennen zum einen das schon von der Analyse der Erhard-Texte bekannte Muster: Auf der einen Seite findet sich der Mangel, auf der

anderen Seite Erfolge bei der Überwindung des Mangels, die sich das sprechende Subjekt aneignet. Dabei ist das Zeichen dieses Erfolges nicht der vergangene Moment der „Währungsreform“ – diese hat den Umschwung nicht allein herbeigeführt – sondern die „Inkraftsetzung marktwirtschaftlicher Grundsätze“ bzw. die „von der CDU vertretene ‚soziale Marktwirtschaft‘“, die dann im folgenden als zukunftsorientiertes und kontinuierlich „anzuwendendes“ Mittel zur Erfüllung einer Vielzahl von wirtschafts- und sozialpolitischen Ziel- und Mittelforderungen artikuliert wird.

In völlig unzweideutiger Weise wird „Soziale Marktwirtschaft“ zu verschiedenen Zielforderungen, die im Grundsatz den bereits in bisherigen Texten rekonstruierten Zielforderungen gleichen, als äquivalent artikuliert und letztlich zu ihrer Repräsentantin: So führt „diese Wirtschaftspolitik [der Sozialen Marktwirtschaft, MN] [...] dazu, daß die Wirtschaft in Erfüllung ihrer letzten Zielsetzung der Wohlfahrt und der Bedarfsdeckung des ganzen Volkes dient. Diese Bedarfsdeckung hat selbstverständlich auch eine angemessene Versorgung des notleidenden Teils der Bevölkerung zu umfassen“ (61). Doch es geht nicht nur um bloße Bedarfsdeckung, sondern „[e]s ist das Ziel der ‚sozialen Marktwirtschaft‘, den nach Maßgabe der volkswirtschaftlichen Produktivität höchsten Lebensstandard zu erreichen und das günstigste Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen herbeizuführen“ (63). Die „Soziale Marktwirtschaft“ ist auch eine „Wirtschaftsordnung, die zu echter Freiheit führt“ (69) und mit ihr geht eine Sozialpolitik „auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit, gemeinschaftsverpflichteter Freiheit und echter Menschenwürde“ (71) Hand in Hand. Und schließlich wird in der „Sozialen Marktwirtschaft“ politische wie wirtschaftliche Macht weitestgehend eingedämmt (69).

Neben der Erreichung dieser letzten Ziele steht die „Soziale Marktwirtschaft“ aber auch als Äquivalent der Erfüllung einer ganzen Reihe von Mittelforderungen. In einer der pointiertesten Formulierungen werden einige der zentralen Ziele und die vielleicht herausstechendsten Mittel des „echten Leistungswettbewerbs“, der „unabhängigen Monopolkontrolle“, der Sicherstellung „fairer Wettkampfbedingungen in freier Konkurrenz“ und der „marktgerechten Preise“ in einer Äquivalenzkette mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ artikuliert:

Die „soziale Marktwirtschaft“ ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt. Diese Ordnung wird geschaffen durch Freiheit und Bindung, die in der „sozialen Marktwirtschaft“ durch ech-

ten Leistungswettbewerb und unabhängige Monopolkontrolle zum Ausdruck kommen. Echter Leistungswettbewerb liegt vor, wenn durch eine Wettbewerbsordnung sichergestellt ist, daß bei gleichen Chancen und fairen Wettkampfbedingungen in freier Konkurrenz die bessere Leistung belohnt wird. Das Zusammenwirken aller Beteiligten wird durch marktgerechte Preise gesteuert (59).

Entscheidend für die „Soziale Marktwirtschaft“ ist erneut, daß sie sowohl die Forderungen nach der Freiheit der Wirtschaftstätigkeit erfüllen kann als auch die nach einer staatlichen Rolle bei der „planvolle[n] Beeinflussung der Wirtschaft mit den organischen Mitteln einer umfassenden Wirtschaftspolitik“, zu der eine „sinnvolle Kombination [von] Geld- und Kredit-, Handels- und Zoll-, Steuer-, Investitions- und Sozialpolitik sowie andere Maßnahmen“ gehören (61). Insbesondere die Forderungen nach einer Konjunkturpolitik „durch eine richtige öffentliche Investitionspolitik“ bei gleichzeitigem Sparen in Zeiten der Hochkonjunktur – also eine eher keynesianische als eine ordoliberalen Forderung – und nach der staatlichen Eindämmung struktureller Arbeitslosigkeit werden in die Äquivalenzkette um die „Soziale Marktwirtschaft“ aufgenommen (66). Und auch in der Sozialpolitik, bei der Aufgabe, „die herrschenden wirtschaftlichen und sozialen Notstände zu beseitigen und ein gesundes Verhältnis zwischen allen Volksschichten herbeizuführen“, wird der Staat explizit in die Pflicht genommen, wobei hier die staatliche Verpflichtung zur Sozialpolitik – im Sinne des Subsidiaritätsprinzips – mit dem Schutz der „natürlichen Rechte und Freiheiten des einzelnen wie aller Gesellschaftsgruppen“ äquivalenziert wird (71).

Im einzelnen verspricht die „Soziale Marktwirtschaft“ darüber hinaus unter anderem folgende wirtschaftspolitische Forderungen zu erfüllen: die gesetzliche Sicherung des Leistungswettbewerbs und eine institutionell verankerte Monopolkontrolle (61/62), die Vermeidung von Inflation wie Deflation durch eine zentrale Aufsicht des Geldwesens (63), Preisfreiheit (der die deutsche Wirtschaft ihre Gesundung verdankt) bei gleichzeitiger „organischer Preisbeeinflussung mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik“ (63), Tariffreiheit (64), „Leistungslohn und Lohnerhöhungen im Rahmen marktwirtschaftlich richtiger Preise“ (64) und Förderung von Technik und Wissenschaft (64/65). „Die ‚soziale Marktwirtschaft‘ schließt freie Berufswahl, Niederlassungsfreiheit, Gewerbefreiheit und Freizügigkeit ein“ (65), zugleich nimmt sie die Forderung nach Privateigentum auf (und wird die Bildung solchen Eigentums fördern, 65), ebenso die Forderung nach einer „gerechte[n] Verteilung der wirtschaftlichen Erträge und [nach] eine[r] soziale[n] Gesetzgebung“ (65) und nach „freiem Welthandel“ (67). In diese Äquivalenzkette von For-

derungen, die in der „Sozialen Marktwirtschaft“ der CDU erfüllt werden, werden weiterhin unter anderem folgende sozialpolitische Forderungen⁵⁸ eingepaßt: Schutz der Familie (71), Koalitionsfreiheit (71), die Wahrung der „Würde des arbeitenden Menschen“ (71), die „Verwirklichung des Rechts der Arbeitnehmer auf Mitberatung, Mitwirkung und Mitbestimmung [...] in betriebsgerechter Form unter Wahrung der echten Unternehmensverantwortung“ (72), das „Recht auf Arbeit“ (72), die „[f]reie Berufswahl, freier Arbeitsplatzwechsel und Sicherung des Arbeitsplatzes“ (72), die Erweiterung des Kündigungsschutzes (72), die angemessene und für eine Familie ausreichende Entlohnung (72), gleicher Lohn für gleiche Arbeit und für Männer und Frauen (73), die Tariffreiheit (73), die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit (73), der Ausbau des Arbeits-, Jugend-, Frauen- und Mutterschutzes (73) sowie die „Versorgung der Kriegsgesopfer und Kriegsheimkehrer“ (73) und die „Einordnung der Heimatvertriebenen“ (73). In der Wirtschaftsordnung der von der CDU vertretenen „Sozialen Marktwirtschaft“ ist auch „[d]ie Sozialversicherung [...] so zu gestalten, daß sie ihre Aufgabe zur Förderung der Volksgesundheit und zum Wohle der Versicherten erfüllen kann“ (73), und in der Wohlfahrtspflege muß „[b]ei vorliegender Bedürftigkeit [...], soweit ein Rechtsanspruch gegenüber Dritten nicht gegeben ist, ausreichende Hilfe aus öffentlichen Mitteln gewährt werden“ (74). Im Unterschied zu den Erhardschen Reden, in denen vor allem von „Marktwirtschaft“ (wenn auch z.T. von „sozial verpflichteter Marktwirtschaft“) und kaum von Sozialpolitik die Rede war, wird hier also die sozialpolitische Komponente der „Sozialen Marktwirtschaft“ sehr deutlich und ausführlich zum Ausdruck gebracht. Da Erhard selbst ab 1949 auch explizit von „Sozialer Marktwirtschaft“ sprach, um seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen zu bezeichnen, entwickelten sich allmählich parallel unterschiedliche Anschlußmöglichkeiten an den Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“; man kann dies bereits als einen ersten Hinweis auf die Validität von Strategem V (emergente Interpretationsoffenheit des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen) lesen.

Insgesamt sieht man, daß es nahezu keine wirtschafts- oder sozialpolitische Forderung gibt, die die „Soziale Marktwirtschaft“ nicht erfüllt, gleichgültig aus welchem Bereich der deutschen Gesellschaft sie gestellt wird. Die „Soziale Marktwirtschaft“ – und im Zuge der Artikulation der Düsseldorfer Leitsätze auch die CDU als „Partei der Sozialen

58 Die folgenden Forderungen entstammen dem sozialpolitischen Teil der Düsseldorfer Leitsätze. Allerdings finden sich hier auch Forderungen, die man häufig eher als wirtschaftspolitische Forderungen klassifizieren würde, z.B. die Koalitionsfreiheit und die Mitbestimmung.

Marktwirtschaft“ – konstituiert sich somit auf einer typisch diskursiv-hegemonialen Position, indem sie eine Vielzahl von Forderungen repräsentiert, die in bezug auf die Überwindung des Mangels am spezifischen wirtschafts- und sozialpolitischen Allgemeinen gestellt werden. Man mag nun einwenden, daß man es eben mit einem Parteiprogramm, zumal einer großen Partei mit vielen Gruppierungen, zu tun habe, so daß die Äquivalenzierung verschiedenster Forderungen kaum überraschend sein dürfte, insbesondere da es sich um ein in Wahlkampfzeiten veröffentlichtes, also auf die Gewinnung möglichst vieler Wähler zielendes Programm handelt. Dieser Einwand wäre richtig und würde doch nicht recht treffen, denn zum einen ist es natürlich nicht überraschend, daß eine hegemoniale Strategie ausgerechnet im Zuge demokratischer Wahlkämpfe zum Tragen kommt, weil es hierbei eben genau um die Einbindung möglichst vieler politisch-gesellschaftlicher Kräfte in ein politisches Projekt geht; und zum anderen dient das CDU-Programm hier nur als einer von mehreren Beispieltexen für die Rekonstruktion der hegemonialen Strategie. Grundsätzlich aber läßt sich festhalten, daß die „Soziale Marktwirtschaft“, die bislang nur ein „Kandidat“ von mehreren für die Repräsentation des ökonomischen Allgemeinen war, nun, da sie von einer der beiden großen Parteien auf den Schild gehoben wird, wenigstens innerhalb des bürgerlichen Lagers, dem die CDU angehört, als Favorit für die Funktion des Repräsentanten gelten kann.

Der Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ selbst ist es auch, an dem sich am eindrucksvollsten die in den Düsseldorfer Leitsätzen erneut vorgenommene Zweiteilung des diskursiven Raums darstellen läßt. Die hegemoniale Geste ist dabei ähnlich wie bei Müller-Armack und Erhard: die gleichzeitige Artikulation von Kontraritäten zur „Planwirtschaft“ als auch zur „freien Wirtschaft liberalistischer Prägung“, die beide Ordnungen des Mangels sind:

Die „soziale Marktwirtschaft“ steht in scharfem Gegensatz zum System der Planwirtschaft, die wir ablehnen, ganz gleich, ob in ihr die Lenkungsstellen zentral oder dezentral, staatlich oder selbstverwaltungsmäßig organisiert sind. Das System der Planwirtschaft beraubt den schaffenden Menschen seiner wirtschaftlichen Selbstbestimmung und Freiheit. Die Planwirtschaft bringt die Unternehmer in Abhängigkeit von der Staats- und Selbstverwaltungsbürokratie und verwandelt sie dadurch in Beamte und Kommissare. Sie schaltet den Einfluß der Verbraucher aus der Erzeugung aus und bringt damit auch den Arbeitern und Angestellten keine Vorteile. Die Planwirtschaft hemmt die Erzeugung, indem sie in die Hand der Lenkungsstellen Machtvollkommenheiten legt, denen die Menschen in keiner Weise gewachsen sind. [...] Die Planwirtschaft kann weder das Problem der höchstmöglichen Produktion noch das Problem einer gerechten Verteilung der Erzeugnisse meistern. Sie kann letzten Endes nicht auf die Len-

kung des Absatzes verzichten und beschränkt damit den Verbraucher in der freien Bestimmung über sein Einkommen. Statt einer freiheitlichen Ordnung entsteht mit zwingender Folgerichtigkeit die Diktatur oder das Chaos (60).

Nicht nur in bezug auf die Freiheit oder die Erfolglosigkeit bei der Organisation des wirtschaftlichen Prozesses, auch in bezug auf die Armutsbekämpfung und die menschliche Würde wird die Kontrarität zwischen „Sozialer Marktwirtschaft“ und „Planwirtschaft“ artikuliert:

[D]ie Planwirtschaft will die Armut gerecht verwalten und verteilen, die Marktwirtschaft will durch den Leistungswettbewerb auf allen Stufen die Armut überwinden. Es ist würdiger und erfolgreicher, sich durch einen Notstand durchzuarbeiten als durchzuhungern (60).

Vor allem aufgrund ungleicher Startbedingungen, mangelnder Kontrolle der Monopole und folglich „wirtschaftliche[r] Ausbeutung der Schwachen durch die Mächtigen“ ist auch die „freie Marktwirtschaft liberalistischer Prägung“ eine Ordnung des Mangels – die jedoch in der „Sozialen Marktwirtschaft“ überwunden wird:

Die „soziale Marktwirtschaft“ steht auch im Gegensatz zur sogenannten „freien Wirtschaft“ liberalistischer Prägung. Um einen Rückfall in die „freie Wirtschaft“ zu vermeiden, ist zur Sicherung des Leistungswettbewerbs die unabhängige Monopolkontrolle nötig. [...]

[Aufgrund von Wettbewerbsverfälschungen waren nur] allzu oft [...] nicht gleiche und gerechte Startbedingungen für alle Marktbeteiligten verwirklicht. So kam es in der freien Wirtschaft alten Stils oft zu wirtschaftlicher Ausbeutung der Schwachen durch die Mächtigen und zu wirtschaftlichem Gewalt- und Schädigungskrieg. Die Leidtragenden waren die wirtschaftlich und sozial Schwachen, insbesondere die Verbraucher.

Weil wir die unsozialen Auswüchse einer solchen „freien“ Wirtschaft vermeiden wollen, weil wir in ihr eine verfälschte Marktwirtschaft sehen, fordern wir neben dem Leistungswettbewerb die Monopolkontrolle (60/61).

Insgesamt soll die „Soziale Marktwirtschaft“ im Gegensatz zur „freien Wirtschaft“ eine von Einzelinteressen durchdrungene, „vermachtete unsoziale Wirtschaft“ verhindern; statt ihrer gilt es mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ „eine Wirtschaft aufbauen, die zugleich frei und sozial ist“ (68). In ihrer Kontrarität zur „Sozialen Marktwirtschaft“ sind „Planwirtschaft“ und „freie Wirtschaft“ somit äquivalente Ordnungen des Mangels, eine Äquivalenz, die dadurch noch verstärkt wird, dass beide Wirtschaftsordnungen – im Gegensatz zur „Sozialen Marktwirtschaft“ – „überflüssige Nutznießer“ und „Schmarotzertum“ generieren (62).

Die Zweiteilung des symbolischen Raums findet erneut auch in bezug auf die Subjektpositionen statt. Dabei bestätigt sich die Gültigkeit des oben entworfenen Theorems hegemonialer Subjektregionen. Eine prominente Rolle innerhalb der Äquivalenzkette Q spielen hier zum Beispiel Subjektpositionen der Subjektregion -3, der Subjektregion der Parteien, der die „parteipolitische[n] Doktrin[äre]“ (59) ebenso zuzuordnen sind wie „Kartelle und Machtverbände“ (60) oder das „unternehmerische Rentnertum“ (62). Die „parteipolitische Doktrin“ wird im übrigen explizit mit der „gegnerischen Seite“ äquivalent gesetzt (59), was angesichts der Oppositionsstellung der SPD gerade in bezug auf die Wirtschaftspolitik und angesichts des zum Teil vor allem von Kurt Schumacher sehr polemisch geführten Wahlkampfes die Einordnung der SPD innerhalb der Subjektregion der Parteien nahelegt. Doch auch die unvermeidbaren Demagogen (SR₋₂; vgl. 59) und die „überflüssigen Nutznießer in [...] Verwaltung und Politik“ (62) sowie der die gewerbliche Wirtschaft lenkende Staat (vgl. 60) (alle SR₋₄) finden sich als Teil der Äquivalenzkette Q wieder. Und die eben bereits genannte Subjektposition der Schmarotzer (vgl. 62) qualifiziert als Position vor allem für die Subjektregion -1.

Zu ihr in Kontrarität steht in Subjektregion I die Subjektposition der „freien und tüchtigen Menschen“, die ganz prominent in der Anfangsdefinition der „Sozialen Marktwirtschaft“ auftaucht, aber beispielsweise auch die Position desjenigen, der Herr seiner eigenen wirtschaftlichen Entschlüsse ist (vgl. 59/60). Selbstredend wird die Position des Wissenschaftlers in die Äquivalenzkette P aufgenommen (SR₂; vgl. 64, 73). Als „Partei der Sozialen Marktwirtschaft“ betritt die CDU selbst als politische Partei den Diskurs in performativer Weise in der Subjektregion des Organs;⁵⁹ „Organe des öffentlichen Lebens“ sind jedoch, sofern sie in die Ordnung der „Sozialen Marktwirtschaft“ eingebunden sind, auch die Gewerkschaften und die Berufsverbände (71). Äußerst interessant ist die folgende Passage, weil hier nicht nur zahlreiche Subjektpositionen, auf denen einzelne Bürger auftreten können (SR₁), innerhalb der Äquivalenzkette P der „Sozialen Marktwirtschaft“ offeriert werden – in Kontrarität zu allen „Interessenten –, sondern weil sie eine der seltenen Diskurspassagen ist, in denen die Subjektposition des „Volkes“ aktiv in Erscheinung tritt und damit nicht nur in der Subjektregion 0 der Profiteure der hegemonialen Ordnung, sondern als Teil der Subjektregion I – die Citoyens, die ihre beste wirtschaftspolitische Ordnung gemeinsam realisieren – artikuliert wird:

59 Weitere Anmerkungen zur Rekonstruktion des sechsten Strategems sind angesichts dieser Evidenz hier nicht erforderlich.

Die „soziale Marktwirtschaft“ kann nur dann verwirklicht werden, wenn sie das Vertrauen aller Schichten des Volkes besitzt, d.h., wenn sich Unternehmer, Arbeiter, Angestellte und Verbraucher aktiv an ihrer Durchführung beteiligen. Wenn sich die Arbeiter und Angestellten der „sozialen Marktwirtschaft“ versagen, entartet sie in eine freie Wirtschaft alten Stils, d.h. in eine privat vermachtete unsoziale Wirtschaft, die gekennzeichnet ist durch Gruppenkämpfe, Ausnutzung des Staates durch Interessenten, durch soziale Spannungen und übermäßige Wirtschafts-, Staats- und Völkerkrisen. Wird dagegen die „soziale Marktwirtschaft“ vom politischen Willen des ganzen Volkes getragen, so wird es möglich werden, eine Wirtschaft aufzubauen, die zugleich frei und sozial ist, eine Wirtschaft, die den Arbeitern und Angestellten das Einkommen, das ihrer Leistung entspricht, voll sichert, die ihnen die freie Wahl des Arbeitsplatzes und des Berufes öffnet, die ihnen die Freiheit verschafft, mit ihrem Einkommen zu kaufen, was sie wünschen, und die ihnen vor allem die Chance des Aufstieges bietet. Die Arbeitnehmer sind deshalb in ihren besten Köpfen mit maßgebendem Einfluß [...] an den gesamten Aufgaben der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu beteiligen (68/69).

Insgesamt können wir damit die Zweiteilung des symbolischen Raums, also das zweite Strategem, auch in den Düsseldorfer Leitsätzen als rekonstruiert ansehen. Dasselbe gilt für die Strategeme I und III, deren Artikulationsmuster ebenso auffindbar waren. Hiermit sind die drei ineinander greifenden Kernstrategeme der (offensiv-)hegemonialen Strategie auch in diesem Text rekonstruiert (ebenso wie das Strategem VI, auf das mit Blick auf die Subjektpositionen kurz verwiesen wurde).

(e) *Rekonstruktion weiterer Strategeme.* Es läßt sich hingegen wiederum kein überzeugender Textbeleg für Strategem IV – die gelegentliche Artikulation von Superdifferenzen zur Aufrechterhaltung diskursiver Grenzen – finden; das theoretisch schlüssige Theorem kann somit empirisch vorerst weiterhin nicht als unmittelbar bestätigt gelten. Strategem V wurde bereits kurz angesprochen. Auch Strategem VII, das gelegentliche Durchbrechen der antagonistischen Grenze zur Erweiterung der hegemonialen Reichweite läßt sich erneut finden, etwa dann, wenn die CDU trotz der grundsätzlichen Aufnahme der Forderung nach „marktgerechten Preisen“, die in Kontrarität zur Preisverfälschung von staatlicher oder privater Seite artikuliert wird, eine „organische Preisbeeinflussung mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik“ bejaht (63). Nicht zuletzt gibt es im Text der Düsseldorfer Leitsätze auch erste Anzeichen für das Strategem VIII, das Strategem des eigentlichen Verfechters. Zwar findet keine Artikulation statt, mit der die CDU als eigentliche Verfechterin der „Sozialen Marktwirtschaft“ z.B. im Unterschied zu anderen politischen Parteien aufträte. Allerdings bildet die Tatsache, daß die CDU als politische Partei in die Äquivalenzkette um die „Soziale Marktwirtschaft“

eintritt, die unabdingbare Voraussetzung dafür, daß sie als „Partei der Sozialen Marktwirtschaft“ herausgefordert werden und sich dann verteidigen kann. Insofern kann man einen ersten Schritt hin auf die Instituierung des Strategems VIII konstatieren.

(f) *Sonstiges*. Außer dem erneuten Verweis darauf, daß auch in den Düsseldorfer Leitsätzen neben der offensiv-hegemonialen Strategie Versatzstücke defensiver hegemonialer Strategie zum Tragen kommen – und zwar dann, wenn eine differenzierte Betrachtung der „Störungen und sozialen Spannungen“ infolge der Wirtschaftsreformen propagiert wird (59) –, ist hier nichts weiter hinzuzufügen.

6.3 Überblicksanalyse

In den im vorangegangenen Abschnitt vorgenommenen Einzelanalysen ist es gelungen, einen Großteil der theoretisch entworfenen (offensiv-) hegemonialen Strategeme erfolgreich zu rekonstruieren. Ich möchte nun zunächst die wichtigsten Ergebnisse der Einzeltextanalysen zusammenfassen und zuspitzen (6.3.1), um anschließend anhand einiger weiterer Texte nachzuzeichnen, wie sich das hegemoniale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ im Weiteren entwickelte (6.3.2); und schließlich werde ich auf einige Texte eingehen, die dem hegemonialen Projekt der „Sozialen Marktwirtschaft“ (noch) nicht zugeordnet werden können, sondern eher zu alternativen hegemonialen Projekten gehören (6.3.3).

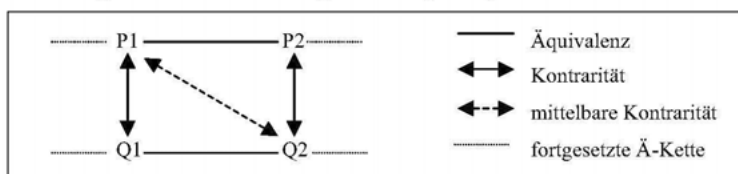
6.3.1 Resümee der Ergebnisse der Einzelanalysen

Im folgenden Fazit der Einzelanalysen geht es mir um drei Punkte: Zuerst sollen jene Modifikationen oder Ergänzungen, welche die in den ersten Kapiteln hergeleitete Hegemonietheorie erfahren hat, zusammengefaßt werden. Anschließend möchte ich die Rekonstruierbarkeit der einzelnen Strategeme unter Bezugnahme auf den Diskursauschnitt der fünf analysierten Texte vorläufig beurteilen und schließlich die sich insbesondere durch die Funktion der drei Kernstrategeme konstituierende, spezifische Topik der hegemonialen Formation-Formierung um den emergenten Repräsentanten des spezifischen Allgemeinen – „Soziale Marktwirtschaft“ – zusammenfassend darstellen.

Vier Ergänzungen der oben entworfenen Hegemonietheorie sind hervorzuheben: Erstens wurde sie bezüglich der Schnittstelle der Strategeme II und III, oder genauer, der Instituierung des Antagonismus in Relation zur Repräsentation der Äquivalenzkette P präzisiert. Es wurde festgestellt, daß keineswegs jedes einzelne Element der Äquivalenzkette P

in einer direkten Kontraritätsrelation zu jedem einzelnen Element der Äquivalenzkette Q stehen muß, um von einem Antagonismus zwischen beiden Ketten zu sprechen. So läßt sich z.B. innerhalb des Müller-Armack-Textes eine unmittelbare Kontrarität von „Marktwirtschaft“ und „Liberalismus“ nicht nachweisen. Es ist aber dennoch so, daß die Äquivalenzketten P und Q als ganze einander antagonistisch konfrontieren, daß es also, wenn auch keine unmittelbare, so doch eine mittelbare Kontrarität zwischen allen Einzelementen der P- und der Q-Kette gibt. Folgende Abbildung verdeutlicht diesen Sachverhalt nochmals:

Abbildung 8: Mittelbarer Antagonismus qua Äquivalenz und Kontrarität



Quelle: eigene Darstellung

Eine mittelbare Kontrarität konstituiert sich durch das Ineinandergreifen verschiedener Äquivalenz- und Kontraritätsrelationen zwischen verschiedenen Elementen: So mag zwar Element P1 nicht in Kontrarität zu Q2 artikuliert werden („Marktwirtschaft“ nicht zu „Liberalismus“); weil aber P1 in Äquivalenz zu P2 („Marktwirtschaft“ zu „aktiver und konstruktiver Wirtschaftspolitik“) und zugleich P2 in Kontrarität zu Q2 („aktive und konstruktive Wirtschaftspolitik“ zu „Liberalismus“) artikuliert wird, kann sich eine mittelbare Kontrarität zwischen P1 und Q2 konstituieren. Allerdings gibt es, wie ebenfalls festgestellt wurde, zwei Bedingungen dafür, daß sich eine derartige mittelbare Kontrarität stringent herausbilden kann: Zum einen darf es, soll die antagonistische Grenze nicht untergraben werden, zwischen keinem Element der Äquivalenzkette P und der Äquivalenzkette Q eine fortbestehende Äquivalenzartikulation geben; mit anderen Worten muß zwischen jedem einzelnen P-Element und jedem einzelnen Q-Element, wenn schon keine Kontrarität, so doch wenigstens Differenz artikuliert werden. Aus diesem Grund beharren alle bearbeiteten Texte auf der Differenz von „Liberalismus“ und „(Sozialer) Marktwirtschaft“. Zum anderen dürfen – eigentlich naheliegend, aber man sollte es nochmals betonen – innerhalb einer Äquivalenzkette keine Kontraritäten mehr auftauchen, weshalb immer wieder im Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft die Kontrarität von „Wirtschaftslenkung“ und „liberaler Marktwirtschaft“ (oder ähnlichen Formulierungen) als obsolet und überholt eingeordnet wird.

Zweitens ist durch die Analyse nochmals die Dynamik von Diskursen betont worden. Am deutlichsten zeigte sich diese hinsichtlich der symbolischen Repräsentation des Allgemeinen durch einen leeren Signifikanten. Zum einen ist es keineswegs so, daß ein solcher „vom Himmel fällt“ und ihm die unmögliche Repräsentationsfunktion sofort „gelingt“. Nicht nur zwischen verschiedenen hegemonialen Projekten besteht hierbei Konkurrenz (vom sozialistischen hegemonialen Projekt um den „demokratischen Sozialismus“ haben wir gar nicht gesprochen), sondern auch innerhalb eines hegemonialen Projektes treten, vor allem zu Beginn, mehrere „Kandidaten“ für diese Funktion auf (hier neben „Soziale Marktwirtschaft“ auch „gesteuerte Marktwirtschaft“, „Währungsreform“ und „Marktwirtschaft“). Leere Signifikanten sind also als solche stets im Werden, ihre Funktion ist eine emergente. Eine weitere, die dynamische Entwicklung von leeren Signifikanten betreffende Erkenntnis war, daß Signifikanten, die auf ein zukünftiges punktuelles Ereignis verweisen (wie die „Währungsreform“), nur in prekärer Weise zu leeren Signifikanten werden können, weil sie ab dem Moment, in dem das Ereignis als diskursives Ereignis eintritt, zwangsläufig zu Signifikanten dieses – dann spezifischen – Signifikats werden und nicht länger das Allgemeine signifizieren können.

Drittens wurde die Theorie der offensiv-hegemonialen Strategie bezüglich ihres Strategems I insofern modifiziert, als wir erkannt haben, daß in die Äquivalenzkette nicht nur Forderungen, die sich auf die künftige Verwirklichung des Allgemeinen beziehen, eingebaut werden, sondern auch Forderungen, deren – wenigstens teilweise – Erfüllung bereits konstatiert, und zwar als Erfolg konstatiert werden kann (z.B. der Erfolg der „Währungsreform“). Kurz gesagt: In eine Äquivalenzkette P können neben zukunftsorientierten Forderungen in bezug auf das Allgemeine auch „(Teil-)Erfolge“ der Vergangenheit eingebaut werden. Je nach diskursiver Validität des so erhobenen Erfolgsanspruchs kann dies zu einer beträchtlichen Festigung eines hegemonialen Projekts führen.

Viertens haben wir in Ergänzung der Überlegungen zum Verhältnis von politischem Diskurs und Subjekt im hier analysierten Diskurs festgestellt, daß sich die durch Artikulation und Rekrutierung aufgenommenen und fortgeschriebenen Subjektpositionen insgesamt neun „Subjektregionen“ zuordnen lassen (vgl. Abbildung 7). Diese grobe Kartierung des Raums der Subjektpositionen eines politischen Diskurses kann und will keinen Anspruch auf eine vollständige Abbildung erheben, aber sie kann als wertvolle Heuristik für die Fortsetzung der Untersuchung von politischen Diskursen in liberalen Demokratien dienen.

Untersuchen wir nach diesem Überblick über vier, im Zuge der Analyse vorgenommene Ergänzungen bzw. Spezifizierungen der Hege-

monietheorie nun, ob und inwiefern sich in den Einzeltextanalysen die im fünften Kapitel skizzierten neun Strategeme der offensiv-hegemonialen Strategie haben rekonstruieren lassen. Ich möchte zunächst die Strategeme IV bis IX betrachten, die sich einzeln gut besprechen lassen, um anschließend den Komplex der Kernstrategeme durchzugehen. Aus verschiedenen Gründen wurden die Strategeme V, VIII und IX aus den Einzeltextanalysen weitestgehend ausgeklammert: Strategem V (die emergente Interpretationsoffenheit eines Repräsentanten des symbolischen Allgemeinen) kann sich erst im Diskurszusammenhang jenseits eines einzelnen Textes manifestieren; die Strategeme VIII und IX (eigentlicher Verfechter, eigentliche Bedeutung) sind erst im Falle einer tendenziell etablierten Hegemonie sinnvoll und waren daher im Frühstadium des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ nicht zu erwarten (wenngleich man von einer Art Grundsteinlegung für Strategem VIII in dem Moment sprechen kann, in dem sich mit der CDU eine politische Partei die „Soziale Marktwirtschaft“ zu eigen machte).

Von den übrigen Strategemen haben sich für Strategem IV bislang keine wirklich überzeugenden Belege finden lassen. Dies mag damit zu tun haben, daß superdifferenzielle Grenzziehungen nur bei Bedarf vorgenommen werden, d.h. wenn diskursive Grenzen brüchig zu werden drohen. Hierfür wäre ein unerwünschtes Eindringen eines „anderen“ politischen Diskurses in den ordnungs- und wirtschaftspolitischen Diskurs ein denkbare Beispiel. Ein solches konnte jedoch ebensowenig wie der entsprechende Reflex von Superdifferenzrelationen ausgemacht werden. Einen schwachen, weil nicht zum hier interessierenden Topos (von zu trennenden politischen Diskursen) gehörenden Hinweis auf Superdifferenz hat allenfalls Müller-Armacks nicht konsequente Trennung der Sphären von (wissenschaftlicher) Ökonomie und Politik liefern können. Auf Strategem IV gilt es also in der folgenden Überblicksanalyse besonders zu achten.

Gegenüber der schwachen Evidenz für Strategem IV konnten für die Richtigkeit der Annahmen zu den Strategemen VI und VII zahlreiche Belege gefunden werden. Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte (VI) hält der politische Diskurs, wie vermutet, nicht nur häufig bereit; es konnte auch gezeigt werden, daß diese Subjektpositionen auch erfolgreich rekrutieren, in unserem Fall z.B. die CDU als „Partei der Sozialen Marktwirtschaft“. Auch zum gezielten Durchbrechen der antagonistischen Grenze (VII) kommt es immer wieder, besonders auffällig z.B. dann, wenn die Planung ins hegemoniale Projekt eingebunden, zugleich die Planwirtschaft aber ausgeschlossen wird, oder wenn öffentliches Wirtschaften unter bestimmten Bedingungen als Teil der „Sozialen Marktwirtschaft“ artikuliert wird.

Resümieren wir nun die Analyse des Diskursausschnitts, den die Texte von Müller-Armack, Erhard und der CDU bilden, mit Blick auf die drei Kernstrategeme der offensiv-hegemonialen Strategie. Dies macht es zugleich möglich, die Gestalt der hegemonialen Formation-Formierung um die „Soziale Marktwirtschaft“ überblickartig zusammenzufassen und dabei insbesondere auf wichtige Markierungen der antagonistischen Grenze einzugehen. Die Kernstrategeme waren in allen Texten des analysierten Diskursausschnitts rekonstruierbar (eine Ausnahme hiervon bildete lediglich das Fehlen des Repräsentationsstrategems in der Juniansprache Erhards). In allen Diskursbeiträgen ließ sich als Movens des hegemonialen Projekts ein doppelter Mangel ausmachen: zum einen ein Mangel am spezifischen – ökonomischen – Allgemeinen, zum anderen aber ein Mangel im Symbolischen selbst, insofern als keine Artikulation hinreicht, um das Allgemeine befriedigend zu repräsentieren, weshalb sich in Relation zu eben diesem Allgemeinen Forderung an Forderung reiht (Strategem I). Unter diesen Forderungen ließen sich Zielforderungen von Mittelforderungen unterscheiden, wobei sich im Netz der Zielforderungen das (nicht oder mangelhaft realisierte) Allgemeine andeutet, und zwar in relativ stabiler Art und Weise über die verschiedenen Texte hinweg: Neben den Zielen der Wahrung des Gesamtinteresses und des Gemeinwohls, der Freiheit (in verschiedenen Hinsichten) und der Menschenwürde drückt sich die ökonomische Spezifik des Allgemeinen vor allem in den Forderungen nach Bedarfsdeckung, allgemeinem Wohlstand und wachsendem Lebensstandard sowie nach der Verhinderung wirtschaftlicher Machtkonzentration aus. Das Ziel der sozialen Gerechtigkeit taucht sowohl bei Müller-Armack als auch in den Düsseldorfer Leitsätzen prominent auf, bei Erhard hingegen nur en passant.

Im Diskurs werden nun diese Zielforderungen mit einer breiten Vielfalt von Mittelforderungen und Aspekten dieser Mittelforderungen in einer Äquivalenzkette P, deren Bezugspunkt die Überwindung des Mangels am Allgemeinen ist, verknüpft. Zu den am konstantesten erhobenen Forderungen gehören die nach freien Preisen, Wettbewerb, Monopolkontrolle, Geldwertstabilität und auch nach staatlicher Unterstützung für die „wirklich Bedürftigen“, die sich anders nicht zu helfen wissen. In enger Verbindung mit der Forderung nach Geldwertstabilität steht zunächst die Forderung nach einer Währungsreform, die schon bei Müller-Armack präsent ist, aber in Erhards Aprilrede eine solch hervorragende Rolle spielt, daß man dort die „Währungsreform“ als Repräsentantin des Allgemeinen rekonstruieren kann; alsbald wird sie dann als eine in der Vergangenheit erfolgreich erfüllte Forderungen artikuliert. Zum Knotenpunkt und zur Repräsentantin (Strategem III) aller Mittelforderungen und letztlich aller Forderungen entwickelt sich aber nicht die (punktuell-

le) „Währungsreform“, sondern die Forderung nach einer Wirtschaftsordnung. Diese Wirtschaftsordnung wird näher bestimmt durch die Äquivalenzierung zweier Forderungen, nämlich der Forderung nach Marktwirtschaft einerseits und nach bestimmten – z.B. „marktkonformen“ – Formen aktiver staatlicher Wirtschaftspolitik andererseits. Die geforderte Wirtschaftsordnung tritt zwar unter verschiedenen Signifikanten auf – neben „Soziale Marktwirtschaft“ beispielsweise auch als „Wettbewerbswirtschaft“, „gesteuerte Marktwirtschaft“ oder schlicht als „Marktwirtschaft“ –, doch im Wahlkampf 1949 erhält die Müller-Armacksche Prägung „Soziale Marktwirtschaft“ durch die Verwendung im CDU-Programm eine hinreichend prominente Stellung, um von der Emergenz eines leeren Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ sprechen zu können. „Soziale Marktwirtschaft“ wird also zu dem diskursiven Element, das die Äquivalenzkette von Forderungen in bezug auf das Allgemeine organisiert und repräsentiert.

Fragt man nun nach der Manifestierung des zweiten Strategems, so läßt sich – neben vielen einzelnen Kontraritäten, die sich gut ins Bild des zweigeteilten symbolischen Raums einfügen – vor allem in zweierlei Hinsicht die Artikulation einer antagonistischen Grenze konstatieren. Besonders augenfällig ist die Instituierung des Antagonismus zum einen in bezug auf die eben erwähnte umfassende Forderung nach der Wirtschaftsordnung der „Sozialen Marktwirtschaft“. Alle alternativen Wirtschaftsordnungen, ob sie nun als „Wirtschaftslenkung“, „Planwirtschaft“, „Zwangswirtschaft“, „Liberalismus“, „liberalistisches Freibeutertum“ oder unter einem anderen Signifikanten firmieren, sind insofern äquivalent (als Teil einer Äquivalenzkette Q), als sie Wirtschaftsordnungen des Mangels sind. Demgegenüber verspricht die „Soziale Marktwirtschaft“ – oder im Falle Erhards die „Marktwirtschaft“, „sozial verpflichtete Marktwirtschaft“ – die Überwindung des Mangels in all seinen Formen und signifiziert so das verwirklichte Allgemeine. Die antagonistische Grenze wird, ohne daß dies hier im einzelnen wiederholt werden müßte, durch zahlreiche Ergänzungen zur „Sozialen Marktwirtschaft“ auf der einen, und zu allen anderen Wirtschaftsordnungen auf der anderen Seite genauer gezogen und stabilisiert, aber in grundlegender Weise hängt diese Grenze von der Kontrarität zwischen der emergierenden Repräsentantin der Äquivalenzkette P – „Soziale Marktwirtschaft“ – und *allen* alternativen Wirtschaftsordnungen ab.

Der zweite entscheidende Beitrag zur Errichtung und Befestigung der antagonistischen Grenze wird durch die Verteilung und Entgegensetzung von Subjektpositionen, die ihrerseits mit den verschiedenen Wirtschaftsordnungen in einer Äquivalenzrelation stehen, bewirkt. Besonders interessant ist dabei, welche Subjektpositionen in die Äquiva-

lenzkette Q verbannt werden, mithin als äquivalente Verursacher des ökonomischen Mangels gelten. Zwei Gruppen sind unter diesen Q-Subjektpositionen besonders auffällig. Zum einen handelt es sich um all jene, gleichgültig in welcher Subjektregion, deren Kennzeichen der bloße Eigennutz ist, seien es Verwaltungsbeamte, Unternehmer oder politische Gruppierungen. Das unbedingte Streben nach Eigennutz nicht zu beschneiden oder gar zu fördern, ist sowohl in den (alt-)liberalen als auch in den planwirtschaftlichen Wirtschaftsordnungen („Staatsrentner“) ein Aspekt des Mangels. Zum anderen handelt es sich um Subjektpositionen, die sich dadurch auszeichnen, daß sie zugleich – je nach Kontext – der Subjektregion der Parteiung wie auch der des verblendeten, die Natur der Dinge mißverstehenden oder mißrepräsentierenden Ideologen zugeordnet werden. Hierbei werden nun sämtliche Vertreter von Lenkungs- oder Planungsvorstellungen in der Wirtschaft in eine Äquivalenzkette eingereiht, explizit natürlich vor allem Bolschewisten/Kommunisten, aber implizit fast genauso offensichtlich Nationalsozialisten; und schließlich auch Sozialdemokraten, wie dies besonders in den Düsseldorfser Leitsätzen der CDU deutlich wird, wenn von der „gegnerischen Seite“ gesprochen wird, deren Hauptvertreter natürlich im Wirtschaftsrat wie im laufenden Wahlkampf die SPD war. Somit kommt es zu einer Äquivalenzierung der Planungsvorstellungen von Nationalsozialisten, Kommunisten und Sozialdemokraten, die allesamt dem Mangel zuzuordnen sind, den die christlich-demokratisch-(neo-)liberale „Soziale Marktwirtschaft“ zu überwinden verspricht.

6.3.2 Entwicklung des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ in den 1950er Jahren

In diesem Abschnitt wird die Fortentwicklung des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ in den 1950er Jahren exemplarisch untersucht. Dabei besteht der Diskurskorpus aus folgenden Texten:

- Oswald von Nell-Breuning (1952): Thesen zu einer Grundsatzdebatte, Referat auf einer Arbeitstagung des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft am 19./20. Januar 1952 (Nell-Breuning 1956[1952]),
- FDP (1953): Wirtschaftsprogramm (FDP 1963[1953]),
- drei Anzeigen aus den Jahren 1952/53, mit denen der vor allem von Unternehmern getragene Verein „Die Waage“ Öffentlichkeitsarbeit für „Erhards Soziale Marktwirtschaft“ machte (Siehe Abb. 9-11),
- Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände/BDA (1953): Gedanken zur Sozialen Ordnung, Grundsatzpapier zu Ordnungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik (BDA 1953),

- Alfred Müller-Armack (1956): Soziale Marktwirtschaft, häufig zitierter Handbuchartikel zur Erläuterung der Sozialen Marktwirtschaft (Müller-Armack 1966[1956]),
- Wilhelm Röpke (1958): Aktionsprogramm der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Stellungnahme des gleichnamigen, größtenteils aus Wissenschaftlern bestehenden Fördervereins für Soziale Marktwirtschaft (Röpke 1958).

Die bei den Einzelanalysen befolgte Reihenfolge von Analyseschritten werde ich im folgenden nicht einhalten, nicht nur weil dies ausufernd und mitunter sehr repetitiv wäre, sondern vor allem, weil dadurch die Überblicksanalyse erschwert würde, in deren Mittelpunkt ja die Untersuchung einzelner Aspekte des hegemonialen Geschehens über verschiedene Texte hinweg und nicht so sehr die einzelnen Texte stehen sollen. Statt dessen gehe ich folgendermaßen vor: Am Anfang steht erneut ein kurzer Abriss des historischen Kontexts. Anschließend konzentriere ich mich darauf, den Elementen der hegemonialen Strategie nachzuspüren, die in den Einzelanalysen nicht hinreichend oder gar nicht erfaßt werden konnten; in Verbindung hiermit wird in Augenschein genommen, wie sich das Zusammenspiel der drei Kernstrategeme weiterentwickelte. Im Zentrum steht die Aufgabe, Strategem V zu rekonstruieren, also die emergente Interpretationsoffenheit des leeren Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“. Verknüpft wird mit dieser Rekonstruktion die Untersuchung, welche Subjekte mit welchen Interpretationen wann und auf welchen Subjektpositionen in den Diskurs eintreten, welche spezifischen Fortschreibungen der antagonistischen Grenze dabei produziert werden und wie sich eine spezifische Diskurskoalition konstituiert. Mit Blick auf die Fortschreibung der antagonistischen Grenze interessiert hier erstens besonders, welche Kontraritäten zwischen Wirtschaftsordnungselementen, und zweitens, welche Kontraritäten zwischen Subjektpositionen artikuliert werden. Abschließend nehme ich dann in den Blick, ob und inwiefern der sich entwickelnde Diskurs durch Superdifferenzen abgegrenzt wird (Strategem IV), und wie sich die Strategeme VIII und IX bereits in Ansätzen ausmachen lassen.

Betrachten wir also auch hier zunächst kurz den historischen Kontext, insofern er für den Diskurs um die „Soziale Marktwirtschaft“ von besonderem Belang ist.⁶⁰ Zunächst ist natürlich festzuhalten, daß mit der CDU im gesamten Analysezeitraum bis einschließlich 1959 die „Partei der Sozialen Marktwirtschaft“ die größte Regierungspartei im Bund stellte, die sowohl 1953 (45,2 %) als auch 1957 (50,2 %) ihr Wahler-

60 Ich greife dafür vor allem auf Abelshausen (1983), Kleßmann (1991; 1997) und Schwarz (1981) zurück.

gebnis steigern konnte und von 1957 bis 1961 – zusammen mit der CSU – mit absoluter Mehrheit regieren konnte. Ludwig Erhard blieb die gesamte Zeit über Wirtschaftsminister; Alfred Müller-Armack avancierte zu seinem wichtigsten Mitarbeiter, war ab 1952 Leiter der Grundsatzabteilung des BMWi und ab 1958 ebendort Staatssekretär für Europapolitik. Da die höheren Posten im BMWi im Lauf der frühen 1950er Jahre zunehmend mit Menschen besetzt wurden, die dem neoliberalen Gedankengut wohlwollend gegenüberstanden, wurde das Ministerium zum festen Bollwerk der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne von Erhards tendenziell (neo-)liberaler Auslegung (vgl. Löffler 2002: 508-10; vgl. auch Alber 1989: 59). Allerdings konnte sich Erhard mit seiner eher liberalen als christlich-sozialen Auslegung der „Sozialen Marktwirtschaft“ keineswegs immer durchsetzen, was vor allem an seiner nicht unproblematischen Beziehung zur Unionsfraktion im Bundestag (vgl. Löffler 2002: 482-490) und auch zu Adenauer – dem Wahlerfolge wichtiger waren als ordnungspolitische Ideengebäude – lag. Die vielleicht empfindlichste unionsinterne Niederlage aus (neo)liberaler Sicht mußte Erhard im Zuge der Rentenreform 1957 hinnehmen – dazu gleich.

Weil sie den Charakter der sich entwickelnden „Sozialen Marktwirtschaft“ nachhaltig beeinflussten, möchte ich aus den vielen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen der 1950er Jahre die folgenden kurz herausgreifen: den Koreaboom und die folgende Einführung korporatistischer Planungselemente in die Wirtschaftsordnung, die Entwicklung der Vermögensverteilung, einige Eckpunkte der Sozialpolitik sowie die deutsch-deutsche Teilung und die sich in dieser Teilung manifestierende Systemkonkurrenz zwischen Sozialer Marktwirtschaft und sozialistischer Planwirtschaft.

Ehe in der jungen Bundesrepublik der Durchbruch zu einem lang andauernden und sich selbst tragenden Wachstum gelang – Abelshauser (1983: 70) konstatiert ein solches ab Mitte 1952 –, mußte die deutsche Wirtschaft noch durch schwere See manövrieren. Das Wachstum der Industrieproduktion kam im Winter 1949/50 ins Stocken, die Arbeitslosigkeit stieg, wie schon erwähnt, auf mehr als zwei Millionen (ca. 12 %) im Februar 1950. Bei Wirtschaftsminister Erhard zeigte sich nun erneut, daß seine Vorstellung einer sozialverpflichteten Marktwirtschaft, wie schon im Zuge der obigen Analyse dargestellt, vor allem von neo- bzw. ordoliberalen Gedankengut beeinflusst war. So hielt er auch angesichts der genannten Krisenanzeichen unter dem Etikett der „Sozialen Marktwirtschaft“ an einer neoliberalen Wirtschaftspolitik fest, insbesondere sperrte er sich gegen aktive wirtschafts- oder arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und er wollte das staatliche Eingreifen in die Wirtschaft weiterhin auf die Ordnungsfunktion beschränken. Allerdings stand Erhard damit

nicht nur in Opposition zur SPD, sondern auch zu Teilen der Union und zur Alliierten Hochkommission. Die Alliierten waren es letztlich auch, die Erhard in der ersten Hälfte des Jahres 1950 dazu nötigten, Arbeitsbeschaffungsprogramme zu initiieren (vgl. Abelshauer 1983: 65-67).

Ehe diese Programme jedoch de facto das Licht der Welt erblicken konnten, brach im Juni 1950 der Koreakrieg aus. Die Folge war eine weltweit gesteigerte Nachfrage nach deutschen Gütern, welche die Industrieproduktion der jungen Republik stark anwachsen ließ. Zugleich stieg die Zahl der Erwerbstätigen – allerdings ohne daß dadurch die Arbeitslosigkeit deutlich zurückgegangen wäre (vgl. ebd.: 68). Der Koreakrieg löste jedoch nicht nur einen Wachstumsschub aus, sondern verdeutlichte auch, daß Erhards Wirtschaftspolitik, die seit 1948 auf den Ausbau der Konsumgüterindustrie konzentriert gewesen war, markante Schwächen hatte. Die größte Schwäche lag in der jahrelangen Vernachlässigung der Investitionen in die Grundstoffindustrien. Das galt insbesondere für die Strom-, Stahl- und Kohleindustrie, die aufgrund dieser Vernachlässigung nun nicht in der Lage waren, die während des Booms anschwellende Nachfrage zu befriedigen. Die entstehenden Engpässe ließen aus dem Koreaboom eine Korea Krise werden, eine Krise, die jedoch „gleichzeitig den wirtschaftlichen und politischen Problemdruck [schuf], der die Krise überwinden half – nicht ohne Wirtschaft und Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik nachhaltig zu verändern“ (Abelshauer 1983: 70). Diese Veränderung war eine Veränderung hin zu mehr planwirtschaftlichen Elementen, wenn auch in besonderem Gewand. Im März 1951 war von amerikanischer Seite – dort war angesichts der Kriege in Korea das Interesse an einer leistungsfähigen westdeutschen Wirtschaft enorm – die unmißverständliche Aufforderung zu einer grundsätzlichen Änderung der Wirtschaftspolitik hin zu mehr Planwirtschaft gekommen, um so die wirtschaftlichen Probleme zu lösen (vgl. ebd.: 76-79, Kleßmann 1991: 225). Angesichts dieses Drucks konnte Erhard die von ihm gewünschte „strikt marktwirtschaftliche“ Linie des Staates nur deshalb aufrecht erhalten, weil ihm die Wirtschaftsverbände zur Hilfe kamen und selbstverwaltet Aufgaben bei der Rohstoffverteilung und der Investitionsplanung übernahmen. Die Wirtschaftsverbände entwickelten also ein „Verfahren privatwirtschaftlicher Wirtschaftslenkung“ (Abelshauer 1983: 80) und füllten so die „Lenkungslücke aus, welche die Wirtschaftsreform von 1948 bewußt offen gelassen hatte“ (ebd.: 81). Begreift man diesen Prozeß als Artikulation – es handelt sich ja um eine Sinnsetzung – so kann man erneut eine – diesmal praktische – Äquivalenzierung von Marktwirtschaft und Wirtschaftslenkung innerhalb der emergierenden Formierung der „Sozialen Marktwirtschaft“ konstatieren, ebenso wie die Subjektivierung der Wirtschaftsverbände

durch diese Formation. Zugleich handelt es sich um eine Verschiebung weg von der durch Erhard vertretenen eher liberalen Lesart der „Sozialen Marktwirtschaft“ (vgl. ebd.: 81/82).

Die Ausweitung der Sozialpolitik kann als weitere wichtige, den Sinn der „Sozialen Marktwirtschaft“ modifizierende Entwicklung der 1950er Jahre gelten. Den Hintergrund der Sozialpolitik bildete dabei eine trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs fortbestehende Armut eines nicht geringen Teils der deutschen Bevölkerung (vgl. Kleßmann 1997: 39-44), darunter waren insbesondere viele Empfänger von Sozialleistungen, die Hans-Peter Schwarz als die „Stiefkinder des Wirtschaftswunders“ (Schwarz 1981: 327) bezeichnet. Zugleich ist in den ersten Jahren nach Gründung der Republik ein rasches und deutliches Auseinanderklaffen der Entwicklung der Kapitalgewinne einerseits und der Arbeitslöhne andererseits zu konstatieren, eine der Hauptursachen der im Lauf der 1950er Jahre zunehmend ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung (vgl. Abelshausen 1983: 72, 132-142).

In der ersten Legislaturperiode standen zunächst die Förderung des Wohnungsbaus und die Entschädigung der Kriegspfer und Flüchtlinge (Lastenausgleich) im Vordergrund (vgl. Kleßmann 1991: 240-248), während man hinsichtlich des Sozialversicherungswesens von einer „Phase institutioneller Restauration“ (Alber 1989: 60) sprechen kann, da im wesentlichen das traditionelle System wieder in Kraft gesetzt wurde. Vor allem aber kann die Einführung des Mitbestimmungsrechts – Montanmitbestimmung 1951, Betriebsverfassungsgesetz 1952 – als Merkmal der sich konstituierenden Sozialpartnerschaft, ein mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ eng verwobener Sinnkomplex (vgl. Wengeler 1996: 415/16), gelten. Insbesondere das Betriebsverfassungsgesetz blieb dabei weit hinter den gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Vorstellungen zurück (vgl. Kleßmann 1991: 236-239), kann also als ein Beleg für die fortbestehende Dominanz christlich-demokratisch-liberalen Denkens bei der Ausgestaltung der „Sozialen Marktwirtschaft“ gelten. Andererseits aber muß auch festgehalten werden, daß, indem ein solches Gesetz gegen den Widerstand der Unternehmerverbände und eines Teils der bürgerlichen Parteien überhaupt zustande kam, offensichtlich wurde, daß die Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ flexibel ausgelegt werden konnte. Denn unter ihrem Zeichen wurde eben keine rein (neo-)liberale Politik im Sinne Erhards verfochten, sondern vielmehr die Integration der Arbeitnehmer in die „Soziale Marktwirtschaft“ vorangetrieben (vgl. ebd.: 239).

Den vielleicht größten Akzeptanzzugewinn, aber auch die größte Sinnverschiebung – gegenüber der Erhardsehen, weniger gegenüber der Müller-Armackschen Lesart oder der der Düsseldorfer Leitsätze – erhielt die „Soziale Marktwirtschaft“ jedoch durch die Reform der Rentenversi-

cherung zum Ende der zweiten Legislaturperiode im Februar 1957 (vgl. Alber 1989: 61; Kleßmann 1991: 249-251). Die Reform, die gleichzeitig in der Angestellten- und in der Arbeiterversicherung vorgenommen wurde, bewirkte durch die Gleichzeitigkeit der Umstellung auf das Umlageverfahren, die Dynamisierung und eine Erhöhung der Renten eine enorme Verbesserung der Altersversorgung. Daß die Rentenreformgesetze, die das Soziale der Sozialen Marktwirtschaft für viele Deutsche mit Sinn erfüllten, gegen den Willen Erhards (vgl. Hentschel 1998: 366-370) und gegen die Stimmen der FDP, aber mit den Stimmen der oppositionellen Sozialdemokraten verabschiedet wurden, zeigt den zunehmenden Erfolg einer Politik, die unter dem Etikett „Soziale Marktwirtschaft“ betrieben wurde, und damit auch den Erfolg des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“; zugleich wird hierdurch erneut deutlich, daß sich mit dem zunehmenden Erfolg ein Wandel der Bedeutung von „Sozialer Marktwirtschaft“, oder genauer, eine emergente Interpretationsoffenheit dieses allmählich zum leeren Signifikanten werdenden Signifikanten einstellt (Strategem V). Werner Abelshäuser notierte in diesem Zusammenhang die immer deutlicher werdende Äquivalenz von Marktwirtschaft und Sozialpolitik unter dem Zeichen der „Sozialen Marktwirtschaft“:

Die Soziale Marktwirtschaft verhieß [...] materielle Sicherheit, wie sie im Slogan „Wohlstand für alle“ ihren prägnantesten Ausdruck fand. Ihre Anhänger suchten sie über Marktwettbewerb und staatliche Ordnungspolitik zu verwirklichen, ausdrücklich aber nicht mit den Instrumentarien des Interventionsstaates oder über korporative Selbstverwaltungskörperschaften in der Tradition der Bismarckschen Sozialversicherung. Letztere wurde jedoch durch die Rentenreform des Jahres 1957, die eine große sozialpolitische Koalition gegen den Widerstand des reformliberalen Lagers durchsetzte, nachhaltig gestärkt. *Soziale Marktwirtschaft wurde daraufhin in der Öffentlichkeit, bald aber auch von ihren eigenen Anhängern als eine Symbiose von Marktwirtschaft und klassischer Sozialpolitik beschrieben* (Abelshäuser 2001: 133/34, Herv. MN).

Neben den korporatistisch-planwirtschaftlichen und den sozialpolitischen Entwicklungen wurde die Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ vor allem durch die deutsche Teilung und die Kontrastierung mit der ostdeutschen, sozialistisch-planwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung geprägt. Zwar war die Planwirtschaft in der DDR zunächst ökonomisch nicht erfolglos: Der erste Fünfjahresplan (1950-1955), der eine Verdopplung der industriellen Produktion im Vergleich zu 1936 vorsah, wurde zu 102,6 % erfüllt; die Arbeitsproduktivität im selben Zeitraum konnte um 55 % und die Zahl der Beschäftigten von 5,8 Mio. (1945) auf 7,8 Mio. (1955) gesteigert werden (vgl. Kleßmann 1991: 270). Insofern

mußte das sozialistisch-planwirtschaftliche System ökonomisch zunächst als ernst zu nehmender Konkurrent angesehen werden. Zugleich allerdings waren unübersehbar mit diesem System ökonomische wie politische Freiheitsverluste und Repressionen einhergegangen, wie sich am plakativsten in der Niederschlagung des Arbeiteraufstands vom 17. Juni 1953 zeigte. Vor allem diese Freiheitsverluste und Repressionen boten eine Kontrastfläche, gegenüber der sich die „Soziale Marktwirtschaft“ abzuheben suchte, wobei einige Verfechter des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“, wie zu zeigen sein wird, im Zuge der Zweiteilung des symbolischen Raums insbesondere bemüht waren, eine Äquivalenz zwischen der sozialistisch-planwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung der DDR und der Wirtschaftsplanung im Sinne des demokratischen Sozialismus der westdeutschen SPD zu etablieren.

Das Schlagwort „Soziale Marktwirtschaft“ hatte durch den Wahlkampf 1949 und durch die Verwendung zur Bezeichnung der Wirtschaftspolitik der Regierung Adenauer in den Jahren danach bereits eine gewisse Prominenz erhalten. Dies zeigt sich daran, daß mit Beginn der 1950er Jahre zunehmend Subjekte in den ordnungs- und wirtschaftspolitischen Diskurs eintreten, indem sie eine Position gegenüber der „Sozialen Marktwirtschaft“ einnehmen – sowohl in zustimmender als auch in ablehnender Weise (siehe für Letzteres v.a. Abschnitt 6.3.3). Doch weil die „Soziale Marktwirtschaft“, wie jedes diskursive Element, im Saussureschen Sinn einen „Wert“ darstellt, dessen Bedeutung sich qua Relationalität durch seine je spezifische Einbindung in das Netz diskursiver Elemente ergibt, kann die Einnahme einer Subjektposition im Projekt „Soziale Marktwirtschaft“, mithin die Etablierung einer Relation zwischen Subjekt und „Sozialer Marktwirtschaft“, kein Ereignis ohne Rückwirkung auf die „Soziale Marktwirtschaft“ selbst sein. Dies gilt um so mehr dann, wenn man es bei den subjektivierten Subjekten mit politisch-gesellschaftlichen Kräften im oben ausgeführten Sinne zu tun hat, wenn es sich also um diskursiv in besonderer Weise wahrnehmbare Subjekte handelt. Es kann demnach nicht verwundern, wenn das hegemoniale Projekt der „Sozialen Marktwirtschaft“, das, wie ausgeführt, zahlreiche Subjektpositionen zu inkorporieren sucht, eine Bedeutungspreizung von „Sozialer Marktwirtschaft“ mit sich bringt, je mehr es voranschreitet. In diesem Zusammenhang steht das als Strategem V eingeführte Strategem der emergenten Interpretationsoffenheit des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen.⁶¹ Diese Interpretationsoffenheit

61 Auch wenn wir die Erörterung dieses Strategems bislang aufgeschoben haben, weil es sich in befriedigender Weise erst jenseits der Einzeltextanalyse rekonstruieren läßt, so hat es sich doch in der Summe der obigen

steht in einem reziproken Verhältnis zur Fähigkeit, Subjektpositionen einzubinden.

Als kleinster gemeinsamer Nenner der in den 1950er Jahren zirkulierenden Lesarten der „Sozialen Marktwirtschaft“ kann gelten, daß es sich um eine grundsätzlich marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung handelt, der allerdings ein – v.a. wettbewerbs- und geldpolitischer – Rahmen von staatlicher Seite vorgegeben wird. Darüber hinaus differieren die Interpretationen der „Sozialen Marktwirtschaft“ jedoch einerseits hinsichtlich des dieser Wirtschaftsordnung angemessenen Ausmaßes an lenkender Wirtschaftspolitik und kompensierender Sozialpolitik und andererseits hinsichtlich der Abgrenzungen zu anderen Wirtschaftsordnungen. Diese Unterschiede sind in besonderer Weise bei jenen auszumachen, die in der Subjektregion der Experten und Fachleute in das hegemoniale Projekt der „Sozialen Marktwirtschaft“ eintreten, sei es als politikberatender Wissenschaftler (wie Oswald Nell-Breuning oder Wilhelm Röpke), als administrativ tätiger Wissenschaftler (wie Alfred Müller-Armack) oder als wissenschaftlicher Verband (wie die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, in deren Namen Röpke schreibt). Die Bandbreite der Lesarten läßt sich schön an Texten von Oswald von Nell-Breuning und von Wilhelm Röpke zeigen.

Der Jesuit Oswald von Nell-Breuning kann als der führende Vertreter der katholischen Soziallehre Nachkriegsdeutschlands betrachtet werden. Im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, zu dessen Mitgliedern er lange Jahre gehörte, hielt er im Januar 1952 ein Grundsatzreferat, im Verlauf dessen er die von ihm befürwortete „Soziale Marktwirtschaft“ folgendermaßen einordnete:

56. *Soziale Marktwirtschaft* besagt eine Wirtschaft, die das Ineinandergreifen der verschiedenen Wirtschaftssubjekte grundsätzlich *verkehrswirtschaftlich* [d.h. marktwirtschaftlich, MN] gestaltet, zugleich aber die Wirtschaft im ganzen so zu *lenken* bestrebt ist, daß das Ergebnis „sozial“ ist, d.h. den Sinn der Wirtschaft erfüllt oder ihr Sachziel verwirklicht [...] durch eine Versorgung der

Einzelanalysen bereits angedeutet: vor allem dadurch, daß einerseits Erhard, der schon bald als der „Vater der Sozialen Marktwirtschaft“ galt, zunächst die „Marktwirtschaft“ in ihrer adjektivlosen Form propagierte und auch, nachdem er regelmäßig von „Sozialer Marktwirtschaft“ sprach, das Soziale als immanente, nicht als hinzuzufügende Eigenschaft der Marktwirtschaft verstand; während andererseits Müller-Armack schon 1946 von zahlreichen, auch sozial- und steuerpolitischen Ergänzungen zur „Marktwirtschaft“ ausging, um sie zur „Sozialen Marktwirtschaft“ zu machen. Die Düsseldorfer Leitsätze schließlich lassen in ihrem wirtschaftspolitischen Teil beide Lesarten ohne weiteres zu, wohingegen der sozialpolitische Teil eher der Müller-Armackschen Lesart nahezustehen scheint.

Menschen mit Unterhaltsmitteln (Einkommen und Vermögen), die eine tragfähige materielle Unterlage abgibt für eine gesunde *gesellschaftliche Ordnung* und damit für ein politisch und kulturell befriedigendes Gemeinschaftsleben.

57. Das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft besagt daher ein Doppeltes:

a) daß Wirtschaft – auch Verkehrswirtschaft – *lenkbar* ist, m.a.W., daß Verkehrswirtschaft und Lenkung keine einander ausschließenden Begriffe sind: *Möglichkeit* einer Lenkung;

b) daß das bloße Spiel der Marktgesetze („innere Koordination“) die Sinnerfüllung oder Erreichung des Sachziels der Wirtschaft aus sich allein nicht, zum mindesten nicht in allen Fällen und Lagen, gewährleistet, dies vielmehr, mindestens unter Umständen, durch lenkerische Maßnahmen sichergestellt werden muß: *Erfordernis* der Lenkung (Nell-Breuning 1956[1952]: 55, Herv. i.O.).

Nell-Breuning konzipierte „Soziale Marktwirtschaft“ also als Mischung aus Marktwirtschaft und Lenkungswirtschaft, unter der Prämisse, daß die Marktwirtschaft allein das „Sachziel der Wirtschaft“ verfehlt, welches er als „Versorgung der Menschen mit den ihnen als Geist-Leib-Wesen zur Erhaltung, Bereicherung, Veredelung und Verschönerung ihres Daseins benötigten materiellen Mitteln“ definiert (Nell-Breuning 1956[1952]: 44). Die Äquivalenz von marktwirtschaftlichen und lenkungswirtschaftlichen Elementen wird durch eine mehrfache Abgrenzung begleitet: Die Ordnung der „Sozialen Marktwirtschaft“ wird sowohl in Kontrarität zur Katallaktik im spezifischen Sinne Hayeks (vgl. ebd.: 54) und zum Neo(!)liberalismus im allgemeinen als auch zum Interventionismus der staatlichen Einzeleingriffe in die Wirtschaft abgegrenzt (vgl. ebd.: 55). Mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ äquivalent gesetzt werden hingegen verschiedene Notwendigkeiten einer systemischen Lenkung (womit ähnliches gemeint ist wie mit einer Lenkung qua „marktkonformer“ Maßnahmen, vgl. ebd.: 56), vor allem im Sinne von Einkommenspolitik (inklusive Redistribution), Vermögenspolitik, Investitionspolitik, Konjunkturpolitik, Beschäftigungspolitik, Kredit- und Geldpolitik sowie Wohnungs- und Bodenpolitik (vgl. ebd.: 62-67). Die „Soziale Marktwirtschaft“ gilt Nell-Breuning als diejenige Wirtschaftsordnung, die den gemeinsamen Grundwerten der Mehrheit des deutschen Volkes – „Menschenwürde“, „Freiheit“, „Gerechtigkeit“ – angemessen ist, wobei die Mehrheit in Kontrarität zu einer „sehr regsame[n], aber zahlenmäßig unbedeutende[n] Minderheit“, die dem „historischen und dialektischen Materialismus“ anhängt (ebd.: 50), artikuliert wird.

Einen deutlichen Gegenpol zu dieser christlich-sozialen Lesart der „Sozialen Marktwirtschaft“ bildet ihre Fortschreibung als „neoliberale Soziale Marktwirtschaft“ durch den bereits oben erwähnten Wilhelm Röpke (1958: 43) im „Aktionsprogramm der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ (vgl. zur ASM Löffler 2002: 81/82; Starbatty

2003), das 1958 aus Anlaß des zehnjährigen „Jubiläums“ der Sozialen Marktwirtschaft publiziert wurde. Wo Nell-Breuning die „Soziale Marktwirtschaft“ in Kontrarität zum „Neoliberalismus“ artikuliert, betont Röpke also die Äquivalenz beider diskursiver Elemente – ein deutliches Anzeichen der sich konstituierenden Bedeutungspluralität der „Sozialen Marktwirtschaft“. Röpke und mit ihm die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) binden in die Äquivalenzkette um die „Soziale Marktwirtschaft“ weiterhin vor allem die Forderungen nach Sicherung des „Eigentums“ (Röpke 1958: 30/31), nach „Stabilität des Geldwertes“ (ebd.: 31) und nach „Freiheit und Sauberkeit des Wettbewerbs“ (ebd.) ein. Zugleich wird immer wieder die Wahrung der menschlichen „Würde“ im Sinne von Verantwortung für das eigene Leben als wichtiges Ziel propagiert – interessanterweise vor allem zur Abwehr von sozialpolitisch relevanten staatlichen Maßnahmen, etwa der Förderung von Vermögen (die die Würde des Arbeiters beeinträchtigt, vgl. ebd.: 35), oder aber, um die Notwendigkeit einer privatisierten Kranken- und Altersvorsorge zu begründen (ebd.: 40).

Das Aktionsprogramm stellt fest, daß die „Soziale Marktwirtschaft [...] erst sehr unvollständig verwirklicht“ sei, und daß diese Unvollkommenheit der Grund für fortbestehende „Störungen und Unvollkommenheiten“ sei (ebd.: 29). Weiter moniert es, daß die zweite Legislaturperiode des Deutschen Bundestages (1953-1957) von einer Vielzahl von Verstößen „gegen die marktwirtschaftliche Ordnung“ gekennzeichnet gewesen sei⁶² – hier zeigt sich der Unwille der ordoliberalen Wirtschaftswissenschaft angesichts des verwässerten Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und angesichts der Rentenreform. In einer typischen hegemonialen Geste führt Röpke diese Verstöße zurück auf den unheilvollen Einfluß von Interessengruppierungen, wobei das „Gesamtinteresse“ übergangen wird. Der folgende „Staatsinterventionismus“ stehe in Kontrarität zur „Sozialen Marktwirtschaft“ (ebd.).

Die Wirtschaftsordnung der „Sozialen Marktwirtschaft“ wird allerdings nicht nur gegenüber dem verfehlten „Staatsinterventionismus“, sondern auch gegenüber dem „herkömmlichen Kapitalismus“ bzw. der „paläoliberalen Doktrin“ abgegrenzt, die durch ihre Krisenhaftigkeit ihrerseits „der sozialistischen und schließlich der bolschewistischen Ideologie den Boden bereitete“ (ebd.: 43). Zusammen mit letzterer wird – der Ost-West-Gegensatz kommt hier diskursiv voll zum Tragen – der „Kommunismus“ als Hauptgegner der „Sozialen Marktwirtschaft“ und ihrer Aktionsgemeinschaft artikuliert: „Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft sieht es als ihre Hauptaufgabe an, gegenüber der Offen-

62 Hier klingt auch Strategem IX (Strategem der eigentlichen Bedeutung) an.

sive des Kommunismus [...] eine bewußte Gegenoffensive zu unternehmen“, schreibt Röpke (ebd.: 30), und weiter:

Die Soziale Marktwirtschaft überwindet die Baufehler des herkömmlichen Kapitalismus mit freiheitlichen Mitteln, während eine freiheitsfeindliche staatliche Befehlswirtschaft diese Baufehler nur noch verschärfter und um neue, noch schlimmere vermehrt.

Die Soziale Marktwirtschaft grenzt sich deutlich gegen diese beiden Wirtschaftssysteme ab und stellt sich in den Dienst einer angesichts der sowjetischen Herausforderung unerläßlichen Verbesserung und Kräftigung unserer Gesellschaftsordnung (Röpke 1958: 47, Herv. MN).

Erneut finden wir also die Äquivalenzierung qua Kontrarität von „herkömmlichem Kapitalismus“ bzw. Paläoliberalismus und staatlicher „Befehlswirtschaft“/„Kommunismus“. Allerdings läßt sich feststellen, daß für die Advokaten der „neoliberalen Sozialen Marktwirtschaft“ die Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus die tragende Rolle spielt („Gegenoffensive“). In diesem Sinne wird die „Soziale Marktwirtschaft“ auch als „Wirtschaftsform der freiheitlichen Demokratie“ artikuliert und die Planwirtschaft dem „totalitären Diktaturstaat“ äquivalent gesetzt (ebd.: 30).

Wir sehen also die angesprochene Bedeutungsspreizung, deren Intervall im wesentlichen auf der einen Seite durch eine neoliberale Interpretation begrenzt wird, die das Soziale der „Sozialen Marktwirtschaft“ in der Ergänzung der Marktwirtschaft um wettbewerbsrechtliche und geldpolitische Sicherungen sieht, und auf der anderen Seite durch eine christlich-soziale Interpretation, die eine Notwendigkeit zur Ergänzung einer solchen marktwirtschaftlichen Ordnung um lenkungswirtschaftliche und sozialpolitische Maßnahmen gegeben sieht. Beide Lesarten unterscheiden sich insbesondere dahingehend, ob sie in der Wirtschaftsordnung der „Sozialen Marktwirtschaft“ ausschließlich eine Wirtschaftsordnung mit dem Ziel einer weitestgehenden ökonomischen Leistungssteigerung (so die neoliberale Lesart) oder aber eine darüber hinaus gehende Gesellschaftsordnung sehen, die den in ihr lebenden Menschen ein „politisch und kulturell befriedigendes Gemeinschaftsleben“ ermöglicht (Nell-Breuning 1956[1952]: 55).

Eher der neoliberalen Interpretation neigt das Wirtschaftsprogramm der FDP aus dem Jahr 1953 zu (FDP 1963[1953]). Auch hier werden unter dem – im Jahr 1948 bereits von Erhard verwendeten – Hauptschlagwort der „sozial verpflichteten Marktwirtschaft“ („Soziale Marktwirtschaft“ taucht nur vereinzelt auf, vgl. z.B. ebd.: 341) vor allem die Forderungen nach „freier Entfaltung“ (ebd.: 332), nach einer „Sicherung des Leistungswettbewerbs“ und nach einer „gesunden Währung“ (beide

ebd.: 333) in eine Äquivalenzkette eingebunden. Die „sozial verpflichtete Marktwirtschaft“ wird dabei in Kontrarität zum „Sozialismus aller Schattierungen [..., der] die Menschen durch Enteignung zugunsten des Staates und seiner dadurch allmächtig werdenden Funktionäre gleich arm und unfrei“ (ebd.: 332) macht, sowie zum „Staatskapitalismus“ (ebd.: 334) artikuliert. Wenig überraschend fehlt bei den Liberalen eine Kontraritätsartikulation von „Sozialer Marktwirtschaft“ und „Liberalismus“ (unabhängig vom Präfix des Liberalismus).

Relativ deutlich innerhalb des neoliberalen Bedeutungsfeldes der „Sozialen Marktwirtschaft“ verortet sich auch die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), wenn sie im März 1953 – also ein halbes Jahr vor der zweiten Bundestagswahl – in ihrer Grundsatzerklärung „Gedanken zur sozialen Ordnung“ formuliert:

Der Wandel in der Wirtschaftsgesinnung, in den Wirtschaftsformen und in der Sozialordnung, der sich in den letzten fünfzig [!] Jahren vollzogen und sich gerade auch in der Deutschen Bundesrepublik seit 1948 fortgesetzt hat, kommt darin zum Ausdruck, daß wir heute nicht mehr von einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sondern von „Sozialer Marktwirtschaft“ sprechen. Unter dieser Marktwirtschaft versteht man eine Wirtschaft mit grundsätzlichem Privateigentum an den Produktionsmitteln, mit freiem Wettbewerb im Rahmen der Rechts- und Sittenordnung, mit Vertragsfreiheit, mit individueller Haftung und mit fester Währung. Sozial nennt man diese Marktwirtschaft, weil ihre Verfechter, zu denen auch die Unternehmer gehören, entschlossen sind, mit ihr als Grundlage der Gütererzeugung und Güterverteilung zugleich das mögliche Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit zu verwirklichen (BDA 1953: 8, Herv. i.O.).

Die Unternehmer in Form der BDA treten hier also unmittelbar als Subjekte – Verfechter – der „Sozialen Marktwirtschaft“ in Erscheinung, reihen sich also in das sozialmarktwirtschaftliche Projekt ein.⁶³ In die Äquivalenzkette um die „Soziale Marktwirtschaft“ werden die typisch neoliberalen Forderungen nach Privateigentum, nach freiem, aber rechtlich geregeltem Wettbewerb und nach stabiler Währung eingebunden, ebenso die nicht minder liberale Forderung nach Vertragsfreiheit. Das Soziale der „Sozialen Marktwirtschaft“ wird hingegen lediglich im Sinne einer Absichtserklärung in die Äquivalenzkette eingebunden. Die Einforderung von „Leistungsfähigkeit“ und „Leistungswillen“ steht hier in Kontrarität zu einer zu umfangreichen und dadurch lähmenden öffentlichen Betreuung (vgl. ebd.: 11). Ähnlich wie auch die FDP die „So-

63 Vgl. allgemein zum Verhältnis der Unternehmerverbände zur „Sozialen Marktwirtschaft“ Hartwig (1997).

ziale Marktwirtschaft“ in Kontrarität zum „Sozialismus aller Schattierungen“ artikuliert und damit sämtliche Sozialismen äquivalent gesetzt hatte, positioniert auch die BDA die „Soziale Marktwirtschaft“ gleichermaßen in Kontrarität zum sowjetisch-ostdeutschen „Kommunismus“/„Bolschewismus“ (ebd.: 4/5) wie zum „demokratischen Sozialismus“, der wirtschaftspolitischen Leitvorstellung der westdeutschen Sozialdemokratie. Letztere, 1953 noch stark von lenkungswirtschaftlichem Denken durchdrungen, wird in eine unausweichliche Äquivalenz mit „totalitärem Staat“ und „Konzentrationslagern“ gestellt:

[Die Wirtschaftsplanung] führt notwendig zu immer weiterem Ausbau des Staatsapparates, zur Ausübung schroffer staatlicher Gewalt und schließlich zum totalitären Staat. Der Bauer bringt, um an ein bekanntes Beispiel zu erinnern, sein Gemüse nicht mehr zum Markt, weil es seinem Eigeninteresse entspricht, sondern weil der Gendarm hinter ihm steht. Persönliche Freiheit und Meinungsfreiheit werden hinfällig. Am Ende der Entwicklung steht das Konzentrationslager. Dies ist durch Erfahrung hinreichend erhärtet und in unser Wissensgut eingegangen.

An solchen Zwangsläufigkeiten scheitern Wirtschafts- und Sozialordnung des demokratischen Sozialismus. *Eine menschenwürdige Sozialordnung ist mit seinen Lehren unvereinbar* (BDA 1953: 7, Herv. i.O.).

Wie der „Sozialismus“ wird auch „das Denken des liberalen Kapitalismus“ in die Äquivalenzkette des Überholten eingereiht und der „Sozialen Marktwirtschaft“ gegenüber gestellt: „Keine solcher Ideologien ist Avantgarde einer neuen Zeit. Sie sind alle heute nur noch die Nachhut des 19. Jahrhunderts“ (ebd.: 16). Allerdings: Obschon auch der Kapitalismus als vergangene Ordnung des Mangels gilt, die durch die „Soziale Marktwirtschaft“ überwunden sei, prägt diese Äquivalenzierung von „liberalem Kapitalismus“ und „Sozialismus“ den BDA-Text *nicht* – sie klingt neben der zitierten Passage kaum an. Den Text beherrscht hingegen die Q-Äquivalenzkette zwischen den verschiedenen Sozialismen und damit – ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl – die Äquivalenzierung des „demokratischen Sozialismus“ der westdeutschen SPD mit dem DDR-Sozialismus unter Ulbricht und dem sowjetischen Bolschewismus am Lebensende Stalins (der im März 1953 stirbt, dem Monat der Publikation der „Gedanken zur sozialen Ordnung“). In die Äquivalenzkette Q eingereiht werden auch die Gewerkschaften – der Text spricht vom „Problem der Gewerkschaften“ (ebd.: 13) –, jedenfalls solange sie, etwa in der Lohnpolitik, „gewerkschaftliche Machtmittel“ einsetzen (ebd.: 12).

Ebenfalls von den Arbeitgebern bzw. von Unternehmern getragen war der Verein *Die Waage – Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs*, der in den 1950er Jahren (und auch danach noch) Öffent-

lichkeitsarbeit für die „Soziale Marktwirtschaft“ betrieb.⁶⁴ Das Werbematerial, das von der *Waage* verwendet wurde, reproduzierte im wesentlichen einige der schon in den Einzelanalysen dargestellten Topoi. Die Abbildungen 9 bis 11 (Seiten 360-362) zeigen drei der zahlreichen Zeitungsanzeigen der *Waage*. Ins Zentrum rückt die „Soziale Marktwirtschaft“ in allen drei Anzeigen als Überwinderin des Mangels, der gleichgesetzt wird mit der „Bezugsscheinwirtschaft“ oder der „Kommando-Wirtschaft“ (Abbildung 9), der „sozialistischen Planwirtschaft“, der „Zeit vor 1948“⁶⁵ (Abbildung 10) oder der „staatlichen Zwangswirtschaft der Funktionäre“ (Abbildung 11). Die „Soziale Marktwirtschaft“ hingegen bildet die Garantie für die Verwirklichung des Allgemeinen und bindet verschiedene, am Allgemeinen orientierte Forderungen ein:

Allein der freiheitliche Wettbewerb der SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT brachte uns wieder ein besseres Leben und eine hoffnungsvolle Zukunft (Abbildung 9, Herv. i.O.).

Freie Auswahl beim Einkauf, immer bessere und billigere Waren – sorgen wir dafür, daß uns ERHARDS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT erhalten bleibt. Sie sichert uns Aufstieg und sozialen Frieden (Abbildung 10, Herv. i.O.).

In das wissenschaftlich etablierte Feld verschiedener Wirtschaftsordnungen wird die „Soziale Marktwirtschaft“ in den hier gezeigten Anzeigen nicht eingeordnet. Statt dessen wird die Interpretation der „Sozialen Marktwirtschaft“ von zwei Faktoren beherrscht: von Anti-Sozialismus (explizit in Abbildung 10 die Kontrarität zur „sozialistischen Planwirtschaft“) und von der Person Ludwig Erhard („Soziale Marktwirtschaft“ wird in den Abbildungen 10 und 11 als „Erhards Soziale Marktwirt-

64 Die Geschichte der *Waage* als erste Public-Relations-Organisation für die „Soziale Marktwirtschaft“ ist mittlerweile gut aufgearbeitet (vgl. v.a. Schindelbeck/Ilgens 1999; vgl. auch Kunczik/Schüfer 1993; Hein 1998). Diese Vereinigung kann als institutionelle Speerspitze der Öffentlichkeitsarbeit für die „Soziale Marktwirtschaft“ in den 1950er Jahren gelten. Solche Öffentlichkeitsarbeit war Erhard nicht nur willkommen, sondern wurde von ihm auch unmittelbar gefördert; sein Ministerium etwa besaß einen eigenen öffentlichkeitspolitischen Apparat (hierzu ausführlich Löffler 2002: 252-295). Großen Wert legte Erhard zudem auf gute und intensive Kontakte zu den Zeitungen (vgl. ebd.: 262); zu seinen wichtigsten politischen Unterstützern gehörten mit Alex Haffner, einem der Financiers und Mentoren der FAZ, und Gerd Bucerius, dem Verleger der ZEIT, wichtige Vertreter der Presse (vgl. ebd.: 473/74, 480/81).

65 Dies kann man sowohl *nur* auf die Besatzungszeit vor der Währungsreform beziehen oder aber auf die nationalsozialistische Lenkungswirtschaft *und* die Besatzungszeit.

schaft“ artikuliert). Beide Elemente verbinden sich kurz vor der zweiten Bundestagswahl – Anzeige 3 (Abbildung 11) erschien am 2. September 1953, mithin vier Tage vor der Wahl – zu einem mehr oder weniger deutlichen Wahlauftritt gegen die SPD und für die Partei Erhards, indem folgende Alternative eröffnet wird:

Abbildung 9: Werbekampagne des Waage e.V. für die Soziale Marktwirtschaft, Anzeige 1



WIE SCHNELL DER MENSCH VERGISST

Es war einmal – da standen wir fröstelnd und todmüde um die Büme, die von der Zettelpest befallen waren. „Tausche Sirup gegen Schuhe.“ Wir hungerten und standen Schlange nach Lebensmittelkarten, Textilpunkten, Bezugsscheinen, Zuteilungen – ist es wirklich nur ein paar Jahre her? **Wie schnell der Mensch vergißt!**

Wer erinnert sich heute noch der Währungsreform? Wie vorsichtig strichen wir damals über die neuen Scheine ...

Aber wir hatten Glück in jenem Jahr 1948. Ein Mann machte Schluß mit der Bezugsscheinwirtschaft, mit Zuteilungen und Schlangestehen. Mutig zerschlug er die „Behördlichen Vorschriften zur Bewirtschaftung gewerblicher Erzeugnisse“. Anstelle der Kommando-Wirtschaft setzte er die **SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT**. Er sagte: „Von jetzt ab ist Geld der einzige Bezugsschein.“ Geld aber wird nicht zuteilt, es

wird durch harte Kopf- und Handarbeit verdient. Darum soll jeder, sei er Arbeiter oder Unternehmer, am freien „Markt“ der Wirtschaft verdienen, was Können und Arbeitslust ihm einbringen.

So entfesselte im Jahre 1948 die Soziale Marktwirtschaft die Kraft unseres Volkes für den Wiederaufbau – und kaum drei Jahre später lief die deutsche Wirtschaft wieder volle Kraft voraus.

Niemals dürfen wir deshalb vergessen, was Arbeiter und Unternehmer seit jenen Tagen in einmütiger Zusammenarbeit geschaffen haben. Niemand soll die gemeinsame Leistung leugnen, keiner soll den sozialen Frieden stören! Allein der freithetliche Wettbewerb der **SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT** brachte uns wieder ein besseres Leben und eine hoffnungsvolle Zukunft. – Diese Erkenntnis muß uns Allen Tag für Tag, zu jeder Stunde gegenwärtig sein!



Zum Wohlstand Aller durch geeinte Kraft / führt die Soziale Marktwirtschaft

Quelle: *Der Spiegel* vom 15. Oktober 1952, Seite 25

Vor uns liegt die Entscheidung: Staatliche Zwangswirtschaft der Funktionäre – oder Fortschritt in Freiheit und weitere Hebung unseres Lebensstandards durch unsere in schwerster Zeit erprobte Wirtschaftsordnung, durch ERHARDS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT (Abbildung 11, Herv. i.O.)!

Abbildung 10: Werbekampagne des Waage e.V. für die Soziale Marktwirtschaft, Anzeige 2



... davon haben wir alle den Vorteil!

Mein Name ist OTTO, und das ist FRITZ - der ist ein klarer Kopf, mit dem läßt sich reden. Wir treffen uns hin und wieder und bringen die Welt in Ordnung.

Otto: Sag mal, was ist das eigentlich, SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT?

Fritz: Ganz einfach, das ist die Form der Wirtschaft, die uns seit der Währungsreform wieder hochgebracht hat.

Otto: Na ja, schön und gut, aber wieso ist die denn sozial?

Fritz: Weil wir alle davon den Vorteil haben. Auch Du und ich.

Otto: Wieso? Das mußt Du mir erklären.

Fritz: In der Marktwirtschaft kann ein Betrieb sich nur halten, wenn er sich mächtig anstrengt und immer bessere und billigere Waren herausbringt. Davon haben wir alle den Vorteil.

Otto: Falls wir das Geld haben, uns was zu kaufen ...

Fritz: Das ist ja in jeder Wirtschaft so: nur wer Geld hat, kann kaufen, - nur wer verdient, kann ausgeben.

Otto: Aber in der sozialistischen Planwirtschaft diktiert der Staat die Preise, da kannst Du kaufen ...

Fritz: ... was Dir von oben zugeteilt wird, - und das ist wenig und taugt nichts. Und was es »frei« zu kaufen gibt, ist stündhaft teuer.

Otto: Ja, aber ...

Fritz: Mann, Otto, haben wir ja alles schon gehabt. Denk mal an die Zeit vor 1948.

Otto: Ja, ja, meine Frau mußte damals so manches gute Stück aus dem Haus tragen, um die Kinder mal satt zu machen.

Fritz: Meine auch! Ich glaube, unsere Frauen verstehen überhaupt am besten, was ERHARDS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT für uns bedeutet. Sie hatten ja unterm Schlangenstehen und der ganzen elenden Bezugscheinwirtschaft am meisten zu leiden. Jetzt können sie wieder einkaufen, was sie wollen, nach eigenem Geschmack, gute Ware für gutes Geld -

Otto: Stimmt. Erst seitdem unser Geld wieder Wert hat -

Fritz: - können unsere Frauen mit dem Inhalt unserer Lohntüte wieder etwas anfangen. Siehst Du, auch das ist in Wirklichkeit eine große soziale Leistung.

Otto: Na ja, da hast Du recht. Wenn man so alles in allem nimmt - muß ja wohl was dran sein an dieser SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT.

Freie Auswahl beim Einkauf, immer bessere und billigere Waren - sorgen wir dafür, daß uns ERHARDS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT erhalten bleibt. Sie sichert uns Aufstieg und sozialen Frieden.



DIE WAAGE

Gemeinschaft zur Förderung des Sozialen Ausgleichs e.V.
Vorsitzer: Franz Greiss - Köln am Rhein - Unter Sachsenhausen 14-26

Quelle: *Der Spiegel* vom 29. Juli 1953, Seite 13

Im Zuge dieser popularisierenden PR-Kampagne läßt sich also ein weiterer spezifischer Zuschnitt der Bedeutung von „Sozialer Marktwirtschaft“ feststellen, der ganz besonders auf die Person des beliebten Wirtschaftsministers abstellt und diese Personalisierung mit der Kontritätsartikulation zwischen „Sozialer Marktwirtschaft“ einerseits und der

Abbildung 11: Werbekampagne des Waage e.V. für die Soziale Marktwirtschaft, Anzeige 3



Das Volk hat das letzte Wort

„... Eine meiner Aufgaben ist, dem deutschen Volk Mut und Zuversicht zu geben. Denn es sind zu viele am Werk, das deutsche Volk wieder in Verzweiflung und Lebensangst zu treiben! Sie wollen, daß dieses arbeitsame Volk nur ja keinen Tag seines Lebens froh werde...“

Otto: Da ist viel Wahres dran. Ich weiß auch, wen der Wirtschaftsminister Erhard meint. Unserem möchte in Frieden schaffen und vorwärtskommen. Aber dazu gehört Verständigung und Zusammenarbeit.

Fritz: Otto, jetzt hast Du den Nagel auf den Kopf getroffen. Aber ich sage Dir: Wer die einmalige Leistung unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach dem Krieg – diese Gemeinschaftsleistung der deutschen Arbeiter und Unternehmer – heute zu verkleinern sucht, der meint's nicht gut mit unserem Volk!

Otto: Hast recht. Aber wir sind eben noch nicht ganz über den Berg, und da haken die Unruhstifter ein.

Fritz: Und das nenne ich von Grund aus unehflich!

Otto: Wer nicht selbst Verantwortung trägt, hat eben leicht reden –

Fritz: – und verspricht das Blaue vom Himmel. Aber nach dem Krieg ging es ums Zupacken: Entrümmern, Arbeitsplätze und Wohnungen schaffen, dem Geld wieder Wert geben – immer mehr, besser und billiger produzieren.

Otto: Wir haben ja dann auch das Menschenmögliche getan –

Fritz: – und haben es in vier Jahren dahin gebracht, daß die deutsche Lebenshaltung wieder zu den höchsten in Europa gehört! So viel haben wir durch Erhard's Politik der **SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT** erreicht – und zum Dank soll sein Werk wieder zertrümmert werden?

Otto: Nein, Fritz. Dazu haben nicht ein paar Unruhstifter, sondern wir, das Volk, das letzte Wort zu sagen.

Vor uns liegt die Entscheidung: Staatliche Zwangswirtschaft der Funktionäre – oder Fortschritt in Freiheit und weitere Hebung unseres Lebensstandards durch unsere in schwerster Zeit erprobte Wirtschaftsordnung, durch ERHARDS SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT!


DIE WAAGE
 Gemeinschaft zur Förderung des Sozialen Ausgleichs e.V.
 Vorsitzter: Franz Greiss - Köln am Rhein - Unter Sachsenhausen 14-26

Quelle: *Der Spiegel* vom 2. September 1953, Seite 7

Äquivalenzkette „sozialistische Planwirtschaft“ – „staatliche Zwangswirtschaft“ (– SPD-Wirtschaftspolitik) andererseits verbindet.

Keine entscheidende Rolle spielt die Personalisierung hingegen im vielleicht am häufigsten zitierten Text zur „Sozialen Marktwirtschaft“, der in den 1950er Jahren verfaßt wurde, dem Wörterbucheintrag „Soziale Marktwirtschaft“ von Alfred Müller-Armack aus dem Jahr 1956 – auch wenn die „Soziale Marktwirtschaft“ hier in eine Äquivalenzrelation zu Erhard, zur CDU und zu den Koalitionsparteien gestellt wird (Müller-Armack 1966[1956]: 243). Die besondere Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ konstituiert sich statt dessen, wie schon ganz ähnlich im oben ausführlich analysierten Müller-Armack-Text von 1946, qua doppelter Kontrarität im Feld der Wirtschaftsordnungen: Etwa gleichgewichtig betont Müller-Armack den Gegensatz sowohl gegenüber „Altliberalismus“ bzw. „Laissez-faire-Wirtschaft“ als auch gegenüber „interventionistischer Wirtschaftspolitik“ und „Sozialismus“ (ebd.: 244). Bezüglich der Verortung gegenüber dem „Neoliberalismus“ unterscheidet sich Müller-Armacks Interpretation von derjenigen Nell-Breunings, der die „Soziale Marktwirtschaft“ in seinem Grundsatzreferat in Kontrarität zum „Neoliberalismus“ artikuliert hatte, weil Müller-Armack mehrfach eine Äquivalenz von „Neoliberalismus“ und „Sozialer Marktwirtschaft“ zum Ausdruck bringt (ebd. 244/45). Allerdings gehen die Forderungen, die Müller-Armack auch in diesem kurzen Text wieder in die Äquivalenzkette um die „Soziale Marktwirtschaft“ einfügt, über den engen Kanon neoliberaler Forderungen weit hinaus, wenn er – grundsätzlich – die Politik der „Sozialen Marktwirtschaft“ auch als Gesellschaftspolitik verstanden wissen will (ebd.: passim), und wenn er – spezifischer – auf ein „vielgestaltiges und vollständiges System sozialen Schutzes“ (ebd.: 245) oder auf „staatliche Einkommensumleitung“ in erheblichem Maß (ebd.: 246) dringt. Müller-Armack formuliert in diesem Text die vielleicht zentrale Äquivalenz in der Äquivalenzkette der Forderungen, die sich um die „Soziale Marktwirtschaft“ gruppieren, wenn er schreibt: „*Sinn* der Sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“ (ebd.: 243, Herv. i.O.). Wie weiter oben schon mit Hilfe der Ausführungen Abelshausers festgestellt wurde, war es diese Äquivalenz, die nach der Rentenreform von 1957 bald die öffentliche Meinung vom Gehalt der „Sozialen Marktwirtschaft“ beherrschte. Nach der Rentenreform, so Abelshausen (2001: 134), wurde „Soziale Marktwirtschaft“ „in der Öffentlichkeit, bald aber auch von ihren eigenen Anhängern als eine Symbiose von Marktwirtschaft und klassischer Sozialpolitik beschrieben.“

Resümierend können wir also eine doppelte Bewegung feststellen: Erstens werden zahlreiche unterschiedliche Subjekte durch das hegemo-

niale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ subjektiviert, sie alle werden – auf verschiedenen Subjektpositionen – zu Protagonisten der „Sozialen Marktwirtschaft“. Dies gilt gleichermaßen für Individuen und für Gruppen, die als politisch-gesellschaftliche Kräfte innerhalb dieses Diskurses wahrnehmbar sind, sei es aufgrund ihrer wissenschaftlichen und z.T. auch administrativen Kompetenz im Falle der Individuen, oder sei es, weil sie als Gruppen – Parteien oder Verbände – mehrere Voraussetzungen von Wahrnehmbarkeit in sich bündeln (vgl. Kapitel 4.5). Es nimmt damit also genau das Gestalt an, was wir weiter oben (4.4.4) als die performative Dimension eines gemeinsamen Willens, den Mangel an Allgemeinem in einer bestimmten Weise zu beheben, bezeichnet haben. Das diskursive Element „Soziale Marktwirtschaft“ entwickelt sich zu einem Knotenpunkt des wirtschaftspolitischen Diskurses, einem wichtigen positiven Referenzpunkt einer zunehmenden Anzahl von Diskursbeiträgen. Es kommt zu einer Verknüpfung von Subjekten über die Subjektpositionen der hegemonialen Formation-Formierung um das diskursive Element „Soziale Marktwirtschaft“, die sich mithin als hegemoniales Projekt so hervorragend entwickelt, daß man vielleicht schon nach der Rentenreform von 1957 von einer Hegemonie sprechen kann. Fragt man nun danach, *welche* Subjektpositionen sich in der Äquivalenzkette P miteinander verknüpfen, so ist es von großer Bedeutung, daran zu erinnern, daß Subjekte – je nach Kontext – von verschiedenen Subjektpositionen aus sprechen, weshalb man mehrere Dimensionen von miteinander verbundenen Subjektpositionen konstatieren kann. Zum Beispiel nehmen all die hier auftretenden Subjekte in der einen oder anderen Weise Subjektpositionen in der Subjektregion der Experten ein, sei es, indem sie wissenschaftliche Qualifikationen für sich reklamieren, sei es, indem sie eine anderweitig begründete Einsicht in das Wesen der in diesem spezifischen Diskurs verhandelten Dinge hervorheben.⁶⁶ Insofern als das Sprechen von derartigen Subjektpositionen aus bedingt, daß die Sprechenden von der Wahrheit und der Richtigkeit ihrer Lesarten des Wesens der Dinge überzeugt sind, eröffnet sich also die Möglichkeit einer Äquivalenzierung von Subjektpositionen aufgrund von Weltinterpretationen. Es stellte sich diesbezüglich hier heraus, daß das hegemo-

66 Als Anhaltspunkt dafür, daß die Einnahme einer Position in der Expertenregion keineswegs eine Eigenheit wissenschaftlicher Texte ist, mag dienen, daß die BDA in ihren „Gedanken zur sozialen Ordnung“ den Befürwortern einer sozialistischen Wirtschaftsordnung pauschal vorhält, es handle sich bei ihnen um „Männer, [...] die bisher niemals praktische Wirtschaftsleistungen vollbracht haben“ (BDA 1953: 8/9), dabei aber gleichzeitig den durch sie vertretenen Unternehmern eben diese praktische Wirtschaftskompetenz zuschreibt.

niale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ im Untersuchungszeitraum wenigstens eine Äquivalenzierung von christlich-sozialen⁶⁷, konservativen und liberalen Subjektpositionen ermöglichte. Zugleich sprechen aber auch alle hier auftretenden Subjekte von bestimmten professionellen Subjektpositionen aus (Wissenschaftler, Unternehmer, Administratoren, Kirchenleute), für deren Äquivalenzierung die „Soziale Marktwirtschaft“ ebenso einen spezifischen Weg ebnete. Nicht zuletzt erlaubte dieses hegemoniale Projekt – und insofern finden sich unsere Annahmen zum Strategem VI bestätigt – auch die Verknüpfung von verschiedenen (Gruppen-)Subjektpositionen des politisch-gesellschaftlichen institutionellen Gefüges (politische Parteien, Wirtschaftsverbände, Ministerien). Wir können also insgesamt von einer mehrdimensionalen Diskurskoalition um den Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ sprechen.

Wir hatten aber davon gesprochen, daß sich mit Hilfe der Überblicksanalyse eine doppelte Bewegung rekonstruieren läßt. Die zweite Bewegung, die parallel zur eben dargestellten Formierung einer Diskurskoalition verläuft, besteht darin, daß das diskursive Element „Soziale Marktwirtschaft“ in einer Weise emergiert, die es einerseits zum koalitionsübergreifenden Repräsentanten des spezifischen Allgemeinen, mithin zum leeren Signifikanten eines hegemonialen Projekts werden läßt, was andererseits mit verschiedenen Lesarten einhergeht. Folglich lassen sich im hier untersuchten Diskursausschnitt sowohl Strategem III (Repräsentation) als auch Strategem V (die emergente Interpretationsoffenheit des Repräsentanten des Allgemeinen) erfolgreich rekonstruieren.

Zugleich stellt sich aber natürlich die Frage, ob Strategem V, das als ergänzendes Strategem die Funktion übernimmt, die Reichweite eines hegemonialen Projekts zu erhöhen, nicht das Kernstrategem II – die antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums – unterläuft (verstärkt wird dieser Effekt durch Strategem VII). Denn zwar läßt sich auf der Ebene einzelner Diskursbeiträge Strategem II meist recht gut rekonstruieren, im Diskurszusammenhang aber wird die antagonistische Grenze zweifellos brüchig, wenn einmal der „Neoliberalismus“ in Kontrarität, dann aber in Äquivalenz zur „Sozialen Marktwirtschaft“, oder wenn einmal die „marktkonforme Wirtschaftslenkung“ als Bestandteil der „Sozialen Marktwirtschaft“, das andere Mal aber jede Form der „Planwirtschaft“ als mit einer „menschenswürdig[e] Sozialordnung [...] un-

67 Dies ist keineswegs primär als christlich-sozial im Sinne der CSU zu lesen. Vielmehr wird zum Ausdruck gebracht, daß sich sowohl die Position der katholischen Soziallehre (repräsentiert durch Nell-Breuning) als auch die einer christlich-protestantisch fundierten Gesellschaftslehre – von einer expliziten evangelischen Sozialethik war noch nicht die Rede – (repräsentiert durch Müller-Armack) einbinden ließ.

vereinbar“ (BDA 1953: 7) artikuliert wird. Unterschiedliche Auffassungen gab es, wie schon gesagt, vor allem auch hinsichtlich der gesellschaftspolitischen Reichweite der „Sozialen Marktwirtschaft“ – divergierende Interpretationen trennten hier z.B. sogar die beiden Protagonisten, die im Wirtschaftsministerium eng zusammenarbeiteten, Erhard und Müller-Armack. Während Erhard zu einer neoliberalen, eher puristisch-ökonomischen Lesart der „Sozialen Marktwirtschaft“ tendierte, sah Müller-Armack darüber hinausgehend die Notwendigkeit einer gesellschaftspolitisch orientierten „zweiten Phase der Sozialen Marktwirtschaft“ (Müller-Armack 1966[1960]), so daß sich in den ausgehenden 1950er Jahren eine „tendenzielle Entfremdung zwischen dem Theoretiker der Sozialen Marktwirtschaft und dem politischen Praktiker Ludwig Erhard“ (Zinn 1992: 48) konstatieren läßt. Tun sich da also nicht Widersprüche auf, die ein homogenes hegemoniales Projekt und eine entsprechende Diskurskoalition eigentlich verunmöglichen sollten?

Die Antwort auf derartige Zweifel muß offensichtlich ein klares Nein sein. Richtig ist, daß Brüche auftreten. Falsch aber ist, daß derartige Brüche hegemoniale Projekte oder Hegemonien verunmöglichen. Vielmehr handelt es sich – wie auch schon weiter oben betont wurde – um ein konstitutives Element von hegemonialen Projekten und Hegemonien, da sie zwar an der antagonistischen Zweiteilung arbeiten, dabei aber kontinuierlich scheitern. Ohne diese ständig präsente und sich auch immer wieder realisierende Möglichkeit des Scheiterns würde man nicht von Hegemonien sprechen, sondern von fixen Sinn- und/oder Herrschaftsstrukturen (was angesichts der ausgeführten Beweglichkeit im Raum der Diskursivität allerdings unsinnig wäre). Was also hegemoniale Projekte wie auch Hegemonien auszeichnet, ist der Prozeß der Zweiteilung, nicht so sehr das Ergebnis des Zweigeteilt-Seins. Der Erfolg eines hegemonialen Projekts beruht darauf, seine Äquivalenzen – v.a. die Äquivalenzen zwischen erfolgreich rekrutierenden Subjektpositionen – gerade auch angesichts der auftretenden Brüche immer aufs Neue reartikulieren zu können, während eine defensiv-hegemoniale oder eine spezifische anti-hegemoniale Strategie, die ein hegemoniales Projekt konfrontiert, dann als aussichtsreich gelten kann, wenn sie aufgrund solcher Brüche einzuhaken und Äquivalenzen als Differenzen zu artikulieren vermag. Das hegemoniale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ ist also genau deshalb so erfolgreich, weil unter dem Zeichen der „Sozialen Marktwirtschaft“ Äquivalenzen zwischen differenten Wirtschaftsvorstellungen artikuliert werden können. Dabei mag helfen, daß alle Positionen innerhalb des hegemonialen Projekts mehr oder weniger einen Gegner gemeinsam haben: den „Sozialismus“, jedenfalls insofern er mit der Entwertung oder der Aufhebung des Eigentums und mit frei-

heitsbeschneidenden oder gar totalitären politischen Auswüchsen äquivalent gesetzt wird (interessanterweise aber weniger insofern, als er mit „Planwirtschaft“ oder „Wirtschaftslenkung“ gleichgesetzt wird; hier besteht allseitige Kontrarität nur dann, wenn die sozialistische Wirtschaftslenkung als nicht marktkonforme Wirtschaftslenkung interpretiert wird).

Diese Überblicksanalyse abschließend sei der Blick nochmals auf die Strategeme IV, VIII und IX gerichtet. Strategem IV läßt sich insbesondere dann ausmachen, wenn es – innerhalb der neoliberalen Lesart der „Sozialen Marktwirtschaft“ – darum geht, die ökonomische Aufgabe einer Wirtschaftsordnung von sozial- oder gesellschaftspolitischen Aufgaben zu trennen und somit einen „reinen“ wirtschaftspolitischen Diskurs zu erhalten. Hierfür seien zwei Beispiele genannt: Im Text „Gedanken zur sozialen Ordnung“ der BDA wird dezidiert unterschieden zwischen Wirtschafts- und Sozialordnung und die Konstituierung der einen in Unabhängigkeit von der anderen zum Ausdruck gebracht:

Die Aufgabe der Wirtschaftsordnung liegt in der höchstmöglichen Produktion von Gütern als materieller Voraussetzung für eine angemessene Lebenshaltung des Volkes. Eine noch so verfeinerte Sozialordnung würde, falls die Gütererzeugung versagt, nur den Mangel aufteilen können und selbst elementare Bedürfnisse unbefriedigt lassen müssen.

Die Wirtschaftsordnung wird aber ihrem Wesen nach verkannt, wenn sie zugleich für die Sozialordnung allein oder auch nur hauptsächlich verantwortlich gemacht wird. *Die Sozialordnung trägt vielmehr ihre Gestaltungsnotwendigkeiten und Gestaltungsmöglichkeiten selbständig in sich.* Das Verkennen dieses Tatbestandes in unserem sozialen Organismus ist ein Denkfehler, der immer wieder zu unklaren Vorstellungen und falschen Begehren führt.

Es ist die Aufgabe unserer Sozialordnung, ein höchstmögliches Maß an sozialer Gerechtigkeit, Sicherheit und Frieden zu gewährleisten. Das entspricht dem sozialen Gewissen unserer Zeit, und das ist der Wille der deutschen Unternehmer (BDA 1953: 9, Herv. i.O.).

Um „unklare Vorstellungen“ von der Aufgabe einer Wirtschaftsordnung richtig zu stellen und um „falsche Begehren“ ihr gegenüber abzuwehren, wird hier also eine Superdifferenzrelation zwischen Wirtschafts- und Sozialordnung artikuliert und so eine Trennung des ordnungs- und wirtschaftspolitischen vom sozialpolitischen Diskurs angestrebt. Dies geschieht offensichtlich, um sozialistische Ansprüche an die Wirtschaftsordnung selbst abzublocken, kann aber auch als Abwehr von Forderungen nach einer zweiten, gesellschaftspolitischen Phase der Sozialen Marktwirtschaft *avant la lettre* gelesen werden.

Ein weiteres Beispiel für eine Superdifferenzartikulation findet sich im Text von Wilhelm Röpke, wenn dieser bemüht ist, den öffentlichen

Raum, für den die Wirtschafts- und Sozialpolitik zuständig ist, zu trennen von einem privaten Raum, für den sie nicht zuständig ist. Die Artikulation einer Superdifferenz zwischen beiden Räumen manifestiert sich bezüglich der Familienförderungs politik:

Familiengründung, Kinderzeugung und Kinderaufzucht sind individuelle Entscheidungen der innersten persönlichen Intimsphäre jedes Menschen, in die der Staat nicht durch Sozialisierung der Aufzuchtkosten eingreifen sollte. Gesund empfindenden Eltern liegt der Gedanke fern, die Allgemeinheit wäre verpflichtet, ihnen die Kosten der Aufzucht ihrer Kinder teilweise oder ganz abzunehmen. Die einseitige Überbetonung der finanziellen gegenüber der intim menschlichen, nicht materiell abwägbaren Seite der Kinderaufzucht ist abwegig: Kindergeld kann nur als vorübergehender Notbehelf gelten (Röpke 1958: 41, Herv. i.O.).

Diese Passage verdeutlicht die zwei besonderen Merkmale einer Superdifferenzartikulation in exzellenter Weise: Erstens treten Superdifferenzartikulationen meist dann auf, wenn eine Grenze diskursiven Sinns in Frage steht, also in einer konkreten Situation, die eine Abgrenzungsreaktion provozieren kann. Eine solche Situation war gegeben, als sich im Zuge der Kindergelddiskussion eine Erweiterung des sozialpolitischen Aufgabenfeldes der öffentlichen Hand ankündigte.⁶⁸ Daß solche konkreten Anlässe notwendig sind und aufgegriffen werden müssen, mag ein Grund dafür sein, daß sich Superdifferenzrelationen nur relativ selten in markanter Weise rekonstruieren lassen. Zweitens wird durch eine Superdifferenzrelation – wie in Kapitel 2 erstmals dargestellt – zwar ein fundamentaler Unterschied herausgehoben, aber keine Kontrarität artikuliert: Es geht ja nicht darum, einen Gegensatz von öffentlicher und privater Aufgabe oder von staatlichem Handeln und Kinderaufzucht zu artikulieren – es geht darum festzustellen, daß beide schlicht gar nichts miteinander zu tun haben. Grundsätzlich aber kann aufgrund der beiden hier aufgeführten Passagen davon ausgegangen werden, daß auch Strategem IV tatsächlich regelmäßig Bestandteil der (offensiv-)hegemonialen Strategie ist.

Daß sich die Strategeme VIII und IX in ausgeprägter Form in hegemonialen Projekten bzw. im Frühstadium einer Hegemonie nicht rekonstruieren lassen, wurde schon mehrfach betont. Daher belasse ich es hier

68 Das Kindergeld wurde zum 1.1.1955 eingeführt, wenn auch nur für das dritte und jedes weitere Kind und nur in relativ geringer Höhe (25 DM ab dem 1.1.1955, 30 DM ab dem 1.10.1957, vgl. Lampert 1996[1985]: 92, 328/29). Diese Maßnahme blieb allerdings lange Zeit politisch strittig, aus ähnlichen wie den von Röpke genannten Gründen.

mit dem Hinweis darauf, daß, indem Strategem V zum Tragen kommt, sich also die Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ ausdifferenziert, natürlich erst der Raum für die Strategeme VIII und IX entsteht. Ein Anzeichen für das Operieren von Strategem IX (eigentliche Bedeutung) bildet der Text von Röpke, der deutlich kritisiert, daß in der Politik der zweiten Legislaturperiode – obwohl diese natürlich unter dem Signum der „Sozialen Marktwirtschaft“ betrieben wurde – „zahlreiche Verstöße gegen die marktwirtschaftliche Ordnung festzustellen“ seien (Röpke 1958: 29). Da Röpke damit einerseits die Politiker der zweiten Legislaturperiode in ihrer praktischen Auslegung der „Sozialen Marktwirtschaft“ kritisiert und andererseits erneut ausführlich darlegt, was „Soziale Marktwirtschaft“ – in seiner Lesart wie der der ASM – bedeutet, kann auch Strategem VIII (eigentlicher Verfechter) in rudimentärer Form als rekonstruiert gelten.

6.3.3 Das diskursive „Außen“ des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“

Zum Abschluß der Analyse des hegemonialen Projektes „Soziale Marktwirtschaft“ soll nun noch kurz ein Blick auf das „Außen“ dieses Projektes geworfen werden. Dabei ist der Begriff des „Außen“ jedoch nicht unproblematisch. Er versucht jenen diskursiven Raum zu beschreiben, in dem sich, von einer Sprecherposition *innerhalb* des hegemonialen Projekts aus betrachtet, jene diskursiven Elemente – und insbesondere jene Subjektpositionen – versammeln, denen zugeschrieben wird, daß sie Ursache des Mangels an Allgemeinem sind oder daß von ihnen Widerstand gegen die Beseitigung dieses Mangels ausgeht. Es ist der Raum des Anderen, das überwunden werden muß. Allerdings gilt diese Auffassung des „Außen“ eben nur, solange es von einer Perspektive innerhalb des hegemonialen Projekts aus betrachtet wird, und auch kann die Verortung im Raum des Anderen – wie im Zuge der vorangegangenen Analyse deutlich geworden ist – nicht durchgängig so kohärent dargestellt werden, daß sich das Außen wenigstens perspektivisch klar abgrenzen ließe.

Trotz dieser Abgrenzungsprobleme ist es aber sinnvoll, wenigstens anhand eines kleinen Ausschnitts zu betrachten, wie sich Individuen und Gruppen, die sich durch das hegemoniale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ auf eine Subjektposition der Äquivalenzkette Q dieses Projekts gerufen sehen, ihm gegenüber verhalten. Es geht also hier in aller Kürze und beispielhaft darum, die diskursiven Reaktionen der durch ein hegemoniales Projekt Angegriffenen zu rekonstruieren, und zwar die Art von Reaktionen, die sich unmittelbar auf dieses Projekt beziehen, nicht jene, die Teil eines anderen offensiv-hegemonialen Projekts sind (z.B. die of-

fensiv-hegemonialen Artikulationen des Projekts „Demokratischer Sozialismus“). Dabei können wir zwei Arten von Reaktionen unterscheiden: Zum einen findet sich das, was wir als spezifische anti-hegemoniale Strategie bezeichnet haben, also die Reartikulation von Differenz, wo das hegemoniale Projekt Äquivalenz oder Kontrarität artikuliert. Zum anderen aber findet sich eine zunehmende Subjektivierung der ins diskursive Außen Verbannten durch das hegemoniale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ selbst. Letzteres, kurz gesagt also die Tatsache, daß die Angegriffenen sich die Perspektive des Angreifers aneignen, kann als ein entscheidendes Merkmal der Entwicklung vom hegemonialen Projekt zur Hegemonie gelten.

Ich greife für diesen Teil der Analyse auf folgende Texte zurück, die alle im weitesten Sinne von der Subjektposition des „westdeutschen Sozialisten“ aus artikuliert werden:

- DGB (1949): Grundsatzprogramm des DGB (DGB 1949)
- Alfred Weber (1950): Sozialistische Marktwirtschaft, Aufsatz aus den gewerkschaftlichen Monatsheften (Weber 1950)
- Eric Nölting (1951): Die wirtschaftspolitischen Vorschläge der SPD, Rede vor dem SPD-Parteitag (Nölting 1963[1951])
- SPD (1953): Wahlprogramm der SPD (SPD 1963[1953])
- SPD (1959): Grundsatzprogramm (Godesberger Programm) (SPD 1963[1959])

Sicherlich wären andere Texte denkbar gewesen, z.B. Texte, die von einer radikalliberalen Subjektposition oder von einer Subjektposition innerhalb des DDR-Sozialismus aus artikuliert wurden. Daß hier keine DDR-Texte behandelt werden, läßt sich damit begründen, daß das originäre Forschungsinteresse dem frühen bundesdeutschen wirtschaftspolitischen Diskurs gilt. Und Vertreter eines radikalen (Neo-)Liberalismus wie z.B. Friedrich August von Hayek sind deshalb nur wenig interessant, weil sie zwar die Rede von der „sozialen“ Marktwirtschaft ablehnten, dennoch aber mit so vielen Positionen der neoliberalen Protagonisten der „Sozialen Marktwirtschaft“ übereinstimmten, daß man sie durchaus zur Peripherie des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ rechnen kann.⁶⁹

69 Zur Verwendung des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ schrieb Hayek später (1981: 113/230 (Endnote 26)): „Ich bedaure diesen Gebrauch, obwohl es einigen meiner Freunde in Deutschland [...] offenbar mit seiner Hilfe gelungen ist, die Art Gesellschaftsordnung, für die ich auch eintrete, weiteren Kreisen schmackhaft zu machen.“ Hayek wird im übrigen nicht unbedingt dem Neoliberalismus, sondern immer wieder auch dem Altliberalismus zugerechnet (vgl. z.B. Grosseckler 1999: 50/51).

Betrachten wir also zunächst, wie sich in den gewählten Texten die spezifische, anti-hegemoniale Strategie gegen das hegemoniale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ niederschlägt. Der Kern einer solchen Strategie besteht in der Artikulation von Differenz, wo ein hegemoniales Projekt Äquivalenz oder Kontrarität artikuliert. Vermuten darf man, daß solche Differenzartikulationen mit dreierlei Zielen stattfinden: zur Diffusion von Äquivalenzen in den beiden Äquivalenzketten eines gegnerischen hegemonialen Projekts und zur Diffusion von Kontraritäten, die zwischen einzelnen Elementen dieser Äquivalenzketten artikuliert werden. Alle drei Ziele lassen sich beispielsweise im Grundsatzprogramm des DGB⁷⁰ von 1949 prototypisch aufzeigen:

Eine [...] wirtschaftspolitische Willensbildung und Wirtschaftsführung verlangt eine zentrale volkswirtschaftliche Planung, damit nicht private Selbstsucht über die Notwendigkeiten der Gesamtwirtschaft triumphiert.

Volkswirtschaftliche Planung hat nichts gemein mit der Zwangswirtschaft der vergangenen Jahre. [...]

Heute ist die Marktwirtschaft weder frei noch sozial. Heute verhindert sie die freie Entfaltung; sie verschärft die ohnehin schon großen Gegensätze zwischen reich und arm. Sie ist unsozial und durch ihre Planlosigkeit unfähig, den schwierigen Aufgaben des Wiederaufbaues in Deutschland gerecht zu werden. Volkswirtschaftliche Planung ist durchaus vereinbar mit den Grundrechten der menschlichen Freiheit. Die für die Mehrzahl der Menschen wichtigste Freiheit, die von Not und der Furcht vor Not, wird durch sie erst erreicht werden. Volkswirtschaftliche Planung und die freie Konsumwahl, das Recht auf den Wechsel des Arbeitsplatzes und die Freiheit der Berufswahl sind keine Gegensätze. Der privaten Initiative und dem Leistungswettbewerb der Betriebsleitungen verbleibt im Rahmen der Lenkungsmaßnahmen ein weiter Spielraum (DGB 1949: Abschnitt A/Grundsatzforderungen).

Wir sehen also zum einen, daß die „volkswirtschaftliche Planung“ und die „Zwangswirtschaft der vergangenen Jahre“, die das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ gerne in seiner Äquivalenzkette Q miteinander verbindet, hier separiert werden: „Volkswirtschaftliche Planung hat nichts gemein mit der Zwangswirtschaft der vergangenen Jahre.“ Zum zweiten werden auch die zentralen Äquivalenzen der Äquivalenzkette P des Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ durch Differenzen ersetzt, wenn festgestellt wird, daß „die Marktwirtschaft weder frei noch sozial“ sei. Schließlich findet sich auch die artikulatorische Zerstreung von Kontraritäten zwischen der „volkswirtschaftlichen Planung“ und diversen dis-

70 Vgl. zum Verhältnis der Gewerkschaften zur „Sozialen Marktwirtschaft“ Dichmann (1997).

kursiven Elementen, die das hegemoniale Projekt seiner Äquivalenzkette P einverleibt, etwa zu den „Grundrechten der menschlichen Freiheit“⁷¹, zur „freien Konsumwahl“ oder zur „privaten Initiative“.

Das Bekenntnis zur Planung oder Lenkung der Wirtschaft ist durchaus ein Kennzeichen des westdeutschen sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen hegemonialen Projekts, das sich als das Projekt des „demokratischen Sozialismus“ entwickelt. Das gilt bis zum Ende des Untersuchungszeitraums, der durch das Godesberger Programm von 1959 markiert wird. Hier – wie auch immer wieder in programmatischen Schriften davor und danach – heißt es: „Wettbewerb so weit wie möglich – Planung so weit wie nötig“ (SPD 1963[1959]). Allerdings läßt sich, ähnlich wie schon im DGB-Grundsatzprogramm, bei der SPD in allen hier untersuchten Texten feststellen, daß der positive Bezug zur Planung bzw. zur Lenkung⁷² begleitet wird von der Artikulation einer Differenz zwischen „Planung“ und „Zwangswirtschaft“ einerseits und zwischen „SPD“ und „Zwangswirtschaft“ andererseits. Man kann also das Bemühen feststellen, wichtige Äquivalenzen innerhalb der Äquivalenzkette Q des hegemonialen Projektes „Soziale Marktwirtschaft“ aufzuheben. Einen Abschnitt seiner wirtschaftspolitischen Parteitage Rede (gehalten am 1. April 1951) titulierte der SPD-Politiker Eric Nölting⁷³ etwa mit der Überschrift „Die SPD macht die Zwangswirtschaft nicht mit“ (Nölting 1963[1951]: 51). Nölting zeigt auch ein ausgeprägtes Bewußtsein für die Operationsweise der offensiv-hegemonialen Strategie, wenn er die von den Protagonisten der „Sozialen Marktwirtschaft“ vorgenommene Zweiteilung des symbolischen Raums folgendermaßen charakterisiert:

Bisher hat ja Erhard von einer ganz primitiven Schwarz-Weiß-Malerei auf dem Hintergrund einer kollektivistischen Befehlswirtschaft gelebt. Er hat bis zum Erbrechen immer wiederholt: Es gibt nur die eine Alternative, entweder Wettbewerbswirtschaft oder zentrale Verwaltungswirtschaft oder, wie Röpke es nennt, Kommandowirtschaft, Befehlswirtschaft; den Termitenstaat, wie es Erhard gerne nennt, die Sicherheit der Kasernen; den Weg in die Knechtschaft,

71 Hier ließe sich aufgrund der Behauptung der Vereinbarkeit mit der „volkswirtschaftlichen Planung“ sogar von einer Äquivalenz statt Differenz sprechen.

72 Der positive Bezug zur „Planung“ konstituiert sich dadurch, daß sie als notwendiges Mittel zur Überwindung des Mangels, der wiederum mit der „planlosen“ Marktwirtschaft äquivalenziert wird, artikuliert wird: „Die Planung soll also die durch die planlose soziale Marktwirtschaft verursachten Schäden beseitigen“ (Nölting 1963[1951]: 130).

73 Nölting, wie Erhard Schüler von Franz Oppenheimer, war in der ersten Legislaturperiode einer der wirtschaftspolitischen Wortführer der SPD-Fraktion (vgl. Soell 1997: 28/29).

von dem Hayek in seinem bekannten Buche spricht. [...] Marktwirtschaft und Planwirtschaft seien sich ausschließende Prinzipien, und nur auf eines von beiden könne die gesamte Ordnung der Wirtschaft gegründet werden. Einer totalen Planwirtschaft entspräche aber – so fährt man fort – im politischen Raum eine totalitäre Staatsführung. Sie führe zur Diktatur und damit zur Vernichtung der menschlichen Freiheit.

Das ist das schwerste Argument, mit dem wir uns bei unserer Agitation nach draußen auseinanderzusetzen haben: Wir sollten dieser Agitation nicht das Stichwort liefern. Mit deutlichster Betonung: Wir lehnen einen zentralistischen Staatskapitalismus in Form einer marktlosen Wirtschaft ab. Wir sind überhaupt nicht prinzipielle Gegner jeder Marktwirtschaft, aber dieser Marktwirtschaft, in die ja das Urgestein der überlieferten Eigentums- und Machtordnung hineinreicht, so daß jede Konkurrenz zu einer verkrüppelten Konkurrenz, zu einer Konkurrenz im feudalen Raum wird. Der Lenkungsstil, den wir vorschlagen, beruht ja nicht auf bloßer Anordnung von oben und Befehlen nach unten. Wir bekennen uns ja längst zu dem, was wir schon vor Jahren die „Lenkung der leichten Hand“ genannt haben. Der demokratisch-freiheitliche Sozialismus ist von einer totalen Planwirtschaft nach kommunistischem Gepräge sehr weit entfernt. [...] Wir bekennen uns zur Freiheit der Konsumwaren und zur Freizügigkeit im Arbeitsplatzwechsel als unabdingbare Bestandselemente der von uns vertretenen Wirtschaftsverfassung (Nölting 1963[1951]: 52).

Der „Schwarz-Weiß-Malerei“ Erhards entgegenzutreten, d.h. die von ihm artikulierten Zweiteilung des symbolischen Raums zu bekämpfen, wird also von Nölting zu einem der wichtigsten Punkte der sozialdemokratischen Agitation erklärt. Erneut finden wir die Artikulation von Differenz dort, wo das hegemoniale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ Äquivalenzen innerhalb seiner Äquivalenzkette Q artikuliert, insbesondere zwischen „demokratisch-freiheitlichem Sozialismus“ und „totaler Planwirtschaft nach kommunistischem Gepräge“. Zentral sind hier jedoch die Artikulationen von Differenz statt Kontrarität, insbesondere natürlich in Formulierungen wie „Wir sind überhaupt nicht prinzipielle Gegner jeder Marktwirtschaft“, oder sogar – hier kippt die defensive Strategie in eine eigene offensive Strategie – die Artikulation von Äquivalenz statt Kontrarität in der Aussage „Wir bekennen uns zur Freiheit der Konsumwaren und zur Freizügigkeit im Arbeitsplatzwechsel als unabdingbare Bestandselemente der von uns vertretenen Wirtschaftsverfassung.“ Grundsätzlich treibt Nölting die Äquivalenzierung von „Planwirtschaft“ und „Zwangswirtschaft“ durch die Protagonisten der „Sozialen Marktwirtschaft“ so sehr um, daß er deshalb sogar vorschlägt, ganz auf den Begriff „Planwirtschaft“ zu verzichten und ihn durch „Lenkungswirtschaft“ oder durch „planmäßige Zukunftssorge“ zu ersetzen (vgl. ebd.: 53/54).

Vor allem der Unterschied zwischen „Zwangswirtschaft“ und „Planung“ wird auch im Wahlprogramm der SPD von 1953 betont (vgl. SPD 1963[1953]: 129). Auch an der Sprengung der Äquivalenz von „sozial“ und „Marktwirtschaft“ wird hier gearbeitet, indem von einer nur „sogenannten sozialen Marktwirtschaft“ gesprochen wird (ebd.: 127). Insgesamt kann damit festgestellt werden, daß sich in der diskursiven Arbeit der SPD der frühen 1950er Jahre neben einer offensiv-hegemonialen Strategie um den Knotenpunkt „demokratischer Sozialismus“ – auf die ich hier nicht eingehe – eine spezifisch gegen die „Soziale Marktwirtschaft“ gerichtete, anti-hegemoniale Strategie wenigstens gleichberechtigt manifestiert, was bestätigt, daß sich die Sozialdemokraten nicht nur in der politischen Opposition, sondern auch in der konzeptionellen Defensive befanden.

Im Godesberger Programm von 1959 hingegen sieht die Sache anders aus. Hier findet sich im Abschnitt zur Wirtschaftspolitik nur noch eine wesentliche Passage, die man als spezifisch anti-hegemonial in bezug auf die hegemoniale Formation-Formierung um die „Soziale Marktwirtschaft“ einordnen kann. Es geht erneut darum, den Stellenwert der „Planung“ differenziert zu betrachten:

Der moderne Staat beeinflußt die Wirtschaft stetig durch seine Entscheidungen über Steuern und Finanzen, über das Geld- und Kreditwesen, seine Zoll-, Handels-, Sozial- und Preispolitik, seine öffentlichen Aufträge sowie die Landwirtschafts- und Wohnbaupolitik. Mehr als ein Drittel des Sozialprodukts geht auf diese Weise durch die öffentliche Hand. Es ist also nicht die Frage, ob in der Wirtschaft Disposition und Planung zweckmäßig sind, sondern wer diese Disposition trifft und zu wessen Gunsten sie wirkt.

Dieser Verantwortung für den Wirtschaftsablauf kann sich der Staat nicht entziehen. Er ist verantwortlich für eine vorausschauende Konjunkturpolitik und soll sich im wesentlichen auf Methoden der mittelbaren Beeinflussung der Wirtschaft beschränken (SPD 1963[1959]: 215).

Wir erkennen, daß es hier nicht mehr darum geht, die Planung aus einer bestimmten Äquivalenzbeziehung – z.B. mit der „Zwangswirtschaft“ – zu lösen. Vielmehr ist die anti-hegemoniale, differenzierende Artikulation bezüglich der „Planung“ in allgemeiner Weise gegen eine undifferenzierte Verknüpfung der Planung mit dem Mangel gerichtet. Diese Differenzartikulation geht über in die Entwicklung einer eigenen Äquivalenzkette P, in die zusammen mit der „Planung“ und der „Disposition“ die „vorausschauende Konjunkturpolitik“ und die „mittelbare Beeinflussung der Wirtschaft“ eingebunden werden. Die an der „Sozialen Marktwirtschaft“ orientierte anti-hegemoniale Strategie tritt also hier in den Hintergrund und überläßt einer neu aufgebauten offensiv-hegemonialen Strategie zu-

nehmend das diskursive Feld. Zwar kann man nicht sagen, daß es vor Godesberg kein eigenes sozialdemokratisches bzw. westdeutsch-sozialistisches hegemoniales Projekt gegeben hätte; im Gegenteil, das Projekt „demokratischer Sozialismus“ wurde, in Abgrenzung zum westlichen Liberalismus wie auch zum ostdeutschen und zum sowjetischen Sozialismus, dezidiert betrieben. Nun aber gewinnt das eigene Projekt eine neue Qualität, weil es nicht mehr in dem Ausmaß wie bisher durch die Konfrontation mit dem gegnerischen hegemonialen Projekt Sinn erhält.

Im Gegenteil, es ist eine Annäherung an das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ zu konstatieren. Es wurde bereits bei der Analyse der Erhard-Texte darauf hingewiesen, daß die Formation-Formierung um die „Soziale Marktwirtschaft“ schon bald auch darauf abzielte, Sozialdemokraten zu rekrutieren. Und in der Tat findet sich schon früh im Umfeld des westdeutschen Nachkriegssozialismus das Bedauern darüber, des Begriffs der „Sozialen Marktwirtschaft“ „beraubt“ worden zu sein. Der Nationalökonom und Soziologe Alfred Weber, Mitglied der SPD und dem linksliberal-sozialistischen politischen Spektrum zuzurechnen, hatte in diesem Sinne bereits im Jahr 1950 in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* geschrieben:

Ich bedaure es, daß sich der deutsche Sozialismus das Wort von der „sozialen Marktwirtschaft“ durch fremde Geschicklichkeit hat wegnehmen lassen. Denn er allein ist oder wäre imstande, dieses Wort auf der Basis wirklich grundsätzlicher Ehrlichkeit mit seinem vollen Schwergewicht und, sagen wir ruhig, mit seinem sozialen, ja sozialistischen Gehalt zu erfüllen (Weber 1950: 394).

Dieser Artikel von Alfred Weber, der markanterweise den Titel „Sozialistische Marktwirtschaft“ trägt, ist vielleicht eines der frühesten Beispiele für die Manifestierung des Strategems der eigentlichen Bedeutung (IX) wie auch des eigentlichen Verfechters (VIII). Denn in ihm führt Weber nicht nur aus, daß es sich bei der „Sozialen Marktwirtschaft“ um eine „eigentlich den Sozialisten zustehende Idee“ handelt, sondern auch, was darunter eigentlich gefaßt werden müßte. Und so artikuliert er eine völlig neue Äquivalenzkette der „Sozialen Marktwirtschaft“, die vor allem folgende Elemente umfaßt: bestimmte Formen der „Sozialisierung“ und vor allem der wirtschaftlichen Dezentralisierung (beide ebd.: 395), „Steuerung des Wirtschaftskreislaufs im ganzen nach unbürokratischen Prinzipien“ (ebd.: 396), „Lohnerhöhung“ (ebd.: 397), die gezielte „Lenkung der Investitionen“ (ebd.: 398) sowie Vollbeschäftigungspolitik im Sinne der „gesamten Ideen des hochbegabten Keynes“ (ebd.: 399/400). Weber faßt zusammen:

Man versteht danach wohl, warum und in welchem Sinn vom Standpunkt des Sozialisten soziale Marktwirtschaft in *wirklich* sozialem Sinn, will sagen im Sinn der Steuerung des marktmäßigen Wirtschaftskreislaufs und der Wirtschaftsentwicklung mit dem Ziel der Elendsbeseitigung auf Grund genauer Kenntnis der nicht durchweg einfachen Voraussetzungen dafür verlangt werden muß, und welche Beratungs- und Mitentscheidungsorgane dafür notwendig erscheinen. Ich sollte denken, es wird jetzt einigermaßen klar sein, was soziale Marktwirtschaft vom sozialistischen Standpunkt aus bedeutet, und welcher Zwang auf sozialistischer Seite besteht, sie in die Wirklichkeit umzusetzen (Weber 1950: 401, Herv. i.O.).

Alfred Weber nimmt also den Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ auf und interpretiert ihn „vom Standpunkt des Sozialisten“. Allerdings kann man unter Ansehung dieses Diskursbeitrags sicher nur bedingt davon sprechen, daß es zu einer erfolgreichen, weithin wahrnehmbaren Artikulation einer Äquivalenz von „Sozialer Marktwirtschaft“ und der Subjektposition des Sozialisten käme – zu sehr unterscheidet sich die Äquivalenzkette um die „Soziale Marktwirtschaft“ von der 1950 bereits etablierten. Dennoch zeigt sich aber eine grundsätzliche Anschlußfähigkeit des westdeutschen Sozialismus an die diskursive Formation-Formierung.

Diese Anschlußfähigkeit ist insbesondere deswegen gegeben, weil auch die SPD schon in den frühen 1950er Jahren, wie bereits deutlich geworden ist, ein wirtschaftliches Ordnungsprinzip als erstrebenswert artikuliert, welches im Kern – wie es im Wahlprogramm von 1953 heißt – aus einer „Verbindung von Planung und Wettbewerb“ besteht (SPD 1963[1953]: 129, 130).⁷⁴ Sie ist damit grundsätzlich nicht sehr weit von Nell-Breuning oder auch von Passagen in Müller-Armacks *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* entfernt. Unterschiede bestehen vor allem hinsichtlich der Sozialisierungsfrage, hinsichtlich des Umfangs der Planung und hinsichtlich der Art des Eingreifens in den Wirtschaftsprozeß. In bezug auf den letztgenannten Punkt artikulieren die Vertreter des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ stets eine Äquivalenz, die auf die eine oder andere Weise der Äquivalenz „Marktwirtschaft“ und „marktkonformen wirtschaftspolitischen Maßnahmen“ gleicht, während die Marktkonformität für die SPD zunächst keine maßgebliche Rolle spielt. Der Unterschied besteht insofern, als im Rahmen der „Sozialen Marktwirtschaft“ dem Marktmechanismus Vorrang eingeräumt wird, wohingegen der Marktmechanismus im „Demokratischen Sozialismus“ der frühen 1950er Jahre gegebenenfalls übergangen werden kann.

74 Die schon früh festzustellende Nähe verschiedener SPD-Politiker, z.B. von Rudolf Zorn, zur „Sozialen Marktwirtschaft“ erörtert auch Soell (1997: 28-32).

Ein entscheidender Schritt auf dem Weg der Subjektivierung der SPD durch das hegemoniale Projekt der „Sozialen Marktwirtschaft“ besteht nun darin, daß im Godesberger Programm die staatliche Einflußnahme auf die Wirtschaft „im wesentlichen auf Methoden der mittelbaren Beeinflussung“ beschränkt wird (SPD 1963[1959]: 215). Einen nicht minder wichtigen Schritt hinein in die Formation-Formierung der „Sozialen Marktwirtschaft“ macht die SPD auch, indem sie, ebenfalls im Godesberger Programm, die Sicherung der Vollbeschäftigung in Äquivalenz mit „einer stabilen Währung“ artikuliert (ebd.: 214/15), d.h. finanz- und kreditpolitischem Hazard zugunsten von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen abschwört. Insgesamt läßt sich das Godesberger Programm, dessen wirtschaftspolitische Teile im wesentlichen vom späteren Wirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller und von Heinrich Deist konzipiert wurden (unterstützt von Herbert Wehner, vgl. Schlecht 1998: 40), als Artikulation betrachten, mit der sich die SPD auf eine – noch periphere – Subjektposition innerhalb des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ begibt. In Kombination mit weiteren Entwicklungen – etwa der Rentenreform 1957, von der bereits die Rede war – läßt die Artikulation des Godesberger Programms deshalb den Schluss zu, dass sich das hegemoniale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ Ende der 1950er Jahre im Übergang zur Hegemonie befindet. Das Urteil, daß die SPD auf eine periphere Subjektposition der Formation-Formierung um die „Soziale Marktwirtschaft“ eintrete, ist gerechtfertigt, obwohl der Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ selbst gemieden wird, weil als Aspekte der gewünschten Wirtschaftsordnung sehr viele diskursive Elemente artikuliert werden, die wir aus der P-Äquivalenzkette um die „Soziale Marktwirtschaft“ kennen, so z.B. außer der „stabilen Währung“ und den „Methoden der mittelbaren Beeinflussung“ auch der „Wettbewerb“ und die „Kontrolle marktbeherrschender Kräfte“ (beide SPD 1963[1959]: 216).⁷⁵ Peripher bleibt die Subjektposition zunächst, weil andere Elemente erst noch als Äquivalente einer neu verstandenen „Sozialen Marktwirtschaft“ etabliert werden müßten, so z.B. die „volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ bzw. das „Nationalbudget“ (ebd.: 215), die „Investitionskontrolle“ (ebd.: 216) und die „zielbewußte Einkommens- und Vermögenspolitik“ (ebd.: 217). Alle diese „neuen“ Forderungen verbinden sich eher mit dem Keynesianismus als mit dem Ordo- bzw. Neoliberalismus, der die Interpretation der „Sozialen Marktwirtschaft“

75 Wengeler (1996: 400) teilt diese Auffassung im wesentlichen, wenn er schreibt, daß die SPD im Godesberger Programm die inhaltliche Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“ weitgehend übernehme, den Ausdruck selbst aber vermeide.

bis Ende der 1950er Jahre prägte. Insofern kann man auch sagen, daß die periphere Subjektposition der SPD in bezug auf das hegemoniale Projekt bzw. auf die entstehende Hegemonie der „Sozialen Marktwirtschaft“ so lange fortbestehen mußte, bis sich der Keynesianismus in die „Soziale Marktwirtschaft“ „einklinkte“, was spätestens mit dem durch die große Koalition 1967 verabschiedeten Stabilitäts- und Wachstumsgesetz der Fall war. Zwar war der Leitbegriff der SPD und ihres Wirtschaftsministers Schiller nicht die „Soziale Marktwirtschaft“, sondern die „Globalsteuerung“ (vgl. u.a. Sturm 1995: 87-101), aber Schiller sprach eben zugleich von „aufgeklärter Marktwirtschaft“, und auch der Begriff der „aufgeklärten sozialen Marktwirtschaft“ fand Verwendung (vgl. Delhaes-Guenther 1998: 141). „Globalsteuerung“ hat sich bekanntermaßen als Leitbegriff letztlich nicht durchgesetzt. Stattdessen kam es zu einer Ergänzung der Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“, durch die das Soziale nun nicht mehr nur als Sozialpolitik verstanden wurde – so die Lesart „post Rentenreform“, s.o. –, sondern eben auch im Sinne einer aktiven Konjunkturpolitik (die im übrigen auch Müller-Armack gefordert hatte, ohne daß dies allerdings weitreichende Auswirkungen auf die Politik unter Erhard gehabt hätte). Die erneute Bedeutungsspreizung der „Sozialen Marktwirtschaft“ geht mit der letztlich erfolgenden Subjektivierung der größten Oppositionspartei, der SPD, durch das hegemoniale Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ einher. Wir haben damit bereits weit über den Untersuchungszeitraum hinaus geblickt, doch innerhalb des Untersuchungszeitraums bildet das Godesberger Programm einen wichtigen Meilenstein auf diesem Weg.